

CHRISTIAN BARON

# Proleten Pöbel

WARUM DIE LINKEN  
DIE ARBEITER VERACHTEN

# Parasiten

DAS NEUE BERLIN

ISBN eBook 978-3-360-50137-0

ISBN Print 978-3-360-01311-8

© 2016 Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

[www.eulenspiegel.com](http://www.eulenspiegel.com)

## Über das Buch

Die linke Bewegung in Deutschland hat ein Problem: die große Frage, wie die Welt zu einer besseren wird, soll vorrangig über individuelles Verhalten gelöst werden. Selbstoptimierung verdrängt den Klassenkampf. Christian Baron untersucht das Verhältnis der Deutschen zur sogenannten Unterschicht und analysiert dabei das breite Spektrum der linken Bewegungen hinsichtlich sozialdarwinistischer Einstellungen. Er warnt vor der Gefahr, dass die Arbeiter, die für linke Gruppen irrelevant geworden sind, sich noch zahlreicher rechten Parteien wie AfD und Co. anschließen könnten.

## Über den Autor

Christian Baron, geboren 1985 in Kaiserslautern, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik. 2012 erschien von ihm und Britta Steinwachs das Buch »Faul, frech, dreist: Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch Bild-Leser\*innen«. Baron lebt in Berlin und ist Feuilleton-Redakteur für Theater und Bildende Kunst bei der Tageszeitung »Neues Deutschland«.

Alle Menschen, die in diesem Buch auftauchen, gibt es wirklich. Wenn es sich nicht um Personen der Zeitgeschichte oder um Leute handelt, die bereits aus eigenem Antrieb in der Öffentlichkeit stehen, wurden die Namen geändert, um Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte zu schützen. Wenn es zur Verfremdung notwendig erschien, wurden bei manchen auch weitere biografische oder geografische Daten verändert.

# Inhaltsverzeichnis

## AUFTAKT

Klassenhass ist überall

### 1. EINMAL ARM, IMMER ARM

Der Hass auf die Unterschicht

»Warum hast du nicht nein gesagt?«  
Abgehängte in einer abgehängten Stadt  
Atemlos am Asternweg  
»Leitkultur der Unterschicht«  
Hymnen auf die edle Mitte  
Leistung, Leistung über alles  
Gibt es denn keine Armut mehr?  
Stereotype, so weit das Auge blickt  
Grauen ohne Ende  
Eine Gesellschaft der Drohungen

### 2. STUDIERENDE BLEIBEN LIEBER UNTER SICH

Die Akademisierung des Protests

Bloß nicht auffallen!  
Der tendenzielle Verfall des Lebensstandards  
Zu hoch für dich  
Die Jünger des Heiligen Marx  
Geschichte ohne Parteibewusstsein  
Schmerzhafter Klassenverrat  
Redelisten, Redelisten!  
Bildungspolitik nach Art der Mittelschicht  
»Natüüürlisch sprricht drr Länz zu miirr«  
Junge Leute in Trainingsjacken

### 3. UPDATE FÜR DEN SOZIALSTAAT

Wenn die gute Arbeit verloren geht

In den Mühlen des Systems  
Ratten fangen oder Organe spenden?  
Auf eine Zigarette mit Inge Hannemann

Bei 's Herrn Paffe  
Der elitäre Blick auf soziale Probleme  
Wichtig ist, was hinten herauskommt  
Der Arbeiter als linke Projektion  
Wir schuften uns zu Tode  
Ich möchte lieber nicht  
Für ein Leben ohne Angst

#### **4. HAU DEN NAZI-PROLL**

**Über die Furcht vor dem Fremden**

Nicht labern, sondern anpacken!  
Der Nazi-Ork von Hellersdorf  
Argumentieren statt dämonisieren  
Reaktiver Nationalismus und Flüchtlingsaktivismus  
Kokos-Tofu-Suppe im Schnellrestaurant  
Ist Multikulti gescheitert?  
Keine Religionskritik, nirgends  
Von der Freiheit des Kindes  
Der Ball ist rund, nicht böse  
Der aufhaltsame Aufstieg der AfD

#### **5. MIT DER KREDITKARTE DIE WELT RETTEN**

**Das gute Leben der Bessermenschen**

Der gute und der böse Kapitalismus  
Das richtige Leben im Falschen  
An der Spitze der Bedürfnispyramide  
Politisch korrekter Konsum  
Zu Gast im autoritären Bio-Haus  
Neukölln hat Schaum vorm Mund  
Eure Armut kotzt uns an  
Neoliberalismus jenseits des Wachstums  
Ethnographie der Rucksackreisenden  
Ab in die Gesundheitsdiktatur!

#### **6. ALLE WOLLEN OPFER SEIN**

**Am Abgrund der postmodernen Subkultur**

Normale Privilegien reflektieren  
Genderqueerpostcolonial

Keine Macht der Zärtlichkeit  
Weiße mit Dreadlocks sind Nazis  
In der Kaste der Eingeweihten  
Süßes von der Kerwe  
»Verzicht ist Genuss«  
Pflege des guten Gewissens statt der guten Sache  
Das Elend der Moral  
Ohne Heu kann auch das beste Pferd nicht furzen

## **7. SCHANTALL, HEUL' LEISER!**

**Wie die Medien nach unten treten**

Was Unternehmer unter Satire verstehen  
Antreten zum Anpassen  
Feuer frei für die Kalauerkanone!  
Für die da unten ist hier oben kein Platz  
Wer Journalist sein will, muss Geld mitbringen  
Schmoren im Saft der Selbstvergewisserung  
Die Angst des Bürgers vor den Armen  
Im Sog des Lügenpresse-Chors  
Dialog am digitalen Stammtisch  
»Deutschlands frechster Arbeitsloser«

## **8. KEIN HERZ FÜR ARBEITER**

**Im Dünkel der Hochkultur**

Sport ist das »Crack des Volkes«  
Arbeiter vergraulen und Adorno rezitieren  
Das Besäufnis und die Ästhetik des Widerstands  
Von der Proleten-Plörre zum linken Lifestyle  
Studentische Geschmacksstudien  
Befriedung durch Beteiligung  
Schweiger, Schweighöfer, Stromberg  
Alles so schön kompliziert hier  
Zum ersten Mal im Theater  
Unterwerfung als Rettung

## **9. SCHLUSSPUNKT**

**Für einen linken Populismus**

**Dank**

# Auftakt

## KLASSENHASS IST ÜBERALL

Schwungvoll kracht mein kleiner Kinderkörper gegen die Wohnzimmerwand. Auf allen vieren krieche ich zum Stahlofen in der hinteren Ecke des Raums. Ich spüre Tränen auf meiner Wange und wische sie weg. Während ich aufstehe, sehe ich den Behälter mit dem zum Verfeuern zurechtgeschnittenen Holz. Blitzartig reift ein Entschluss in mir. Ich packe mir eines der Stücke. Noch immer der Wand zugeneigt, stemme ich es mit beiden Händen weit über meinen Kopf. Langsam drehe ich mich um. Auf der Couch sitzt der Mann, der mich gerade gegen den Gips geklatscht hat, weil ich einem seiner Befehle nicht folgen wollte. Mit aufgedunsenem Gesicht sieht er mich teilnahmslos an. Ich gehe einen Schritt auf ihn zu. Ich bleibe stehen. Ich gehe noch einen Schritt auf ihn zu. Als ich direkt vor ihm stehe, ziehen sich seine Augenbrauen zusammen. Er duckt sich, löst aber nicht die Umklammerung seiner Bierflasche. Er hat wirklich Angst vor mir. Angst. Vor mir. Der Möbelpacker mit den mächtigen Muskeln fürchtet sich vor seinem achtjährigen, asthmakranken Sohn. Mein Blick muss schrecklich anmuten: entstellt, irre und hässlich. Jetzt entscheiden Bruchteile von Sekunden über Selbstbeherrschung oder Irrenanstalt.

17 Jahre später, im März 2010, sitze ich in einem großen Büro zwei Männern gegenüber, einer mit und einer ohne Bart. Gemeinsam stellen sie mir unablässig Fragen. Mit manchen meiner Antworten scheinen sie zufrieden. Ich bin aufgeregt wie am ersten Schultag und denke an den Schweiß auf meiner Stirn. Ich hoffe, die Herren Professoren sehen ihn nicht, und weiß, wie vergeblich diese Hoffnung ist. Ich sehe die strengen Blicke der Männer und wünschte, ich wäre irgendwo ganz weit weg. Als die beiden endlich genug haben, werde ich nach draußen geschickt. Dort sitzen mir zwei Frauen in meinem Alter gegenüber. Sie starren an mir vorbei. Sie wirken verkrampft und versuchen, das Zittern ihrer Hände zu verbergen. Minutenlang lausche ich der Stille. Dann werde ich wieder hineingerufen. Wie ich es denn gefunden hätte, das Gespräch, fragt der Mann mit Bart. Hätte besser laufen können, sage ich, aber sicher auch schlechter. Typische Fußballerantwort, bellt der Mann ohne Bart und verzieht dabei keine Miene. War ein guter Auftritt, säuselt der Mann mit Bart, und der ohne Bart fängt plötzlich an zu grinsen. Es dauert einige Sekunden, bis bei mir der Groschen fällt: Ich habe es tatsächlich geschafft. Von diesem Tag an bin ich Akademiker. Ich. Akademiker. Mein sozialwissenschaftliches Studium ist abgeschlossen. Endlich. Und: Erfolgreich.

Meinem Vater habe ich damals nicht das Holzscheit über den Schädel gezogen. Manchmal denke ich darüber nach, was heute anders wäre, wenn ich es doch getan hätte. Wahrscheinlich wäre ich nicht an der Universität, sondern dauerhaft in der Psychiatrie gelandet. Dafür würde meine Mutter vielleicht noch leben. Als der Krebs begann, sie zu zerfressen, hatte die



Aggressivität meines Vaters ihren Höhepunkt erreicht. Er trägt einen immensen Anteil daran, dass sie kaum Kraft in ihre Genesung investieren konnte. Das wenige Geld, das er verdiente, ging zuverlässig für Alkohol und Zockerei drauf. Wenn er denn mal zu Hause war, setzte es häufig Schläge. Meine Mutter hatte frühzeitig die Schule geschmissen und keinen Beruf erlernt. Jetzt saß sie mit Anfang 30 schwer depressiv und todkrank in einer verwahrlosten Wohnung mit ihren vier Kindern und einem unberechenbaren Typen, von dem sie abhängig war und glaubte, sich nicht lösen zu können. Als ich neun Jahre alt war, erfuhr sie, dass es bald mit ihr zu Ende gehen würde. Viel zu spät warf sie ihn schließlich doch noch raus.

Natürlich gab er keine Ruhe. Eines Nachts trat er unsere Tür ein, randalierte, legte sich auf die Couch und schlief seinen Rausch aus, bis die Polizei ihn mitnahm. Es war tiefster Winter, aber für eine Reparatur der Haustür fehlten uns die Mittel. Den meisten unserer Nachbarn, die selbst nicht eben wohlhabend waren, galten wir nur als »die Asozialen«. Ein halbes Jahr lang kämpfte meine Mutter noch gegen ihr ärztlich angekündigtes Ableben an. Sie reichte die Scheidung ein, musste die Pflege ihres langsam sterbenden Körpers und die Erziehung der schnell reifenden Kinder ihrer jüngeren Schwester überlassen.

Ich ahne, welche Gedanken einem beim Lesen dieser Geschichte in den Sinn kommen können. Warum hat meine Mutter diesen Kerl nicht viel früher verlassen? Weshalb hat sie keine Berufsausbildung abgeschlossen? Wir leben doch in einer liberalen Demokratie! Wer es wirklich will, kann sich nach oben kämpfen! Bin nicht ich mit meinem Uni-Abschluss das beste Beispiel dafür? Auch wenn auf den ersten Blick alles dafür spricht: Das bin ich nicht. Im deutschen Bildungssystem gibt es soziale Klassenschranken. Nur denjenigen, deren Eltern studiert haben oder zumindest eine solide bürgerliche Existenz führen, öffnet diese Gesellschaft den Schlagbaum. Wenn zu Hause nicht nur das Geld für Nachhilfestunden fehlt, sondern auch die Erziehungsberechtigten schon ab der achten Klasse außerstande sind, bei Hausaufgaben zu helfen, dann schmeißt man schnell demotiviert die Flinte ins Korn, sobald es in der Schule mal nicht mehr so gut läuft. Es entwickelt sich ein Teufelskreis, aus dem es aus eigener Kraft kein Entrinnen gibt.

Wer in die Mittelschicht hineingeboren wurde, mag sich die Dimension einer Herkunft von ganz unten schwer vorstellen können. Genau daran will dieses Buch etwas ändern. Es geht nicht darum, Mitleid mit mir, meiner Familie oder dem Rest der drolligen Unterschichtenbande einzuheimsen. Denn, das dürfte jedem einleuchten, die Armen wünschen sich vieles in ihrem Leben, aber ganz sicher nicht Mitleid durch die, denen es besser geht. Weil die Mittel- und die Unterschicht, diese beiden objektiven Teile der Arbeiterklasse, sich in den vergangenen Jahrzehnten so weit voneinander entfernt haben, braucht es Vermittler, die den »einfachen Leuten« zeigen, dass sie gar nicht so schlimm sind, diese Akademiker; und die vor allem den Studierenden klar machen, wie viel ihnen mehr Verständnis für »die da unten« einbringen kann.

Durch ein Buch allein, da mache ich mir gar nichts vor, kann idealerweise nur der zweite Weg gelingen. Und das funktioniert am besten, indem ein Eindringling in die Welt der Bücher auch von seiner eigenen Lebensgeschichte erzählt. Das »Ich« dient dabei als plastisches Beispiel, über das die ausgeschlossenen Armen, die perspektivlos Zurückgelassenen, eben »meine Leute«, endlich Gehör finden können bei denen, die eigentlich wissen müssten, welch ein Skandal die zunehmende soziale Ungleichheit ist; die sich aber bislang selbst nicht als Teil des Problems verstanden haben.

Wie und warum Linke dazu beitragen, dass der gesellschaftliche Klassenhass gegen materielle Arme und von bürgerlicher Bildung fern Gehaltene sich reproduziert, das will ich in diesem Buch zeigen. Natürlich kann ich hier nur über die linke Bewegung in Deutschland und speziell über Westdeutschland sprechen. Eine Analyse der Situation und geschichtlichen Entwicklung Ostdeutschlands bzw. der DDR wird dieses Buch nicht leisten können, weil das dem bewusst subjektiven Ansatz zuwiderlaufen würde. Dafür versuche ich aber, Eindrücke vieler Strömungen zu verarbeiten – vom anarchistischen Hausbesetzer bis zum staatstragenden Sozialdemokraten.

Warum sollte ich, so habe ich mich gefragt, weiterhin allein den Linken aus der Mittelschicht das Feld überlassen? Hauptberuflich arbeite ich seit einigen Jahren als Journalist. Kaum ein anderer Job ist in Deutschland für Leute mit einem Arbeiterhintergrund so schwer zugänglich. Ich möchte nicht mehr einfach hinnehmen, dass die saturierten Medienmacher zurückhaltende Menschen aus nicht-akademischem Umfeld mit ihrer Eloquenz und ihrer Überheblichkeit still halten.

Darum ist dieses Buch keine wissenschaftliche Abhandlung. Es formuliert keine »Wahrheiten« mit stilistisch angezogener Handbremse und penibler Begriffsstrenge, sondern will Gewissheiten hinterfragen, zur Diskussion anregen und Menschen zu Wort kommen lassen, die in der gesellschaftlichen Linken sonst stumm bleiben müssen – und zwar auf drei Ebenen: Mein eigenes (Er-)Leben setzt sich in Bezug zur gesellschaftlichen Produktion von sozialer Verachtung und fragt nach dem Anteil der Linken an der Stabilität dieses Klassenhasses. Deshalb kommen hier nicht nur sozial aufgestiegene Wirtschaftsbosse, Wissenschaftler oder hochrangige Politiker zu Wort, sondern überwiegend diejenigen, denen Spott und Hass von allen Seiten gilt.

Das Buch konfrontiert die Leserin und den Leser mit verzweifelter Menschen, die nicht wissen, wie sie mitten in diesem schwerreichen Land ihre Kinder sattkriegen sollen; deren letzter Stolz aber darauf gründet, dass sie sich dennoch selbst zur Mittelschicht zählen (Kapitel 1). Es vermittelt die Perspektive des Hilfsarbeiterkindes, das es an die Universität schafft und dort mit dem elitären Gehabe der Bürgerskinder fremdelt (Kapitel 2). Es wird um Leute gehen, die noch vor wenigen Jahren glaubten, bis zur Rente eine sichere Arbeitsstelle zu haben und nach einer Entlassung binnen kürzester Zeit von Wohnung, Auto und Familie bis

hin zu Gesundheit und Selbstachtung alles verloren haben – und sich dafür von dieser Gesellschaft auch noch anhören müssen, selbst schuld zu sein an ihrer Lage (Kapitel 3). Das Buch handelt auch von Menschen, deren Ohnmacht in diffuser Fremdenfeindlichkeit mündet und deren real empfundene Ängste eine in Selbstgewissheit lebende Bildungselite einfach nicht zur Kenntnis nehmen will (Kapitel 4). Es ergründet, warum gerade linke Strömungen wie die Grün-Alternativen (Kapitel 5) und die postmodernen Moralisten (Kapitel 6) jegliche Solidarität mit den Deklassierten aufgegeben haben. Und das Buch zeigt, wie linksliberale Medienmacher (Kapitel 7) sowie Künstlerinnen und Kulturschaffende (Kapitel 8) ihr Scherflein zum florierenden Klassenhass beitragen.

Keine Frage: Mich hat es richtig gut getroffen. Als Erster und bislang Einziger in meiner Familie habe ich, dank der Unterstützung an vielen Weggabelungen meines jungen Lebens, mehr als den Hauptschulabschluss erreicht. Nach dem Tod meiner Mutter wandte sich mein Vater von uns ab. Er versank im Drogensumpf und starb kurz vor meinem Abitur. Wenige Tage vor seinem Tod im Jahr 2003 hatte ich erfahren, wie es um ihn stand. Im Gegensatz zu meinem Bruder besuchte ich ihn nicht am Sterbebett. Es wäre mir unaufrichtig vorgekommen. Außerdem erschien es mir nicht wichtig, denn sein Tod ließ mich seltsam kalt.

Weil er sich acht Jahre zuvor nicht für uns interessiert hatte, kamen meine drei Geschwister und ich bei unserer Lieblingstante Karin unter. Wir konnten aus der verschimmelten und viel zu kleinen Wohnung ausziehen und hatten mehr Platz. Zwar sind wir auch bei meiner Tante in bescheidenen und »bildungsfernen« Verhältnissen erwachsen geworden, aber immerhin ohne häusliche Gewalt und ohne Alkoholmissbrauch. Einer bestimmten Gefahr versuche ich angesichts dieser Biografie seit jeher zu widerstehen: Wer – wie ich – einen sozialen Aufstieg erleben darf, wird gern ideologisch vereinnahmt und muss als leuchtendes Beispiel dafür herhalten, dass in diesem Land jeder bei entsprechender Leistung absolut alles erreichen kann. Jedes Jahr erscheinen Studien, die das Gegenteil beweisen, und trotzdem hält sich dieses »Vom Tellerwäscher zum Millionär«-Bild bis heute.

In Wahrheit werden Arme immer ärmer und Reiche immer reicher. Wäre mir durch den frühen Tod meiner Mutter nicht eine besondere Aufmerksamkeit durch das Jugendamt und durch sehr gute Grundschullehrerinnen zuteil geworden, ich hätte es wahrscheinlich nur zum Hilfsarbeiter gebracht wie mein Vater. Denn selbst mit der staatlichen Unterstützung und in der Obhut meiner Tante ist mein Bildungsaufstieg weder allein auf Begabung noch nur auf Leistung zurückzuführen, sondern vor allem darauf, dass ich in manchen Situationen mehr Glück hatte als mein Bruder und meine beiden Schwestern. Eine Berufsausbildung kann niemand von ihnen vorweisen. Sie sind die meiste Zeit auf Hartz IV angewiesen und werden es schwer haben, da jemals herauszukommen.

Viele der Menschen, mit denen ich täglich zu tun habe, sehen in meiner wunderbaren Hartz-IV-Familie nur den strunzdummen Unterschichtspöbel. Dabei handelt es sich bei meinem

Umfeld nicht etwa um Manager-, Rechtsanwalts- oder Gymnasiallehrertypen, die sich schon immer gerne über die ach so verkommenen Asozialen vom Bodensatz der Gesellschaft mokiert haben. Nein, ich bewege mich in einem linksliberalen und teilweise sogar linksradikalen Umfeld, in dem diese Verachtung für die Bildungsbürgerfern mittlerweile stark ausgeprägt ist. Gerade diese reflektierten Personen müssten eigentlich wissen, dass das deutsche Bildungssystem viele Menschen in jungen Jahren eliminiert – und sie dann auch noch glauben lässt, sie wären allein verantwortlich für ihr schulisches Scheitern. Das Treten nach unten ist dennoch leider auch in linken Milieus auf dem Vormarsch. In Zeiten allseitiger Prekarität, in denen fast jeder binnen kurzer Zeit vom unbefristeten Job in die sichere Armut rutschen kann, richtet sich von allen Seiten ein massiver Klassenhass gegen jene, die noch schwächer sind als man selbst.

Heutzutage zählt sich kaum noch jemand zur Arbeiterklasse. Es ist üblich, außer den Superreichen und den Ärmsten alle Menschen in Deutschland zu einer ominösen Mittelschicht zusammenzufassen und diese Gruppe zwischen Ober- und Unterschicht einzuordnen. Weil sie in der gesellschaftlichen Debatte leider fest verankert sind, verwende ich für die eigentlich allesamt objektiv zur Arbeiterklasse zählenden Leute, von denen ich hier schreibe, die Begriffe »Mittelschicht« und »Unterschicht« – obwohl ich sie analytisch für falsch halte. Denn es sind Kategorien, die Sozialwissenschaftler nach dem Zweiten Weltkrieg erfanden, um in der großen Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion fälschlich zu unterstellen, dass in der Bundesrepublik Deutschland jeder alles erreichen kann, was er oder sie will.

Deutschland lässt sich dennoch nur als Klassengesellschaft beschreiben. Auch wenn die Quote der Studienberechtigten eines Jahrgangs im Jahr 2012 bei sagenhaft sozialdemokratisch anmutenden 59,6 Prozent stand und die Zahl der Studierenden mit 2,8 Millionen in absoluten Zahlen so hoch wie niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland liegt, offenbart ein genauerer Blick eine sich vertiefende soziale Ungleichheit im Bildungssystem: Von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker-Haushalten studieren 23, bei Kindern aus Akademiker-Haushalten sind es 77.

Noch niemals in der Geschichte befanden sich so viele Menschen in abhängiger Erwerbsarbeit wie heute. Nur weil in unseren Tagen frühmorgens in der Bahn immer weniger Blaumann tragende Fabrikarbeiter zu sehen sind, hat sich die Sozialstruktur der Gesellschaft nicht grundlegend verändert. Objektiv können die allermeisten Menschen auch nach dem Ende des Industriezeitalters noch immer nur dann überleben, wenn sie ihre Arbeitskraft an die Eigentümer von Produktionsmitteln – zu denkbar ungünstigen Bedingungen – verkaufen. Sie haben nichts zu bieten als jene Arbeitskraft, während die Kapitalisten die Bezahlung und die Bedingungen der Arbeit beinahe beliebig niedrig ansetzen können, weil da draußen eine Masse von Erwerbslosen wartet, die diesen angebotenen Job sehr gerne annehmen würde. Nicht nur der Kfz-Mechaniker oder die Friseurin sind lohnabhängig, sondern auch

Grafikdesigner, Freelancer, ja, sogar fast alle Journalisten und Künstler sind es. Die Arbeiterklasse besteht aus allen, denen jahrzehntelang abtrainiert worden ist, sich als Teil der Arbeiterklasse zu verstehen.

Das darf aber nicht bedeuten, jene feinen Unterschiede zu ignorieren, die es innerhalb der Arbeiterklasse gibt, weil sie dieses komplexe System des Klassenhasses überhaupt erst ermöglichen. Natürlich ist ein Lehrer nicht in gleicher Weise ein Arbeiter, wie es eine Altenpflegehelferin ist. Beide mögen keine Kapitalisten sein, lebensweltlich aber trennt sie viel: Je weiter jemand im Ranking des sozialen und kulturellen Kapitals oben steht, umso mehr Wert wird er darauf legen, sich nach unten abzugrenzen. Das kann der Konsum von Bio-Produkten ebenso sein wie der regelmäßige Gang ins Theater oder die exklusive Rucksackreise nach Südamerika.

Das hat zu einer Entfremdung geführt, zu einem wachsenden Misstrauen, zu subjektiven Interessengegensätzen zwischen Menschen, die im Kern vor allem ein einziges objektives Interesse vereint: die Überwindung der Ungleichverteilung des Reichtums, um die Armut in diesem Land und jenseits seiner Grenzen zu beenden. Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus dem Jahr 2015 belegen, dass das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung insgesamt 33 Prozent des gesamten Vermögens besitzt, während die ärmsten 50 Prozent sich 2,5 Prozent des Gesamtvermögens teilen müssen. Es liegt also auf der Hand: Anstatt sich gegenseitig für den eigenen Schlamassel verantwortlich zu machen, müsste besonders der lohnabhängige Großteil der Bevölkerung eisern zusammenhalten.

# 1. Einmal arm, immer arm

## DER HASS AUF DIE UNTERSCHICHT

Schon wieder hat der 1. FC Kaiserslautern eine Spielzeit in der zweiten Fußball-Bundesliga in den Sand gesetzt. Jetzt gibt es hier nur noch eine Lösung: Bier. Wie so oft, denn das gepflegte Besäufnis ist am Aternweg in Kaiserslautern nicht etwa eine studentische Möchtegernmachomasche. In der Kneipe »Zum Ilona« treffen sich die, denen nichts anderes bleibt, als Tag für Tag in diesem sozialen Brennpunkt ihrem Elend trinkend zu entrinnen. Zum Beispiel Dibbes: Häufig sitzt der 55-Jährige allein in der hinteren Ecke gleich neben dem Billardtisch. Heute schnippt er den verbrannten Überschuss seiner Zigarette ständig neben den Aschenbecher. Seit einer halben Stunde murmelt er Unverständliches vor sich hin. Besonders laut wird er, wenn er eingängige pfälzische Kraftausdrücke mit »FCK« kombiniert. Er schreit dann förmlich. Dibbes ist stinksauer. Sein Verein hat an diesem Dienstagabend zu Hause 0:1 verloren. Gegen 1860 München und damit gegen einen direkten Konkurrenten im Kampf um den Ligaverbleib. »Ich war 1991 gegen Barcelona drobbe«, sagt Dibbes, nachdem ich mich ungefragt zu ihm gesetzt und mein Glas abgestellt habe.

### »WARUM HAST DU NICHT NEIN GESAGT?«

»Drobbe«, das steht in Kaiserslautern synonym für das Fritz-Walter-Stadion auf einem Hügel namens Betzenberg, den die Fans vor jedem Heimspiel erklimmen müssen. Und 1991 gegen Barcelona, da wurde der schwerreiche spanische Meister von dem mittellosen kleinen Pfälzer Verein mit 3:1 abgefertigt. Das Hinspiel im Pokal der Landesmeister (so hieß die Champions League damals) war auswärts noch 0:2 verloren gegangen. Bis kurz vor Schluss lagen die Helden vom »Betze« dann im Rückspiel 3:0 in Führung und waren drauf und dran, das von Johan Cruyff trainierte und mit Spielern wie Pep Guardiola, Hristo Stoitchkov und Michael Laudrup gespickte Starensemble aus dem Wettbewerb zu kegeln. Bis zum Gegentor in der letzten Minute.

Noch bevor wir uns mit Namen kennen, erzählt mir Dibbes von dieser magischen Nacht, so wie er zuvor sicher schon so vielen Bekannten und Unbekannten von ihr erzählt hat: »De Ball is in unserm Strafraum ewisch unnerwegs. Urplötzlich steht do so e Schwarzkopp in de Luft.« Man sieht vor lauter Qualm die Hand vor Augen kaum, aber wie Dibbes mit beiden Armen wedelt, das ist nicht zu übersehen. »Bakero. Mit was für nem Schwung der de Balle über unsern Tormann Gerry Ehrmann ins Tor köppt, so was hab ich vorher noch nie gesieh.« Er fingert seine halb verdampfte Zigarette aus dem Aschenbecher. Der Brandrückstand fällt von ihr ab wie Schnee von einem unter der Last ächzenden Ast. Dibbes blickt mich immer

noch nicht an. Dafür schüttelt er jetzt den Kopf. Nicht weil der FCK damals durch dieses Kopfballdor von Bakero aufgrund der Auswärtstorregel doch noch ausgeschieden war. Vielmehr weil sein Verein mittlerweile sogar aus der zweiten Liga abzustiegen droht.

Als der Niedergang dieses so stolzen Traditionsvereins FCK begann, da geriet auch Dibbes' Leben aus dem Tritt. Nach dem zweiten Bier stellen wir einander endlich vor, nach dem vierten traue ich mich, ihn nach seiner Vergangenheit zu fragen. Früher hatte der stoppelbärtige Pfälzer bei der Nähmaschinenfirma Pfaff inmitten von Kaiserslautern ein geregeltes Erwerbsleben. Er fuhr sogar einen BMW, wie er mir mit kreisenden Handbewegungen erzählt, bei denen er plötzlich so enthusiastisch wirkt, als säße er gerade tatsächlich am Lenkrad seines Autos.

Ein Jobverlust zum falschen Zeitpunkt und ein Schuldenproblem ließen ihn in den Alkoholismus driften. Im Suff wurde er immer wieder handgreiflich gegen Frau und Kinder. »Die wolle nix mehr von mir wisse, un ich kanns auch verstehe«, murmelt Dibbes in seine mittlerweile nicht mehr in der Luft umherwirbelnde, sondern nur noch als Kinnstütze fungierende Hand, kaum hörbar inmitten der Schlagertechnoklänge von Roland Kaiser. Während der Schnulzenbarde aus den Lautsprechern sein »Warum hast du nicht nein gesagt?« knödelt, stellt sich Dibbes genau diese Frage auch. Warum widerstand er nicht dem Charme der Schnapsflasche? Weshalb gibt er sich keinen Ruck und macht einen Entzug? Und wann war der Zeitpunkt erreicht, da er kein Zurück ins alte Leben mehr zu erblicken glaubte, keinen Ausweg aus der Sauferei sah, keinen günstigen Zeitpunkt für ein »Sorry« gegenüber der Familie fand? Gerade setzt Dibbes zum nächsten Schluck aus der Pulle an, da zwickt mich Heinz in die Seite.

## ABGEHÄNGTE IN EINER ABGEHÄNGTEN STADT

»Wart mol ab, de Betze geht runner in die dritt Liga!«, brüllt er mich aus seinen großen, wachen Augen an. Mein müdes Lächeln übergeht er und setzt noch einmal neu an: »Mit dem Trainer kann des jo nur schiefgehe!« Ich lade ihn auf eine Fanta ein, und er kämpft sich freudig zum Stuhl neben mir durch. Bis vor ein paar Jahren hat Heinz als Möbelpacker gearbeitet – genau wie mein Vater. Sie sind lange Arbeitskollegen gewesen. Ich kenne ihn also schon ewig. Seit ihm eine Waschmaschine aus der Hand gerutscht und er mit dem Ding die Treppe heruntergefallen ist, ist Heinz frühverrentet und humpelt mehr schlecht denn recht durchs Leben. Immerhin, seine Alkoholsucht hat der 57-Jährige überwunden – dank zweier Leidenschaften: dem 1. FC Kaiserslautern und seiner Frau Emma, die gerade ihren Plausch mit der Wirtin beendet und vom Tresen zu uns herüberkommt. Mit 16 Jahren lernte die heute 52-Jährige ihren Heinz kennen; seitdem sind die beiden unzertrennlich.

Da sitzen wir also zu viert und schimpfen auf unseren FCK, schwärmen von früher und muntern uns gegenseitig mit Roland Kaiser auf, während die Kneipe sich zur Rushhour füllt.

Es ist Anfang des Monats, das frische Hartz-IV-Geld ist da, und Ilona kommt kaum nach mit dem Bierzapfen. Man könnte meinen, in ihrer Kneipe trafen sich alle Stereotype der Unterschicht: Vom mit Tattoos übersäten Ex-Knacki über den notorischen Arbeitslosen mit den fettigen Haaren und die fünffache Mutter Anfang 30 bis hin zum jugendlichen Schulabbrecher sind hier am Aternweg allerlei Leute versammelt, die in den USA als »white trash« (weißer Abfall) gelten würden und in Deutschland wahlweise »Asoziale«, »Hartzer«, »Alkis« oder »Prolls« heißen. Was der gesellschaftliche Mainstream nicht wissen will: Hinter jedem da gerade zu »Sieben Fässer Wein« bierbetankt umhertanzenden Menschen steht ein kompliziertes Schicksal.

Sie alle sind Abgehängte in einer abgehängten Stadt. Kaiserslautern zählt knapp 100.000 Einwohner und ist beim Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft grandios gescheitert. Nach und nach haben die arbeitsplatzträchtigsten Unternehmen diesem Ort den Rücken gekehrt. Geblieben sind Menschen, die einen Job verloren haben, von dem sie zu hoffen wagten, er würde ihnen ein Leben lang erhalten bleiben. Die Arbeitslosigkeit liegt rund vier Prozent über dem Bundeswert und sogar fünf Prozent über dem Landeswert für Rheinland-Pfalz. Anstatt mit den Nachbarn Baden-Württemberg und Hessen auf Augenhöhe zu agieren, steht Kaiserslautern bei der Arbeitslosenquote auf einer Stufe mit Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Kaufkraft ist im Vergleich zu benachbarten Großstädten wie Saarbrücken, Trier oder Mannheim dementsprechend gering, so dass man sich werktags in der Fußgängerzone eher in einer heruntergekommenen britischen Industriestadt wähnt als im ansonsten prosperierenden Südwestdeutschland. In meiner Familie hat sich der Begriff »Window Shopping« etabliert, was vor allem meinen Schwestern mangels finanzieller Mittel zum »richtigen« Shopping eine behagliche Freizeitbeschäftigung geworden ist – allerdings nur sonntags, um nicht mit ansehen zu müssen, wie andere sich Klamotten kaufen können. Nur die Technische Universität bietet einer die Armut ignorierenden Politik noch Gelegenheit, Kaiserslautern zum unverzichtbaren Wissenschaftsstandort zu überhöhen und davon abzulenken, dass diese Stadt fast nur noch den wenigen technisch und naturwissenschaftlich Hochqualifizierten etwas bieten kann. Wer in einer der vielen Eigenheimsiedlungen der ländlichen Vororte aufwächst, zieht nach dem Abitur weg und kommt später hin und wieder zu Besuch ins kuschelige Kinderzimmer. Alle anderen müssen und wollen für immer in der Westpfalz bleiben. Wen es am härtesten trifft, der landet hier im Aternweg.

Vor 15 Jahren zog Dibbes in den berüchtigten »Texasblock«, dem der Ruf vorausseilt, besonders brutale Zeitgenossen zu beherbergen. Bei alteingesessenen Kaiserslauterern firmiert die Gegend unter der alten Bezeichnung »Kalkofen«, den die Stadt vor gut zehn Jahren in Atern- und Geranienweg umbenannt hat. Umgeben vom dicht bewachsenen Pfälzer Wald, lässt sich das Gespenst des sozialen Brennpunkts von hier nicht einfach sprachlich



vertreiben: Kalkofen ist stadtweit mehr als ein Name oder ein Ort, er ist vor allem Warnung und Vorurteil. Was auch mich traf, obwohl ich zwei Kilometer von dort entfernt aufgewachsen bin.

Wer einmal hier strandet, kommt nicht mehr weg. In den zehn baufälligen Wohnblöcken leben 350 Menschen in sogenannten Schlichtwohnungen unterhalb des Existenzminimums. Wenn das Wetter gut ist, spielt sich das soziale Leben überwiegend draußen in den mit stinkendem Schutt beladenen Höfen ab. Drinnen gibt es in den meisten Badezimmern weder Dusche noch Badewanne, auch sucht man in den gedrungenen Räumen vergeblich nach einem Warmwasseranschluss oder einer Heizung. Die Fenster sind nur einfach verglast und die Wände nicht wärmegeklämt. Häufig schließt sogar die Haustür nicht richtig. Um eine Reparatur kümmert sich niemand, weil in diesen Baracken der Besitzlosen das Stehlen ohnehin sinnlos wäre. 75 Euro zahlen die Bewohner monatlich an die Stadt als Nutzungsentgelt. Weil sie keinen Mietvertrag haben, sind ihre Anrechte auf eine menschenwürdige Wohnsituation stark eingeschränkt.

In Ilonas Kneipe finden viele von ihnen Zuflucht in der Gemeinschaft. Der Abend zeigt mir, dass es bei ihr trotz aller Not fröhlich zugeht, wenn auch selten politisch korrekt. Als eine Frau am Nachbartisch kurz vor Feierabend morgens um drei gebeten wird, ein weiteres Bier zu bringen und dabei die Ansprache »süße Thekenschlampe« hört, schiebt sie dem jungen und für März auffallend braun gebrannten Mann grinsend sein Glas hin und sagt: »Hier, aber spar dir noch ein paar Kröten für die Sonnenbank, du Elektroneger!« Da die Stadt in den leerstehenden Schlichtwohnungen neuerdings Flüchtlinge einquartiert, sind bei Ilona häufig auch sie zu Gast. Mit Vorbehalten vonseiten der Alteingesessenen, versichern mir mehrere Stammgäste, wurden sie hier bislang noch nicht konfrontiert. Aber hin und wieder fallen Ausdrücke wie »Kameltreiber« oder »Kümmeltürke«.

Vielen Menschen aus behüteten Verhältnissen ist das ein gern genutzter Vorwand, um sich nicht mit »denen da unten« auseinandersetzen zu müssen. Sie messen das Leben der Unterschicht an ihren eigenen Maßstäben und sehen deren miserable Lage als Resultat falscher Lebensentscheidungen und mangelnder Leistungsbereitschaft, sie betrachten die Armut der Leute also vor allem als freiwillige Bildungsverweigerung. In Wahrheit besteht der Unterschied darin, dass den Mittelschichtskindern ihre Jugendsünden und Fehlentscheidungen verziehen und sie durch Eltern oder andere Verwandte materiell und seelisch aufgefangen werden, während die Mittellosen einfach ins Bodenlose fallen und gar nicht erst die Chance erhalten, ein Sensorium für diskriminierungsfreie Sprache zu entwickeln.

## ATEMLOS AM ASTERNWEG

Sind diese Leute abgerutscht, avancieren sie auch noch zur Zielscheibe grenzenloser Verachtung, die in den Medien spätestens seit der Einführung von Hartz IV in den Jahren 2003

bis 2005 dauerpräsent ist. Nicht nur *Bild*, *Stern* oder andere Boulevardblätter, auch selbsternannte Qualitätsmedien mischen dabei kräftig mit. Im Frühjahr 2005 erschien eine Ausgabe der Zeitschrift *Geo Wissen* mit dem Schwerpunktthema »Sünde und Moral«. Eingerahmt wird das mit christlicher Mystik aufgeladene Heft durch eine Illustration der »klassischen Tugenden« zu Beginn des Magazins und der »modernen Todsünden« an dessen Ende. Im hinteren Teil findet sich als doppelseitige Illustration der Todsünde Gleichgültigkeit das Foto eines älteren Mannes und einer beleibten Frau.

In offensichtlich ungewaschener Kleidung sitzen sie nebeneinander auf einem abgenutzten grauen Sofa und verfolgen teilnahmslos das Fernsehprogramm. Beide stochern auf ihren Tellern herum, in denen große Kartoffelstücke und eine nicht definierbare Masse in fetter Bratensoße schwimmen. Hinter dem Sofa zeichnet sich eine zwar bunte, aber erkennbar verblasste Tapete ab. Auf beiden Körpern prangen Tattoos, die das ungepflegte Äußere des Duos stimmig abzurunden scheinen. Unter dem Bild steht der Text: »Soziale Verwahrlosung – diese Trägheit des Herzens – gibt es in allen Gesellschaftsschichten. Auffällig wird sie aber nur dort, wo sich innere Lieblosigkeit und äußere Wurstigkeit vereinen. Im sogenannten white trash, der heruntergekommenen Lebensart eines Teils der Unterschicht, ergeben sie eine unansehnliche Melange: Menschen, die seelisch erkalten und unempänglich werden für Signale jeglicher Art.«<sup>1</sup>

Damit hat die Redaktion einer sich populärwissenschaftlich gebärdenden Zeitschrift auf nur zwei Seiten alle Ebenen des Hasses auf die Unterschicht abgehandelt: Das Foto verhöhnt eine Bevölkerungsgruppe durch die Akzentuierung optischer Klischees; in Kombination mit dem herablassenden Text entsteht das Bild einer Unterschicht, die selbst schuld ist an ihrer Lage, weil sie »gleichgültig« erscheint – ihre Armut soll deswegen gerechtfertigt sein. Die Einschränkung, es handele sich nur um einen Teil der Unterschicht, dient als Absicherung gegen die Kritik an einer Pauschalisierung, die durch die Produktion der Doppelseite als Prototyp einer Todsünde natürlich trotzdem billigend in Kauf genommen wird, wenn sie nicht sogar beabsichtigt ist.

Auf den ersten Blick sieht tatsächlich alles nach Gleichgültigkeit aus, als ich wenige Stunden, nachdem Ilona ihren Laden dichtgemacht hat, zum Asternweg zurückkehre. Mit Heinz und Emma bin ich vor deren Häuserblock verabredet. Im Hof toben Kinder mit Hunden umher. Während aus einem offenen Fenster laut aufgedreht Helene Fischers »Atemlos durch die Nacht« dröhnt, denke ich, dass auch hier am Asternweg alle Atemlos sind. Ruhe scheint an diesem Ort nie wirklich einzukehren: Die Straße, die niemals schläft. Vor der Front des ockerfarbenen Hauses sitzt Dibbes auf einem sperrmüllreifen Holzstuhl vor einer versifften Bierbank; er klopft sich eine Zigarette aus der Schachtel und nimmt einen kräftigen Schluck aus seiner Parkbräu-Flasche.

Sein verschlissener FCK-Fanschal trägt den Aufdruck »Deutscher Meister 1991«, nicht

jedoch den vom letzten Titelgewinn vor dem tragischen Absturz des Vereins. Das war 1998. Damals interessierte sich Dibbes nicht sonderlich für den FCK. Es war das Jahr seiner Entlassung bei dem Nähmaschinenhersteller Pfaff, der ihm 20 Jahre lang einen sicheren Arbeitsplatz geboten hatte. Seine Erkenntnis nach all den Jahren in der Perspektivlosigkeit bringt er bei unserem Smalltalk schnell auf den Punkt: »Ob mit Arbeit oder ohne: Verarscht wern wir doch eh alle.« Er ist stolz auf diesen Satz, denn mit dem Anschein eines Lächelns hebt er seine Bierflasche und prostet, ins Leere blickend, dem vor zersprungenen Fenstern wimmelnden Block gegenüber entgegen. Vom Himmel nieselt der Regen herab, es riecht nach Kellerkälte, Geröll und Brandrückständen.

»Schunn wieder am Saufe?«, schallt es von der anderen Seite zu uns herüber. Heinz sitzt lachend im Unterhemd am Fenster und sagt, er komme gleich zu uns. Ein paar Minuten später kämpft sich der nicht sonderlich hochgewachsene Mann mit schwankend-breitbeinigem Gang aus dem Hausflur und steuert, seine um einen Kopf größere Emma im Arm, direkt auf uns zu. Als er Dibbes' Schal sieht, deutet Heinz auf das FCK-Wappen an seiner Jacke und lästert erst einmal minutenlang über die »Versager do drobbe«. Während er einen großen Schluck Wasser aus seiner Plastikflasche trinkt, nutze ich die Gelegenheit und lenke das Gespräch auf unser eigentliches Thema: Was denken sie, wenn sie den Begriff »Unterschicht« hören? Die Frage enthält ein Reizwort, und darum möchten die drei offenbar sehr gerne darüber sprechen. Mit »Unterschicht« verbindet Heinz nicht etwa sich selbst. Ihm fällt da jemand ganz anderes ein: »De Florida-Rolf!«

Welch gutes Gedächtnis! Denn die Geschichte um Florida-Rolf liegt einige Jahre zurück. Im Sommer 2003 und damit inmitten der Werbephase für das rot-grüne Sozialabbau-Programm Agenda 2010 berichtete die *Bild-Zeitung* über den damals 64-jährigen Frührentner Rolf J., der im US-amerikanischen Miami lebte und monatlich Sozialhilfe aus Deutschland erhielt, womit er seine Wohnung finanzierte. Das Springer-Blatt bezeichnete den Mann in einer wochenlangen Kampagne als »Florida-Rolf«. Es schlagzeilte zuerst mit dem Ausspruch »Er lacht uns alle aus« und danach mit einer auf das Grundsätzliche abzielenden rhetorischen Frage: »Leben wir eigentlich im Sozial-Schlaraffenland?« Die damalige

Bundessozialministerin Ulla Schmidt (SPD) reagierte erstaunlich schnell und änderte das Gesetz, denn – so sagte sie – »Sozialhilfe unter Palmen« solle es ab sofort nicht mehr geben.

»Des war doch rischdisch so«, findet Emma. Sie hat nach ihrem Volksschulabschluss eine Lehre als Hauswirtschafterin gemacht. Als sie Mutter von Zwillingen wurde, hängte sie den Job an den Nagel und kümmerte sich um die Erziehung ihrer Kinder. Fortan war nur noch Heinz für den Lebensunterhalt der Familie zuständig. Er hatte immer gut zu tun, in Kaiserslautern leben viele betuchte US-amerikanische Soldaten, die ständig die eigenen vier Wände wechseln und sich teure Umzugsfirmen leisten können. Manchmal kloppte er wochenlang Zehn-Stunden-Schichten, sechs Tage die Woche. »Wie so'n Managertyp, nur

wirklich anstrengend«, kichert Heinz. Weil er nach Stunden bezahlt wurde und seinen Lohn am Ende des Monats immer in bar ausgehändigt bekam, glaubt er, die Bedeutung von im Schweiß seines Angesichts selbst verdienten Geldes noch buchstäblich zu kennen. Typen wie dieser Florida-Rolf bringen Heinz und Emma auf die Palme, denn – so schrieb es die *Bild-Zeitung* und so sieht es auch das Pärchen vom Aternweg – es gebe in Deutschland viel zu viele Schmarotzer. Das sei nicht gerecht. Seinesgleichen müsse »nach harten Jahrzehnten mit ner Mini-Rente klar kumme, un do liegt jemand uf unsre Koste in de Sonne«.

## »LEITKULTUR DER UNTERSCHICHT«

Es ist genau die Reaktion der Stammleserschaft, auf die emotionalisierende Boulevardblätter wie *Bild* mit ihrer durch den Springer-Konzern vorgegebenen politischen Mission hoffen. Unerwähnt geblieben sind in der breit rezipierten Diskussion damals die amtsärztlich diagnostizierten Krankheiten von Rolf J. ebenso wie die Tatsache, dass es sich bei dem Gesetz nicht um einen Ausdruck sozialstaatlicher Dekadenz, sondern um eine Ausnahmeregelung gehandelt hatte, die ursprünglich für im NS-Regime aus politischen Gründen ausgewanderte Deutsche eingeführt worden war, um ihnen die Rückkehr in das Land der Täter zu ersparen. Weniger als 1000 Menschen nahmen dieses Gesetz zwischen 1949 und der Abschaffung im Sommer 2003 in Anspruch. Was nichts daran zu ändern vermochte, dass die Medien kurz vor der Einführung der sogenannten Hartz-Gesetze eine Diskussion entfachten, die den bestehenden Sozialstaat als Hängematte denunzierte.

Dibbes pflichtet mir bei, als ich meine Haltung ausspreche, und variiert seinen vorhin so stolz ausgesprochenen Satz: »Egal, wer grad an de Macht is: Die verarschen uns doch eh alle. Do bringt's nix, wenn wir gegeseitig ufeinander losgehn.« Natürlich gehöre er selbst zur Unterschicht, sagt er mit fester Stimme und sieht dabei Emma und Heinz mit einem klaren Blick an, den ich bis dahin weder tags zuvor noch an diesem Nachmittag bei ihm wahrgenommen hatte: »Un ihr beide gehört auch dazu. Macht euch doch nix vor, wir Kalköfler wern behandelt wie de letzte Dreck.« Wie recht er doch hat: Dass Menschen im reichen Deutschland allen Ernstes heute noch in solchen Verhältnissen leben müssen – ohne warmes Wasser, ohne Heizung, ohne Dusche –, das wollen viele aus der Mittelschicht nicht wahrhaben.

Selbst die Eigenheimbesitzer, die hier ganz in der Nähe leben und jeden Kontakt zu ihren Nachbarn meiden wie der Teufel das Weihwasser, denken nichts Gutes über diese Menschen. Sie sehen in ihnen kaum mehr als Kleinkriminelle, Brutalos und Asoziale, die aus reiner Bequemlichkeit dem Alkohol verfallen sind und nicht mehr in ein bürgerliches Leben zurück wollen. Hätte der Privatsender *VOX* nicht im April 2015 und ein Jahr später jeweils einen abendfüllenden Fernsehdokumentarfilm über den Aternweg gesendet, viele von ihnen wüssten noch immer nichts von den Zuständen in den Schlichtwohnungen.

Mittlerweile hat sich ein Verein namens »Asterweg – Eine Straße mit Ausweg« gegründet, der die Wohn- und Lebenssituation der Bewohner verbessern und ihnen zu einer neuen Chance verhelfen will. Das erste Projekt besteht darin, die Schlichtwohnungen mit dem Nötigsten zu versorgen: Duschen und Warmwasserleitungen. Die Politik hat dafür bislang nicht gesorgt, obwohl der Kalkofen einer der ältesten sozialen Brennpunkte Deutschlands ist, der direkt nach dem Ersten Weltkrieg entstanden ist. Alle paar Jahre gerät das Thema Kalkofen / Asterweg in den Fokus der Lokalpresse. Dann äußern sich politisch Verantwortliche aller Parteien betroffen, schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu und schauen nach dem Abebben der Debatte wieder genauso weg wie zuvor, denn Wahlen lassen sich mit diesem Sujet nicht gewinnen. Genau darum ist der Verein so wichtig für die Leute hier. Denn er möchte auch aufräumen mit Vorurteilen über die Unterschicht: Sie arbeiten gegen das dominante Bild, das die Wohlstandsgesellschaft von den Leuten hier kultiviert, um jede Empathie auszuschalten. Und wenn – so will es die herrschende Erzählung – dann leben im Aster- und Geranienweg bestenfalls Ausnahmen, der Rest der Republik gilt als frei von materieller Armut.

Einer der Wortführer dieser Bewegung ist der Historiker Paul Nolte, der schon 2003 in der Wochenzeitung *Die Zeit* einen Gastbeitrag mit dem Titel »Das große Fressen«<sup>2</sup> veröffentlicht hat, in dem er behauptet: »Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht. Sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV.« Ohne empirische Basis spricht er von den »kulturellen Wurzeln der Verwahrlosung«, die er in einer Abkehr vom Erwerbsarbeitsideal sieht. So kann man die Wahrheit natürlich verdrehen: Nicht die fehlende Bereitstellung überlebenssichernd bezahlter Arbeitsplätze und einer angemessenen Grundsicherung durch Wirtschaft und Politik sind demnach verantwortlich für die Entstehung der neuen Unterschicht, sondern das bewusste Fehlverhalten der Armen. Nirgends, so Nolte, sei hier mehr der rechtschaffen-sozialdemokratische Aufstiegswille sichtbar; Werte wie »Disziplin, Bildung und Benehmen, Höflichkeit und Toleranz« seien Relikte längst vergangener Tage, während sich diese Menschen lieber dem »klassenspezifischen Konsumdreieck aus Tabak, Alkohol und Lottospiel« hingäben.

Nolte macht eine aus seiner Sicht ablehnenswerte Diskrepanz aus, denn der »hohen materiellen Fürsorge der Unterschicht steht eine Vernachlässigung in sozialer und kultureller Hinsicht gegenüber«. Hohe materielle Fürsorge? Ein alleinstehender Hartz-IV-Empfänger hat (Stand: 2016) kaum mehr als 400 Euro zur Verfügung, um außer Miete und Heizung alle Fixkosten, den Strom und seinen Lebensunterhalt zu finanzieren. Das erscheint einem auf Lebenszeit verbeamteten Professor mit hohem vierstelligen Nettomonatsverdienst und privater Krankenversicherung also zu üppig? Als ich Noltens Hasstiraden gegen die schwächsten Glieder der Gesellschaft an der Bierbank am Asterweg Dibbes, Emma und Heinz vorlese, schnauben sie alle drei einträchtig: »Was weiß denn der schon von unserm

Lebbe?« In diesem Moment, in dem Heinz seine Wasserflasche auf Ex kippt wie früher seine Bierpulle, da weiß ich, dass die drei gleich noch zorniger sein werden.

Denn ich lese weiter vor. Paul Nolte fordert in seinem später zum Buch ausgearteten Artikel eine »neue Politik der Unterschichten«<sup>3</sup>, die er so skizziert: »Wenn wir bestimmte Kulturformen auszeichnen und auch in Milieus jenseits der bürgerlichen Mittelschichten fördern wollen, kommen wir kaum an der Einsicht vorbei, dass es sich dabei um so etwas wie ›Leitkultur‹ handelt.« Leitkultur. Ein Begriff, den man in Süddeutschland gut kennt. In Baden-Württemberg und Bayern reden Politiker von CDU und CSU gerne von einer christlichen Leitkultur in Deutschland, wenn ihnen inhaltlich nichts mehr einfällt, um die nationalistischen Tendenzen mancher Wähler zu aktivieren. Lange nutzten sie die Wendung in ihren Bierzeltreden zur Abgrenzung gegenüber Migranten, auf die konservative Parteien ihre Klientel am liebsten hetzen. Auf das weiße Proletariat gemünzt, haben die Kalköfler in Kaiserslautern noch nie von Leitkultur gehört. Sich für etwas Besseres zu halten und in überkauften Apartments teuren Wein schlürfen, das soll Leitkultur sein? »Warum«, echauft sich Dibbes, »denke die Studierende immer, dass wir nix geleistet han? Die würde doch zusammenbrechen, wenn sie nur drei Tag die Arbeit mache müsste, die wir johrelong mache musste!«

## HYMNEN AUF DIE EDLE MITTE

Wie die Tonangebenden den Leistungsbegriff definieren, das entscheiden sie immer so, wie es ihnen gerade in ihren ideologischen Kram passt. Den endgültigen Durchbruch schaffte die These von der Umdeutung der sozialen Ungleichheitsfrage in ein Mentalitätsproblem unkultivierter »Hartzer« im Jahr 2006, als die Studie »Gesellschaft im Reformprozess« der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung erschien. Großes Aufsehen erregte die Behauptung, ein zunehmender Bevölkerungsteil gehöre dem sogenannten »abgehängten Prekariat« an. Dieses akademische Wortungetüm haben Dibbes, Emma und Heinz noch nie gehört. Sie lachen aber laut auf, als ich ein Foto aus der Tasche ziehe, das einen Mann zeigt, der sich nachher immer wieder auf diese Studie bezogen hat. »Des is doch de Beck mit de Homschderbacke«, gackert Heinz. Genau, es ist Kurt Beck. 2006, als er noch SPD-Bundesvorsitzender und rheinland-pfälzischer Ministerpräsident war, äußerte sich der Politiker in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* besorgt ob der Existenz einer neuen Unterschicht, in der kaum noch Aufstiegsbestrebungen zu finden seien. Er definierte seine Diagnose als »Unterschichtenproblem«<sup>4</sup>.

Heinz drückt seine Flasche zusammen. Während er seine FCK-Jacke zurechtzieht, verengt sich seine Miene. »Also«, beginnt er mit zittriger Stimme, »ich find jo trotzdem, dass wir Mittelschicht sind. Des, was de Beck do gesagt hat, des trifft doch gar net uf uns zu.« Emma widerspricht ihm sofort: »Babbel doch net so dumm. Es geht net darum, wie wir uns sehn,

sondern wie die Politiker uf uns scheiße. Also sind wir ebe doch Unterschicht!« An der abwinkenden Geste von Heinz lässt sich ablesen, welches Versprechen die alte Bundesrepublik aus den Trümmern der faschistischen Katastrophe auferstehen und so lange stabil hat durchhalten lassen: Wir alle sind Mitte, es gibt kein Oben und kein Unten, sondern nur eine Gesellschaft aus Menschen mit den gleichen Lebenschancen. In der Unterschichtendebatte setzen Politik, Wirtschaft und Medien auf die Reste dieses Versprechens im kollektiven Bewusstsein der Leute. Sie ließen die Mittelschicht hochleben und prangerten eine angeblich verkommene Moral bei Superreichen und kulturell Armen an.

Ab 2007 erschienen binnen weniger Jahre vier auflagenstarke Bücher, die den Gestus als Sprachrohr der angeblichen Leistungsträger aus der Mittelschicht einnehmen. Michael Sauga machte den Anfang mit seinem Buch »Wer arbeitet, ist der Dumme. Die Ausbeutung der Mittelschicht«<sup>5</sup>. Darin stellt der *Spiegel*-Redakteur eine Gerechtigkeitslücke fest: Die deutsche Mittelschicht sei »Abgaben-Weltmeister«, während sich die »wahre Unterschicht« im »Schattenreich des Arbeitsmarktes« mit Schwarzarbeit und Sozialleistungen ein angenehmes Leben mache. Marc Beise von der *Süddeutschen Zeitung* schlägt in seinem Buch »Die Ausplünderung der Mittelschicht«<sup>6</sup> von 2009 in die gleiche Kerbe: »In dieser Gesellschaft wird Politik an die Ränder gedacht: Gebt den Armen, nehmt den Reichen! In Wirklichkeit geht es gegen uns, gegen die in der Mitte. Lange schon leiden wir unter einer Politik der Ausplünderung.« Die Mittelschicht sei die »Melkkuh der Nation«, stattdessen müssten soziale Unterschiede »als Chance und Leistungsanreiz« verstanden werden. Auch das im gleichen Jahr durch den Ökonomen Clemens Wemhoff publizierte Werk »Melkvieh Mittelschicht. Wie die Politik die Bürger plündert«<sup>7</sup> geht inhaltlich in diese Richtung und wendet sich gegen einen »immer gieriger werdenden Griff des Staates nach den Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten«. Die Mittelschicht erscheint auch hier als »beliebig belastbarer Geldautomat der Republik« und »die Entlastung der Mittelschicht« als unumgänglich, um »eine enorme Dynamik in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung« auszulösen. Im September 2012 wiederum erschien ein Buch des *Stern*-Journalisten Walter Wüllenweber mit dem Titel »Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert«<sup>8</sup>, das den bisherigen Höhepunkt im journalistischen Hass auf die Unterschicht bildet.

## LEISTUNG, LEISTUNG ÜBER ALLES

Für das, was ich jetzt zusammenfassen werde, zeichneten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Walter Wüllenweber mit dem Deutschen Sozialpreis aus. Ein Grund dafür dürften die ersten 60 Seiten seines Buches sein. Darin stellt der Mittfünfziger seinen Tiraden gegen die Marginalisierten ein Kapitel voran, in dem er »die Flucht in die Parallelgesellschaft« durch die »kleine, reiche Minderheit« anprangert, deren Anteil er auf



etwa ein Prozent der Gesamtgesellschaft beziffert.

Hierzu zählt für ihn nur, wer über ein großes Vermögen verfügt. Exorbitant hohe Einkommen wie Boni und Vorstandsbezüge gehören explizit nicht dazu, und zwar aus einem einfachen Grund: »Für das Einkommen muss man zuerst etwas leisten, bevor man es bekommt.« Ihm scheint nicht nur völlig egal zu sein, dass sich Einkommen aus Erwerbsarbeit in Deutschland noch nie nach einem objektiven gerechten Kriterium bemessen haben; es ist ihm sogar bewusst, denn – so seine Auffassung – »Einkommensungleichheit ist für das Funktionieren der Leistungsgesellschaft unverzichtbar und Treibstoff der Marktwirtschaft.«

Spätestens hier wird klar, woher der Wüllenweber-Wind weht: Er ist ein Nostalgiker, der sich in bester ordoliberalen Tradition nach echtem marktwirtschaftlichen Wettbewerb, nach einer sozialdarwinistischen Leistungsgerechtigkeit sehnt, und er verkündet dies im jammernden Ton eines Kleinkindes, dessen Lolli am harten Steinboden zerborsten ist. Dass dieser Lolli namens Leistungsgerechtigkeit aber auf Nimmerwiedersehen entschwunden ist, weil sein süßes Versprechen einer Konfrontation mit der kapitalistischen Realität mit ihrer Monopoltendenz nicht standhalten kann, kommt ihm nicht in seinen den marktwirtschaftlichen Wettbewerb zum Naturgesetz erhebenden Sinn. Wüllenweber will eine Rückkehr in die Zeit, »als die Banken noch Diener waren und keine Herren«. Der Traum immerwährender Prosperität war kurz, aber offenbar so berauschend, dass der Publizist noch immer ernsthaft an den guten Kapitalismus glaubt: »Leistung garantiert Wohlstand und damit die Existenz des Sozialstaates. Doch sie ist noch mehr: einer der Stützpfeiler im Wertegebäude der Deutschen.«

Und von diesem haben sich für Wüllenweber vor allem »Unterschichtsfamilien« verabschiedet. Ihnen kreidet er ihre vermeintliche »Unterschichtskultur« an, die der Autor anhand weniger Extremfälle beschreibt, welche er in seiner Reportertätigkeit kennengelernt hat oder die ihm in den gescripteten Trash-Formaten der privaten Fernsehsender präsentiert worden sind. So besitzen »Lebensformen, die sich in der Unterschicht entwickelt haben«, angeblich allesamt skandalöserweise »Mikrowellenherde, Spielkonsolen, Smartphones, Computer und natürlich Flachbildfernseher«. Seine durch und durch diskriminierende Darstellung gipfelt in einem umfassenden Rassenprofil der deutschen Unterschicht. In Schlagworten charakterisiert er seinen typischen Sozialschmarotzer.

Das erste lautet: »Du bist, was du arbeitest«. So »entstand eine ganze Lebensform, der das Geld so selbstverständlich vom Amt kommt wie der Strom aus der Steckdose. In der trickreiches Taktieren in den Versorgungsämtern weitaus lohnender ist als ein Job.« Verdrängt hat er, dass im Kapitalismus systematisch wirtschaftliche Verlierer produziert werden, wie sie auch am Kalkofen leben. Das wirkt sich konkret etwa in zahllosen Sanktionen gegen Leistungsberechtigte aus, welche Sozialgerichte für rechtswidrig erklärt haben, in den täglichen skandalösen Stromabschaltungen in verschuldeten Haushalten, weil für Elektrizität



kein Posten im ALG-II-Regelsatz enthalten ist, oder auch in den vielen menschenunwürdigen Niedriglohnjobs, zu denen psychisch angeschlagene Menschen gezwungen werden.

## GIBT ES DENN KEINE ARMUT MEHR?

Mit den Überzeichnungen geht es bei Wüllenweber munter weiter. In »Du bist, was du isst« stellt er ökonomisch Benachteiligte als träge Fresssäcke dar, deren sündiges Verhalten sich in »Rauchen, übermäßigem Alkoholkonsum, ungesundem Essen, Bewegungsmangel« äußere. An dieser Stelle verschweigt er, dass viele in Burnout-Kliniken versackende Leistungsgesellschaftsfanatiker aus den von Wüllenweber als »Elite Deutschlands« gefeierten Managementetagen meist noch ungesünderen Fraß in sich hineinstopfen und dass sie in ihrem von Achtzig-Stunden-Wochen überfrachteten Alltag oftmals reichlich rauchen, saufen und koksen. Die weiteren Teile sind schnell abgehandelt: Unter dem Stichwort »Du bist, was du übst« moniert Wüllenweber, der Unterschicht fehle »Disziplin, Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft, Pflichtbewusstsein« und »Anstand«.

In »Du bist, wie du wohnst« wärmt Wüllenweber den Mythos vom freiwilligen Leben im versifften Plattenbau auf, derweil er mit dem Slogan »Du bist, wie du liebst« Groll gegen jene hegt, für die nicht Arbeit, sondern »Sex das absolute Highlight ihres Lebens« ist. Unter der Überschrift »Du bist, wie du deine Kinder erziehst« prangert der Autor die angeblich falsche elterliche Zuwendung in einkommensschwachen Familien an, die ihren Kindern nicht die Werte der Leistungsgesellschaft vorleben. Für ihn scheint es redlicher zu sein, wenn vollerwerbstätige Eltern ihre Gören die ganze Woche im Hort verschanzen, sie abends in die Musikschule verfrachten und am Wochenende zur Oma abschieben, weil ihnen über das Diensthandy gerade noch ein wichtiger Geschäftstermin übermittelt worden ist. Die daraus resultierende emotionale Vernachlässigung vieler Mittelschichtskinder interessiert Wüllenweber nicht, weil sie ja die Leistungsträger von morgen sind.

Lieber stürzt er sich auf den für ihn freiwilligen Weg in »Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Schulversagen und Geldmangel« der Unterschicht (»Du bist nicht, woher deine Eltern kommen«) oder auf das vermeintliche Dummdödel-dasein dieser »Asozialen« (»Du bist, was du glotzt«): »Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, die Welt des gedruckten Wortes, ist für die Unterschicht ein fremder, unbekannter Planet. Auf ihrem Planeten existieren nur flimmernde Medien.« Der Redakteur hat sich offenbar noch nie unter Oberstufenschüler eines Gymnasiums gemischt, denn dann würde er schnell merken, dass die Kids sich dort größtenteils über ihre Youtube-Sessions die Köpfe heißreden und eben nicht Theater- und Operninszenierungen des Vorabends debattieren. Aber darum geht es Wüllenweber auch gar nicht. Er möchte mit all dem verdeutlichen, wer allein schuld ist an Massenarbeitslosigkeit, leeren Staatskassen und verlotterten Sitten: die böse Unterschicht. Zwar greift er auch die 800.000 reichsten Deutschen an, verbindet diese Anklage aber stets mit Nachsicht. Reiche

seien »häufig vereinsamt und haben Angst«. An anderer Stelle berichtet Wüllenweber mitleidig von »reichen Söhnen, die von ihrer Umgebung missachtet, oft verlacht werden«, obwohl sie sich doch so sehr anstrengen, dazuzugehören: »Viele fahren im Alltag Golf, um nicht aufzufallen.«

Gegen den »Müßiggang der Empfänger von Sozialtransfers« dagegen zieht er in aller Härte zu Felde. Schließlich, so Wüllenweber keck, habe der deutsche Sozialstaat die Armut längst besiegt: »In Deutschland haben die Armen Geld genug.« Geldarmut sei nicht etwa »die Ursache der beschriebenen Verhaltensweisen, sondern ihre Folge. Das wahre Elend ist also die Armut im Geiste, nicht die im Portemonnaie.« Einem solchen Menschen wünscht man beinahe die Wiedergeburt in eine Familie, die von der Gesellschaft missachtet, als überflüssig betrachtet und in Perspektivlosigkeit und Armut gehalten wird. Kein Wort verliert er über die psychische Dimension des Aufwachsens am unteren Ende der Einkommens- und Teilhabeskala, die jede ökonomische Perspektivlosigkeit verschärft, weil die hegemoniale Ordnung lieber das Treten nach unten predigt als diesen Menschen helfend die Hand zu reichen. Wüllenweber leugnet die sich rasant ausbreitende Armut und hetzt die umgarnte Mittelschicht wohlfeil auf die hemmungslos stereotypisierte Sozialfigur der Unterschicht. Die Erkenntnis der echten, weitaus komplexeren Beschaffenheit dieser gnadenlos gehassten Gruppe liegt nur einen einzigen Besuch am Kalkofen in Kaiserslautern entfernt.

## STEREOTYPE, SO WEIT DAS AUGEN BLICKT

Ich verlasse Dribbes, Heinz und Emma an diesem Nachmittag mit dem Eindruck, dass diese Gesellschaft kein Interesse daran hat, etwas an deren Situation zu verändern. Wer einmal arm ist, der bleibt es auch. Für Menschen, die in der Unterschicht aufwachsen, ist es damit unmöglich, ohne fremde Hilfe sozial aufzusteigen. Während ich von der Brücke auf der Mainzer Straße einen letzten Blick in Richtung Astenweg werfe, denke ich darüber nach, wie sich in Deutschland so viele über Menschen mit formal geringem Bildungsgrad lustig machen, denen niemals jemand eine echte Chance gegeben hat. Der Fabrikantensohn Gabor Steingart bezeichnete die Unterschicht im selbsternannten Nachrichtenmagazin *Spiegel Online* 2006 als Gefahr für die Demokratie: »Der neue Arme ist kein Wiedergänger des alten. Vor allem an seinem mangelnden Bildungsinteresse erkennen wir den Unterschied. Er besitzt keine Bildung, aber er strebt ihr auch nicht entgegen.«<sup>9</sup> Das, so Steingart, wirke sich bei diesem neuen Proletariat auf alle Lebensbereiche aus: »Selbst für seine Kinder unternimmt er keine allzu großen Anstrengungen, die Tür in Richtung Zukunft aufzustoßen. Ihre Spracherziehung ist so schlecht wie ihre Fähigkeit, sich zu konzentrieren.«

Peer Steinbrück, damals Vizevorsitzender und 2013 sogar Kanzlerkandidat der SPD, definierte die Politik für jene als sozial gerecht, »die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die

etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen.«<sup>10</sup> Sein Zusatz »Um sie – und nur um sie – muss sich Politik kümmern« lässt sich als Aufforderung verstehen, die Armen am Rande der Gesellschaft krepieren zu lassen. Denn die Erhöhung der Sozialleistungen sei nicht der richtige Weg, assistierte Walter Wüllenweber in seinem gewohnt höhnischen Ton: »Mit mehr Sozialknete kann man die Benachteiligung nicht wirksam bekämpfen. Die Erfahrung zeigt: Das würde nur den Umsatz bei McDonald's steigern.«<sup>11</sup> Der damalige Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, argumentierte 2009 ähnlich, indem er vermutete, die geringfügige Erhöhung der ALG-II-Regelsätze sei »ein Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie«<sup>12</sup> gewesen.

Ich muss daran denken, wie am Abend zuvor die am Aternweg Gestrandeten bei Ilona gefeiert und getrunken haben, als wenn's kein Morgen gäbe, weil sie an dieses Morgen am liebsten nicht denken möchten: kein Job, kein stabiles soziales Umfeld, kein richtiges Badezimmer, nicht genug Geld für Lebensmittel, geschweige denn für Kino, Zoo, Theater oder Schwimmbad, ja, noch nicht einmal eine humane Wohnung dürfen sie haben. In ihrer totalen Perspektivlosigkeit müssen sie sich ausgerechnet von denen ein falsches Konsumverhalten vorwerfen lassen, die mit dem goldenen Löffel im Mund zur Welt gekommen sind und denen die gesellschaftliche Deutungsmacht obliegt.

Zum Rassenprofil der Unterschicht, wie es Steingart und Wüllenweber am Reißbrett entworfen haben, gehört dann konsequenterweise auch ein typischer Unterschichtskörper, der ungepflegt, ungesund und meist übergewichtig dargestellt wird. Ausgehend von einer Studie, die 2007 herausgefunden haben will, dass zwei Drittel aller Erwachsenen in Deutschland übergewichtig oder gar fettleibig seien, und einer weiteren Studie, der zufolge Kinder armer und ungebildeter Eltern dreimal so häufig dick oder adipös seien wie Kinder von Reichen und Akademikern, hat sich eine Debatte um dieses Thema entsponnen. Der Journalist Christian Schwägerl inszenierte sich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als Rassenhygieniker: »Fressen ist so etwas wie das innere Exil der Armen inmitten der Globalisierung. Vielleicht wäre es angezeigt, statt Hartz-IV-Beratern Fitnesstrainer zu bezahlen?«<sup>13</sup> In die gleiche vorwurfsvolle Richtung geht die Auffassung der sich um die körperliche Fitness der Bevölkerung sorgenden ehemaligen Bundeslandwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne): »Früher glaubten wir, die Lebensformen der Unterschicht seien die Folgen ihrer Armut. Das Gegenteil ist richtig: Die Armut ist Folge ihrer Verhaltensweisen, eine Folge der Unterschichtskultur.«<sup>14</sup>

Nicht nur, dass Dicksein ohne erkennbaren Grund als verwerflich betrachtet wird<sup>15</sup>; die ungeprüfte Feststellung von sozial unerwünschten Ernährungsweisen äußert sich in der öffentlichen Debatte seit Jahren in einer Mischung aus Belustigung und Empörung über das angeblich selbst verantwortete Verfetten der Unterschicht. Kaum ein Artikel illustriert das anschaulicher als eine Seite-Drei-Reportage aus der *Süddeutschen Zeitung* vom September

2004, die einen typischen Nachmittag bei McDonald's am Bahnhof Zoo in Berlin zu schildern vorgibt: »Eine junge, eigentlich hübsche, aber viel zu dicke Mutter tritt ihre Zigarette aus und bestellt für sich und ihre zwei eigentlich hübschen, aber viel zu dicken Buben von elf und sieben Jahren dreimal das ›Sparmenü‹ zu 4,39 Euro. ›Ich mit nem Big Mac‹, kräht der kleinere der beiden dicken Jungen. ›Ich auch‹, sagt der große dicke Junge und schaut dabei nicht von seinem Handy auf: ›Und nachher noch n McFlurry.‹ McFlurries sind Riesenpapptöpfe voller Softeis, in das gehäckselte Süßigkeiten gemixt werden. Viel Fett, viele Kohlehydrate, keine Vitamine, keine Ballaststoffe. Kein Wunder, dass die drei so fett sind. Macht zusammen 17,64 Euro. Danke sehr. Bitte sehr. Und ab nach Hause vor die Glotze.«<sup>16</sup> Woher kommt sie nur, diese sadistische Lust der Gebildeten, derart auf die schon am Boden Liegenden einzutreten? Und woher nehmen sie sich das Recht, den Armen vorzuschreiben, was sie konsumieren dürfen und was nicht? Eine mögliche Antwort darauf findet sich in einer weiteren Reise in meine eigene Vergangenheit.

## GRAUEN OHNE ENDE

Als ich ein kleiner Junge war, durfte ich Horrorfilme sehen. Wenn meine Mutter nicht zu Hause war, holte mein Vater meinen Bruder und mich aus dem Bett und setzte sich mit uns vor den Fernseher, wo uns Verfilmungen von Stephen-King-Romanen das Fürchten lehrten. Der irre Clown in »Es«, die grausamen Untoten aus »Friedhof der Kuscheltiere« oder die Geistesranke in »Misery« ängstigten mich, wie wohl jedes Kind, das solche Bilder sieht. Da ließe sich natürlich fragen: Wie kann ein Vater so etwas nur tun? Nun, auch wenn ich nach dem Abspann bisweilen schlecht oder gar nicht schlief, bin ich bis heute überzeugt: Diese Filmabende waren Momente, in denen sich mein Vater von seiner besten Seite zeigte. Ihn plagte nach turbulenten Alkoholabenden – das bestätigte mir Jahre später meine Tante – immer wieder ein schlechtes Gewissen. Er hatte dann das Bedürfnis, uns seine Zuneigung spüren zu lassen. Weil er zu offener Herzlichkeit nicht imstande war, teilte er stattdessen seine große Leidenschaft mit uns. Und die bestand eben nicht im Briefmarkensammeln oder dem Modelleisenbahnbau, sondern in Horrorfilmen.

Einmal kurz nach meiner Einschulung, verdonnerte ihn meine Mutter dazu, mich von der Schule abzuholen. Auf dem Nachhauseweg begleitete uns mein damaliger bester Freund. Ihm hatte ich schon den ganzen Vormittag hindurch davon erzählt, dass ich am Vorabend den Trash-Film »Critters« hatte sehen dürfen, in dem es um kleine, scharfzähnnige, besonders hässliche und ausnehmend blutrünstige Ungeheuer von einem fremden Planeten geht. Während ich gefühlt zum zehnten Mal die Handlung mit vollem Körpereinsatz nachspielte, dürfte mein Vater die ebenso beeindruckten wie neidischen Blicke meines Freundes genau registriert haben. Vermutlich sah er seitdem die Möglichkeit für mich und meinen Bruder, vor den Mitschülern zu glänzen, wenn wir noch mehr dieser für Kinder eigentlich nicht geeigneten

Filme sehen würden.

Also durften wir uns immer öfter dem Grusel vor der Mattscheibe hingeben. Irgendwann gewöhnte ich mich an die fiktiven Mörder, Monster und Mumien. Sie waren Teil meines Alltags. Und gegenüber meinen Freunden in mannhafter Pose mit Horrorfilmwissen zu prahlen, hatte was für sich. Eine Maßnahme gab es, mit der sich mein Vater bei den regelmäßigen Standpauken meiner Mutter verteidigte: Wurden Szenen allzu brutal, mussten wir uns Augen und Ohren zuhalten, bis das Schlachten vorbei schien. Was er nicht wusste: Gerade dieses Wegsehen in entscheidenden Szenen war es, das mir schlaflose Nächte bereitete. Nicht vor dem Expliziten schauerte mir, sondern vor dem Offenen, dem Rätselhaften, dem Ungewissen, das Bilder vor meinen Augen produzierte, obwohl ich sie mir zuhielt. Denn, so erfuhr ich viel später, nicht anders funktioniert sie nun mal, die verwegene Lust am Grauen: Der Zuschauer verliert für eine kurze Zeitspanne seine Identität. Er macht eine Grenzerfahrung, indem er sich bewusst dem Unbekannten aussetzt und dadurch infantil anmutende Ängste empfindet.

Wären mir nicht von Kindesbeinen an die schauerlichsten Horrorfilme vorgeführt worden, ich würde dieses Genre heute wahrscheinlich als unkultiviert, reaktionär und stumpfsinnig ablehnen, wie es so viele linksliberale Akademiker tun. Sie verdammen Menschen wie meinen Vater, denen das bürgerliche Wissen fehlt, wie sie ihren Kindern genau die Anerkennung bescheren können, die ihnen aufgrund ihrer sozialen Herkunft im Vergleich zu anderen Kindern vorenthalten bleibt. Es ist das gleiche Prinzip, wie es die Journalistin in einer Qualitätszeitung wie der *Süddeutschen* anwendet, wenn sie bei McDonald's eine Frau dafür verachtet, dass sie ihren Kindern etwas Gutes tun will. Wem aus materiellen Gründen die Möglichkeit verwehrt bleibt, der Tochter ein Musikinstrument samt Unterrichtsstunden oder dem Sohn eine Skifreizeit in den Alpen inklusive Sportausrüstung zu schenken, der muss sich mit dem kleinen Glück des Alltags begnügen, das dann eben in einem spannend anmutenden Gruselfilmabend bestehen kann oder in einer harmlosen, kleinen Sünde namens Sparmenü mit Big Mac für 4,39 Euro.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu, den sich die Studierenden nicht ausmalen können: Eine Gesellschaft, die Menschen von finanzieller und kultureller Teilhabe an ihrem unermesslichen Wohlstand systematisch ausschließt, darf sich nicht wundern, wenn diese Ausgeschlossenen im Übertreten bürgerlicher Wertvorstellungen ihr letztes Refugium widerständigen Verhaltens und damit eine Art letzter Restwürde zu finden hoffen.

## EINE GESELLSCHAFT DER DROHUNGEN

Auch meinen Grundschullehrerinnen war dieser Fernsehkonsum ein Dorn im Auge. In der zweiten Klasse sollten wir einmal ein Bild malen, das zeigt, was wir morgens vor der Schule zu Hause tun. Einige Kinder malten sich beim Zähneputzen, andere beim Frühstück und

wieder andere beim Packen ihrer Schulsachen. Als Einziger gab ich ein Bild ab, auf dem zwei Strichmännchen zu sehen waren, die nebeneinander auf einem notdürftig als Couch erkennbaren Möbelstück saßen. Beide waren einem Gerät zugewandt, das meine Lehrerin sofort als Fernseher identifizierte. Ich erinnere mich bis heute, wie ihr die Gesichtszüge beim Blick auf das Blatt entglitten. Natürlich konnte ich sie damals noch nicht deuten. Sie ging kommentarlos weiter. Darum hielt ich das morgendliche Glotzen weiter für selbstverständlich – bis meine Mutter mir nachmittags peinlich berührt sagte, ich könne doch so etwas nicht in der Schule malen, weil die Lehrerin nicht wissen dürfe, dass ich mir morgens gern die neuesten Episoden meiner Lieblingszeichentrickserien »Die Racoons« und »Die Schlümpfe« ansah.

Damals galt noch deutschlandweit das Sprengel-Prinzip, nach dem alle im Einzugsgebiet einer bestimmten Grundschule verpflichtet waren, ihre Kinder auf diese und keine andere erste Lehranstalt zu schicken. Dadurch waren mein Bruder und ich bei weitem nicht die einzigen Schüler aus ärmlichen Verhältnissen. Weil wir aber mit unserem alkoholkranken Vater, der besonders bedenklichen Wohnsituation und später unserer krebskranken Mutter für die Lehrerinnen eine besondere Herausforderung waren, standen wir schon frühzeitig auch unter der Beobachtung des Jugendamtes, das mich und meine drei Geschwister nach dem Tod meiner Mutter am liebsten in vier verschiedene Kinderheime gesteckt hätte. Der bei den Behörden jahrelang für uns zuständige Mitarbeiter ließ gern despektierliche Sprüche gegen unsere Familie fallen. Sein berühmtester: »Die Barons sind der Sozialhilfe-Adel.«

Meine Grundschullehrerinnen dachten völlig anders. Dank ihrer pädagogischen Erfahrung mit »Problem-Kids« brachten sie das Einfühlungsvermögen, den Enthusiasmus und die Kompetenz auf, unsere Lebenssituation zu verstehen. Sie taten alles, damit mein Bruder und ich nicht den Mechanismen des Bildungssystems zum Opfer fallen. Sie durchschauten das System, ohne dass sie es als Einzelkämpferinnen grundlegend hätten verändern können. Im Unterschied zu so vielen Lehrern, die ich später erlebte, wandten sie wunderbare Erziehungs- und Unterrichtsmethoden an, die bei den schneller lernenden Schülern ebenso ankamen wie bei denen, die etwas mehr Zeit und Zuspruch brauchten.

Der Pädagoge John Hattie hat 50.000 Studien zu den Bedingungen des Lernens systematisiert und kommt zu einem eindeutigen Schluss: Lehrer haben unter allen Menschen im sozialen Umfeld eines Kindes den stärksten Effekt auf das schulische Lernen, vor allem die Grundschulpädagogen. Lehrer, so Hattie, müssen Schüler im Arbeitsalltag genug wertschätzen, ihnen ausreichend Feedback geben und ihnen viel Vertrauen schenken, damit der Lernerfolg steigt. In Deutschland aber sind viele Lehrer für diesen Beruf völlig ungeeignet, wie eine Studie der Goethe-Universität Frankfurt am Main belegt: 27 Prozent jüngerer Lehrerinnen und Lehrer sind mit dem Job überfordert. Die meisten von ihnen gestehen ein, dass sie diesen Beruf wegen der Arbeitsplatzsicherheit, der guten Vereinbarkeit

von Familie und Job und der Heimatnähe der jeweiligen Universität gewählt haben.<sup>17</sup> In Zeiten, in denen sich aufgrund der noch halbwegs stabilen Mittelschicht der Bildungswettbewerb verschärft, weil objektiv immer mehr Schüler eines Jahrgangs Abitur machen, wirkt sich das besonders für jene negativ aus, die ohnehin mit Nachteilen ins Schulleben starten.

Für Kinder aus einem nicht-akademischen und materiell armen Elternhaus ist der Erfolg in dem immer mehr zum Markt umgestalteten Bildungssystem so schwer erreichbar wie das Ziel für einen Hundertmeterläufer, der mit 20 Metern Rückstand und einer Eisenkugel am Bein ins Rennen starten muss. Unser Gemeinwesen ist von einer Gesellschaft der Versprechen zu einer Gesellschaft der Drohungen geworden. Es gilt die Devise: Sei cool, entspannt und selbstbewusst, dann regelt sich schon alles irgendwie. Fahre aber stets die Ellbogen aus gegen die anderen, denn immer mehr Menschen machen Abitur. Und: Beklage dich niemals! Denn wenn du dich im Konkurrenzkampf nicht durchsetzt, dann landest du schnell im Zwangsregime namens Hartz IV!

Die soziale Herkunft ist unter diesen verschärften innergenerationellen Konkurrenzbedingungen gerade bei der Ressource Bildung zu einem unlauteren Wettbewerbsvorteil geworden, den Mittelschichtseltern ihren Kindern gewähren können, um deren Berufskarrieren zu sichern. Am Ende der Grundschulzeit, wenn in den meisten Bundesländern noch immer die Empfehlungen der Lehrerinnen und Lehrer für eine weiterführende Schule anstehen, wirkt dieser Startnachteil fort: Statistisch gesehen bekommt das Kind eines Arztes oder Juristen fünfmal öfter eine Gymnasialempfehlung als ein Facharbeiterkind. Schüler aus gebildeten Elternhäusern legen siebenmal häufiger das Abitur an einem Gymnasium ab als Arbeiterkinder.<sup>18</sup>

Warum handeln Grundschullehrer so? Meist setzen sie bei leistungsschwachen Kindern aus Akademikerhaushalten mehr Fördermöglichkeiten durch die Eltern voraus als bei Arbeiterkindern mit den gleichen Noten. Außerdem ist da eine kulturelle Kluft, die in einer Klassengesellschaft unüberwindbar ist: Wenn Unterschichtskinder zu Rabauken werden, dann machen Lehrer meist die Eltern dafür verantwortlich – die sie in Wahrheit aber gar nicht persönlich kennen, weil die Eltern aus Scham nie zu Elternabenden erscheinen. Ist ein Kind aus einem Akademikerhaushalt ähnlich verhaltensauffällig, dann spricht die Lehrerin mal eben mit den Eltern, die sie ohnehin jede Woche im Theater trifft und von denen sie deshalb weiß, dass sie wohlgesittet sind, sich ihr Schützling also früher oder später in jedem Fall wieder einkriegen wird.

Je mehr ich mich mit meinem Bildungsaufstieg auseinandersetze, umso klarer erscheint mir: Wären mir nicht derart einfühlsame und ihr Handwerk beherrschende Grundschullehrerinnen vergönnt gewesen, mir wäre keine Eignung für das Gymnasium attestiert worden. Für meinen Bruder hatten sie eine Realschule als angemessen betrachtet, mich wollten sie unbedingt in



der höchsten Schulform sehen. Aufgrund meiner sozialen Herkunft aber wollte mich kein Gymnasium. An dieser Stelle schritten wieder meine Grundschullehrerinnen ein: Sie setzten sich dafür ein, dass mein Bruder und ich eine Integrierte Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe besuchen konnten. Der Weg zum Bildungserfolg war geebnet – zumindest für mich.

- 1 Geo Wissen: Gleichgültigkeit. In: Geo Wissen, Nr. 35/2005. Sünde und Moral
- 2 Paul Nolte: Das große Fressen. Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht. Sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV. In: Die Zeit, Nr. 52/2003
- 3 Paul Nolte: Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. Bonn 2005
- 4 Thomas Schmid, Wulf Schmiese: »Die Anfangseuphorie hat vieles überblendet«. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck über den Gesundheitskompromiss, die Krise der schwarz-roten Koalition und den EU-Beitritt der Türkei. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 40/2006
- 5 Michael Sauga: Wer arbeitet, ist der Dumme. Die Ausbeutung der Mittelschicht. München 2007
- 6 Marc Beise: Die Ausplünderung der Mittelschicht. Alternativen zur aktuellen Politik. München 2009
- 7 Clemens Wemhoff: Melkvieh Mittelschicht. Wie die Politik die Bürger plündert. München 2009
- 8 Walter Wüllenweber: Die Asozialen. Wie Ober- und Unterschicht unser Land ruinieren – und wer davon profitiert. München 2012
- 9 Gabor Steingart: Die neuen Proleten. Die fortschreitende Deindustrialisierung hat im Westen eine neue Unterschicht der Unproduktiven und geistig Verwahrlosten geschaffen. Diese Fremdlinge im eigenen Land werden zur ernststen Gefahr für die Demokratie. In: Spiegel Online vom 16.09.2006
- 10 Peer Steinbrück: Etwas mehr Dynamik, bitte. Soziale Gerechtigkeit heißt heute: Der Staat muss mehr Geld in Bildung und Familien investieren. Für Gesundheit, Alter und Pflege hingegen werden die Bürger stärker selbst vorsorgen müssen. In: Die Zeit, Nr. 47/2003
- 11 Walter Wüllenweber: Neue Armut: Spiel nicht mit den Schmutzkindern. Deutschland ist gespalten. Doch oben oder unten ist nicht nur eine Geldfrage. Bildungsarmut ist das größte Problem der neuen Unterschicht. Mehr Geld bringt keinen sozialen Fortschritt. Bildung schon. In: Der Stern vom 28.10.2006
- 12 Sebastian Fischer: JU-Chef Mißfelder teilt gegen Arbeitslose aus. Empörung über Philipp Mißfelder. In: Spiegel Online vom 20.02.2009
- 13 Christian Schwägerl: Das neue Kaloriat. Vom »neuen Prekariat« spricht eine vieldiskutierte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, während eine frische Untersuchung des Robert-Koch-Instituts Unterschicht und Übergewicht in Zusammenhang bringt. Ein Vorschlag zur Güte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 241/2006
- 14 Vassilis Tsianos: Urbane Praktiken. Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus. In: Duygu Gürsel, Zülfükar Çetin, Allmende e.V. (Hg.): Wer Macht Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen. Münster 2013
- 15 Friedrich Schorb: Dick, doof und arm? Die große Lüge vom Übergewicht und wer von ihr profitiert. München 2010
- 16 Evelyn Roll: Der Hypochonder wacht auf. Die Menschen haben sich so lange ans Jammern gewöhnt, dass sie es nicht fassen können, wie ernsthaft krank das System jetzt wirklich ist. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 211/2004
- 17 Marco Maurer: Du bleibst, was du bist. Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet. München 2015
- 18 Kai Maaz: Soziale Herkunft und Hochschulzugang. Effekte institutioneller Öffnung im Bildungssystem. Wiesbaden 2006



## **2. Studierende bleiben lieber unter sich**

### **DIE AKADEMISIERUNG DES PROTESTS**

Weihnachtsfeier im Haus der *DGB*-Jugend. Junge Menschen, die sich allesamt als links verstehen, trinken und rauchen und lachen und tanzen und feixen in bester gewerkschaftlicher Obhut. Weil es an diesem Wochenende ein großes Programm gibt, steigt im Laufe des Abends einer der Organisatoren kurz auf das Podium und erklärt den weiteren Ablauf für Ortsunkundige. Morgen geht's nämlich zum Bowling, da sollte jeder wissen, wie man dorthin gelangt. Seiner trockenen Wegbeschreibung fügt der Redner am Ende noch einen feuchtfröhlichen Witz hinzu: »Die Bowlingbahn befindet sich im schlimmsten Assi-Viertel der Stadt. Ihr solltet also an der Haltestelle schnell aus der Straßenbahn aussteigen und dann im Laufschrift hinein in die Bowlingbar!« Herzhaftes Gelächter. Nur ich fühle einen quälenden Stich in der Magengegend. Wie so oft.

Auf Partys meiner linksliberalen Freunde erlebe ich so etwas immer wieder. Manchmal streifen die Gespräche auch private Themen, und einmal fragte mich einer in der Runde, wie denn eigentlich meine jüngste Nichte heiße, von deren Geburt ich ihm kurz zuvor erzählt hatte. »Kimberly«, antwortete ich, und in jenem Moment, in dem das Wort meinen Mund verließ, wusste ich bereits: Das war ein schwerer Fehler. Blitzschnell nämlich brach es reflexhaft aus ihm heraus. Sein ebenso schallendes wie verächtliches Lachen erfüllte trotz des lautstark aus den Boxen dröhnenden Punkrock den ganzen Raum. Selbstverständlich stimmte der Rest am Stehtisch in das Gackern mit ein. »Das ist doch«, prustete einer, der sich zur Wirkungsverstärkung die eine Hand an seinen ob des Amusements scheinbar schmerzenden Bauch hielt und die andere ob seiner vermeintlichen Fassungslosigkeit an die schweißnasse Stirn, »das ist doch so ein typischer Unterschichtsname!« Und wieder war da dieser Schmerz in der Magengegend.

Als später zwar die erwähnte Party, aber noch lange nicht die Feierlaune am Ende war, zogen wir weiter in Richtung Kneipenareal der Stadt. Eine junge Frau aus unserer Mitte regte an, wir sollten doch noch auf eine »Trash-Party« um die Ecke gehen, wir müssten uns dafür nur noch mit Plastiktüten und Jogging-Anzügen ausstatten, »damit wir aussehen wie Assis«. Und erneut spürte ich dieses Ziehen im Leib. Nicht zum letzten Mal, denn am frühen Morgen wurden wir, noch immer nicht müde, aus dem Partykeller herausgekehrt. Wohin jetzt? Da hatte ein weiteres Mitglied unserer Runde eine scheinbar grandiose Idee: »Lasst uns doch noch in eine dieser Proll-Kneipen gehen und gegen die Alkis am Tresen antreten!«

**BLOSS NICHT AUFFALLEN!**

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu schrieb einmal, dass nur derjenige sozial aufsteigen kann, der seine eigene Klasse verrät.<sup>19</sup> Treffender lässt es sich nicht ausdrücken. Selbst wenn man als Hilfsarbeiterkind studieren kann, bleiben die in der Kindheit erlernten Werte und Normen fast uneingeschränkt bestehen. Du bist nur etwas wert, wenn du viel arbeitest, wurde mir beispielsweise immer wieder gesagt. Meine Familie glaubte, dass unterprivilegierten Menschen die Befolgung dieses Prinzips ein halbwegs ehrenwertes Leben ermöglichen würde. Was daraus logisch folgt, ist ein Hang zum Konformismus. Wenn dir jahrelang zu Hause eingebläut wird: »Fall bloß nicht auf! Befolge alle Regeln! Respektiere die Verhältnisse, denn du kannst sie sowieso nicht ändern!«, dann wirst du einen Teufel tun und aus reinem Protest mit abgewetzter Kleidung zur Schule gehen oder dich auf Diskussionen mit Lehrern einlassen, so sehr du auch im Recht sein magst. Rebellion, die von Kindern aus Arbeiterhaushalten kommt, führen meist zur Verfestigung ihrer Randständigkeit.

Verweigern sie sich dem allseits gepriesenen Leistungsprinzip, dann kann ihr Protest gar keinen Erfolg haben, weil sie nicht über die Ressourcen und die Macht verfügen, sich ihren Platz in der Gesellschaft am Ende doch noch auszusuchen. Sie werden eben einfach zu den Versagern abgestempelt, zu denen sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch ohne eine solche Rebellion geworden wären. Paul Willis, ein britischer Kulturosoziologe, hat das schon in den 1970er Jahren in seiner Studie »Spaß am Widerstand« am Beispiel britischer Jugendlicher aus der Arbeiterklasse im schulischen und berufsvorbereitenden Umfeld untersucht. Er beobachtete dort eine Subkultur der Bildungsverweigerung. Die Jugendlichen, so Willis, richten sich durch diese Einverleibung von ursprünglich widerständigen Gegenstrategien im herrschenden System ein, bejahen die eigene Situation also durch ihre Weigerung zur Teilnahme an der »Leistungsgesellschaft«, gerade weil klar ist, dass sie später sogenannte niedere Jobs verrichten werden und dem außer einer Sabotage der eigenen Bildung nichts entgegensetzen können. Die konsequente Verweigerung bürgerlicher Werte führt damit nicht etwa zum Umsturz dieser Werte, sondern dazu, dass die Jugendlichen erst recht exakt jenen Platz in der Gesellschaft einnehmen werden, der ihnen ohnehin als einziger zugedacht ist. So erscheint es den allermeisten besser, die Schnauze zu halten und möglichst nicht aufzufallen.

Wenn die wenigen Arbeiterkinder, die irgendwie zur Aneignung bürgerlicher Bildung gelangen konnten, später Gehör finden wollen in Seminardebatten an der Uni oder in Lesekreisen linker Gruppen, dann ist es genau diese anerzogene Zurückhaltung, die es den Linken aus der Mittelschicht leicht macht, sich in den Vordergrund zu drängen und schüchterne Neuankömmlinge der unteren Schicht galant unterzubuttern. Zumal dieser Aspekt der erlernten sozialen Scheu den Linken einfach nicht auffallen will. Offenbare ich in linken Kreisen doch einmal meinen proletarischen Hintergrund, ernte ich fast immer erstaunte Erwiderungen: »Von dir hätte ich das wirklich nicht gedacht!« Schließlich werden in diesen

Milieus bewusst oder unbewusst alle Unterschichtler als dumm, hässlich, dreckig, laut und unkultiviert betrachtet. Da passt mein zurückhaltender Charakter überhaupt nicht in dieses Raster, so dass ich im Anschluss an die große Überraschung, dem »Pöbel« zu entstammen, stets implizit als exotische Ausnahme verbucht werde.

Diesen im Alltag permanent präsenten Widerspruch zwischen einer nicht-akademischen Herkunft und dem Versuch, im akademischen Milieu Fuß zu fassen, habe ich immer als außerordentlich belastend empfunden, was wohl ganz besonders einem Umstand geschuldet ist: Mein Linkssein ist in erster Linie biografisch bedingt und damit interessengetrieben – ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Aktivisten, die ihr Opponieren gegen die herrschenden Zustände mit einer ethisch-moralischen Empörung begründen. Während in der gebildeten Mittelschicht sich das Verständnis vom Linkssein vor allem darauf bezieht, die Nöte des »globalen Südens« wichtiger zu finden als die Probleme vor der eigenen Haustür und immer eine weltweite Perspektive einzunehmen, ist es in der Unterschicht üblich, pragmatisch zu denken und sich zu fragen, wie sich das unmittelbar spürbare Leid schnellstmöglich beseitigen lässt. Das mögen zwei diametral entgegengesetzte Horizonte sein, sie treffen sich aber in einer grundlegenden Parteilichkeit im Namen der sozialen Gerechtigkeit. Wie kann es da nur sein, dass es unter vielen emanzipatorisch bewegten Linken üblich ist, sich über Angehörige der Unterschicht lustig zu machen?

## DER TENDENZIELLE VERFALL DES LEBENSSTANDARDS

Dass Aktivisten, deren Problemlagen im Materiellen liegen, innerhalb linker Bewegungen kaum präsent sind und kein Gehör finden, liegt daran, dass sie den akademischen Habitus nicht von klein auf gelernt haben wie die vielen bürgerlich Aufgewachsenen. In linken Milieus herrscht in Deutschland ein akademisierendes Verhalten vor, das auf einem vom Elternhaus vermittelten Selbstbewusstsein fußt. Im Gegensatz zu Arbeiterkindern fanden sie in den elterlichen Bücherregalen weder »Micky Maus« noch Arztromane, sondern große Literatur von Schiller bis Joyce, aufrüttelnde Werke von Marx bis Luxemburg. Wenn ein Lehrer sie mit »gut« bewertete, dann wurden die Eltern entweder gewandt-einschüchternd in der Schule vorstellig oder aber sie trichterten dem Sprössling ein, sich niemals mit einer Zwei zufriedenzugeben, wenn man die Bestnote verdient zu haben glaubt. Immer wieder wurden sie ermuntert, auf die Kunsthochschule zu gehen, und wenn danach erst einmal kein guter Job greifbar ist, kann man die Zwischenzeit ja auch mit einer dem Lebenslauf zuträglichen Rundreise durch Südostasien überbrücken.

Dieses aufbrausende Selbstbewusstsein und diese rebellisch anmutende Risikobereitschaft sind nur deshalb drin, weil stets die Möglichkeit besteht, sich kurzzeitig wieder wie in Kindheitstagen am Geldbeutel der Eltern zu laben und das Budget für neue Abenteuer aufzustocken. In Zeiten zunehmender sozialer Abstiegsgefahr avanciert die soziale Herkunft

zur entscheidenden Ressource, um sich Privilegien zu verschaffen und einen der wenigen verbliebenen nicht-prekären Jobs zu ergattern. Die Möglichkeit des Scheiterns existiert in diesen Biografien niemals – zumindest nicht im existenziellen Sinne. Das ist den meisten Aktivisten aus der Mittelschicht freilich nicht bewusst. Sie würden ihren materiellen und ideellen Vorsprung immer leugnen, weil der Aneignungsprozess dieser akademischen Standards von klein auf wie selbstverständlich geschieht. Ihnen kommt nicht in den Sinn, dass so vielen anderen nie bei den Hausaufgaben geholfen wurde, dass so viele andere nicht spielerisch an das Lesen von Büchern herangeführt wurden und dass so viele andere kein Elternhaus haben, in das sie sich in Sinnkrisen zurückziehen können. Denn, um es auch hier mit Pierre Bourdieu zu sagen, »in der Tat leistet die durch einen unmerklichen, steten Prozess der Vertrautheit im Schoß der Familie garantierte Aneignung von legitimer Kultur einer gleichsam magischen Erfahrung von Kultur und zwangsläufig damit einem Vergessen des Aneignungsprozesses Vorschub. Das ›Auge‹ ist ein durch Erziehung reproduziertes Produkt der Geschichte.«<sup>20</sup>

Und so werden Menschen aus Arbeiterhaushalten in linken Gruppen sozial sanktioniert, wenn sie mit dem gebildeten Gehabe nicht mithalten können. Noch viel mehr: Wenn sie es wagen, auf die ungleichen Bildungschancen von nicht-akademisch geprägten Menschen gegenüber Kindern von Akademikern hinzuweisen, und das auch noch zu ändern trachten, dann wird ihnen von ganz links oftmals vorgeworfen, sowieso nur den Kapitalismus schöner machen zu wollen und das Proletariat von heute auf die Ideologieschmieden namens Universität zu verfrachten, um so die Unterdrücker und Ausbeuterinnen von morgen zu erschaffen. Komisch nur, dass sie selbst unter keinen Umständen auf ein Studium verzichtet haben. Sie selbst sind dabei nicht zu Kapitalisten mutiert. Warum eigentlich? Vielleicht weil sie sich für schlauer halten und nicht in einer »Assi-Familie« aufgewachsen sind? Solche Argumente, die jegliche innerkapitalistische Verbesserung der Lebensbedingungen der Unterschicht als diabolische Ausgeburt des Reformismus ablehnen, sind in linken Kreisen leider äußerst beliebt.

Für die meisten Linken sind Sozialleistungsbeziehende eine abstrakte Referenzgruppe, zu der sie keinen Kontakt haben. Hartz-IV-Empfängern ist wenig geholfen, wenn Linke auf Demonstrationen das Ende der repressiven Sozialstaatsreformen fordern, ansonsten aber kein Wort mit ihnen reden und nicht daran interessiert sind, gemeinsam mit ihnen endlich über dieses kapitalistische System hinauszugelangen. Viele wissen nichts von Antonio Gramsci, und sie haben auch keine Ahnung vom tendenziellen Fall der Profitrate, weil sie sich viel zu sehr um den tendenziellen Verfall ihres eigenen ohnehin schon bescheidenen Lebensstandards sorgen müssen. Mit ihnen müssten die Linken in verständlicher Sprache darüber diskutieren, warum der Kapitalismus abgeschafft werden muss und wie das zu bewerkstelligen ist. Wenn ich in nicht-akademischen Kreisen mit meinem an der Uni und in linksautonomen Seminaren

erlernten Gebrabbel mit tausend theoretischen Schlaufen und Schlenkern komplex davon zu reden versuche, wie der Kapitalismus als Geißel der Menschheit funktioniert, steigen die meisten nach zwei Minuten aus und holen aus zur Gegenrede, in der sie die angelesene oder vor der Glotze angesehene Propaganda eins zu eins wiedergeben und mit einigen aus persönlichem Erleben resultierenden, brillant analysierten Fakten über die kapitalistische Zerstörungswut vermischen. Wer diese Menschen erreichen will, muss ihnen selbstbewusst, aber verständnisvoll begegnen und ihre Sprache verwenden.

## ZU HOCH FÜR DICH

In erster Instanz sorgen also die meist aus der saturierten Mitte stammenden Aktivisten selbst dafür, dass in der linken Bewegung fast nur Menschen aus bürgerlichem Elternhaus präsent sind, denn dort haben es sogenannte Bildungsferne schwer, Akzeptanz zu finden; und sei es auch nur aus dem Grund, dass sie sich nicht so gewählt ausdrücken können wie Leute aus der Mittelschicht, sondern deren codierte Sprach- und Verhaltensweisen erst mühsam erlernen müssen wie eine Fremdsprache. Der Prozess, in dem diese Sprache erlernt wird, ist niemals abgeschlossen. Das liegt vor allem an der stetig spürbaren Unsicherheit, die soziale Aufsteiger kennzeichnet. Der Soziologe Michael Hartmann hat das einmal am Beispiel eines Journalisten beschrieben, der aus einer Arbeiterfamilie stammt: »Er habe immer, wenn er mit den Bürger- und Großbürgerkindern unter seinen Kollegen zu tun habe, den Eindruck, sie hätten so etwas wie ein letztes Geheimnis, das er nicht kenne. Vielleicht noch wichtiger aber sei, dass er keine Ahnung habe, worin dieses Geheimnis bestehe, und er deshalb auch nicht adäquat reagieren könne. Er sitze dann da und wisse einfach nicht, ob die anderen jetzt innerlich wieder den Kopf schütteln über einen Fauxpas seinerseits. Das sei das Schlimmste, es nicht einmal zu merken, wenn man gegen die Gepflogenheiten und informellen Regeln verstoße.«<sup>21</sup>

Als ich mich im März 2006 von Kaiserslautern ins 100 Kilometer entfernte Trier aufmachte, um an der dortigen Universität zu studieren, ahnte ich noch nicht, wie stark auch mich schon bald die ständige Furcht einnehmen sollte vor genau diesem Ertapptwerden. Schon meine erste Fahrt mit dem Bus zum Universitätsgelände geriet zur Tortur. Am frühen Morgen mit vielen gut gelaunten Leuten in meinem Alter in diesem engen Gefährt den Berg zur Tarforster Höhe hinaufzutuckern und als Sonderling in dieser Menge mit ansehen zu müssen, wie so viele sich bereits kennen und dass offenbar niemand auch nur annähernd so viel Furcht empfindet wie ich, das schien schon einschüchternd genug.

Als ich dann später am Tag zwischen zwei Einführungsveranstaltungen in den Fluren dieses 70er-Jahre-Gebäudes all die ungezwungenen Gespräche, die lockere Atmosphäre und die anscheinend spielerisch sich findenden neuen sozialen Kontakte der anderen abseits des Geschehens beobachtete, fühlte ich mich noch mehr als Aussätziger und Unbefugter. Wie sie

alle schon Bescheid wussten, wie sie von mir komplett unbekannten Dingen wie »Proseminar«, »Leistungsschein«, »Tutorium« und »Hausarbeit« sprachen, wie sich gänzlich Unbekannte spontan plaudernd zu Kneipenabenden verabredeten und wie locker, ja, tiefentspannt alle schon im ersten Semester daherkamen, all das wirkte auf mich bedrückend und faszinierend zugleich.

Es sollte Jahre dauern, bis in mir dieses »Du gehörst nicht hier hin, dieser Ort ist zu hoch für dich«-Gefühl endlich verschwunden war, das mir besonders dann heftig in die Glieder fuhr, wenn morgens im Bus eine monotone Frauenstimme vom Band die nächste Haltestelle ansagte: »Universität«. Welch ein Wort, dachte ich immer, so bedeutungsschwer und furchteinflößend und überfordernd – trotz seiner ursprünglichen Bedeutung als »Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden«. Das deutsche Synonym »Hochschule« setzte mir noch mehr zu. Die geografische Angabe im ersten Teil des Begriffs kannte ich bereits aus der Schule, wo die letzten drei Jahrgänge als »gymnasiale Oberstufe« bezeichnet worden waren.

Das hier aber war ein ganz anderes Kaliber. Bei diesem Leuchtfeuer der Wissenschaften von »Schule« zu sprechen, ist weit untertrieben. Dass man hier für eine einzige Klausur mehr würde lernen müssen als für das gesamte Abitur, dass man als Student wie eine Nummer behandelt wird und nicht in einem Klassenverband lernt, ja, dass sich Dozenten und Studenten meist sogar siezten, das war für mich eigentlich zu viel der Anpassung an bürgerliche Konventionen. Anfangs war das keine Frage des Wollens, sondern des Könnens: Mich kostete die Aneignung fundamentaler Begriffe und Verhaltensweisen so viel Kraft, dass ich in den ersten beiden Semestern fast keine Prüfung bestand. Und auch nachdem ich einen Freundeskreis gefunden, mich im Akademikermilieu ganz ordentlich eingelebt hatte und plötzlich sogar ansehnliche Noten vorweisen konnte, fühlte ich mich im akademischen Alltag weiterhin immer wieder peinlich berührt und gedemütigt.

Meist betraf das Kleinigkeiten. Wenn ich mich etwa in der Mensa mit meinen in Akademikerhaushalten aufgewachsenen neuen Freunden zum Mittagessen traf, dann kam es häufiger vor, dass ich wegen meiner Vorliebe für Pommes Frites mit einem humorvoll getarnten Tadel bedacht wurde. Griffen sie wie selbstverständlich zum Salat und zum Gemüsemenü, stellte ich mich fast immer in der kürzesten Warteschlange mit dem fettigsten Essen an. In meiner Kindheit spielte die Ernährung nicht die Rolle, die ihr in bürgerlichen Häusern zugeordnet ist. Wir aßen das, was wir uns gerade leisten konnten und waren froh, wenn alle Familienmitglieder satt wurden. Wegen des für den in Relation zum schnell erreichten Sättigungsgefühl günstigen Ladenpreises kamen bei uns sehr oft Wurstbrote oder Nudeln (mal mit Ketchup, mal mit Butter oder zu Anfang des Monats auch mal mit Eiern) oder eben Pommes auf den Tisch. Das sicher nicht böse gemeinte Kichern, wenn mich meine Freunde bei einem Besuch dabei erwischten, wie ich schon wieder eine Tiefkühlpizza oder Dosensuppe zum Abendmahl erkoren hatte, tat mir jedesmal weh; allein ich änderte jahrelang

nichts an meinem Ernährungsverhalten. Auch die Umstellung zu mehr Obst, Gemüse und weniger Kohlehydraten war ein Aneignungsprozess, den ich wie eine Fremdsprache lernen musste.

Solch befremdliche Empfindungen überkamen mich natürlich nicht nur bei der Ernährung. Auch im politischen Engagement sah ich mich oft zum Fremdkörper degradiert. Während meines Zivildienstes in Kaiserslautern begann ich mich zu politisieren und ganz allmählich Kontakte zur linken Szene zu knüpfen. Erst nach dem Abitur las ich zum ersten Mal aus freien Stücken ein Buch. Es war – dabei entsprach ich ganz dem Geschlechterklischee – ein Sachbuch: »Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben«, in dem Gretchen Dutschke-Klotz das Leben ihres 1979 verstorbenen Mannes Rudi Dutschke erzählt. Ein aufregendes Stück Zeitgeschichte, das nicht nur den Werdegang des bekanntesten deutschen 68ers, sondern auch die Geschichte der linksradikalen Bewegung seit den 60er Jahren nachzeichnet. Ich konnte mich mit den Zielen und Idealen der damaligen Studentenbewegung überwiegend identifizieren und fand in deren Kritik am Kapitalismus so vieles, das auch heute noch gilt. Dass diese Generation das Privileg hatte, inmitten einer beispiellosen Bildungsexpansion rebellieren zu können, also in einer kurzen Phase, in der Aufstiege durch Bildung möglich waren, in der man sich mit dem Studium Zeit lassen konnte, weil das BAföG in der BRD der 70er noch kein Darlehen war, das war mir nicht sofort bewusst.

Mir war aber klar, dass ich kapitalistischen Spielregeln fortan nur insoweit folgen wollte, wie es unbedingt notwendig war – und dass ich sie ab sofort und unbedingt auch nach dem Abschluss meines Studiums noch beruflich kritisieren will. Mein Linkssein vollzog sich während des Zivildienstes in Kaiserslautern komplett autodidaktisch: Ich las Karl Marx, Ernst Bloch, Rosa Luxemburg, Theodor W. Adorno, Lenin und Leo Trotzki. Der Kommunismus, das lernte ich, ist die Gesellschaft, die existieren sollte, aber bisher noch niemals existiert hat. Eine, die nicht auf den kriegszerstörten Trümmern des Kapitalismus entstehen sollte, sondern im nächsten Entwicklungsschritt auf der Grundlage dieses Kapitalismus aufzubauen wäre. Bald schon trat ich aus der SPD aus, der ich noch zu Schulzeiten in naiv-sozialdemokratischem Eifer zugelaufen war. Die Sozialdemokraten, zumal unter Führung beinhardter Neoliberaler wie Gerhard Schröder oder Franz Müntefering, waren mir zum roten Tuch geworden. Ich wurde selbstgefällig und arrogant, weil ich mich unbedingt dem intellektuellen Milieu annähern wollte. Jetzt strebte ich zur Universität und wollte die Revolution machen, wie es mein Held Rudi Dutschke vor mir schon versucht hatte.

Was es aber wirklich bedeutet, im Deutschland des 21. Jahrhunderts als Arbeiterkind zum Linken zu werden, das musste ich erkennen, als ich meine ersten eigenen Schritte als linker Aktivist in Trier wagte. Mit einigen Kommilitonen gründete ich eine lokale Hochschulgruppe von »Die Linke.SDS«. Das ist die Hochschulorganisation der Linkspartei. Gleich zu Anfang luden wir zu einer für alle Interessierten offenen Informationsveranstaltung ein. Ein Mitglied

des Bundesvorstandes kam aus Berlin angereist und stellte Selbstverständnis, Grundsätze, Ziele und Arbeitsweise der Organisation vor. Anschließend durfte das Publikum eigene Redebeiträge einbringen oder Fragen stellen. Schon zu Beginn nutzten die aus strategischen Rekrutierungsgründen anwesenden Mitglieder der von der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, das ist die Jugendorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei / [DKP]) dominierten »Linken Liste« die Gelegenheit, für sich selbst zu werben. Aus der Raumecke, in der sie sich verschanzt hatten, polterte einer von ihnen: »Das habt ihr echt nicht gut gemacht. Ich erkläre euch jetzt mal, wie wir so was machen würden. Erst mal würden wir den Leuten erklären, was der Kapitalismus genau ist und warum wir ihn überwinden müssen. Danach würden wir ihnen sagen, wie wir das schaffen können.«

Offenbar hatten die Damen und Herren die Absicht, eventuell am SDS Interessierte sogleich wieder abzuwerben, indem sie sich kompetenter und vor allem radikaler darstellten als wir Anfänger. Auf einen solchen Schlagabtausch hatten wir keine Lust, weshalb wir auch nicht weiter auf die Provokationen eingingen. Stattdessen stellte einer von uns das Buch vor, mit dem wir uns zu dieser Zeit in einem wöchentlichen Lesekreis beschäftigten: Ein kaum mehr als einhundert Seiten umfassendes Einführungsbändchen mit dem Titel »Sozialismus« von dem linken Politik-Professor Georg Fülberth. Bei den SDAJ-Leuten sorgte das für Gelächter.

Fortan hagelte es Sätze wie »Ich finde so ein bisschen Reformismus manchmal ja schon ganz gut, aber ich bin wirklich froh, dass es mit den DKP-Leuten hier auch noch welche im Raum gibt, die wirklich wissen, was Kommunismus ist!« Keine Frage: Die SDAJ-Kader wussten genau, wie unbefleckt wir waren, und einige von ihnen wussten über unseren theoretischen Nachholbedarf ebenso wie über die nicht-akademische soziale Herkunft mancher von uns genau Bescheid. Gerade deswegen war es für sie ein Leichtes, uns an diesem Abend vorzuführen. Für die vielen Erstsemester, die im Publikum saßen, erschienen die erfahrenen, gebildeten und radikalen Marxisten von der DKP natürlich viel attraktiver als wir angeblichen Reformisten vom SDS, so dass es uns monatelang schwerfiel, überhaupt auch nur ein neues Mitglied für uns zu gewinnen.

## DIE JÜNGER DES HEILIGEN MARX

Nun mag man einwenden, die DKP stemme sich zumindest noch von links gegen den politischen Mainstream und sei allein darum unterstützenswert. Das stimmt, aber meine persönliche Erinnerung an diesen speziellen Abend ist trotzdem keine Ausnahme. Es gibt in Deutschland an den Universitäten neben der erdrückenden Mehrheit an angepassten Langweilern eine relevante Minderheit linker, an radikaler Gesellschaftsveränderung interessierter Wissenschaftler, die linke Debatten auch außerhalb der Universität ganz maßgeblich beeinflussen. Nicht immer treten beispielsweise marxistische Akademiker so offen auf wie in Trier. Häufig sind sie verbeamtete Professoren, hochrangige



Behördenvertreter oder Führungskräfte in der freien Wirtschaft und vermeiden in ihrem Arbeitsalltag jede Agitation, nutzen aber Netzwerke und Ressourcen, um andersdenkende Linke systematisch aus dem akademischen Betrieb zu vertreiben.

Außerdem gehört es zum Selbstverständnis vieler Linker, dieses durch das System angeblich blöd gehaltene Proletariat zu bilden, aufzuklären, ihm die Augen zu öffnen. Sie wollen den Ungebildeten damit die Chance geben, zu einem subjektiven Klassenbewusstsein zu finden. Das nimmt bisweilen groteske Züge an. Wer sich für die Marx-Lesekreise interessiert, aber noch keine Erfahrung mit den »Blauen Bänden« hat, sieht sich in solchen Veranstaltungen häufig entweder behandelt wie ein Kind, dem zu jedem Satz aus Marxens Feder das einzig geltende Verständnis nach Art der jeweiligen Politgruppe eingetrichtert wird. Oder aber – wenn zu viele den Dogmen der Gruppe widersprechende Gedanken von dem schüchternen Neuen kommen – er wird gnadenlos in Grund und Boden theoretisiert durch rhetorisch akkurates, aber trotzdem unverständliches Gerede, das einzig den Zweck verfolgt, den Widerspenstigen entweder auf Linie zu bringen oder ihn gleich wieder fortzujagen. Inhaltlich war es für mich schon zu Beginn meiner Politisierung nur schwer erträglich, von Kindern wohlhabender Selbstständiger, Angestellter oder Beamter als dumm betrachtet zu werden, weil mein von Alltagsbeobachtungen und eigenem Erleben in der Familie angeeignetes Verständnis von Arbeiterklasse nicht jenem entsprach, das diese Linken in ihren staubigen Büchern gefunden und auswendig gelernt hatten.

Gerade Linke, die sich der marxistischen Tradition verpflichtet fühlen, neigen noch heute dazu, die Lektüre der Werke von Marx und Engels analog zur biblischen Exegese religiös zu überhöhen und sich in philologischen Spitzfindigkeiten ebenso zu verlieren wie sich naserümpfend über die harte Alltagspraxis jener Menschen zu stellen, die den hegemonialen Kommunistenhatz-Reflex verinnerlicht haben und weder Zeit noch Zugang zum revolutionären Potenzial marxistischer Schriften finden können. Der Ökonom Thomas Kuczynski bringt dieses Problem exakt auf den Punkt: »Marx ist zum Begründer eines Marxismus gemacht worden, den er selbst so nie gewollt hätte. Auf der einen Seite dieses etwas bibelhafte Verhalten, genau nachzuschauen, was der gute Marx da geschrieben hat, ohne dabei aber zur Kenntnis zu nehmen, dass es natürlich auch produktive Widersprüche in seinem Werk gibt. Und andererseits die Tendenz, Marx zu akademisieren.«<sup>22</sup>

Der akademische Betrieb ist mit seinen zahlreich sich hier verbündenden Linken ein Sammelsurium von Menschen, die unter Kommilitoninnen und Kollegen als superschlau gelten wollen und meinen, man könne das am besten durch eine kompliziertestmögliche Ausdrucksweise erreichen. Eine kleine Kostprobe aus einem wissenschaftlichen Buch über das Paradigma der Biopolitik: »Es handelt sich hier also um die Perspektive, die auf die Momente eines Aufbruchs verweist, in denen sich die Körper und Subjektivitäten immer wieder neu als singuläre Subjektivitäten erzeugen oder in denen widersetzliche,

»unwahrnehmbare« Politiken und Kämpfe entstehen, die gegenwärtige Bedingungen und Regime beharrlich durchqueren und umarbeiten.«<sup>23</sup> Niemand versteht das, ohne es zehnmal zu lesen. Nach dem elften Lesen habe ich daraus die wesentliche Aussage gezogen, dass die Autorinnen und Autoren offenbar für eine Revolution plädieren. Aber wenn sie die Massen aufrütteln wollen, warum drücken sie es dann nicht so aus, dass die es auch verstehen?

## GESCHICHTE OHNE PARTEIBEWUSSTSEIN

Das Leben als linker Akademiker gleicht in Deutschland dem Leben in einer unablässig elitäre Höhen anstrebenden Blase: Es macht einen entscheidenden Unterschied, ob ich – wofür es sehr gute Gründe gibt – meine wissenschaftlichen Ergebnisse als Linker tonal bewusst defensiv formuliere, um mir die Chance zu erhalten, in der gegenüber Linken meist feindlich auftretenden Mainstream-Wissenschaftsgemeinde überhaupt Gehör zu finden, oder ob ich durch eine völlig unverständliche Schreibe im Vorfeld verhindere, eine Leserschaft zu finden. Im englischsprachigen Raum sind solche sprachlichen Komplexitätsknoten weniger ein Problem; während meines Studiums habe ich trotz meiner beschränkten Sprachkenntnisse häufig sogar am liebsten englische Texte gelesen, weil sie mir verständlicher erschienen als alle mir bekannten deutschen Aufsätze zum gleichen Thema.

So sehr ich die deutsche Sprache auch liebe, so sehr ist sie strukturell darauf angelegt, komplexe Sachverhalte komplizierter darzustellen, als es nötig wäre. Jeffrey Eugenides lässt in seinem Roman »Middlesex«<sup>24</sup> seinen Erzähler dieses Problem prima zusammenfassen: »Gern zitierte er, was jene geistreiche Dame über die deutsche Sprache gesagt hatte, nämlich, dass sich das Deutsche nicht für eine Unterhaltung eigne, da man bis zum Satzende auf das Verb warten müsse und darum niemandem ins Wort fallen könne.« Das Deutsche ist eine den Monolog begünstigende Sprache, so dass es auch in linken Kreisen verbreitet ist, in Gesprächen eher rhetorisch und inhaltlich glänzen statt wirklich ein Gespräch im Sinne eines Gedanken- oder Gefühlsaustausches führen zu wollen. Natürlich wären die Uni-Linken keine Uni-Linken, wenn sie sich gegen den Vorwurf der verschwurbelt-unverständlichen Sprache nicht clever zu wehren wüssten.

Ein Lieblingsfeind beispielsweise der akademischen Philosophie ist seit einigen Jahren Richard David Precht, der sich als Autor populärer Sachbücher einen Namen gemacht hat. Wenn man unbedingt will, soll man gerne kritisch sehen, was er so produziert; aber er erreicht mit seinen Werken ein Massenpublikum, obwohl er über geistig fordernde Themen schreibt wie die Geschichte der abendländischen Philosophie, eine zeitgemäße Ethik, das Wesen der Liebe oder die Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems. Ihm missfällt an den hiesigen Geistes- und Sozialwissenschaften, dass sie keinerlei Ambitionen hegen, die Ergebnisse ihrer Arbeit in eine allgemein verständliche Sprache zu übertragen. Sich selbst sieht er in der Rolle eines Übersetzers, der wissenschaftliche Erkenntnisse einem breiten

Publikum zugänglich macht. Genau das ist den allermeisten deutschen Akademikern ein Dorn im Auge – auch und vor allem den Linken unter ihnen.

Die Philosophie-Professorin Juliane Rebentisch etwa dreht sich ihre Sichtweise so zurecht, dass Precht darin als Agent der »neoliberalen Tendenz, die Geisteswissenschaften am falschen Maßstab unmittelbarer Nützlichkeit zu messen«<sup>25</sup> daherkommt. So kann man sich natürlich herausreden, wenn es darum geht, wie wenig hierzulande die Soziologie, die Politikwissenschaft, die Philosophie, die Germanistik oder die Kulturwissenschaften in die Gesellschaft hineinwirken können und wollen. Wer daran etwas ändern möchte, dies erreicht und dann auch noch – das dürfte ein wichtiger Grund für den Neid sein – damit ein hohes Vermögen erzielt, ist sofort der neoliberale Büttel des Kapitals. Warum müssen linke Akademiker so arrogant sein? In anderen Ländern und in anderen Sprachen ist es doch auch möglich, als Geistes- und Sozialwissenschaftler mit seiner Arbeit gesamtgesellschaftlich wahrgenommen zu werden.

Ich selbst bin schon mit vielen linken Wissenschaftlern in Kontakt gekommen, die wunderbare Fragestellungen beackern, zugleich aber kein Interesse daran haben, dass ihr Werk am Ende von viel mehr Menschen als den paar Pflichtgutachtern und dem engsten Bekanntenkreis aus der Kantine gelesen wird. Komplexe Zusammenhänge müssen auch weiterhin in komplizierte Texte münden dürfen. So sehr man aber das Nützlichkeitsargument als neoliberal zurückweisen kann, so wenig hilft es einer kritischen Sozial- und Geisteswissenschaft, wenn ihre Erkenntnisse, ihre Fragen und ihre Rätsel nicht den Weg zur Masse finden. Leider denken viele linke Wissenschaftler nur an ihre Karriere an der Universität. Dort haben sie im Laufe der Jahre gelernt, dass nur diejenigen einen der heiß begehrten Plätze an den wenigen Lehrstühlen der Republik ergattern, die sich in ihren Texten möglichst kompliziert ausdrücken. Es ist die Selbstzufriedenheit der Leute im deutschen Elfenbeinturm, die verhindert, dass wissenschaftliche Resultate über die Grenzen der Uni-Räume hinauskommen und diese Gesellschaft nicht nur virtuell auseinandernehmen, sondern die Verhältnisse wirklich wieder einmal zum Tanzen bringen.

Kein Wunder, dass diese Anspruchslosigkeit sich auf die linke Studentenschaft überträgt. Instinktiv wissen sie, welcher Weg zum beruflichen Erfolg führt. Sie hängen sich an den Rockzipfel der fast immer männlichen Professoren-Gurus, die als überwiegend emeritierte Uni-Untote weiterhin im akademischen Betrieb umhergeistern. Es kann spannend sein, neue Texte von den aus guten Gründen berühmten alten Recken zu lesen, ob nun von Alex Demirovic, Wolfgang Fritz Haug, Frank Deppe, Ulrich Brand oder all den anderen. Sie haben große Verdienste um die Sozialwissenschaften in Deutschland und sind mir – jeder auf seine Weise – zu Lehrern geworden. Freilich verhindern die zeitfressende Bologna-Bulimiestudiumreform sowie die Prekarität junger Wissenschaftlerinnen und Aktivisten eine stärkere Präsenz junger Leute in mit geringem oder ganz ohne Honorar verbundenen

Journalen.

Da haben pensionierte Professoren weit mehr Zeit zum Schreiben. Hilfreich wäre es dennoch, wenn sie in ihrem Unruhestand die vorhandenen zeitlichen Ressourcen in die Unterstützung des Nachwuchses investieren und selbst als Autoren endlich kürzertreten würden. Redaktionen denken nun einmal nach dem Prinzip: Wenn diese Koryphäen etwas schreiben, dann ist der Verkauf des Heftes ein Selbstläufer. Deshalb nehmen sie grundsätzlich alles an, was namhafte Leute einreichen, wodurch die Manuskripte der (noch) unbekannten Autoren als tote Dateien auf den Rechnern enden. Wer sich nicht an die Fersen eines dieser Halbgötter heftet, hat keine Chance. In ihrem autoritätsgläubigen Dasein als Untertanen der sakrosankten Wissenschaftsgötter, in deren Licht sie sich sonnen möchten, gehen Studenten das Mentor-Schüler-Verhältnis ein, in dem die kapitalismuskritischen Youngster bedingungslose Hörigkeit dem alternden Star gegenüber gegen eine prekäre Mitarbeiterstelle tauschen. Wenn akademische Anerkennung sich nach dem Kriterium bemisst, wer sich bei wem wie gut einschmeicheln kann, brechen notwendigerweise heillose Hahnenkämpfe um die paar Stellen bei linken Professoren aus. Da werden dann selbst aufrechte Marxisten zu verhausschweinten Selbstausbeutern. Und für neue Einflüsse sind die Gurus in aller Regel nicht offen. Veröffentlicht etwa ein junger linker Wissenschaftler einen Artikel, der genau dies anprangert und der deswegen irgendwem aus dem Kreise der Altvorderen inhaltlich nicht gefällt, so bekommt er die noch immer beträchtlich vorhandene Macht der Arrivierten bitter zu spüren.

Ein gutes Beispiel dafür ist ein Text des Soziologen Oliver Nachtwey. Er publizierte 2012 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen grandiosen Artikel, in dem er dem akademischen Marxismus hierzulande »Geschichte ohne Parteibewusstsein« vorwarf: »In Deutschland ist der Weg zur Professur immer noch geprägt von den ›plutokratischen Voraussetzungen« (Max Weber) des Universitätssystems, in dem die Berufung der Aufnahme in den Adelsstand durch die Amtsträger gleicht. Die marxistischen Beamtenprofessoren konnten es sich leisten, neuere Diskussionen an sich vorbeiziehen zu lassen.«<sup>26</sup>

Seit Jahren seien es deshalb in erster Linie die Briten und die US-Amerikaner, von denen neue Impulse marxistischer Wissenschaft ausgingen. Die Folge dieser ebenso steilen wie im Kern wahren These war manches Lob, es gab aber auch viel Kritik. Vonseiten mancher der im Artikel angesprochenen Herrschaften erreichte Nachtwey vor allem Entrüstung, gepaart mit dem Vorwurf, er kenne die deutschen Debatten nicht. Sollte das stimmen, würde es meine eingangs erwähnten Argumente nicht entkräften, sondern bestätigen: Falls die linken Wissenschaftler tatsächlich neue Ansätze entwickelt haben sollten, die dazu beitragen können, den zeitgenössischen Kapitalismus zu verstehen, dann ist die Frage noch immer nicht beantwortet, warum diese Gesellschaft davon nichts mitbekommen hat.

## SCHMERZHAFTER KLASSENVERRAT

Nach dem Abschluss meines Studiums verließ ich die Trierer Universität mit 13.000 Euro BAföG-Schulden beim Staat, die seither aufgrund des verzinsten KfW-Studienabschlusskredits und meines geringen Einkommens jährlich steigen. Einen beruflichen Masterplan hatte ich auch nicht. Was sollte ich also tun? Nun, wie so oft in meiner Bildungslaufbahn, so war es auch diesmal eine hierarchisch weit oben stehende Person, die mir den Weg wies. Zwei Jahre vor meinem ersehnten Ziel des akademischen Grades eines »Magister Artium« übernahm Ulrich Brinkmann in Trier den Lehrstuhl für Wirtschaftssoziologie. Seine Themen interessierten mich am meisten, denn er ist ein im besten Sinne kritischer Sozialwissenschaftler und erklärte seinen Studenten die damals einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise so, dass es auch wirklich jeder verstehen konnte.

Obwohl ich alles tat, um nicht aufzufallen, erkannte er meine Stärken und ermutigte mich, eine Promotion anzustreben, deren Betreuung er übernehmen wollte. Als er mir in einem persönlichen Gespräch zum ersten Mal eröffnete, dass er mir einen solchen Weg zutraue, reagierte ich völlig konfus: Eine Doktorarbeit? Ich? Das lag weit jenseits meiner Vorstellungskraft. Es dauerte einige Gesprächsrunden, bis er mich dann doch überzeugt hatte: Ich durfte selbst ein Thema wählen und entschied mich für eine Analyse des massenmedialen Sozialstaatsdiskurses mit der Frage, inwiefern sich dort eine Diskriminierung der Unterschicht widerspiegelt. Ich traute mich letztlich sogar, eine Bewerbung um ein Begabtenstipendium einzureichen, die dann auch noch erfolgreich war.

Spätestens da war der Zeitpunkt gekommen, an dem ich in meinem Bewusstsein endlich diese eine Frage zuließ, die ich mir zuvor jahrelang verboten hatte: Wäre meine Mutter stolz auf mich? So leicht, wie es vordergründig bei dem biografischen Weg vom Unterschichtskind zum Soziologie-Doktoranden scheint, konnte ich mir diese Frage nicht beantworten. Im Gegensatz zu den meisten mir bekannten sozialen Aufsteigern, bei denen die Verwandlung zum Bildungsbürger mit einer emotionalen Distanzierung vom Herkunftsmilieu einherging, plagt mich seit meinem Studienabschluss ein schlechtes Gewissen über diesen Klassenverrat.

Konfrontiert mit den Alltagsproblemen meiner Geschwister und Freunde, konnte ich ihnen immer weniger helfen, weil sich meine Lebenswirklichkeit komplett verändert hatte. Standen meine beiden Schwestern und mein Bruder schon mit Anfang/Mitte 20 als Eltern in unermesslicher Verantwortung, wäre mir niemals in den Sinn gekommen, zu diesem Zeitpunkt Vater zu werden. Vor allem meine Schwestern lebten das Leben meiner Mutter weiter – mit diskutablen Partnern, depressiven Schüben und einer lähmenden Perspektivlosigkeit.

Und 100 Kilometer entfernt saß ich in meiner Studentenbude, bewegte mich zwischen Seminarraum und wilden Partys, und die einzige Gemeinsamkeit mit meiner Familie bestand in der chronischen Ebbe auf dem Bankkonto – die ich mit meinem intellektuell anregenden und optimistischen sozialen Umfeld natürlich bedeutend besser verkraften konnte. Als ich ein

kleiner Junge gewesen war, litt ich bei den regelmäßigen Gewaltausbrüchen meines Vaters gegen meine Mutter unter meiner altersbedingten Ohnmacht. Mittlerweile waren es weniger offensichtliche, viel kompliziertere Mechanismen, die mir jeden Zugang zu meiner Familie versperrten und Hilfe unmöglich machten. Wenn ich meine Geschwister dazu bewegen wollte, ihren Partner zu verlassen, stand ich zurecht als Greenhorn da, der das wahre Leben nicht kennt. Wenn ich ihnen helfen wollte, sich um einen Ausbildungsplatz zu bewerben, dann galt ich als verhätschelter Student, der immer von allen bevorzugt wird und jetzt schlaue Sprüche klopft. Wenn ich ihnen dazu riet, sich psychologische Hilfe zu holen, dann war ich der Besserwisser aus dem Elfenbeinturm.

Darum bezweifelte ich, dass meine Mutter wirklich derart stolz auf mich sein könnte, wie ich es bei meinen Kommilitonen beobachtete, deren Mütter und Väter ihre Kinder zum Studienabschluss mit Freudentränen herzten und sich des bedeutsamen Meilensteins im Leben ihrer Kinder bewusst waren. Die Reaktion meiner gesamten Familie auf meinen Studienabschluss fiel so verhalten, ja, geradezu gleichgültig aus, als hätte ich mir eine Tüte Chips gekauft und nicht als Erster in der Familie ein Magisterzeugnis in der Tasche. Meine Mutter war nicht bildungsfeindlich gewesen. Sie schrieb sogar Gedichte, die ich bis heute hüte wie einen Schatz. Hin und wieder las sie uns Kindern vor dem Schlafengehen aus Märchenbüchern vor. Und sie weigerte sich aus geistiger Redlichkeit zeitlebens, die *Bild-Zeitung* zu lesen. Sie hätte gerne einen höheren Schulabschluss erreicht, was allein die Bildungsungerechtigkeit verhinderte. Darum bin ich mir sicher, dass auch sie überglücklich gewesen wäre, wenn ich mit meinem Universitätszeugnis zu ihr nach Hause gekommen wäre. Jener Klassenverrat, den der Weg zu diesem Zeugnis zwangsläufig bedeuten muss, hätte aber auch zwischen uns für atmosphärische Störungen gesorgt, bedingt durch unsere völlig verschiedenen Leben mit ihren viel zu wenigen Berührungspunkten.

Mit der Annahme des Promotionsstipendiums musste ich mir natürlich auch Gedanken über meine berufliche Zukunft machen. Eigentlich, so hatte ich es schon im zweiten Semester festgelegt, wollte ich niemals Wissenschaftler werden. Zumal mir immer wieder jene Zahlen bewusst waren, die eine Studie der Universität Potsdam im Jahr 2014 nachweisen konnte. Darin wurden 1340 deutschlandweit eingeholte Datensätze von Uni-Dozenten ausgewertet. Die Untersuchung führte zu dem Ergebnis, dass wenige den Schritt vom Arbeiterkind zum Hochschuldozenten schaffen. Nur jeder neunte Hochschullehrer entstammt einem niedrigen sozialen Milieu. Je jünger die Höchstqualifizierten sind, umso stärker wirkt sich diese Regel aus: Nur sieben Prozent der Juniorprofessuren in Deutschland sind mit Arbeiterkindern besetzt. Wer Professor werden wolle, der brauche auf diesem sehr langen Weg über viele Jahre hinweg die finanzielle und ideelle Unterstützung durch die Eltern.<sup>27</sup> Wie hätte ich mich da ernsthaft durchsetzen sollen? Der deutsche Wissenschaftsbetrieb ist bis ins Detail paternalistisch strukturiert und dominiert von mächtigen Menschen, an denen es für



Arbeiterkinder kein Vorbeikommen geben kann, wenn die Gatekeeper nach Lust und Laune zufällig den Daumen senken. Eloquenz ist hier alles, und wer einen durch die soziale Herkunft bedingten schüchternen Charakter mitbringt, hat für gewöhnlich nichts zu melden im Business der akademischen Dampfplauderer.

## REDELISTEN, REDELISTEN!

Mit solch mächtigen Menschen, das wurde mir in den nächsten Jahren in elitären Doktorandenkreisen noch klarer, hat man es hierzulande auch unter den Linken zu tun. Auf einem formalen Gebiet beanspruchen sie eine schwer antastbare Deutungshoheit: Diskussionen werden durch Redelisten moderiert. Der Sinn dieser Redelisten besteht darin, Frauen häufiger als bisher zu Wort kommen zu lassen und die männliche Dominanz in Politgruppen zu beenden. Welch ein kluger Gedanke, so dachte ich anfangs, als ich nach meinem Umzug von Trier nach Thüringen zum ersten und einzigen Mal beim SDS an der Friedrich-Schiller-Universität Jena auf der Matte stand und die Sitzung weitgehend passiv verfolgte. Inmitten der Debatten unter den etwa 20 Personen notierte der Moderator alle Wortmeldungen. Männer hatten darunter ein klares Übergewicht, es gab nur wenige aktiv mitdiskutierende Frauen. Eine von ihnen zeigte sich besonders redselig. Zu jedem Tagesordnungspunkt glaubte sie, ihre Meinung kundtun zu müssen, und zu jeder Erwiderung drängte sie abermals in den Mittelpunkt des Geschehens. Mit Erfolg, denn unter den wenigen Frauen war sie über weite Strecken die einzige, die sich zu Wort meldete. So geschah es, dass sie über zwei Stunden hinweg beinahe jeden zweiten Redebeitrag für sich reklamieren durfte. Alles im Sinne von Frauenquote und Geschlechtergerechtigkeit!

Nichts spricht gegen redselige Leute. Auch muss der Benachteiligung von Frauen im institutionalisierten Rahmen etwas entgegengesetzt werden. Zumal manche eben mehr Selbstbewusstsein haben als andere. Zwar stimmt es, dass leider bis heute die Zurückhaltung in größeren Gruppen meist Frauensache ist. Es ist aber nicht nur das. Auch Menschen ohne akademischen Hintergrund oder jene, die der deutschen Sprache nicht ähnlich mächtig sind, scheuen tendenziell eigene Beiträge in diesem Rahmen. Wären die SDSler also wirklich konsequent, müssten sie die Redelisten nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach sozialer und »ethnischer« Herkunft quotieren. Sogar der Personalvorstand der Deutschen Telekom fordert eine Migranten- und Arbeiterkinderquote in Spitzenpositionen von Unternehmen<sup>28</sup>, aber die Linken interessieren sich nicht für eine solche Quote.

Ihre Themen sind fast ausschließlich Themen der Mittelschicht. Kurz vor der Bundestagswahl 2013 wurde es unter Linken etwa plötzlich Mode, sich öffentlich zum Nichtwählerdasein zu bekennen. Speerspitze dieser stolzen Stimmabgabeverweigerungsbewegung war der Universitätsprofessor Harald Welzer, der in jedes Mikro, das man ihm hinhielt, seine Gründe hineinphilosophierte. In einem damals

erschienenen *Spiegel*-Artikel spielte er mustergültig die Attitüde des ehrenwerten Gegen-Strom-Schwimmers aus, die viele aus dem akademischen Kontext stammende Linke gerne einnehmen. Zunächst stellt er fest, Nichtwähler hätten »keine gute Presse, ich weiß. In Deutschland zumal, das aus gleich zwei postdiktatorischen Gesellschaften zusammengesetzt ist, schauen mich die Leute an wie einen Kinderschänder, wenn ich sage, dass ich nicht wählen will.«<sup>29</sup> Clever inszeniert sich Welzer hier als eine Art staatstragender und gemäßigter Linker, indem er eingangs pflichtschuldig eine abstruse NS-DDR-Gleichsetzung platziert und sich dann als Außenseiter darstellt, der mit seiner Wahlenthaltung etwas höchst Edles tue, was die manipulierte Masse jedoch einfach nicht begreifen wolle.

Es folgt eine angemessene Rot-Grün-Schelte, verbunden mit der Feststellung, die im Bundestag vertretenen Parteien hätten sich inhaltlich derart angeglichen, dass es keine wirkliche Wahl mehr gäbe. Zukunftsfragen würden diesen Einheitsbrei aus »CDUFDPSPDGRÜNELINKE« überhaupt nicht interessieren; sie hielten in »Finanzkrise, Staatsverschuldung, Klimawandel, Ressourcenkonkurrenz, Globalisierung der Wirtschaftskreisläufe und multipolare Weltordnung« viel lieber an »alten Lösungsstrategien« fest. Interessant und bezeichnend zugleich, dass Welzer in seiner Aufzählung der Misere kaum ein Wort über die Klassenfrage verliert. Wichtiger erscheint ihm zu beanstanden, alle Parteien seien »für Wachstum« und hätten »keine Idee für die Bewahrung der Demokratie im 21. Jahrhundert«. Medial löste Welzer eine Debatte aus, denn immer mehr linke Intellektuelle bekannten sich mit den gleichen Gründen wie er dazu, diesmal nicht wählen zu gehen. Freilich gab Welzer, der seinen Glauben in die Institutionen längst nicht verloren hat, später offenherzig zu, doch gewählt zu haben. Mit seiner Ankündigung habe er eine Debatte anstoßen wollen über die Gleichförmigkeit der Politik.

## BILDUNGSPOLITIK NACH ART DER MITTELSCHICHT

Bei aller berechtigten Kritik an der Demokratiesimulation: Es gibt sehr wohl linke Parteien, die sich Netzwachstum, richtig verstandenes Postwachstum oder Ökologie auf die Fahnen geschrieben haben. Die kurzzeitig gehypte und nun im Sturzflug befindliche Piratenpartei ist dafür nur das prominenteste Beispiel. Es geht den nicht mehr zur Wahl gehenden Linksakademikern wohl am ehesten darum, Druck auszuüben auf die SPD und die Grünen, die sie noch immer als Hoffnungsträger betrachten für eine zukunfts zugewandte, sozial gerechte Politik. Sie wenden sich nicht vom bestehenden politischen System ab und werfen mit der Linkspartei eine Gruppe mit in den Topf der enttäuschenden Einheitsbreikoalition, die sehr wohl (noch) als Hoffnungsträgerin für eine oppositionell-parlamentarische Durchsetzung gewisser Interessen der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit taugt. Nur dieser Partei lässt sich überhaupt noch die Fähigkeit verleihen, das urdemokratische Prinzip der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Opposition aus der Schmuddelecke



herauszuholen.

Und das ist heute umso wichtiger, weil die Kluft zwischen akademischen Linken und nicht-akademischer Arbeiterschaft größer und größer wird. Ein besonders ärgerliches Beispiel dafür ist die breit debattierte Frage, ob an den deutschen Gymnasien der Weg bis zum Abitur nun acht oder neun Jahre dauern soll. Alle argumentieren gegen das G8, als bedeute ein Leben ohne ein neunjähriges Gymnasium das Ende der Welt. Statt für die Abschaffung des Gymnasiums zu plädieren und damit einer sozial gerechteren Bildungspolitik das Wort zu reden, trachten sie nach einer Reform des bestehenden Elitenrekrutierungsapparates. Völlig an den Rand gedrängt bleiben dabei auch diskursiv die beinahe 20 Prozent der Schüler, die ohne ausreichende Lese-, Schreib- und Mathematikkenntnisse die Schule verlassen.<sup>30</sup>

Ähnlich steht es um die Diskussionen rund um den Wohnungsmarkt für Studenten, der angeblich seit Jahren allzu teuer ist. Als gäbe es im deutschen Bildungswesen kein drängenderes Problem, schreiben die studierten und fest angestellten Journalisten im Sinne ihres eigenen noch immer oft genug beruhigend fülligen Portemonnaies zugunsten ihrer studierenden Kinder wilde Pamphlete gegen die vermeintlich unbezahlbaren Buden für angehende Akademiker. Nicht nur, dass viele von ihnen später einmal die Topverdiener dieser Gesellschaft sein werden, ist es auch verlogen, den Mythos vom armen Studenten aufrechtzuerhalten. Die meisten unter ihnen leben sehr gut vom Einkommen ihrer Eltern. Warum sollte die Politik ausgerechnet Studentenwohnheime subventionieren? Wäre nicht der erste Schritt, reichlich Geld in die bessere soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems zu stecken, bevor über solche Fragen nachgedacht werden kann? Was soll dieses junglinke Umdeuten des eigenen Lebensstandards in eine karge Existenz am Rande des Verhungerns? Das trifft die wirklich Armen und Perspektivlosen dieser Gesellschaft umso härter.

Gleiches gilt auch für die Debatten um Studiengebühren, die 2004 geschwelt und in die studentische linke Gruppen republikweit sehr viel Zeit und Kraft investiert haben. Als Argument dagegen musste von links immer herhalten, Studiengebühren würden Menschen aus einkommensschwachen Haushalten davon abhalten zu studieren und die Schere zwischen Arm und Reich gehe damit noch weiter auseinander. Ein Argument, so richtig wie nutzlos. Denn soziale Ungerechtigkeit wurde erstens nicht durch die Einführung von Studiengebühren ins Bildungssystem eingepflanzt, sie ist vielmehr dessen integraler Bestandteil. Zweitens dient das Argument letztlich vor allem den Interessen des Bürgertums. Dessen Nachwuchs stellt den überwältigenden Teil der Zahlungspflichtigen, und sie waren es auch, die dieses Argument vereinnahmt haben, um den Inhalt ihrer Sparkonten dem Gemeinwesen vorenthalten zu können. Zu diesem Zweck versteckten sie sich hinter den Kindern aus »sozial schwachen Haushalten«.

Für ihre eigenen Kinder geben sie durchaus gerne Geld aus, wie Georg Fülberth schreibt, etwa für »Nachhilfe-, Reit- und Blockflötenunterricht, ein Auslandsjahr schon in der

Gymnasialzeit, auf jeden Fall aber im Studium, und da nach Möglichkeit auf einer ›besseren‹ Bezahluniversität. Die 500 Euro Studiengebühren in Deutschland sind dagegen ein Klacks, aber ihre Abschaffung hilft der privaten Haushaltskasse, zumal man nicht recht einsieht, weshalb man diesen Betrag für eine staatliche Dienstleistung aufbringen soll, die allen – auch den BAföG-Empfängern – zugutekommt und deshalb keine Exklusivität garantiert. Hier finden wir zugleich eine Erklärung dafür, dass die Zahlungspflicht für öffentliche Hochschulen zwar aufhört, Hartz IV aber bleibt.«<sup>31</sup>

Wenn man reformistisch argumentieren will, gibt es ein ganz anderes Mittel, das plausibel und gerecht wäre und wofür ich in der Debatte um Studiengebühren selbst gegen den Widerstand meiner linken Freunde plädiert habe: die Akademikersteuer. Wer nach dem Studium ein hohes Nettoeinkommen erzielt, zahlt einen kleinen Steuersatz an den Fiskus und deckt damit zumindest einen Teil seiner steuerfinanzierten Ausbildung. Das würde allen ein kostenfreies Studium ermöglichen und denjenigen Arbeitern, die nie eine Uni besucht haben, ihr gegen Studenten gerichtetes Argument nehmen, sie würden mit ihrer Arbeit die angeblich faulen Langzeitstudenten finanzieren. Eine Annäherung zwischen Arbeiterschaft und Studierenden wäre auf diese Weise wieder ein kleines Stück leichter. Bislang aber versteift sich die linke Bildungselite so sehr auf das Ziel, eine Uni-Karriere zu starten, dass sie blind wird für die produktiven gesellschaftlichen Veränderungen.

### »NATÜÜRLICH SPRRICHT DRR LÄNZ ZU MIIRR«

Selbst wenn es mit der angestrebten akademischen Laufbahn doch nichts wird, orientieren sich viele Mittelschichtslinke um und machen »irgendwas mit Medien«, denn da finden sie schließlich fast immer einen (wenn auch oft genug prekären) Job. Häufig verdingen sie sich dann als Online-Beauftragte, wissenschaftliche Politikberaterinnen oder PR-Strategen von Unternehmen, bestenfalls jedoch irgendwelcher Non-Profit-Organisationen. Um dort Fuß fassen zu können, knüpfen sie mit dem schon in Kindheitstagen erworbenen sozialen Kapital immerfort Netzwerke und begeben sich freiwillig in eines der zahlreichen unbezahlten Praktika oder nehmen einen der vielen honorarfreien Nebenjobs im breitgefächerten Gewerbe der Öffentlichkeitsarbeit an, die der Soziologe Stefan Selke erforscht hat: »Da sich freiwillige Tätigkeiten gut im Lebenslauf machen und in allen Branchen und auf allen Ebenen um Arbeitsplätze konkurriert wird, sind immer mehr Menschen bereit, umsonst zu arbeiten. Freiwilligkeit ist der neue Zwang. Eine ganze Generation wird in Richtung freiwilliger Umsonstarbeit sozialisiert. Alle in diesem Spiel gewöhnen sich daran, möglichst keine Ansprüche mehr geltend zu machen.«<sup>32</sup>

Mittlerweile ist es sogar bei den Gewerkschaften üblich, Praktikanten für mehrmonatige Arbeit bestenfalls eine minimal ausfallende Aufwandsentschädigung zu zahlen. Während man also Kampagnen zur Verbesserung des Mindestlohngesetzes spinnt, geht man für ebendiese

Tätigkeit ohne Entlohnung nach Hause. Wer frech finanzielle Ansprüche stellt, kann gleich fortbleiben. Da draußen warten Hunderte anderer linker Studis, die sich nach diesem Ehrenamt die Finger lecken, um bei den Gewerkschaften eventuell einen Fuß in die Tür zu bekommen. Da weiß man ja, wer jedes Jahr am Ersten Mai für die Arbeiterklasse die Faust hebt: kaum mehr als nützliche Idioten im Narrendienst des Kapitals. Und die an diesem Spiel brav teilnehmenden linken Studenten sorgen sich mehr um den eigenen Sozialstatus als um die Veränderung der Welt.

Vielleicht plagt sie auch einfach die (berechtigte) Angst, sich auf die Seite jener Benachteiligten zu stellen, zu denen sie selbst spätestens nach dem Abschluss ihres Studiums gehören könnten. Sie fürchten sich davor wie ein Kleinkind, das aus Bammel vor der Rute von Knecht Ruprecht gegenüber den Eltern artig kuschelt.

Diese Ängste verstärken dann auch das in gehobenen Schichten verbreitete Abgrenzungsbedürfnis nach unten. Dafür ist die Verhöhnung der Sprache formal weniger gebildeter Menschen ein Paradebeispiel. Ich als Pfälzer kann davon wahrlich ein Liedchen singen. Befinde ich mich in Gesellschaft linker Bekannter und mein Handy klingelt aufgrund eines Anrufs aus meinem engeren Familienkreis, zögerte ich früher oft, das Gespräch anzunehmen. Nicht weil ich gerade unpässlich gewesen wäre, sondern aus Scham. Zuverlässig geht nämlich das Kichern los, wenn ich in breitestem Lauterer Pfälzisch zu telefonieren beginne. Warum finden die Linken es komisch, wenn jemand im Dialekt spricht? Hätte ich eine Oma in Kenia, würde sie mich vielleicht in einer vergleichbaren Situation anrufen und ich unterhielte mich dann wohl am Telefon in Suaheli mit ihr. Wäre dann Gelächter von meinen linken Freunden zu erwarten? Gewiss nicht, weil sie wüssten, wie respektlos, verletzend und rassistisch das wäre. Deutsche Dialekte verlachen sie trotzdem als ungehobelte Sprache der hinterwäldlerischen Bauern. Auch linke Publizisten entlarven Menschen, die sie für dumm halten, manchmal ausgerechnet über deren Akzent oder Dialekt. So tat es etwa der Satiriker Stefan Gärtner in einem Artikel über die Schriftstellerin Sibylle Lewitscharoff: »Sie spricht, wie sie schreibt, nämlich wie die schwäbische Landfrau im Laientheater, mit Betonung und geschürztem Mündchen: ›Natüüürlich sprricht drr Länz zu miirr, die geistige Zerrüüttung ist auch maiin pärsönliches Haustäma‹.«<sup>33</sup>

Als böte Lewitscharoff mit ihren politisch indiskutablen Äußerungen nicht inhaltlich immer wieder mehr als genug Angriffsfläche, meint der Zotenlinke seine Aussage unbedingt durch das Lachen über den Dialekt der Frau unterstreichen zu müssen. Das ist nicht nur entwürdigend, sondern auch völlig kontraproduktiv. Damit der soziale Ausschluss zahlloser Menschen sich nicht im mündlichen Ausdruck unnötig verfestigt, müssten Linke vielmehr dialektales Sprechen bewusst unterstützen und ihm zu einem erheblich besseren Image in dieser Gesellschaft verhelfen, so wie es die Aktivistengruppe »Kanak Attack« ab 1998 mit dem migrantisch geprägten Kiezdeutsch geschafft hat: Wendungen wie »Alder, ich schwör!«

oder »Voll krass konkret, ey!« sind zwar immer noch Gegenstand von Comedy, aber eben kaum mehr in dem diskriminierenden Kontext wie einst, sondern in einer erkennbar von Sympathie geprägten Weise.<sup>34</sup>

Nicht selten vermengen die dialektfeindlichen Studierenden ihre Belustigung mit dem Spott über vermeintliche Streber. Wer sich im Studium durch einen gewissen Fleiß auszeichnet bzw. diesen Fleiß nicht verschämt zu verbergen versucht, wird gern mal mit dieser Titulierung abgetan. Pausenlos zu feiern und ehrenamtlich Solidaritätspartys für Solidaritätsbekundungszusammenkünfte linker Solidaritätsbekenntnisgruppen zu organisieren ist doch viel cooler, als sich die Nächte mit der Vorbereitungslektüre für Uni-Seminare um die Ohren zu schlagen, lautet da stets der Tenor. In keiner Sekunde bedenken die feierwütigen Wohlstandskids in solchen Situationen, dass jemand ohne akademischen Hintergrund sich in der akademischen Welt immer wieder aufs Neue mühsam zurechtfinden muss.

Wo ein Student aus einem Akademikerhaushalt drei Stunden für die Lektüre eines wissenschaftlichen Textes benötigt, braucht die aus einem Nicht-Akademikerhaushalt stammende Novizin gut und gerne dreimal so lang. Was natürlich nichts mit fehlender Intelligenz zu tun hat, sondern mit unbewusst im Laufe von Kindheit und Jugend erlernten oder eben nicht erlernten Fähigkeiten. Die allermeisten der in solchen Wendungen veralberten Arbeiterkinder wären niemals zur Aufnahme eines Hochschulstudiums gelangt, wenn sie nicht schon in der Vergangenheit sehr viel strebsamer gewesen wären, als es sich ein Akademikerkind in seinen kühnsten Albträumen wird vorstellen können.

## JUNGE LEUTE IN TRAININGSJACKEN

Sei's drum, könnte man da denken: Wenn manche der Hochnäsigen ihr Studium abgeschlossen haben, werden sie dank ihres Vorsprungs in puncto ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital einen der wenigen noch gut bezahlten Jobs abgreifen. Sie werden inmitten dieses gesellschaftlichen Seins, das ihr Bewusstsein bestimmt, nurmehr Gefühlslinke sein: die einst teilweise auf der Handlungsebene vorhandene Solidarität mit der ausgebeuteten und unterdrückten Masse im Kapitalismus restlos suspendieren, sich aber die bohemienhafte Haltung bewahren, linksintellektuell eine ganze Menge auf dem Kerbholz zu haben sowie einst als Linksradikale zu den gesellschaftlichen Außenseitern gehört zu haben, weil sie sich mit den Schmuddelkindern aus den letzten verbliebenen Fabriken eingelassen haben. Von diesem Standpunkt werden sie die Arbeiterkultur exakt so imitieren, wie es bis heute die pseudolinken Großstädter in SPD, bei den Grünen, in der Piratenpartei und teilweise auch in der Linkspartei tun. Kaum jemand hat diese Gestalten treffender beschrieben als Wolfgang Herrndorf in seinem Berlin-Roman »In Plüschgewittern«, in dem er in einer Szene ein Loblied auf die aussterbenden Eckkneipen mit der beißenden Kritik an den wohlstandslinken Hornbrillenhipstern verbindet, die so bezaubernd formuliert ist, dass ich sie hier vollständig

zitieren will:

»Nach sechs oder sieben Kneipen lande ich im Kaffee Burger in der Torstraße, einem völlig heruntergekommenen 70er-Jahre-Wohnzimmer mit speckigen Häkelvorhängen und Ostdevotionalien an der Wand, und ich merke zu spät, dass das Ganze keine Stüberl-Kneipe mehr ist. Und zwar merke ich das daran, dass die Musik, die da läuft, nicht wirklich scheiße ist und überall nur ganz, ganz junge Leute in Trainingsjacken rumstehen. Sie sind alle noch schlechter angezogen als ich, das heißt also eigentlich besser, denn die Masse hat ja irgendwie immer recht. Ich versuche, ein Bier zu bestellen, und es dauert eine Dreiviertelstunde, bis die Bedienung reagiert. Dass man nicht bedient wird, gehört in solchen Clubs ja dazu. Keine Bedienung, Hosen ohne Form und grauenvoll bedruckte T-Shirts. Ich fühl mich da immer ein bisschen ausgegrenzt.

Das Komische daran ist, wenn man nach Marzahn rausfährt oder in die anderen Elendsquartiere, sind die Leute genauso gekleidet. Da sitzen die Kinder vor den Supermärkten auch noch mit Stoffhosen und blauer Adidas-Trainingsjacke, genau wie hier. Außer dass die hier Achttausendmarkjobs machen und Kommunikationsbrillen aufhaben. Das haben die Kinder in Marzahn natürlich nicht. Da ist das noch 70er-Jahre-Elend, während das hier 21. Jahrhundert ist.«<sup>35</sup> Auf Trash-Partys mit Trash-Musik (Schlager) und Trash-Outfits (Aldi-Tüte und Feinripp-Unterhemd) wird diesem Spiel gerne noch eins draufgesetzt. Wer dagegen etwas einzuwenden hat, sieht sich blitzschnell als Spaßbremse abgestempelt.

Heutzutage geht es mehr denn je darum, sich nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch im Privaten als erfolgreicher Performer seines eigenen Lebens zu inszenieren. Wer da nicht mithält, gilt als Verlierer. Und die jungen linken Aktivisten, die sich an der Hochschule mit theoretischem Rüstzeug gegen den Kapitalismus ausgestattet haben, sind davon keinesfalls frei. Auch sie beziehen Anerkennung aus Abgrenzung, weil sie nicht dabei erwischt werden wollen, ein uncooles, unentspanntes, ja, unerfolgreiches Dasein zu fristen. So empfand ich es vom ersten Tag an der Universität: Meine linken Politfreunde führten einen Klassenkampf gegen mich, ohne es überhaupt zu bemerken, denn sie kannten meine Lebenswelt nicht und begriffen ihre eigene Wirklichkeit als die einzig existente Normalität. Wenn ihnen also schon der Bezug zu mir in so vielem fehlt, so fragte ich mich, wie sollen sie dann erst einen Draht zu den Deklassierten finden?

<sup>19</sup> Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilkraft. Frankfurt am Main 2012 (1982)

<sup>20</sup> Ebenda

<sup>21</sup> Michael Hartmann: Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten? Frankfurt am Main, New York 2013

<sup>22</sup> Gabriele Oertel, Tom Strohschneider: »Am besten Marx-Lektüre verbieten«. Thomas Kuczynski hält nichts von -ismen und bevorzugt den Begriff des Marxschen Denkens. In: Neues Deutschland vom 04.05.2013

<sup>23</sup> Marianne Pieper, Thomas Atzert, Serhat Karakayali, Vassilis Tsianos: Biopolitik in der Debatte – Konturen einer Analytik der Gegenwart mit und nach der biopolitischen Wende. Eine Einleitung. In: Dies. (Hg.): Biopolitik – in der Debatte. Wiesbaden 2011

- 24 Jeffrey Eugenides: Middlesex. 15. Auflage. Reinbek bei Hamburg 2011
- 25 Peter Unfried: Auf der Suche nach Adorno. Früher hatten wir große Intellektuelle. Heute haben wir den »Lifestyle-Philosophen« Richard David Precht. Armes Deutschland! Oder ist es doch komplexer? In: Die Tageszeitung vom 29.06.2013
- 26 Oliver Nachtwey: Geschichte ohne Parteibewusstsein. Ein großer erloschener Vulkan, aber auch eine der ganz wenigen Gesellschaftstheorien: der Marxismus. Seit Jahren sind es vor allem Briten und Amerikaner, die ihn lebendig halten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.01.2012
- 27 Siehe Anm. 17
- 28 Ebenda
- 29 Harald Welzer: Das Elend des kleineren Übels. Warum ich nicht mehr wähle. In: Der Spiegel, Nr. 22/2013
- 30 Annett Mängel: Statussymbol Gymnasium: Der Kampf ums G9. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/2014
- 31 Georg Fülberth: Sieg der Mittelschicht. Sang- und klaglos kassiert ein Bundesland nach dem anderen die mit Aplomb eingeführten Studiengebühren. Warum eigentlich? In: Konkret, Nr. 3/2013
- 32 Stefan Selke: Schamland. Die Armut mitten unter uns. Düsseldorf 2013
- 33 Stefan Gärtner: Crazy Shit. In: Konkret, Nr. 12/2013
- 34 Vgl. Doris Akrap: »Kiezdeutsch hat eine eigene Grammatik«. Interview mit Heike Wiese. In: Jungle World, Nr. 20 vom 15.05.2008
- 35 Wolfgang Herrndorf: In Plüschgewittern. 5. Auflage der Neuausgabe von 2012. Rowohlt Taschenbuch Verlag. Reinbek bei Hamburg 2013



# 3. Update für den Sozialstaat

## WENN DIE GUTE ARBEIT VERLOREN GEHT

Als Inge Hannemann eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, sah sie sich gefangen in einem tiefen schwarzen Loch. Der Körper völlig erschöpft, der Geist nicht imstande zu arbeiten – und das Gemüt in die für diese Krankheit typische tränenlose Trauer taumelnd. Sie blickte aus dem Fenster ihrer Hamburger Wohnung, die sie ursprünglich aufgrund der grandiosen Aussicht erwählt hatte. Sie musterte den geschäftigen Hafen und die schweren Schiffe, sie sah den wolkenfreien Himmel und die im Sonnenlicht glänzende Elbe. Sie nahm das grüne Frühlingserwachen wahr und das Zwitschern der Blaumeisen da draußen. Drinnen bemerkte Inge Hannemann, dass sie bei all dem rein gar nichts mehr empfand.

An diesem Tag im Mai 2010 musste sich die zuvor so rastlose Frau ihre Verwandlung eingestehen. Sie war, wie ihr später ein besorgter Arzt bestätigen sollte, völlig ausgebrannt. Lange Zeit hatte sie sich als Fallmanagerin im Jobcenter aufgegeben, nicht auf Sanktionen und Druck gesetzt, sondern auf Verständnis und Dialog. Sie verschaffte damit erstaunlich vielen Erwerbslosen einen sinnreichen Arbeitsplatz, traf aber bei ihren Vorgesetzten auf erbitterten Widerstand. Ein zum Scheitern verurteilter Kampf. Inge Hannemann wusste, dass sie jetzt eine längere Auszeit brauchte. Denn sie konnte einfach nicht mehr.

Fünfeinhalb Jahre später wendet sich die Parlamentsvizepräsidentin Christiane Schneider in der Hamburgischen Bürgerschaft der Abgeordneten Inge Hannemann zu: »Sie haben das Wort für die LINKE.« Am Rednerpult biegt die zierliche arbeitsmarktpolitische Sprecherin ihrer Fraktion das Mikrofon nach unten, während ihr ein Vertreter der SPD etwas entgegenbrüllt. Was genau, ist kaum zu verstehen. Aus Hannemanns Antwort erschließt es sich: »Ich bleibe sitzen, wenn ich in Rente gehe. Ich gehe noch nicht in Rente.« Wie auch? Schließlich ist die Mittvierzigerin gerade erst in die Politik eingestiegen – und sie hat noch so viel vor. Heute argumentiert Hannemann für ein Nahverkehrsticket, das Sozialleistungsbezieher sich auch leisten können. Vom Auditorium schlagen ihr während des fünfminütigen Redebeitrags Hohn und Spott entgegen. Ihr Blick wird im Laufe der Ansprache immer entschlossener. Um gegen den Lärmpegel zu bestehen, spricht sie lauter: »Liebe rot-grüne Koalition! Was Sie hier machen, ist offener Sozialdarwinismus! Sie grenzen Menschen aus!«

Im Februar 2015 ist Inge Hannemann über einen Listenplatz in die Bürgerschaft gewählt worden. Ihre Ziele, die in ihrem zwei Monate später erschienenen Buch »Die Hartz-IV-Diktatur«<sup>36</sup> stehen, lesen sich ambitioniert. Ihr geht es, so schreibt Hannemann, um eine »Neudefinition der Begriffe Arbeit und Leistung«. Sie will »kurzfristig eine Erhöhung des Hartz-IV-Satzes auf ein Niveau, das den Bedingungen in unserem Grundgesetz entspricht: ein

Regelsatz oberhalb der Armutsgrenze«. Außerdem fordert sie »die sofortige Abschaffung jedweder Sanktionspraxis«. Diese Frau will ich kennenlernen – und verabrede mich mit ihr zum Gespräch, sobald sie das nächste Mal in Berlin ist.

## IN DEN MÜHLEN DES SYSTEMS

Hartz IV hat sich für Hannemann zu einem Lebensthema entwickelt. Sie arbeitete jahrelang auf jener Seite des Schreibtisches, der meine Geschwister und Millionen andere Betroffene tagtäglich gegenüberstehen müssen. Wer die repressiven Regeln der Bürokratie befolgt, darf sie auch gerne bis zum Äußersten ausreizen. Wagt es aber ein Sachbearbeiter, solidarisch und human mit den sogenannten Kunden umzugehen, dann gibt es ohne jedes Zögern gewaltigen Druck von oben. Und die wenigsten Mitarbeiter der Jobcenter verfügen über so viel Mut und Rückgrat wie Inge Hannemann. Die meisten wollen – wie fast jeder, der für eine Behörde arbeitet – einfach unhinterfragt ihren Job erledigen und ansonsten in Ruhe gelassen werden mit Aufrufen zur Rebellion.

Im Gegensatz zum Einwohnermeldeamt, der Bundesstelle für Seeunfalluntersuchungen oder der Aktenhauptverwertungsstelle Nord kommt beim Jobcenter zum Kadavergehorsam noch eine ideologische Komponente hinzu: Wenn ein Sachbearbeiter das Mittel der Sanktion nutzt, die Sozialleistungen also um 30 Prozent kürzt oder sogar komplett streicht, dann tut er das meist in der tiefen Überzeugung, im Sinne der Gerechtigkeit zu handeln. Denn seit der Einführung von Hartz IV hat sich das soziale Klima in eine Richtung entwickelt, die jeden Transferleistungsempfänger von vornherein kriminalisiert und hinter jedem Antrag auf Arbeitslosengeld II automatisch die Absicht vermutet, dass sich da jemand auf Kosten der braven Steuerzahler in die soziale Hängematte legen will.

Einer im Herbst 2012 erschienenen Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach zufolge existieren in Deutschland zahllose Stereotype gegen Arbeitslose und ALG-II-Bezieher. Das Ergebnis der repräsentativen Befragung, für die 1558 Personen ihre Meinung zu Hartz-IV-Empfängern kundgetan haben: »Jeweils zwischen 55 und 60 Prozent der Bevölkerung halten die Leistungsbezieher (eher) für schlecht ausgebildet, (eher) für zu wählerisch bei der Arbeitssuche oder gehen (eher) davon aus, dass sie nichts Sinnvolles zu tun haben, nur die Zeit totschlagen, und sich selbst nicht aktiv um Arbeit bemühen.« Nahezu ein Drittel der deutschen Bevölkerung teile außerdem den Eindruck, dass Menschen in der Grundsicherung nicht arbeiten wollen. Wer wissen will, wie solche Ressentiments zustande kommen, muss sich nur die politische Debatte seit 2003 ansehen.

Ganz zu Beginn der Agenda 2010 stand damals der Versuch der Bundesregierung, den im allgemeinen Sprachgebrauch schnell etablierten Begriff für den Sozialstaatsabbau verschwinden zu lassen: Der Name »Hartz IV« sollte weg. Wegen der vor allem in Ostdeutschland großen und lange anhaltenden Demonstrationen gegen die Reform entwickelte



sich früh ein negativer Sound. Vertreter von Rot-Grün sprachen darum ab dem Sommer 2004 nicht mehr von Hartz IV. Was zunächst nichts an einer einsetzenden handwerklichen Kritik an der Beschaffenheit der Reform änderte. Exemplarisch dafür steht eine Geschichte des *Spiegel*, der am 21. Mai 2005 titelte: »Die total verrückte Reform: Milliardengrab Hartz IV«. Unter der Überschrift »Der Hartz-Horror« kündigten die Autoren »das größte Finanzdebakel seit der deutschen Einheit« an, das aus Konstruktionsfehlern des politischen Programms resultieren werde. Das Mehrkosten, aber keine neuen Arbeitsplätze produzierende Hartz IV sei »zu einem typisch deutschen Kompromissprodukt« geraten: »In einer großen Koalition verabschiedet, aber voller Widersprüche, Formelkompromisse und Fehlannahmen, die von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung bald überholt wurden.«

Aus Sicht der Bundesregierung war damit eine diffizile Situation eingetreten: Sogar ein Leitmedium wie der *Spiegel*, der zuvor monatelang vehement für den Abbau des Sozialstaats getrommelt hatte, distanzierte sich jetzt von dem Output der durch Rot-Grün zu verantwortenden und aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik durch CDU/CSU und FDP maßgeblich mitgestalteten Hartz-Gesetzgebung. Als Reaktion auf die weiterhin negative öffentliche Sicht auf die Agenda 2010 in den Medien lancierte Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement (damals noch in der SPD) über sein Bundesministerium ein Papier mit dem Titel »Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ›Abzocke‹ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005«<sup>37</sup>. Der Text prangert einen angeblich gestiegenen Sozialbetrug durch Leistungsbezieher an.

Clement ließ seine Helfershelfer in schnoddrigem Ton aufschreiben, »die Hemmschwelle für Sozialbetrug« sei »offensichtlich bei einigen gesunken, seitdem die Arbeitsverwaltung Sozialleistungen auszahlt und nicht mehr das Sozialamt«. Diese »Mitnahme-Mentalität« schade den Arbeitswilligen und damit den »tatsächlich Bedürftigen«. Clements Papier listet anschließend Beispiele dafür auf, wie der Sozialstaat als »Melkkuh« zur »alltäglichen Selbstbedienung am Gemeinwohl« missbraucht werde. Hier ist von »Falschangaben« wie »Phantomwohnungen«, »verdunkeltem Vermögen« oder »verschwiegenen Einkünften« die Rede. Zahllose ALG-II-Bezieher, so die Analyse, machten »mal eben ein paar schnelle Euro auf Kosten der Sozialkasse«.

Schwarzarbeiter erregten den Zorn der Autoren so sehr, dass sie eine Schlussfolgerung in Form eines suggestiven Vergleichs formulierten: »Biologen verwenden für ›Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben‹, übereinstimmend die Bezeichnung ›Parasiten‹.« Als direkte Replik auf die in zahlreichen Medien beklagten Probleme bei der Umsetzung der Agenda 2010 und die heftigen Proteste aus der Bevölkerung versuchte die Bundesregierung damit, bestimmte Mentalitäts- und Charakterprobleme der Sozialleistungsbezieher für den sich nicht einstellenden Erfolg des Maßnahmenpakets verantwortlich zu machen.

Wie sicher hauptamtliche Politiker in der öffentlichen Arena glauben, Erwerbslose nach diesem Muster folgenlos diskreditieren zu können, zeigt ein Vorfall, der sich nur wenige Monate vor der Veröffentlichung von Clements Papier abspielte. Auf einem Bremer Marktplatz übergoss der damalige Bremer Wirtschaftssenator Peter Gloystein (CDU) im Mai 2005 bei der Eröffnung eines Weinfestes einen anwesenden Obdachlosen mit Sekt und spottete: »Hier hast du was zu trinken.«<sup>38</sup> Anschließend sah er zunächst keinen Grund für einen Rücktritt und rechtfertigte seine Aktion damit, dass er dem Mann den Sekt eigentlich in den Mund hatte gießen wollen und es nicht herabwürdigend gemeint habe. Doch es half nichts: Gloystein musste kurze Zeit später wegen des medialen und innerparteilichen Drucks doch noch sein Amt niederlegen.

Es dauerte nur ein Jahr, bis ein weiterer ranghoher Politiker erneut eine Diskussion über Motivation und Mentalität von Erwerbslosen anzettelte. Stefan Müller, der damalige arbeitsmarktpolitische Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, regte im Juni 2006 in einem Interview mit *Bild* an, einen verpflichtenden Arbeitsdienst für ALG-II-Bezieher einzurichten: »Alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen müssen sich dann jeden Morgen bei einer Behörde zum ›Gemeinschaftsdienst‹ melden und werden dort zu regelmäßiger, gemeinnütziger Arbeit eingeteilt – acht Stunden pro Tag, von Montag bis Freitag.« Wer sich dem verweigere, so Müller, solle mit »empfindlichen finanziellen Einbußen« rechnen. Begründet hatte der gelernte Bankfachwirt seinen Vorschlag im gleichen Gespräch ebenfalls, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen: »Die Langzeitarbeitslosen haben so nicht länger das Gefühl, überflüssig zu sein, gewöhnen sich wieder an regelmäßige Arbeit. Positiver Nebeneffekt: Sie können in dieser Zeit nicht schwarzarbeiten.«<sup>39</sup>

Eine Abschaffung des Wahlrechts für »Nettostaatsprofiteure« forderte im September 2006 in der Tageszeitung *Die Welt* der Gründer und Herausgeber der radikalliberalen Zeitschrift *eigentümlich frei*, André F. Lichtschlag. Deutschland, so Lichtschlag, sei »auf dem Weg hin zu einem neosozialistischen Staat«, in dem solche »Kleinparteien« zu viele Erfolge feierten, die sich »einer zutiefst sozialdemokratischen Umverteilungspolitik« verschrieben hätten, was »dringend nötige liberale Reformen« verhindere. Deshalb solle über folgenden Vorschlag nachgedacht werden: »Wählen dürfen in Zukunft nur noch die Nettosteuerzahler, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft.«<sup>40</sup> Das sei ein gerechter »Wahlrechtsentzug für die Unproduktiven«.

Wenige Wochen später fand diese Idee in der gleichen Zeitung Unterstützung durch den Publizisten Konrad Adam, der 2013 zum Bundesvorsitzenden der rechten Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) aufsteigen sollte. Er fokussierte dabei besonders den Entzug des Wahlrechts für Rentner und Arbeitslose, weil die »ein Interesse daran haben, den Staat, der sie ernährt, so fett (und nicht so schlank) wie möglich dastehen zu lassen«, was sich auf lange Sicht nicht finanzieren ließe: »Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die

Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft, indem es die Kräfte des Landes zur Finanzierung von Vergangenheiten einspannt und verbraucht.«<sup>41</sup>

Im Winter 2006 gerieten dann auch die Sozialdemokraten mit diesem Thema in Konflikt. Auf dem Wiesbadener Weihnachtsmarkt warf der Erwerbslose Henrico Frank dem bereits erwähnten Kurt Beck vor, für die hohe Arbeitslosigkeit im Land mitverantwortlich zu sein. Darauf entgegnete der Politiker, der Mann sehe nicht so aus, als habe er in seinem Leben bereits viel gearbeitet, und gab ihm gleich noch einen despektierlichen Rat mit auf den Weg: »Wenn Sie sich waschen und rasieren, dann haben Sie in drei Wochen einen Job!«<sup>42</sup> Als Beck anschließend in die Defensive geriet, weil Frank die für ihn neue Bühne der Medien geschickt für sich zu nutzen verstand, bot er ihm einen Termin in seiner Mainzer Staatskanzlei an und versprach, dem Wiesbadener bei der Arbeitssuche behilflich zu sein. Henrico Frank aber erschien nicht, weil er es vorzog, bei einem Kirchentreff zu weilen.

Daraufhin titulierte *Bild* Frank als »Deutschlands frechster Arbeitsloser« und zitierte mehrere Politiker, die sich empört zeigten über den Erwerbslosen, der beweise, dass »unsere Systeme nicht scharf genug« seien. Auch der damalige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle schaltete sich in die Diskussion ein und verlautebarte via *Bild*: »Ich frage mich: Wer schützt eigentlich die Schwachen vor den Faulen?« Andreas Steppuhn, seines Zeichens SPD-Sozialexperte, wird im gleichen Artikel mit den Worten zitiert: »Wer dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht, hat keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung.« Als er Mitte Januar 2007 eine Stelle als Hilfsredakteur bei einem Frankfurter Radiosender antrat, verstummte die Berichterstattung sofort.

## RATTEN FANGEN ODER ORGANE SPENDEN?

Die Hartz-IV-Debatte ging trotzdem weiter. Im März 2008 meldete sich mit Gottfried Ludewig der damalige Vorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), des CDU-nahen Studentenverbandes, zu Wort. In einem Brief mit dem Titel »Drei Thesen zur Stärkung der Leistungsträger«<sup>43</sup>, der an sämtliche Vereinigungen der CDU ging, schrieb er: »Diejenigen, die den deutschen Wohlfahrtsstaat finanzieren und stützen, müssen in diesem Land wieder mehr Einfluss bekommen. Die Lösung könnte ein doppeltes Wahl- und Stimmrecht sein«, denn allein mit »Hartz-IV-Beziehern und Rentnern« könne der soziale Ausgleich nicht funktionieren. Der damals 25-Jährige erntete dafür viel Kritik auch aus dem eigenen politischen Lager, führte seine Karriere als Berufspolitiker aber weiter und sitzt seit 2011 für die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus.

Im Dezember 2008 wiederum erhielt Henner Schmidt, damals stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landesparlament der Bundeshauptstadt, viel Aufmerksamkeit mit seinem Vorschlag, die ALG-II-Bezieher auf Rattenjagd zu schicken. Auf seiner Homepage klagte er: »Wir haben ein großes Rattenproblem in Berlin, mit dem das Gesundheitsamt

wegen mangelnder Mittel nicht allein fertig wird.«<sup>44</sup> So liefen angeblich zigfach Ratten auf dem Alexanderplatz oder in Neukölln frei herum. Als Lösung sollten ALG-II-Bezieher, die laut Schmidt sonst Pfandflaschen sammeln, Ratten jagen und für jedes tote Tier einen Euro zusätzlich zum Regelsatz ausgezahlt bekommen.

Auch der unvermeidliche Thilo Sarrazin trat in diesen Jahren mehrmals als Exponent der Hartz-IV-Debatte in Erscheinung. Im Interview mit der *Rheinischen Post* riet er im Juli 2008 Menschen, denen die Rechnungen für Heizung und Strom zu teuer werden: »Wenn die Energiekosten so hoch sind wie die Mieten, werden sich die Menschen überlegen, ob sie mit einem dicken Pullover nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können.«<sup>45</sup> Im Herbst 2009 erschien ein Interview mit Sarrazin in der Zeitschrift *Lettre Internationale*, in dem er weitere Bausteine seiner Sichtweise auf Hartz-IV-Empfänger offenbarte.

Über die Bundeshauptstadt Berlin, in der er selbst zwischen 2002 und 2009 für die regierende SPD als Finanzsenator amtierte, äußerte Sarrazin sich in dem Pressegespräch deutlich: »Die Stadt hat einen produktiven Kreislauf von Menschen, die Arbeit haben und gebraucht werden, ob es Verwaltungsbeamte sind oder Ministerialbeamte. Daneben hat sie einen Teil von Menschen, etwa 20 Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden, 20 Prozent leben von Hartz IV und Transfereinkommen; bundesweit sind es nur acht bis zehn Prozent. Dieser Teil muß sich auswachsen. Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt, deren Anzahl durch falsche Politik zugenommen hat, hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich vermutlich auch keine Perspektive entwickeln.«<sup>46</sup>

Die von Sarrazin aufgeworfene Frage der Reproduktion von Sozialleistungsbeziehern spielte auch in den folgenden Monaten eine Rolle. Nachdem beispielsweise diskutiert wurde, ob ALG-II-Bezieherinnen pauschal finanzielle Mittel für Verhütungsmittel zur Verfügung gestellt werden sollten, wies Oliver Möllenstädt, damals FDP-Landesvorsitzender aus Bremen, diesen Vorschlag in einer Presseerklärung brüsk ab: »Eine Erhöhung des Regelsatzes werden die Empfängerinnen eher in den nächsten Schnapsladen tragen, als diesen in Vorsorge und selbstbestimmte Familienplanung zu investieren.«<sup>47</sup> In diesem Punkt besteht eine unvermutete Einmütigkeit mit dem heutigen Bundestags-Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Dietmar Bartsch. Der soll nach Auskunft mehrerer Zeugen bei einer Diskussionsveranstaltung im Dezember 2011 über die ausgemachte Führungskrise seiner Partei gegargwöhnt haben, das Spitzenpersonal streite sich um Posten »wie die Hartz-Vierer um den Alkohol«<sup>48</sup>. Hinterher bestritt er, diese Aussage getroffen zu haben.

In dieses Bild passt die 2009 verlautbarte Offerte des damaligen Berliner Spitzenkandidaten der FDP, Martin Lindner, nach einer Kürzung der ALG-II-Regelsätze um 30 Prozent, was ein Absenken von 359 auf etwa 250 Euro bedeutet hätte. In einer Talkshow

des privaten Fernsehsenders N24 plädierte er dafür, die von seiner Partei beabsichtigten Steuersenkungen durch eine solche Beschneidung im Sozialetat gegenzufinanzieren. Begründen lässt sich dies nach Ansicht des Juristen mit der von ihm diagnostizierten leistungsfeindlichen Mentalität vieler ALG-II-Empfänger: »Wir haben gerade hier in Berlin extrem viele Menschen, die sind gesund, die sind arbeitsfähig, und die haben schlichtweg keine Lust, zu arbeiten. Denen kann ich nicht genau so viel überweisen wie einem, der morgens aufsteht und Busfahren geht oder so. Das ist nicht gerecht.«<sup>49</sup> Die Löhne werden also nicht als zu niedrig, sondern Hartz IV als zu hoch gegeißelt. Anstatt der Forderung nach einer Erhöhung der ALG-II-Regelsätze fand 2010 der Vorschlag des habilitierten Volkswirtes Peter Oberender Eingang in die Debatte, wonach materiell limitierten Menschen die Möglichkeit eingeräumt werden solle, ihre Organe legal zu verkaufen.<sup>50</sup>

Entgegen dieser Meinung stellte das Bundesverfassungsgericht im Februar 2010 jedoch fest, dass die ALG-II-Regelsätze – insbesondere die für Kinder – nicht nachvollziehbar errechnet seien, und forderte die Bundesregierung auf, bis spätestens Ende des Jahres eine grundgesetzkonforme Neuberechnung vorzunehmen. Ein Urteil, das die Hartz-IV-Debatte zu einem der dominantesten Themen im medialen Diskurs des Jahres 2010 werden ließ. Wenige Wochen zuvor hatte sich der damalige hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) eingeschaltet und in der *Wirtschaftswoche* verkündet: »In Deutschland gibt es Leistungen für jeden, notfalls lebenslang. Deshalb müssen wir Instrumente einsetzen, damit niemand das Leben von Hartz IV als angenehme Variante ansieht.«<sup>51</sup>

Nur zwei Tage nach der Verkündung des Urteils bezog wiederum Guido Westerwelle in einem Gastbeitrag für *Die Welt* unter dem Titel »Vergesst die Mitte nicht!«<sup>52</sup> geschichtsvergessen Stellung gegen alle ALG-II-Bezieher: »Was sagt eigentlich die Kellnerin mit zwei Kindern zu Forderungen, jetzt rasch mehr für Hartz IV auszugeben? Wer kellnert, verheiratet ist und zwei Kinder hat, bekommt im Schnitt 109 Euro weniger im Monat, als wenn er oder sie Hartz IV bezöge. Diese Leichtfertigkeit im Umgang mit dem Leistungsgedanken besorgt mich zutiefst. Die Missachtung der Mitte hat System, und sie ist brandgefährlich. Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.«

Wie es nach einer derartigen Positionierung eines Mitglieds der amtierenden Bundesregierung nicht anders zu erwarten ist, setzte der Artikel eine monatelange Debatte über die in der zitierten Aussage enthaltenen Implikationen in Gang. Im April 2010 handelte sich die Grünen-Politikerin und Tierschutzexpertin Claudia Hämmerring innerparteiliche Rüffel ein, weil sie ALG-II-Bezieher zum Einsammeln von Hundekot verdonnern wollte. In einem Gespräch mit der *Deutschen Presse-Agentur* monierte sie zunächst: »Was auf Gehwegen und an Straßen herumliegt, ist ekelig, der öffentliche Raum darf nicht länger als Kloake benutzt werden.«<sup>53</sup> Andererseits stellte sie fest: »Es ist nicht nachvollziehbar, dass



Leute vom Arbeitsleben ausgeschlossen werden, obwohl öffentliche Aufgaben da sind.« Als Kombination beider Sichtweisen schloss die ausgebildete Lehrerin, dass in jedem Berliner Bezirk mindestens 20 Menschen eingesetzt werden sollten, die sich um die »kleinen Ordnungsaufgaben« kümmern, denn, so Hämmerling: »Statt bezahlter Arbeitslosigkeit sollten Menschen im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.«

In eine ähnliche Richtung zielte auch der Vorschlag der SPD-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft. Man müsse, so die Politikerin, »so schnell wie möglich einen gemeinwohl-orientierten Arbeitsmarkt aufbauen.«<sup>54</sup> Dafür sollten Arbeitslose »die Chance bekommen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Gesellschaft etwas zu leisten.« Diese Chance bestehe darin, dass sie »zum Beispiel in Altenheimen Senioren Bücher vorlesen, in Sportvereinen helfen oder Straßen sauber halten« könnten. Forderungen, die in jenes Bild passen, das die mit der Neuberechnung beauftragte damalige Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im Rahmen des Gerichtsurteils in einem *Bild*-Interview von ALG-II-Empfängern zeichnete: »Klar ist aber auch, dass wir bei denen, die nicht arbeiten wollen, genauer hinschauen werden und es nicht akzeptieren, wenn jemand ohne nachvollziehbaren Grund nicht oder nur wenige Stunden arbeitet.«<sup>55</sup>

Der Bremer Sozialpädagoge Gunnar Heinsohn tat sich im Jahr 2010 gleich mit zwei solchen Wortmeldungen hervor. Zunächst regte er im März in einem Gastbeitrag für die *FAZ* an, in Anlehnung an ein in den USA geltendes Gesetz das Recht auf Sozialhilfebezug auf maximal fünf Jahre zu begrenzen. Damit wollte er einerseits verhindern, dass »Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen« und andererseits die »Einwanderung in die Transfersysteme« beenden.<sup>56</sup> Kurz darauf forderte der Professor dann in einem weiteren Gastbeitrag (diesmal für *Die Welt*) die Abschaffung des Elterngeldes, denn: »Deutschland fördert Sozialhilfemütter mit dem Geld von Karrierefrauen.« Für Heinsohn ist der ursprüngliche Zweck des Elterngeldes – die Förderung der Gebärfreudigkeit von Akademikerinnen – nicht eingetreten, weil »von den ersten 200.000 Elterngeld-Babys nur neun Prozent von Karrierefrauen geboren wurden, aber bundesweit 54 Prozent von Hilfsempfängerinnen.«<sup>57</sup>

Je weiter das Jahr voranschritt, umso mehr agierte die Politik ganz im Sinne Heinsohns: Die Neuberechnung der ALG-II-Regelsätze und das im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise umgesetzte »Sparpaket« wirkten sich überwiegend zulasten der Sozialleistungsbezieher aus. Zum Letztgenannten leitete die Bundesregierung im Frühsommer 2010 folgende Maßnahmen ein: die ersatzlose Streichung des Elterngeldes für alle ALG-II-Empfänger, außerdem fiel für ALG-II-Bezieher die Rentenversicherung weg, Gleiches galt für den Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, die Bundesagentur für Arbeit erhielt noch mehr Ermessensspielräume bei den Sanktionen, außerdem strich die Merkel-Administration den bisher auf zwei Jahre befristeten Zuschlag beim Übergang von ALG I auf ALG II.

Im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zettelte wiederum von der Leyen eine Diskussion an, ob der neue Regelsatz überhaupt noch einen Anteil an Alkohol und Tabak enthalten sollte. Die Debatte entwickelte sich schnell in die von der Arbeitsministerin gewünschte Richtung, wie beispielhaft ein Kommentar der *Frankfurter Rundschau* zeigt, in dem es heißt: »So weist der Staat dem Baby 11,90 Euro im Monat für Tabak und Alkohol zu, aber nichts für Windeln. Für Spielzeug gab es rechnerisch 62 Cent, für Kinobesuche und ähnliches 3,83 Euro.«<sup>58</sup>

Solcherlei Argumentation, die offensichtlich darauf abzielte, die Interessen von Kindern gegen die der Erwachsenen auszuspielen, fand ihren Niederschlag auch in Statements ranghoher Politiker wie etwa der damaligen Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger, die sich fragte, »ob alles, was derzeit zum Grundbedarf gehört, tatsächlich Grundbedarf ist«<sup>59</sup>. Auf Kritik vonseiten der Opposition an einer eventuell zu gering ausfallenden Erhöhung der Regelsätze reagierte von der Leyen stets mit Stereotypen wie jenem vom wild konsumierenden Hartz-IV-Empfänger: »Wenn die SPD höhere Forderungen stellt, dann muss sie auch begründen, was in den Regelsatz hinein soll: Soll Tabak hineingerechnet werden? Soll Alkohol hineingerechnet werden, Glücksspiel, Flugreisen?«<sup>60</sup> Am Ende des Jahres erfolgte eine Erhöhung des ALG-II-Eckregelsatzes für Alleinstehende um fünf Euro und eine damit verbundene Streichung des Postens für Alkohol und Tabak sowie, um die Demütigung der Hilfsbedürftigen zu komplettieren, dessen Ersetzung durch einen Posten für – Mineralwasser.

## AUF EINE ZIGARETTE MIT INGE HANNEMANN

Weil die Medien immer schneller immer mehr neue Säue durchs Dorf treiben, fällt im alltäglichen Kleinklein oft nicht auf, mit welcher Wucht seit einigen Jahren hässliche Tiraden der Elite gegen Hartz-IV-Empfänger auftreten. Das Team um den Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer hat zwischen 2002 und 2011 in einem Forschungsprojekt mit dem Titel »Deutsche Zustände«<sup>61</sup> das soziale Klima im Land ergründet. Am Ende kamen die Wissenschaftler zu dem Resultat, dass sich Tendenzen zu einem »Klassenkampf von oben« und eine »rohe Bürgerlichkeit« zeigten, die sich – »befeuert von politischen Entscheidungen – durch Tendenzen eines Rückzugs aus der Solidargemeinschaft« auszeichnen. Der Mittelschicht gehe es darum, »eigene soziale Privilegien durch die Abwertung und Desintegration von als ›nutzlos‹ etikettierten Menschen zu sichern oder auszubauen. Es mehren sich die Hinweise darauf, daß die angebliche Liberalität der höheren Einkommensgruppen erodiert.«

Inmitten dieser Hetze hat Inge Hannemann versucht, mit gesundem Menschenverstand gegen den Irrsinn der Jobcenter-Bürokratie anzukämpfen. Als ich sie in Berlin treffe, wirkt sie nicht wie eine kurz vor dem erneuten Burnout stehende Frau, sondern tritt als entschlossene und

optimistische Aktivistin auf. Die Medien haben sie nach ihrer krankheitsbedingten Erwerbsarbeitspause im Jahr 2011 mit dem Etikett »Hartz-IV-Rebellin« behaftet. Eigentlich mag Hannemann diesen Beinamen nicht, weil er nur das Dagegensein betont. Bei einer Zigarette auf dem Balkon eines Veranstaltungsgebäudes in Berlin-Kreuzberg gesteht sie ein, sie habe sich damit arrangiert: »So funktionieren Medien eben. Wenn mein Thema ankommen soll, ist meine herausgehobene Stellung leider nötig.« Die Sonne scheint an diesem milden Wintertag. Sie spiegelt sich in den Fensterscheiben der zwischen Görlitzer Bahnhof und Schlesischem Tor über die Schienen ratternden Wagen der U-Bahn-Linie eins.

Inge Hannemann schließt die Augen und atmet tief durch. Seit sie solche Momente des Alltagsglücks wieder genießen kann, arbeitet sie unermüdlich daran, die Öffentlichkeit, aber auch die Politik und die Jobcenter-Mitarbeiter davon zu überzeugen, dass Hartz IV falsch ist. »Mein Ziel war es«, so Hannemann, »die Strukturen der Bundesagentur für Arbeit von innen her zu verändern. Darum wollte ich 2011 wieder ins Jobcenter Hamburg-Altona zurückkehren.« Ihrem Arbeitgeber schmeckte dieser Eigensinn nie. Jetzt sah er eine Gelegenheit, die unliebsame Untergebene loszuwerden, und gab Gutachten in Auftrag, die ihr »psychische Instabilität« attestieren sollten. Als das nicht gelang, sollte Hannemann ins Integrationsamt für Schwerbehinderte versetzt werden. Die Versmähte klagte gegen die Versetzung, leakte auf ihrem Weblog Dokumente über systematische Repressionen der Jobcenter gegen Hartz-IV-Bezieher, gab Interviews und schrieb Brandbriefe an Leitungsstellen.

Den damals häufig geäußerten Appell spricht sie auch an diesem Tag auf dem Kreuzberger Balkon aus: »Gerade wir Deutschen sollten aus der Nazidiktatur gelernt haben, dass wir uns am Ende des Tages nicht hinter Gesetzen und Vorschriften verstecken dürfen, wenn wir damit jemandem Unrecht tun.« Die vielen Fälle, von denen sie mir aus ihrem früheren Arbeitsalltag berichtet, sind erschreckend. Einige Zeit war sie für Jugendliche zuständig, die per Gesetz besonders hart angepackt werden sollen. Sie versuchte, sich für ihre Klienten Zeit zu nehmen, das durch den Schreibtisch markierte Machtgefälle einzuebnen und mit ihnen auf Augenhöhe über ihre Probleme zu reden, um sie gemeinsam zu beheben. Schnell war Hannemann ihren Vorgesetzten lästig. Obwohl sie erstaunlich viele Jugendliche, die von ihren Hauptschullehrern mit der Perspektive »Ein Leben lang auf Hartz IV« verabschiedet worden waren, in Ausbildung vermitteln konnte, fiel den Oberen vor allem auf, dass Inge Hannemann im Vergleich zu ihren Kollegen kaum Sanktionen verhängte und die Teenager auch nicht in sinnlose Maßnahmen steckte. Qualitativ war sie in ihrem Kollegenkreis mit Abstand am erfolgreichsten, allein die Quantität der staatlich verordneten Unterdrückung blieb allzu gering.

Immer wieder muss Inge Hannemann hämisch grinsen, wenn sie von ihrer beruflichen Vergangenheit erzählt. Sie hat eine Distanz aufgebaut zu ihrer Zeit als Arbeitsvermittlerin,



auch wenn sie findet: »Jeder Tag im Jobcenter hat sich gelohnt, weil ich wirklich wunderbare Menschen kennengelernt habe, gegen die ich nicht nach unten treten musste, weil ein Tritt in den Hintern auf Augenhöhe viel besser funktioniert.« Nachdem sie versetzt worden war, sei der Job aber immer bedrückender geworden: »Ständig habe ich erlebt, dass Schwerkranke per Aktenlage voll arbeitsfähig geschrieben wurden, und ich konnte nichts dagegen tun.«

Die Mitarbeiter der Jobcenter müssen, auch das hat Hannemann öffentlich gemacht, auf Teufel komm raus ihre Vermittlungsquoten erfüllen. Ganz egal, wen sie in welche Maßnahmen stecken: Es zählt nur, dem regierungsamtlichen Auftrag nachzukommen, möglichst viele Menschen aus der Arbeitslosenstatistik zu entfernen, damit am nächsten Monatsanfang wieder ein Sinken der Arbeitslosenzahlen verkündet werden kann, obwohl in Wahrheit extrem viele Vermittlungen aufgrund dieses Aktionismus völlig sinnlos sind. Der inzwischen leider verstorbene Filmemacher Konstantin Faigle begleitete in seinem dokufiktionalen Film »Frohes Schaffen« eine Jobcenter-Maßnahme, bei der Hartz-IV-Empfänger gezwungen sind, jeden Tag acht Stunden lang in einem fiktiven Supermarkt zu arbeiten, der als Beschäftigungstherapie und vor allem zur Fälschung der Arbeitslosenstatistik eingerichtet worden ist. Aus dieser Statistik werden nicht nur die in sinnfreier Tätigkeit geparkten Menschen getilgt, sondern auch alle, die Angehörige pflegen, die älter als 58 Jahre alt sind oder die zu 100 Prozent sanktioniert wurden: Sie alle gelten amtlich als nicht arbeitslos.

Inge Hannemann veröffentlichte bei *altonabloggt.com* zahlreiche solcher Beispiele und belegte sie. Die oberen Vertreter des Hartz-IV-Irrsinns bekämpften sie indessen weiter. Im Dezember 2014 schloss Hannemann vor dem Landesarbeitsgericht Hamburg einen Vergleich mit der Behörde und räumte daraufhin endgültig ihren Arbeitsplatz. »Ich bin ja pragmatisch«, sagt sie heute, »deshalb versuche ich, das System jetzt von außen zu verändern.«

Dass sie Hartz IV, ja, noch nicht einmal die Sanktionspraxis als Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft abschaffen kann, weiß Hannemann natürlich. Darum sucht sie auch die Nähe zur außerparlamentarischen linken Bewegung. Im Austausch mit ihr ist sie auf eine Idee gestoßen, die sie zu ihrer Vision gemacht hat. Nachdem sie sich eigentlich schon verabschiedet hat, dreht sich Inge Hannemann noch einmal um, denn sie hat über diese Vision an diesem Tag noch nicht geredet: das bedingungslose Grundeinkommen. Wir müssten uns endlich damit abfinden, dass es nicht mehr genügend Arbeitsplätze für alle gebe, weil die gering qualifizierten Arbeiten immer häufiger von Maschinen übernommen werden können. »Ich träume nachts gut und freue mich morgens auf meine Arbeit, weil ich einen guten Job habe«, sagt sie. Das sei zu vielen nicht vergönnt. »Stellen Sie sich vor, Sie wachen morgens auf und müssen nicht zur Arbeit gehen, sondern dürfen es. Weil Ihre Existenz gesichert ist, können Sie tun, was Ihnen am meisten Freude bereitet. Die Arbeit wäre befreit von Angst. Wäre das nicht ...« Sie zögert, den Satz zu vollenden, setzt dann aber wieder an: »Wäre das nicht revolutionär?«

## BEI 'S HERRN PAFFE

Es stimmt: Der arbeitsmarktzentrierte Sozialstaat hat ausgedient. Heute bräuchte es ein Grundrecht auf ein Leben ohne Erwerbsarbeit. Das aber ist schwer umsetzbar in einem Land, in dem die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung sämtliche soziale Errungenschaften auf der Grundlage einer generellen Lohnarbeitspflicht erkämpft haben. Die Menschen waren kurz vor und während der Entstehung des deutschen Sozialstaats stolz auf ihren Job, sie konnten und wollten sich kein Leben ohne abhängige Erwerbsarbeit vorstellen.

Um die Entwicklung der Erwerbsarbeitsgesellschaft besser zu verstehen, lohnt es sich, das Buch eines damals 25-jährigen Unternehmersohns aus dem Jahr 1845 zu lesen. Friedrich Engels, der später neben Karl Marx zum berühmtesten Kommunisten der Welt werden sollte, spazierte als junger Mann tage- und nächtelang durch London und verarbeitete seine verstörenden Eindrücke in dem Buch »Die Lage der arbeitenden Klasse in England«.<sup>62</sup> Die Metropole an der Themse war neben Manchester einst die furchtbare Verkörperung der brutalen Umwälzungen des Dampfzeitalters. Engels berichtet in seinem Buch von Häusern, »bewohnt vom Keller bis hart unters Dach, schmutzig von außen und innen«, die aussähen, »dass kein Mensch drin wohnen möchte: Fast keine ganze Fensterscheibe ist mehr zu sehen, die Mauern bröckelig, die Türpfosten und Fensterrahmen zerbrochen und lose.« Gerade hatte sich hier die Industrielle Revolution vollzogen, die Menschen drängten auf der Suche nach Arbeit vom Land in die Stadt, in der Engels nun eine »Unmasse Unrat, Abfall und ekelhaften Kot zwischen stehenden Lachen« erblickte.

Karl Marx, mit dem er Jahre später seine Besichtigungstouren durch Londons Elendsquartiere wiederholen sollte, lobte an dem Werk, »wie frisch, leidenschaftlich, kühn vorausgreifend und ohne gelehrte und wissenschaftliche Bedenken hier doch die Sache gefasst«<sup>63</sup> werde. »Die Sache«, das ist das Fabriksystem, in dem für Engels »die Sklaverei, in der die Bourgeoisie das Proletariat gefesselt hat«, komme bestürzend zum Ausdruck: Wegen der langen Arbeitsstunden in den Baumwollspinnereien seien den Leuten »die Knie einwärts und rückwärts, die Füße einwärts gebogen, die Gelenke missgestaltet und dick und oft das Rückgrat vorwärts oder seitwärts geformt«<sup>64</sup>.

Keine 20 Jahre nach dem auch in Deutschland breit rezipierten Werk hatte ein Mann in Kaiserslautern die Zeichen der elenden Zeit erkannt. 1862 baute Georg Michael Pfaff mit einer Bohrmaschine und einer hölzernen Drehbank aus mehr als 200 Einzelteilen seine erste Nähmaschine. 1873 stellte der gelernte Instrumentenbauer seine Produktion vollständig auf diese neuen Geräte um. Ein Welterfolg nahm seinen Lauf: Monatlich verließen 1000 Nähmaschinen das Werk, in dem 400 Arbeiter beschäftigt waren. Und die fühlten sich wohl, denn Pfaff entwickelte sich zum Inbegriff des »sozialen Unternehmens«.

Bereits 1874 gab es hier eine Betriebskrankenkasse, später initiierte der Patriarch eine Pensionskasse sowie eine Wohnsiedlung für die Arbeiter, die er am Unternehmensgewinn

beteiligte und für die er ein Bildungswerk aufbaute. Seine Nachkommen Georg und Karl Pfaff setzten dieses Leitbild fort, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg im sogenannten Wirtschaftswunder. In Kaiserslautern war es ein Statussymbol, »bei 's Herrn Paffe« zu arbeiten. Als Karl Pfaff 1952 starb, exportierte das Unternehmen die Hälfte seiner Maschinen. 7000 Menschen arbeiteten bei Pfaff, und auch unter dem neuen, außerfamiliären Management ging der soziale Kurs zunächst weiter: Den Gewerkschaften galt das Unternehmen als vorbildlich, 1976 kam es sogar zum Abschluss eines Tarifvertrages, der benachteiligten und »lernbehinderten« Jugendlichen den Weg zur Berufsreife ermöglichte.

Damit blieb das Unternehmen konsequent auf der Linie des ehemaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck, der am Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die auch in Deutschland grauensvoll sich auswirkenden Begleiterscheinungen der Industrialisierung die gesetzlichen Sozialversicherungen einführte – um den Kapitalismus zu retten, wie er selbst eingestand: »Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen.« Denn was Friedrich Engels in England beobachtete, war nicht nur die physische Belastung der Maschinenarbeiter, waren nicht nur Spinnereibesitzer, die die Fabrikuhren manipulierten, und waren auch nicht nur all die »menschenbewohnten Viehställe« – es waren auch aufständische Arbeiter.

Am Morgen des 10. August 1842 riegelten in Manchester rund 10.000 Menschen die riesigen Spinnereien im Bezirk Ancoats ab. Die hoffnungslosen, bewaffneten und gewalttätigen Arbeiter plünderten Geschäfte, setzten Fabriken in Brand und griffen Polizisten an. Die Behörden reagierten entschlossen: Ein »Aufruhrgesetz« wurde verabschiedet und die Armee mobilisiert. Außerdem vereidigte man Sonderkonstabler aus der Mittelschicht, einschließlich einiger Vertreter der deutschen Kaufleute, die »mit ihren dicken Stöcken, die Zigarre im Munde, durch die Stadt paradierten«<sup>65</sup>. Kaum ein Tag verging ohne neue Streiks, die Engels als sicheren Beweis dafür sah, »dass die entscheidende Schlacht zwischen Proletariat und Bourgeoisie bevorsteht«<sup>66</sup>.

Was von dieser Schlacht einstweilen übrig ist, lässt sich nach erfolglosen Streiks zum Erhalt des Werks heute unter anderem in der Kaiserslauterer Königstraße begutachten. Gespenstische Ruhe liegt über dem 20 Hektar großen Gelände einer der einst größten Maschinenfabriken der Welt, als ich mich im Mai 2015 dorthin begeben, um einen ehemaligen Mitarbeiter zu treffen: meinen Onkel Frank. Seit der zweiten Insolvenz von Pfaff im Jahr 2008 wird an diesem Ort nichts mehr produziert. Das riesige Werksgelände ist eine offene Wunde in der Stadt; die Natur erobert sich das verlassene Areal zurück. An dem überwucherten Zaun neben dem Haupttor bei jenem kleinen Hang, der zur noch immer von Regionalbahnen angefahrenen Station »Pfaff-Werk« führt, steht Frank und versucht, einen Blick auf seinen früheren Arbeitsplatz zu erhaschen. Der Wind, den ein oben über die Gleise ratternder Zug erzeugt, verweht die Hecken und lässt flüchtige Blicke auf das Gelände zu.

Dass Frank 25 Jahre lang erst am Fließband und später als Maschinenführer bei Pfaff tätig war, erfüllt ihn noch heute mit Stolz. »Als ich in den 70ern eingestellt wurde, lief es rund«, erinnert er sich, noch immer durchs Gebüsch spähend. Der Duft seines verschwenderisch aufgetragenen Aftershaves riecht so vergangen wie die alte Bundesrepublik, der er in Gesprächen mit mir regelmäßig nachtrauert, seit ich zum ersten Mal politisch bewusst mit ihm die *Tagesschau* gesehen habe. »In meinen Anfangsjahren«, sagt er, »lag die tägliche Nähmaschinenproduktion hier bei 1200 Stück.« Er geht noch ein paar Meter weiter nach oben, dann zeigt er begeistert auf das zweite Fenster von rechts eines zweitraktigen Gebäudes. Viele Fenster sind zersprungen, das seines ehemaligen Büros nicht: »Darin war in den 80ern mein Arbeitsplatz, von dem aus ich bis zum Betzenberg schauen konnte.«

Noch immer wird unter dem Label Pfaff produziert, allerdings nur in kleinem Umfang. Der Markenname gehört mittlerweile einem chinesischen Konsortium, das sich einen kleinen Standort im Industriegebiet Nord hält. Wann genau das selbstständige Nähmaschinenunternehmen Pfaff den Faden verloren hat, darüber streiten sich die Geister. Sicher ist: Bereits in den 70er Jahren begann der wirtschaftliche Niedergang. Der Absatz sank bedrohlich, die japanische Billigkonkurrenz jagte Pfaff die Kundschaft ab. In den 80er Jahren wurden die Lohnkosten im Vergleich so hoch, dass Pfaff mit der Verlagerung ins Ausland begann. In Brasilien setzte das Unternehmen auf Armutsarbeiter. Aufgrund der Gesetzeslage musste der Konzern aber drei Viertel der Einzelteile für die Produktion innerhalb Brasiliens kaufen, obwohl die Konjunktur im Land chronisch lahmte. Dennoch hielt man an dem südamerikanischen Standort fest. Mitte des Jahrzehnts sollte der damals angesagte Schnellnäher sogar nur noch in Übersee hergestellt werden.

Das 1989 dann doch beendete brasilianische Abenteuer, meint Frank, sei einer von vielen Managementfehlern gewesen, die letztlich in den Abgrund geführt hätten. Mit dieser Meinung ist er nicht allein. Es ist die am meisten vertretene These zum Ende von Pfaff. Einen Namen gibt es, der Frank noch immer Schauer über den Rücken laufen lässt: Wolfgang Schuppli. Im August 1988 übernahm dieser für 115 Millionen DM die Mehrheit an dem todkranken Unternehmen. Fünf Jahre und einen massiven Stellenabbau später veräußerte er seine Anteile an den Hongkonger Geschäftsmann James Henry Ting. Heute gehört das Werksgelände der Stadt. An sie wandte ich mich darum, als mir die Idee kam, zusammen mit Frank einen Rundgang über die Industrieruine zu unternehmen, um ein Gefühl für das zu bekommen, wovon in Kaiserslautern beinahe alle Ex-Pfaffianer schwärmen: »Bei 's Herrn Paffe« zu arbeiten, das bedeutete vor allem Zufriedenheit, Sicherheit und familiäres Zugehörigkeitsempfinden.

All meine Versuche, die Stadt zu einem Zugang zum Gelände zu bewegen, scheiterten. Beim gewöhnlichen Weg über die Pressestelle verwehrte man mir den Zutritt mit der knappen Begründung, das Gebiet sei »schwer kontaminiert«. Ein verseuchtes Areal im Herzen der

Stadt? Das konnte ich so nicht glauben. Also fragte ich beim Stadtmuseum nach, das vor einigen Jahren eine Ausstellung zu Pfaff im Haus gehabt hatte. Der Museumsleiter vermittelte einen direkten Kontakt zur zuständigen Abteilung im Rathaus. Dort wurde ich dann monatelang hingehalten: Ja, vielleicht sei demnächst mal eine Führung möglich. Mehrere Nachfragen von mir blieben unbeantwortet, bis ich nach einem wochenlangen Frage-Antwort-Spiel endgültig die Waffen strecken musste: Auf absehbare Zeit gebe es für die Presse keine Führung über das Gelände. Wegen eventuell von den Decken fallenden Gerätschaften oder Gebäudeteilen sei das zu gefährlich. Jetzt wusste ich immerhin, warum mir ein freier Kunstschaffender aus Kaiserslautern in Anlehnung an den Trickfilm »Asterix erobert Rom« das Rathaus als »Haus, das Verrückte macht« beschrieben hatte, als ich ihn fragte, warum er nach mehreren gescheiterten Anläufen nicht noch einmal versuchen wolle, zusammen mit den städtischen Behörden im ehemaligen Pfaff-Bereich einen Raum für Kunst und Kultur zu schaffen.

Seit Jahren wird das Gelände geräumt. Die verbliebenen Maschinen werden versteigert. Normalerweise ist das Tor zu. Als ich mich mit Frank an besagtem Tag im Mai am Eingang befinde, steht es offen. Der kleine Mann mit dem dunklen Schnauzbart holt sich seine Zigarettenschachtel aus der vorderen Tasche seines Karohemdes, klopft sich eine Kippe heraus und zündet sie, sichtlich nachdenkend, mit seinem kaum noch funktionierenden Feuerzeug an. Sein rastloser Blick sucht vergeblich den Pförtner. Dann sieht er mich an, grinst schelmisch und nickt mir zu: Wir sollten die Gunst der Stunde nutzen und ohne Erlaubnis eintreten. Mit funkelnden Augen zeichnet Frank das Bild einer blühenden Industrie. »Das hier«, sagt er und zeigt auf ein fast vollständig niedergebranntes Haus, »war einst Ausstellungsfläche, in der die hochwertigen Pfaff-Produkte präsentiert wurden.« Schnellen Schrittes geht es weiter. »Da vorn«, winkt der enthusiastische Senior, »stand die Betriebskantine. Und dort hinten sieht man, was von der Betriebsfeuerwehr übrig ist.«

Während Frank sich in alten Anekdoten verliert, die bewiesen hätten, dass der Kapitalismus eben doch sozial sein kann, nähert sich ein maschinenbeladenes Fahrzeug samt grimmig dreinblickendem Pförtner. Frank stellt sich schützend vor mich und hebt entschuldigend die Arme: »Ich war 30 Jahre lang Pfaffianer und will meinem Neffen zeigen, wie es hier früher aussah.« Der muskulöse Kerl komplimentiert uns ungerührt nach draußen, sein Tun garniert mit dem Hinweis, eigentlich müsse er uns jetzt wegen Hausfriedensbruchs anzeigen.

»An all dem trägt Schuppli die Schuld«, echauffiert sich Frank, als wir die Ruinen des Werks von außen weiter erkunden. Der frühere Chef habe das traditionsreiche Unternehmen »als Spielzeug begriffen, um noch mehr Kohle zu scheffeln«. Tatsächlich entkam der als Sanierer aufgetretene Schuppli dem Fiasko unbeschadet: Das *Manager Magazin* schätzte das Familienvermögen der Schupplis im Jahr 2007 auf 1,7 Milliarden Euro. Pfaff hingegen erwirtschaftete 1992 einen Verlust von 71 Millionen DM, den die Beschäftigten existenziell

zu spüren bekamen. Die meisten leben bis heute in prekären Verhältnissen, während die Schupplis ihre Milliarden zählen dürfen. Für Frank ist die Sache klar: Nicht mehr das Unternehmen und seine Mitarbeiter standen im Vordergrund, sondern die Renditeerwartungen des Wolfgang Schuppli. Er selbst ist froh, sich »zu einem anderen Unternehmen gerettet zu haben, bevor 1999 die Löhne nicht mehr bezahlt wurden und die erste Insolvenz kam«. Nach zehnjährigem Hin und Her haben 2009 die restlichen 400 Mitarbeiter die letzten Aufträge abgearbeitet, bevor das Werk endgültig dichtgemacht wurde. Noch heute organisiert Frank einen kleinen Ehemaligentreff, bei dem frühere Pfaffianer von den alten Zeiten des sozialen Kapitalismus schwärmen, »als Unternehmertum noch eine Ehrensache war«, wie der 58-Jährige es formuliert.

Als Ehrensache, schreibt Engels in der »Lage der arbeitenden Klasse in England«, habe die Bourgeoisie bereits im England des 19. Jahrhunderts ihr Tun betrachtet. Einmal, erzählt er, sei er mit einem Fabrikanten durch Manchester gegangen und habe mit ihm über den scheußlichen Zustand der Arbeiterviertel gesprochen: »Der Mann hörte das alles ruhig an, und an der Ecke, wo er mich verließ, sagte er: Und doch wird hier enorm viel Geld verdient – guten Morgen, Herr!«<sup>67</sup> Ein Erlebnis, das Engels später gemeinsam mit Marx zu einer radikalen Schlussfolgerung brachte, nach der kapitalistische Eigentumsstrukturen niemals würden dazu beitragen können, den gerade durch sie geschaffenen Wohlstand gerecht zu verteilen: »Die Industrie bereichert zwar ein Land, aber sie schafft auch eine Klasse von Nichtbesitzenden, von absolut Armen, die sich reißend vermehrt, eine Klasse, die nachher nicht wieder abzuschaffen ist.«<sup>68</sup>

## DER ELITÄRE BLICK AUF SOZIALE PROBLEME

Nach zwei verheerenden Weltkriegen, vielen Wirtschaftskrisen, aber auch einigen epochalen sozialen Fortschritten steht der Kapitalismus heute wohl stabiler da denn je. Darum glaubt er, sich jene große Gruppe leisten zu können, von der schon Marx und Engels gesprochen haben. Die Unterschicht versammelt nicht nur Menschen wie meinen Onkel Frank oder Dibbes und Heinz vom Aternweg, denen die gute Arbeit verloren gegangen ist, sondern dient auch als Drohpotenzial für die Mittelschicht, der gezeigt wird, was passiert, wenn sie die Versprechen des Kapitalismus nicht für voll nimmt. Die Lohnarbeiter kennen zwar noch immer ihren Platz im Klassengefüge, aber ihnen fehlt ein Bewusstsein dafür, wie stark sie sich in der Mehrheit befinden und wie leicht sie die Klassenverhältnisse vom Kopf auf die Füße stellen könnten.

Selbsthass kennzeichnet viele aus der Unterschicht, während die Mittelschicht das Radfahrer-Prinzip anwendet: Nach oben buckeln und nach unten treten. Die Oberschicht verfügt als Einzige über das, was man früher als »subjektives Klassenbewusstsein« bezeichnet hat. Ihre Aufgabe sieht sie darin, eigene Privilegien zu sichern und Unfrieden unter den Lohnabhängigen zu stiften. Wie stark sich diese Tendenz in Deutschland seit der

Einführung von Hartz IV verfestigt hat, das zeigt der bereits weiter oben zitierte Soziologe Michael Hartmann in seinem Buch »Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?«<sup>69</sup>. Hartmann hat die 958 mächtigsten Menschen des Landes aus den Sektoren Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Justiz, Militär, Medien, Wissenschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen unter die Lupe genommen und sich dabei besonders genau auf ihr Sozialprofil und ihre Einstellung zum Problem der sozialen Ungleichheit konzentriert.

Zuerst aber präsentiert er Zahlen zur Einstellung in der breiten Bevölkerung. Einerseits halten, schreibt Hartmann, »70 Prozent die Einkommensunterschiede hierzulande aktuell für zu groß und jeder zweite hält den Kapitalismus insgesamt für überholt, während ihn nur jeder fünfte noch zeitgemäß findet. Die wirtschaftlichen Verhältnisse finden 69 Prozent ungerecht und nur 15 Prozent gerecht. Zudem meinen 64 Prozent, dass die soziale Gerechtigkeit in den letzten drei, vier Jahren abgenommen, und nur sieben Prozent, dass sie zugenommen habe. Entsprechend dieser Grundhaltung sind über 68 Prozent der Meinung, reiche Menschen genössen ungerechtfertigte Vorteile, und sogar fast 78 Prozent erklären, dass zu großer Reichtum zu Problemen in der Gesellschaft führe.« Dem stünden nun andererseits die Ansichten der Eliten diametral entgegen. Sie empfänden die Verhältnisse »als weit weniger ungerecht«.

Die Ablehnung der These, die sozialen Unterschiede seien gerecht, fällt hier im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nicht nur nahezu dreimal so hoch aus wie die Zustimmung, sondern überwiegt mit 43,5 zu 36,6 Prozent nur denkbar knapp. Wie kann es aber nun sein, dass den Eliten trotz solcher erheblicher Differenzen dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht schon längst um die Ohren geflogen ist? Warum also wehrt sich die Bevölkerung offenbar nicht wirkungsvoll genug? Für Hartmann liegt die Antwort zumindest in Bezug auf westliche Industriestaaten auf der Hand. Es gebe so etwas wie einen »Kitt, der diese Gesellschaften ideologisch zusammenhält; denn trotz aller Zweifel, die die alltäglichen Erfahrungen immer wieder auslösen, bleibt der Glaube an die Leistungsgesellschaft doch für die Mehrheit der Bevölkerung prägend.«

59 Prozent aller Deutschen fänden etwa, »dass es nur dann, wenn die Unterschiede in Einkommen und sozialem Ansehen groß genug sind, auch einen Anreiz für persönliche Leistungen gibt«. Dabei falle die Zustimmung umso größer aus, je niedriger die berufliche Position oder der formale Bildungsabschluss sei: »Ganz offensichtlich will man gerade in der unteren Hälfte der Bevölkerung das Leistungsprinzip als einzig legitime Grundlage sozialer Ungleichheit nicht zur Disposition stellen.« Die Eliten stünden diesem Leistungsprinzip wesentlich skeptischer gegenüber als die Bevölkerungsmehrheit. Hier »sind nur 44,6 Prozent der Ansicht, dass Einkommens- und Ansehensunterschiede einen unverzichtbaren Leistungsanreiz setzen«. Zugleich aber predigten insbesondere die Eliten in Wirtschaft und Politik seit eh und je, wie wichtig die Befolgung des Leistungsprinzips für den Wohlstand des



Gemeinwesens sei.

Ein Widerspruch, der nur scheinbar einer ist, denn die Unterschiede verwundern vor allem deshalb nicht, weil Michael Hartmann schon 2002 die weitgehende Unwirksamkeit dieses Paradigmas bei der Moderation sozialer Mobilität nachgewiesen hat. In seiner damaligen Analyse kommt er zu dem Schluss, dass von einer Leistungsgesellschaft keine Rede sein könne. Abgesehen davon, dass die konsequente Befolgung des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit den Grundprinzipien jeder sozialen Demokratie eklatant widerspräche, träfe die Vorstellung vom Primat der Leistung schlicht nicht zu, wie Hartmann weiß: »Es geht denjenigen, die so vehement für ›Leistungsgerechtigkeit‹ streiten und das damit begründen, dass dieses Prinzip im Gegensatz zu den Gepflogenheiten des deutschen Sozialstaats ›den Regeln der Fairness‹ gehorche und ›Bildung, Fähigkeit, Wissen‹ angemessen honoriere, gar nicht um wirkliche Leistungsgerechtigkeit, sondern um die Bewahrung und den Ausbau ihrer privilegierten Position.«<sup>70</sup>

## WICHTIG IST, WAS HINTEN HERAUSKOMMT

Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung ist den Eliten also bewusst, dass Reichtum, Wohlstand und Selbstverwirklichungschancen im Kapitalismus stets in allererster Linie durch Vererbung und/oder Willkür weitergegeben werden und obendrein ausgerechnet diejenigen, die das Ende der sozialen Hängematte verkünden, sich selber gerne Hängematten knüpfen. Manager oder Politiker leiden aber nicht an Schizophrenie, wenn sie trotzdem an dem Prinzip festhalten wollen. Vielmehr brauchen sie das Argument von der Leistungsgesellschaft dringend. Und das nicht nur und meist wohl nicht einmal in erster Linie, um die Menschen zu täuschen, sondern auch zum Schutz ihres Egos. Die Vorstellung, jeder bekomme das, was er oder sie verdiene, ist auch für Eliten notwendig, um das eigene Selbstbild als guter Mensch aufrechterhalten zu können.

Je mehr jemand weiß, was es bedeutet, mit wenigen materiellen Ressourcen auskommen zu müssen, umso eher ist diese Person in der Lage, ein Sensorium für soziale Ungleichheit zu entwickeln. Ein Blick auf die durch Hartmann erforschte soziale Herkunft der Elitenangehörigen bestätigt das. Er sieht nämlich teilweise erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten zwischen Elitenmitgliedern aus Arbeiterfamilien und jenen aus großbürgerlichen Haushalten. Eliten mit Arbeiter-Background halten »die sozialen Unterschiede in Deutschland mit einer klaren Mehrheit von gut 61 zu 25 Prozent für ungerecht. Die in großbürgerlichen Haushalten aufgewachsenen Elitenangehörigen sehen das fast genau entgegengesetzt.«<sup>71</sup>

Aber die Großbürgerkinder stellten innerhalb der Eliten die große Mehrheit, und diese seien im heutigen Deutschland »überdurchschnittlich alt, ganz überwiegend männlich und in der alten Bundesrepublik geboren«. Außerdem gebe es »Ausländer oder Personen mit



Migrationshintergrund in den Elitepositionen mit wenigen Ausnahmen praktisch nur im Bereich der Wirtschaft«. Am homogensten zeige sich die Zusammensetzung aber bei der sozialen Herkunft. Hier gebe es mit fast zwei Dritteln eine »deutlich überproportionale Rekrutierung aus dem Bürger- und Großbürgertum, wohingegen nur ein gutes Viertel aus den Mittelschichten und nicht einmal ein Achtel aus der Arbeiterschaft« stamme. Was dabei erstaunen muss: Die Prozentsätze erinnern laut Hartmann viel eher an jene Werte, die der Soziologe Wolfgang Zapf für die 50er Jahre ermittelt hat, als an die aus anderen Studien von 1972, 1981 und 1995.

Während sozialdemokratische Parteien angesichts dieser Umstände an der Idee der Leistungsgerechtigkeit festhalten wie der Papst am Zölibat, hat die Wirtschaft beinahe unbemerkt unsere Gesellschaft immer weiter in Richtung einer reinen Erfolgsgesellschaft verändert. Heutzutage ist nicht mehr wichtig, wer auf welchem Wege seine Ziele erreicht. Nein, es zählt nur noch, was hinten herauskommt. Empirisch umfassend untersucht wurde das durch das Forschungsprojekt »›Leistung‹ in der Marktgesellschaft – Erosion eines Deutungsmusters«<sup>72</sup> unter Federführung der Soziologen Sighard Neckel und Irene Somm. Eines ihrer grundlegenden Ergebnisse ist, »dass sich kapitalistische Arbeitsgesellschaften, die dem Ideal nach Leistungsbeiträge entlohn, gegenwärtig in erfolgsorientierte Marktgesellschaften verwandeln, die Prämien auf vielfach kontingente Ertragschancen zahlen«.

Die Leistung eines Menschen werde heute nicht mehr in Relation zum Qualifikationsniveau oder dem betriebenen Aufwand bewertet. Es zähle allein das Leistungsergebnis. Heutige Beschäftigte sollten sich selbst »nicht primär als Arbeitnehmer, sondern als ›interne Unternehmer‹ begreifen, die ihr Leistungshandeln unmittelbar auf den Markterfolg ausrichten«<sup>73</sup>. In der Konsequenz »verschiebt man also die Marktgrenzen noch tiefer in die Organisationen bis hin zu den einzelnen Subjekten«<sup>74</sup>. Unternehmerische Risiken reichten die Firmenleitungen damit direkt an die Beschäftigten weiter, ohne dass denen in ihrem neuen Rollenbild ein entscheidender Einfluss auf die strategische Entwicklung des Unternehmens eingeräumt würde. Darin sind sogenannte Soft Skills immer wichtiger geworden. Dazu gehören beispielsweise soziale Kompetenz oder Kreativität. Und die sind schwer messbar, sie entziehen sich einer Möglichkeit zur leistungsgerechten Bewertung. Als Folge, so fanden Neckel und Somm mit ihrem Team heraus, gewinnen die objektiv überprüfbaren nackten Zahlen aus Umsatzstatistiken, Kostenrechnungen und Renditezahlen einen noch höheren Stellenwert als jemals zuvor: »Die Ausweitung und Subjektivierung der Leistungsdefinitionen hat gleichzeitig zu einem wachsenden Bedürfnis nach objektiver Messbarkeit und Vergleichbarkeit geführt – und zwar ganz offensichtlich sowohl auf der Seite der Unternehmensleitung als auch bei den Beschäftigten.«<sup>75</sup>

Trotzdem weigert sich die gesellschaftliche Linke, der Masse neue gesellschaftliche

Visionen anzubieten, die nicht mehr erwerbsarbeits- und auch nicht mehr leistungsorientiert sind. Und, auch wenn sie sich gern radikal gegen die Erwerbsarbeitspflicht stellen, die radikalen Linken setzen dem sozialdemokratisch-grünen Leistungsglauben nichts entgegen. Das könnte daran liegen, dass sie selbst meist echte Arbeitstiere sind. Wenig ist hochgebildeten Linken so wichtig, wie von anderen als intellektuell, theoriebeflissen, gradlinig, klug, ja, weise wahrgenommen zu werden – und da liegt ein großer Graben zu den populären Schichten, denen praktisch verwertbares Wissen und der Leistungsmythos oftmals alles gelten.

Wenn ein undogmatischer Linker behauptet: »Lenin geht ja wohl gar nicht!«, dann will er damit in aller Regel nicht sagen, dass Lenin gar nicht geht. Nein, wichtiger ist es zu zeigen, dass er so anbetungswürdig schlau und lesefleißig ist, dass er sich mit Lenins gesammelten Schriften intensiv (und vor allem kritisch!) auseinandergesetzt hat. Lenin! Primärquellen! Aus eigenem Antrieb! Welch Arbeitsaufwand! Wie in einer amerikanischen Sitcom hat ein solcher Marxist imaginäres Klatschen des begeisterten Publikums im Kopf, wenn er dieses ehrliche, mutige und intellektuell hochwertige Anti-Lenin-Statement bei einer Debatte unter Gleichgesinnten öffentlich zum Besten gibt. Die Bedeutung dieses das Selbstwertgefühl steigernden Aktes ordnet er dann auch gerne der ihm durchaus bekannten Tatsache unter, dass Lenin wirklich viel Mist, aber auch analytisch brillante Passagen in seinem umfangreichen Werk hinterlassen habe.

Viele radikale Linke sind sich ihres sonderbaren Verhaltens natürlich nicht bewusst, weil ihnen ihre Arbeit nicht als von außen aufgezwungen erscheint. Sie beuten sich gerne selbst aus. Arbeit an Wochenenden, Feiertagen und bis tief in die Nacht hinein ist für Leute im linken Wissenschafts- oder Politiksektor ein über Jahre kultivierter Standard. Und nach dem offiziellen Feierabend stehen dann noch Diskussionsveranstaltungen, Lesungen oder zumindest Partys auf dem Programm, bei denen im Aktivistenkreis noch ordentlich genetzwerkt wird. Als Journalist bei einer linken Tageszeitung und Buchautor bin ich selbst nicht ganz frei von dieser Art der Selbstaussbeutung im prekären Sektor, aber was die meisten meiner politischen Freunde an Enthusiasmus selbst für jene Arbeiten an den Tag legen, die sich auch mit Biegen und Brechen nicht als Dienst am kommenden Sieg der Arbeiterklasse schönreden lassen, dafür fehlt auch mir jedes Verständnis. Deutsche Linke pflegen eine befremdliche Arbeitsmoral.

Familie? Freunde? Kino? Theater? Sommerurlaub? Kinder? Für Linke in diesem Land der protestantischen Arbeitsethik sind das Fremdworte. Jan Ole Arps, selbst unter anderem als Redakteur der linken Monatszeitung *ak* ein Aktivist im Arbeitsrausch, hat das 2012 hellsichtig beschrieben: »In unserer Leistungseifer ähneln wir Linken auf überraschende Weise dem Kapitalisten und Weihnachtshasser Ebenezer Scrooge. Nur treiben wir nicht unsere Angestellten, sondern uns selbst ohne Rücksicht auf Feiertage zu permanenter

Höchstleistung an. Hier zeigt sich eine erstaunliche Doppelmoral: Wir sind zwar für das Recht auf Faulheit – aber man kommt einfach nicht dazu.«<sup>76</sup>

Die Idee, den Zwang zur Erwerbsarbeit als Ursache der schlechten Lebensbedingungen so vieler Menschen auszumachen, liegt einem da fern. Wenn Linke sich durch ihre wissenschaftliche Büchertürme ackern und in gestelzten Formulierungen lesen, dass Erwerbslose ohne akademische Erfahrung – diese für sie so fremde »Spezies« – meist in Lethargie und Resignation verfallen, dann fordern sie reflexartig: Arbeit für alle! Dass sich viele der Langzeitarbeitslosen nicht aufgrund ihres Erwerbstatus an sich schlecht fühlen, sondern vielmehr an einer Gesellschaft leiden, die Arbeitslose als nichtsnutziges Pack verabscheut, diese Abstraktionsleistung gelingt manchem deutschen Linken einfach nicht. Die meisten Erwerbslosen wollen nicht gezwungen sein, irgendeinen Job zu erledigen; sie wollen einen Beruf ausüben, der ihnen Spaß macht, zu dem sie hinkommen und von dem sie fortgehen können, wie es ihnen beliebt, der ihnen ausreichend Freiraum und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung gewährt. Je stärker jemand stolz sein Arbeitsethos nach außen trägt, umso mehr können wir davon ausgehen, dass es sich dabei nicht um Erwerbsarbeitsfreude handelt, sondern um eine durch die ständige Bedrohung vor sozialen Sanktionen ausgelöste Überanpassung.

Wenn ich in meiner Familie oder deren Freundes- und Bekanntenkreis genauer nachfrage, bestätigt sich das dann auch fast immer als entscheidender Grund, warum viele Prekäre so stark auf vermeintliche Sozialschmarotzer draufhauen, die offen damit umgehen, angeblich nicht arbeiten gehen zu wollen: Es ist blanker Neid! Tief im Inneren sehnen sich die Menschen nach einer lebensbejahenden Form der Faulheit und nach der Freiheit vom Erwerbsarbeitszwang. Kaum eine Utopie wäre emanzipatorischer als eine jenseits dieses Zwangs, und gerade Linke müssten sie eigentlich ganz im Sinne ihres Säulenheiligen Karl Marx besonders prioritär behandeln: »Statt des konservativen Mottos: ›Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!‹ sollte sie auf ihre Banner die revolutionäre Losung schreiben: ›Nieder mit dem Lohnsystem!‹«<sup>77</sup>

## DER ARBEITER ALS LINKE PROJEKTION

Leider hängen viele deutsche Linke einem Proletkult an. Die Arbeiterklasse ist besonders für viele Marxisten immer noch exakt das, was sie im 19. Jahrhundert war: ein Subjekt, das seinen in harter Fabrikarbeit erworbenen starken Arm verwenden muss, um dem Bürgertum die Macht zu entreißen und die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Edel, fleißig, treu und kämpferisch ist er, der Arbeiter, und er hat einen Körper wie Adonis. Frauen spielen hier keine Rolle, sie haben den tapferen Proleten zu vergöttern, der für ein besseres Morgen gegen die Kapitalisten strammen Schrittes zu Felde zieht. Der Arbeiter ist nichts anderes als eine Projektion, die für manche Linke beinahe pathologische Ausmaße annimmt, weil sie nicht

akzeptieren, dass die Welt komplizierter geworden ist und es dem Kapitalismus dadurch leichter fällt, die Arbeiterklasse unter die eigene Knute zu zwingen, ohne dass sie es selbst richtig bemerkt.

Viele Linke möchten gerne solche Arbeiter sein, wie sie ihnen in ihren Proletkult-Projektionen vorschweben. Jeder will es in der eigenen Kindheit schwer gehabt haben. Oft habe ich mich schon gefragt, warum so viele mir Bekannte aus der radikalen Linken selbst so gerne als verelendete Arbeiter im Sinne des 19. Jahrhunderts gelten wollen. Und bisher hat sich mir dafür nur ein einziger Grund als wirklich plausibel aufgedrängt: Viele schämen sich ihrer soliden Mittelschichtsherkunft. Entweder vertuschen sie die daraus resultierenden widersprüchlichen Privilegien systematisch oder aber sie drucksen beschämt herum, wenn doch mal die soziale Herkunft zur Sprache kommt. Einem Bekannten hatte ich etwa vor einiger Zeit einmal mein mangelndes Selbstvertrauen mit meiner sozialen Herkunft erklärt. Daraufhin baute er mich liebenswert auf, blickte aber auch permanent zu Boden, setzte ein mehr peinlich berührtes denn betroffenes Antlitz auf und zeigte allerlei Übersprunghandlungen.

Nachdem er minutenlang mit den Füßen am sandigen Boden gescharrt hatte, nicht mit dem Feuerzeugfucheln aufhören konnte und merkwürdig-neuralgische Grimassen zog, witterte ich endlich die Lunte und erlöste ihn durch meine Frage nach seinem sozialen Hintergrund. Kleinlaut murmelte er, Lehrerkind zu sein. Seine Eltern hätten ihm gerade eine Eigentumswohnung in Berlin gekauft. Ich hatte keine Ahnung, wie ich mich in diesem Moment verhalten sollte. Mir schwirrten insbesondere zwei Gedanken durch den Kopf, die ich dann auch sofort völlig konfus verbalisieren musste. Erstens: Was kannst du für deine soziale Herkunft? Und zweitens: Warum solltest du dich dafür schämen, materiell bessergestellt zu sein als andere?

Klar ist natürlich: Welcher Linke will sich schon vorwerfen lassen müssen, ein kleinbürgerlicher Profiteur des kapitalistischen Systems zu sein? Die individuelle Eigenliebe will ja immerzu gepflegt, die eigene Identität muss permanent gestreichelt werden. Und so wird es auch weiterhin linksradikale Studenten geben, deren Eltern Studienräte oder Beamte sind und die dennoch die Studentenschaft zum klassischen Proletariat zählen wollen. Das aber stimmt bei den meisten von ihnen noch nicht einmal in der einfachsten Definition des Proletariats, dessen Mitglieder sich dadurch auszeichnen, dass sie gezwungen sind, zur Lebenserhaltung einer abhängigen Lohnarbeit nachzugehen. Studenten gehören zu einer Zwischenklasse, sie sind weder Kapitalisten noch Proletarier. Viele von ihnen werden sich erst zu Letzteren gesellen müssen, nachdem sie ihr Studium beendet haben. Zwar arbeiten zwei Drittel der Studenten in Deutschland nebenbei. Außer Kindern nicht-akademischer oder einkommensschwacher Eltern sowie ausländische Studenten tun dies aber fast alle nicht etwa, um irgendwie über die Runden zu kommen. Sie kellnern und callcentern nicht, damit sie bis

zum Monatsende genug zu beißen haben, sondern ausschließlich zur Finanzierung des nächsten New-York-Trips oder des neuesten stylischen Apple-Produkts sowie zum Aufhübschen des Lebenslaufs.

Fast alle Studenten erhalten beim Dreckige-Wäsche-Nach-Hause-Bringen am Wochenende mal eben 100 Euro, wenn sie es bis zum 25. des Monats mal wieder mit dem Partymachen übertrieben haben. Anders habe ich es in meinem linken wie nicht-linken Freundes- und Bekanntenkreis niemals erlebt. Dem dreifachen Vater, der als Aushilfe in einer Küche arbeiten muss, weil er mit Mitte 40 keinen Job mehr als Dachdecker findet, ist das nicht möglich.

Ich erwarte wahrlich nicht, dass die linken Studenten jetzt Buße tun, indem sie den elterlichen Unterhalt kollektiv auf die kargen Konten geschundener Arbeiter überweisen. Niemand mit Verstand wird ihnen absprechen, auch den Mechanismen des kapitalistischen Systems unterworfen zu sein und faktisch wie die überwältigende Mehrheit der Menschheit zu den von Marx auf die Barrikaden gerufenen erniedrigten, geknechteten, verlassenen und verächtlichen Wesen zu gehören. Blenden sie aber die feinen Unterschiede innerhalb der lohnarbeitenden Bevölkerungsmehrheit aus, wird sich an der leider vorhandenen und sich stetig vergrößernden Kluft zwischen nicht-akademischer und akademischer Bevölkerung nichts ändern. Letztere sollten sich nicht mit denjenigen gleichsetzen, die es im Leben objektiv schwerer haben als sie selbst.

## WIR SCHUFTEN UNS ZU TODE

Auf zahllose Akademiker mit saturierter Mittelschichtsherkunft wartet nach dem Studium inzwischen auch ein prekäres Leben, in dem das gemeinschaftliche Jammern mit der Fließbandarbeiterin bei Opel plötzlich seine Berechtigung findet. Zuvor aber, inmitten der Theoriezirkel an der Universität, sollten die Linken zu ihrer sozialen Herkunft stehen und sie kritisch reflektieren, damit sich der Zugang zu jenen erleichtert, für die sie so leidenschaftlich Partei ergreifen.

Es ist weder gut noch schlecht, kein akademisches Elternhaus zu haben. Auf die Lebensleistung meines Opas, meiner Mutter und meiner Tante bin ich stolz; mein Wandeln zwischen den Welten aber ist eben oft genug frustrierend. In meiner Familie hat nie jemand einen Beruf oder Job jenseits des Handwerks ausgeübt. Da ich mich schon als Grundschüler mehr fürs Schreiben als fürs Schrauben interessiert habe, wurden mir elternlicherseits niemals dezidiert handwerkliche Tätigkeiten aufgetragen.

Stets durfte mein Bruder Stefan beim Aufbauen von Regalen oder Betten tatkräftig helfen, derweil mir »zwei linke Hände« attestiert wurden und ich, zum Handlanger degradiert, vor mich hin schmollte. Mein Opa, der 40 Jahre lang als Zimmermann gearbeitet hatte, prophezeite mir schon als Achtjährigem einen Bürojob (wenn auch keinesfalls Abitur oder

Studium) und meinem Bruder einen Platz in einer Kfz-Werkstatt.

Dabei strebte ich als Kind tatsächlich danach, irgendwann körperlich hart zu arbeiten und wie mein Vater spätabends mit Schürfwunden und völlig erschöpft auf das heimische Sofa zu fallen. Umso glücklicher war ich, als ich eines Morgens die Schule schwänzen durfte, weil mein Vater mich für einen Tag zu seiner Frühschicht als Möbelpacker mitnahm. Um Punkt fünf Uhr stand der Lkw vor der Tür, der uns von Umzugsauftrag zu Umzugsauftrag kutschieren sollte. Neun Stunden lang genoss ich es, als siebenjähriger Knirps inmitten einer Möbelpackergruppe schwere Kisten zu schleppen, zu fünft nebeneinander stehend an die Hauswand zu urinieren, zu dem aus dem Radio dröhnenden Klängen des »Classic Rock« im Lastwagencockpit hoch oben über den Autofahrern die Arme aufs Fensterbrett zu legen, mittags meinen Kakao am Tisch mit biertrinkenden starken Kerlen zu schlürfen und den Jungs zuzusehen, wie sie den ganzen Tag lang entspannt scherzten, obwohl sie einen harten Job zu erledigen hatten und ihre Freizeit meist lethargisch in der Kneipe am Tresen oder völlig erschöpft zu Hause auf dem Sofa verbringen mussten.

Alltagsszenen, wie sie Linke aus der Mittelschicht ohne häufigen Kontakt zu den von bürgerlicher Bildung fern Gehaltenen überhaupt nicht kennen. Sie inszenieren sich selbst als Teil des Proletariats und werfen mir zugleich vor, mit meinem forcierten Einsatz für diese Menschen würde ich eine Kultur verteidigen, die Kommunisten doch gerade abschaffen wollen. Das Ziel der Linken bestünde darin, die Klassengesellschaft und damit auch das Sosein der Arbeiterklasse abzuschaffen. Deshalb sei es nicht falsch, sondern richtig, das Proletarische an sich zu verachten und der Arbeiterklasse nicht dabei helfen zu wollen, durch Bildung in den Rang der Kapitalistenklasse aufzusteigen. Ein cleveres Argument, mit dem Linke sich nicht nur gegen jede Form von Kritik an ihrem elitären Gehabe immunisieren, sondern auch ihre verwegene Fetischisierung der Erwerbsarbeit weiter kultivieren.

Die Glorifizierung der Erwerbsarbeit nimmt gesamtgesellschaftlich zu. In wenig mehr als in Arbeit, so scheint es nicht nur aus Sicht vieler Linker, soll der Mensch seinen Lebenssinn finden. Selbst die wichtigsten Verrichtungen des Alltagsgeschäfts avancieren zu Sternstunden irdischer Existenz, wenn vom Politiker über die Architektin und die Reinigungskraft bis zum Journalisten alle mit freudefunkelnden Augen davon berichten, wie im scheinbar so schöpferischen Akt der Arbeit das Zeitgefühl entschwindet, die körperlichen Grundbedürfnisse verfliegen und der emsige Eifer zum Gipfel des Lebensglücks führt. Eine Sichtweise, der ich mit zunehmendem Alter, aber schon als Kind skeptisch gegenüberstand. Irgendwann nämlich realisierte ich, wie zerstörerisch die Arbeit meines Vaters für seinen Körper und für seinen Geist war. Solange er diesen harten Job machte, das merkte ich, konnte er vom Alkohol gar nicht loskommen, weil er sich seinen Arbeitsalltag schönsaufen musste.

In letzter Zeit häufen sich Studien, die insbesondere im hochgebildeten Teil der jüngeren Generation den Trend ausgemacht haben, Erwerbsarbeit nicht mehr als lästiges Übel

hinzunehmen, sondern sie zur sinnstiftenden Passion aufzuwerten. Die Forscher haben die Jahrgänge zwischen 1985 und 2000 »Generation Y« getauft. Das Y – im Englischen ausgesprochen wie »Why« (Warum) – soll eine kritische Perspektive herausstellen. Michael Haller, von dem eine aktuelle Untersuchung mit dem Titel »Was wollt ihr eigentlich?«<sup>78</sup> stammt, attestiert der Generation Y ein neues Gesellschaftsbild: »Sie fragt, ob nicht Arbeit und Leben etwas miteinander zu tun haben sollten.«

Aus seiner Repräsentativbefragung schließt der Medienwissenschaftler einige Merkmale, die bestehende Analysen über die Arbeitswünsche der Mittzwanziger bestätigen: So sind ihnen laut Haller eine »hohe Identifikation mit dem Arbeitsplatz«, ein »nettes Kollegium« und die »Gewährung von Freiräumen« wichtiger als ein hohes Gehalt, Prestige oder eine Beschäftigung in Vollzeit mit unbefristetem Vertrag. Ein Hinweis darauf, dass sie ihre Rechnung ohne die systemimmanente Tendenz gemacht habe, jeden Ausbruch aus lebensfeindlichen Erwerbsstrukturen in die Effizienz- und Verwertungslogik einzubetten, fand sich in der Publikationsflut zur Generation Y lange Zeit nicht.

## ICH MÖCHTE LIEBER NICHT

Bis die Journalistin Alix Faßmann 2015 ihr Buch »Arbeit ist nicht unser Leben«<sup>79</sup> veröffentlicht hat. Darin geht die Mittdreißigerin mit der Freiheitsillusion der Generation Y hart ins Gericht: »Die Freiheit sitzt als manipulierter Gedanke in den Köpfen derer, die nicht mehr abhängig sein wollen von moderner Lohnsklaverei. Doch mit der Aufgabe der Abhängigkeit vom Arbeitgeber entstehen neue Abhängigkeiten.« Freelancing sei meist ein Prekaritätsprojekt, in dem sich der Wunsch nach freier Entfaltung der Kreativität vor allem als Freiheit von sozialer Sicherheit entpuppe. In der üblichen Festanstellung sieht Faßmann aber auch keine Lösung: Der Niedriglohnsektor sei in den vergangenen zehn Jahren nirgends so rapide gewachsen wie in Deutschland, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit steige seit Jahren in allen Branchen, während parallel die Löhne sanken – und die einst in den Chefetagen als »angriffslustige Rottweiler« gefürchteten Gewerkschaften seien kaum mehr als »Chihuahuas mit kupiertem Schwänzchen«, die »nur noch aus Geltungsdrang kläffen«.

Auch Michael Haller kommt daran nicht komplett vorbei. Immerhin drei der 300 Seiten seines Buches sind dem Anteil der »Verlierer« in der Generation Y gewidmet, den er auf rund 40 Prozent taxiert. 30 Prozent, so Haller, seien bildungsbürgerfern. Für diese Milieus gebe es in der digitalisierten Arbeitswelt keinen Platz mehr. Die zweite Gruppe (zehn Prozent) bestünde aus »talentierten und intellektuell Begabten«, die in Wissenschaft, Kunst oder klassischen Medien arbeiten. Für Haller sind sie Verlierer, »weil neben der kommerzialisierten, auf Marktgläubigkeit getrimmten Wirtschaft kaum noch Arbeitsplätze vorhanden sind«.

Während Haller diese 40 Prozent der »Abgehängten« als Kollateralschaden hinnimmt,

empört sich Faßmann über eine »Ökonomie, die die jungen Leute Europas bescheißt, wo sie nur kann«. Sie zertrümmert auch die Illusion jener »Gewinner«, die glauben, Lohnarbeit ließe sich erfüllend gestalten. Dabei gehört Faßmann selbst zu den Erfolgreichen: Nach Abitur und Studium absolvierte sie ein Volontariat bei einer Berliner Tageszeitung und wurde später von der SPD für deren Öffentlichkeitsarbeit abgeworben. Dass nicht Intelligenz oder Eigensinn, sondern Gehorsam die Karriere fördert, musste sie dann schnell feststellen. Wer im Betrieb aufsteigen wolle, müsse »entweder Dummheit mitgebracht oder aber strategisch bewusst einen Teil seiner Intelligenz beim Pförtner eingelagert« haben.

Wo sie auch gearbeitet habe, immer sollte sie tun, was von oben verlangt wurde, und dabei bloß nicht zu oft auf die Uhr blicken. Dabei weiß sie: Lange Wochenarbeitszeiten machen dumm. Eine Langzeitstudie des finnischen Instituts für Arbeitsmedizin habe ergeben, dass 50 Stunden pro Woche und länger arbeitende Karrieristen im Vergleich zu maximal 40 Stunden lang ackernden Kollegen signifikant schlechter abschnitten bei Tests zum Kurzzeitgedächtnis, zu logischem Denken und zum Sprachfluss. Für das bisschen Anerkennung wollte Faßmann nicht mehr buckelnd und verdummend in einem stickigen Büro ihr Leben an sich vorbeiziehen sehen.

Ihre Konsequenz: »Wenn ich mit einer Vollzeitarbeit nicht genügend Geld verdiene, um in meiner freien Teilzeit gut davon leben zu können, will ich für das Geld, das sie mir heute zahlen, Teilzeit arbeiten und Vollzeit gut leben.« Natürlich ließ sich die SPD darauf nicht ein. Darum quittierte Faßmann den Dienst, kaufte sich ein klappriges Schrottmobil und fuhr einfach los. Später gründete sie in Berlin mit dem »Haus Bartleby« (benannt nach Herman Melvilles Romanheld Bartleby der Schreiber, der gegen sinnlose Arbeit rebelliert) ein »Zentrum für Karriereverweigerung«, das Ausstiegsperspektiven aus der Erwerbsarbeitsmatrix sucht. Der im Hamsterrad rotierenden Generation Y ruft Faßmann darin zu: »Ihr Hamster: Zeigt eure Zähne! Zernagt den Käfig! Setzt eure Köttel hinter dieses einstürzende Gebäude! Euer Abgang könnte nicht stilvoller sein!«<sup>80</sup> Sie will den Menschen das moralische Pathos austreiben, mit dem sie von der eigenen Arbeitsmoral schwärmen. Spätestens im Alter, so ließe sie sich mit dem »Sterbebetttest« des Ökonomen Jeremy Rifkin ergänzen, wird es ohnehin jedem dämmern. Wer würde am Ende seines Daseins schon zurückblickend bedauern: Wäre ich damals nur länger im Büro geblieben! Michael Haller mag die Generation Y bejubeln, letztlich aber leuchtet Faßmanns Sofortmaßnahme ein. Sie möchte, dass wir uns Bartlebys berühmten Spruch »I would prefer not to« (Ich möchte lieber nicht) zu Herzen nehmen: »Keine Angst zu haben und sich sein Leben nicht zur Job-Hölle machen zu lassen, ist das Coolste, das uns heute möglich ist. Das gab es bisher nämlich noch nie wirklich.«<sup>81</sup>

Und die Voraussetzungen, auf den Erwerbsdruck zu pfeifen, waren für Hochqualifizierte noch nie so günstig wie heute. Glaubt man Frank Rieger und Constanze Kurz, die in dem viel



beachteten Buch »Arbeitsfrei« eine Reise unternommen haben »zu den Maschinen, die uns ersetzen werden«, dann kann es nicht mehr lange dauern, bis diese Voraussetzungen auch für die nicht-akademisch Ausgebildeten und die Nicht-Facharbeiter erfüllt sein werden. Gerade Linke müssten darum für ein Sozialsystem trommeln, das nicht mehr die menschliche Arbeitskraft als Kern der Wertschöpfung betrachtet. Ob sich das dann als Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen äußert, in der Förderung von Teilzeitarbeit bei vollem Lohnausgleich oder etwas ganz anderem, müssten die debattenfreudigen Linken dann noch unter sich ausfechten – oder aber einfach alle Visionen in die Diskussion werfen und sie mit politischem Aktivismus verbinden.

## FÜR EIN LEBEN OHNE ANGST

Es ist Januar 2016, und ich treffe Inge Hannemann bei einem für sie sehr wichtigen Termin in Berlin. Mit Aktivisten aus verschiedenen linken Strömungen initiierte sie ein leuchtendes Beispiel für eine Strategie wider den Erwerbsarbeitszwang: Der Verein »Sanktionsfrei« will Hartz-IV-Sanktionen abschaffen. Beim Gründungstreffen bin ich als Gast dabei. In einem zur kreativen Wirkungsstätte der Startup-Szene umfunktionierten Fabrikgebäude in Berlin-Kreuzberg treffe ich an diesem Wintermorgen auf sieben junge Leute. Vor Notebooks sitzend, debattiert die Gruppe über das beste PR-Konzept ihres in den Startlöchern befindlichen Vereins. Am Kopf des Tisches klappt auch Hannemann ihren Laptop auf und informiert ihre mehr als 15.000 Facebook-Fans, dass sie sich in der Bundeshauptstadt befinde: »Heute treibe ich mich mal wieder hier herum und muss anständig bleiben, da mit Medienbegleitung. Nun ja, so trocken wie ich bin, kann nicht viel passieren.« Die parallele Debatte der digitalen Bohemiens um die ersten Aktionen verläuft ebenfalls trocken, der Sprachgebrauch während dieser Diskussion hebt sich aber deutlich von Hannemanns Terminologie ab.

Als der Tagesordnungspunkt »Pressekonferenz« besprochen wird, betritt Meera Zeremba den Raum, stellt ihre Kaffeetasse ab und setzt sich im halben Schneidersitz auf einen freien Drehstuhl. Im Team ist die Sozialwissenschaftlerin für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Und sie spricht sofort aus, was ihr im Vorfeld des Medientermins wichtig erscheint: »Wir wollen die Crowd mit unserem Content catchen, und da müssen wir unbedingt auf die Tonality achten.« Ein Satz, dessen Bedeutung sich den meisten ALG-II-Beziehern doch nur schwer erschließen dürfte? »Wir wollen«, erklärt die Diskussionsleiterin Helena Sophia Steinhaus, »den Leuten mit einfacher Sprache helfen, sie aber nicht unbedingt aktiv einbeziehen.« Das, ergänzt sie, klinge böser, als es gemeint ist: »Betroffene sind verständlicherweise oft sehr emotional. Wenn wir aber erfolgreich sein wollen, dann müssen wir möglichst rational agieren.«

Während die Gruppe nickt, füttert Hannemann weiter ihr Facebook-Profil. In ihrem nächsten Beitrag kündigt sie »Sanktionsfrei« an. Mit dem Verein, schreibt sie, wollten die

Gründer »die Hartz-IV-Sanktionen bekämpfen und im besten Fall abschaffen«. Dafür haben sie einige Tricks moderner Kampagnenarbeit parat: Erst nach der Pressekonferenz soll die Website online gehen, in den sozialen Netzwerken veröffentlichen sie täglich kleine Texte (»Wusstest du, dass im Jahr 2014 die Jobcenter 1.001.103 Sanktionen verhängt haben?«), den Medien wird eine Sperrfrist auferlegt, vor deren Ablauf sie nicht über das Projekt berichten dürfen. Das soll die Spannung in der »Crowd« erhöhen und Journalisten neugierig machen. Inge Hannemann gilt den Aktivisten als PR-Coup, denn mit ihr wissen sie eine bei Verbänden wie Parteien gut vernetzte Prominente an ihrer Seite. Hannemann soll das »Gesicht« des Vereins sein und das Projekt der Öffentlichkeit vorstellen.

Was sie am Ende ausgeheckt haben, könnte erfolgreich sein: Statistisch gesehen wird gegen einen von vier ALG-II-Berechtigten einmal pro Jahr eine Sanktion verhängt. Dabei sind viele Sanktionen rechtswidrig: 40 Prozent aller Klagen gegen diese Restriktionen enden erfolgreich. Die wenigsten Betroffenen wehren sich jedoch bislang. Laut internen Informationen aus einem Jobcenter, von denen mir Hannemann berichtet, würden nur fünf Prozent der Leute ihre Rechte kennen. »Wären es doppelt so viele«, so der Insider laut Hannemann, »könnten wir einpacken.« Diese Herausforderung möchte »Sanktionsfrei« annehmen. Neben Hannemann ist Michael Bohmeyer der Kopf dieser Aktivistengruppe. Er gründete 2014 die Initiative »Mein Grundeinkommen«, bei der mehrmals pro Jahr ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 1000 Euro monatlich mit einer Laufzeit von zwölf Monaten verlost wird.

Das Projekt »Sanktionsfrei« sieht er als Ergänzung seiner bisherigen Tätigkeit: »Alle sollten die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Ohne Angst. Das ist unsere Idee von einem Sozialstaat.« Kernstück des Projekts sei eine Onlineplattform, über die Betroffene ihre Kommunikation mit dem Jobcenter abwickeln können: »Alle Formulare sind im Internet ausfüllbar, sie werden in einfacher Sprache erklärt und automatisch ans Jobcenter übermittelt.« Per Videochat oder Telefon stellt der Verein den Antragstellern und ALG-II-Beziehern professionelle Hilfe durch Berater und Rechtsanwälte zur Verfügung. Die Experten sollen außerdem alle verhängten Sanktionen juristisch bekämpfen. Für den Zeitraum der Sanktionierung unterstützt der Verein die Bestraften aus einem Solidarfonds. Neben der konkreten Hilfe gehe es den Beteiligten darum, wie Bohmeyer sagt, »mit dem Bild des ›faulen Hartz-IV-Empfängers‹ aufzuräumen und eine gesellschaftliche Debatte zur Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung anzustoßen«. Denn die bestehende Sanktionsregelung beim ALG II halten die Aktivisten für »unvernünftig und menschenunwürdig.«

Die Initiatoren schätzen die anfänglichen Entwicklungskosten für ihr Onlineprojekt auf mindestens 75.000 Euro, die sie binnen weniger Monate aufgrund der großen Medienresonanz und der vielen Unterstützer tatsächlich akquirieren konnten. Für Betroffene sollen sämtliche Leistungen kostenfrei bleiben, weil sich das Projekt ausschließlich über

Spenden, private Fördergelder und Crowdfunding finanzieren soll. Das Sanktionsregime wollen die wildentschlossenen Aktivisten also durch Aufklärung stürzen: Sollte der von Inge Hannemann zitierte Insider recht haben, dann brauchen sie »nur« die Widerspruchsquote gegen Sanktionen von derzeit fünf auf annähernd zehn Prozent zu steigern. Glück auf!

- 36 Inge Hannemann (mit Beate Rygiert): Die Hartz-IV-Diktatur. Eine Arbeitsvermittlerin klagt an. Hamburg 2015
- 37 Als es direkt nach der Veröffentlichung Kritik an dem Papier hagelte, entfernte das Ministerium es sofort aus dem Internet. Der Arbeitslosenaktivist Harald Thomé hat es rechtzeitig gespeichert. Auf seiner Homepage kann man das Dokument des Hasses bis heute herunterladen. URL: <http://tinyurl.com/5lt3t4>
- 38 Michael Phillip: Persönlich habe ich mir nichts vorzuwerfen. Politische Rücktritte in Deutschland von 1950 bis heute. München 2007
- 39 CSU-Politiker will Arbeitsdienst für Hartz-IV-Bezieher. In: Die Welt Online vom 14.06.2006
- 40 André F. Lichtschlag: Entzieht den Nettostaatsprofiteuren das Wahlrecht! In: Die Welt Online vom 19.09.2006
- 41 Konrad Adam: Wer soll wählen? Die Macht der Schwachen. In: Die Welt Online vom 16.10.2006
- 42 Karl August Chassé: Die deutsche Unterschichtendebatte und die soziale Arbeit. In: Peter Hammerschmidt, Juliane Sagebiel (Hg.): Die Soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Neu-Ulm 2011
- 43 RCDS-Vorschlag: Rentner und Arbeitslose als Wähler zweiter Klasse? In: Der Tagesspiegel Online vom 23.05.2008
- 44 FDP-Idee: Hartz-IV-Empfänger sollen Ratten jagen. In: Berliner Morgenpost Online vom 15.12.2008
- 45 Mit dickem Pullover Energiekosten sparen. Interview mit SPD-Senator Sarrazin. In: Rheinische Post Online vom 28.07.2008
- 46 Frank Berberich: Thilo Sarrazin im Gespräch: Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten. In: Lettre International, Heft 86/2009
- 47 Personalien: Oliver Möllenstädt. In: Der Spiegel, Nr. 53/2009
- 48 Ulrich Gellermann: Dietmar Bartsch: Das verrutschte Lächeln. In: Rationalgalerie. Eine Plattform für Nachdenker und Vorläufer vom 06.12.2011
- 49 Florian Rötznert: FDP-Politiker: Hartz IV um 30 Prozent kürzen. In: Heise Online vom 04.07.2009
- 50 Lucius Teidelbaum: Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus. Münster 2013
- 51 Henning Krumrey: CDU-Vize Koch fordert Arbeitspflicht für Hartz-IV-Bezieher. In: Wirtschaftswoche Online vom 16.01.2010
- 52 Guido Westerwelle: Vergesst die Mitte nicht! Die Diskussion nach der Karlsruher Hartz-IV-Entscheidung hat sozialistische Züge. In: Die Welt Online vom 11.02.2010
- 53 Hartz-IV-Idee: Neuer Beruf: Hundekot-Wächter. In: Kölner Stadtanzeiger Online vom 06.04.2010
- 54 Hartz-IV-Debatte: Mehr Freude durch Kraft. Auch die SPD-Spitzenkandidatin in NRW, Hannelore Kraft, will Hartz-IV-Empfänger zu gemeinnütziger Arbeit heranziehen. In: Die Tageszeitung (taz) Online vom 07.03.2010
- 55 Paul Ronzheimer, Stephanie Jungholt: Faule Arbeitslose härter anpacken! Interview mit Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. In: Bild.de vom 10.01.2010
- 56 Gunnar Heinsohn: »Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online vom 16.03.2010
- 57 Gunnar Heinsohn: Stoppt die Vermehrungsprämie für Sozialhilfemütter. In: Die Welt Online vom 14.06.2010
- 58 Markus Sievers: Berechnung von Hartz IV: Alkohol und Tabak fürs Baby. Kurios, absurd und willkürlich ist die Kalkulation der Hartz-IV-Sätze. Sie enthält keine Windeln für Babys, dafür aber Tabakwaren. In: Frankfurter Rundschau Online vom 09.02.2010
- 59 Gibt es einen Grundbedarf an Alkohol und Zigaretten? Derzeit wird der tatsächliche Grundbedarf von Hartz-IV-Empfängern geprüft. Noch zählen Alkohol und Tabak dazu. In: Die Welt Online vom 02.09.2010
- 60 Hartz-IV-Reform: von der Leyen lenkt im Streit mit Ländern ein. In: Spiegel Online vom 15.10.2010
- 61 Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin 2010
- 62 Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. München 1973

- 63 Tristram Hunt: Friedrich Engels. Der Mann, der den Marxismus erfand. Berlin 2013
- 64 Ebenda
- 65 Karl Marx/Friedrich Engels: Über die Gewerkschaften. Berlin 1971
- 66 Ebenda
- 67 Siehe Anm. 62
- 68 Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Band 1, Berlin 1976
- 69 Siehe Anm. 21
- 70 Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main 2002
- 71 Siehe Anm. 21
- 72 Sighard Neckel: Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt am Main 2008
- 73 Kai Dröge: »Leistung aus Leidenschaft« oder das Regime des Marktes? Das Institut für Sozialforschung untersucht den Wandel der gesellschaftlichen Leistungsbegriffe. In: Forschung Frankfurt, Nr. 3/2007
- 74 Ulrich Brinkmann: Die unsichtbare Faust des Marktes. Betriebliche Kontrolle und Koordination im Finanzmarktkapitalismus. Berlin 2011
- 75 Siehe Anm. 73
- 76 Jan Ole Arps: Urlaub vom Urlaub: Viva Weihnachten! In: Analyse & Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 578/Dezember 2012
- 77 Karl Marx: Lohn, Preis, Profit. Berlin 1963
- 78 Michael Haller: Was wollt ihr eigentlich? Die schöne neue Welt der Generation Y. Hamburg 2016
- 79 Alix Faßmann: Arbeit ist nicht unser Leben. Eine Anleitung zur Karriereverweigerung. Köln 2015
- 80 Haus Bartleby: An uns alle, die Hamster im Rad. In: Haus Bartleby (Hg.): Sag alles ab! Plädoyers für den lebenslangen Generalstreik. Hamburg 2015
- 81 Siehe Anm. 79

## **4. Hau den Nazi-Proll**

### **ÜBER DIE FURCHT VOR DEM FREMDEN**

Wenn die Zeit aus den Fugen ist, braucht es Menschen wie Barbara. Zwei Kilometer jenseits des Aternwegs in Kaiserslautern steht sie an diesem Frühsommertag im Supermarkt an der Kasse und murmelt hektisch Satzketzen in sich hinein: »Hab ich auch an alles gedacht? Welche Schuhgröße hat Aris noch mal? Warum gibt's hier eigentlich nicht diese Schokoflocken, die der kleine Serdar so mag?«

Seit vor einiger Zeit auch Flüchtlinge in Schlichtwohnungen am Kalkofen gezogen sind, hilft Barbara ihnen ehrenamtlich. Um ihr Engagement will die Pfälzerin »kein großes Tamtam« machen. Schließlich wohne sie um die Ecke und habe genug Zeit. »Die Leute mussten Schlimmes erleben und brauchen Unterstützung.«

Nachdem die resolute Frau bezahlt und die Einkäufe für mehrere Familien ins Auto gepackt hat, kann sie sich endlich auf das kleine Fest freuen, das sie im Wohnblock mit organisiert hat. Am Grill steht an diesem Nachmittag kein Geringerer als Heinz. Er gehört zu den wenigen der vielen deutschen Bewohner dieses Straßenzugs, die sich zu den Neuankömmlingen aus Afghanistan, Syrien oder Irak gesellen. Bevor er den Grillmeister gibt, ist Heinz stundenlang mit den Kindern im Hof herumgetollt, deren Sprache er nicht spricht. »Wir verstehn uns auch so, gell?«, nickt er der kleinen Faizah zu, während er den Bratrost aus den Augen lässt und ihr über den Kopf streichelt. Faizah lacht sich kaputt, als habe Heinz ihr gerade den Witz des Jahrhunderts erzählt. Dann sind die ersten Würstchen fertig. Heinz winkt die Leute herbei und erhebt sofort den Zeigefinger: »Aber die Kinner zuerscht!«

### **NICHT LABERN, SONDERN ANPACKEN!**

Wie wenig Heinz mit den neuen Nachbarn fremdelt, das überrascht auch Barbara. »Wir haben schon versucht, die Bewohner des Aternwegs mit den Flüchtlingen in Kontakt zu bringen, aber da gibt es von beiden Seiten noch viel Skepsis.« Heinz hingegen habe von vornherein gewusst, welches Fleisch er servieren kann und welches nicht. Darauf angesprochen, entfährt ihm sein charakteristisch piepsiges Gackern: »Ich muss jo ganz genau uffbasse, die Moslems essen kä Schwoin. Die wissen halt net, was gut schmeckt!«

Als das Mahl beendet ist, räumt Barbara von den Holztischen so viel Geschirr ab, dass die kleine Frau fast hinter dem Tellerturm verschwindet, den sie auf ihre Hände lädt. »Es geht darum, nicht zu labern, sondern anzupacken!«, ruft Barbara, als sie fast bei ihrem Auto angekommen ist, in das sie alles einräumen will, um es zu Hause in die Spülmaschine zu verfrachten. Feras eilt Barbara besorgt entgegen. Vor sieben Monaten ist er aus Syrien

geflüchtet und lebt seit wenigen Wochen am Aternweg. Im Gespräch zeigt sich der studierte Physiker in akzentfreiem Englisch dankbar, dass er in Deutschland bleiben darf, denn sein Asylantrag wurde bewilligt. Sein heiteres Gemüt und seine selbstbewusste Körperhaltung lassen darauf schließen, dass Feras weiß, wie viel Glück er hat, formal hochgebildet zu sein und damit in Deutschland leichter auf Akzeptanz zu stoßen als Geflüchtete ohne ökonomisch sicher verwertbare Qualifikation.

Am letzten noch besetzten Tisch sitzen derweil mehrere Männer mittleren Alters, von denen einer den bereitwillig Auskunft gebenden Feras aus der Ferne so interessiert ansieht, als verstünde er ihn. Das jedoch, so stellt sich heraus, tut er nicht. Feras muss übersetzen. Er stellt sich als Amir vor und berichtet von seiner Flucht. In Syrien habe er seine vier Kinder und seine Frau zurücklassen müssen, weil er ihnen den lebensgefährlichen Weg nach Europa nicht zumuten wollte. Seine Augen sehen traurig und erschöpft aus. So froh er auch sei, hier untergekommen zu sein, so sehr vermisse er seine Familie, zu der ein regelmäßiger Kontakt nicht möglich sei. »Das«, konstatiert Amir auf den Boden blickend, »bedrückt mich noch mehr als die ständige Ungewissheit, wie es hier weitergehen soll.« Barbara stellt Amir einen frisch gebrühten Kaffee hin. Ihr letzter Handgriff für heute, denn sie muss jetzt los. Mit einer herzlichen Umarmung verabschiedet sie sich von Heinz, der sich mit Händen und Füßen mit einer irakischen Frau zu unterhalten versucht.

Am Abend sitze ich neben Heinz und Emma in deren Wohnung auf dem verschlissenen Sofa, das sie vor zehn Jahren vom Sperrmüll der Reihenhaussiedlung wenige hundert Meter entfernt ergattert haben. Emma sieht die Sache mit den Flüchtlingen nicht so entspannt wie Heinz. Ihre Meinung, und damit hat Barbara recht, ist unter den »weißen« Bewohnern des Kalkofen kein Einzelfall. Viele registrieren mit Argwohn, dass die Stadt Kaiserslautern für sie jahrzehntelang einfach nicht für Duschgelegenheiten sorgen wollte. Kurze Zeit, nachdem die Flüchtlinge angekommen waren, funktionierten die Behörden aber ein leerstehendes Haus um und bauten dort ein paar Gemeinschaftsduschen ein. Die dürfen zwar offiziell alle Bewohner nutzen, sie reichen aber nicht einmal für die Geflüchteten.

»Ich fühl mich schon ein bisserl verarscht«, gibt Emma zu, und da sie niemand unterbricht, redet sie sich in Rage. Sie spricht gegen den Lärm des aufgedrehten Fernsehers an und wendet ihren Blick nicht vom Bildschirm ab, als sie sich über die neuen Nachbarn aufregt, die ja durchaus »arme Schweine« sein mögen. »Aber warum interessieren sich die Scheißpolidigger sofort für die, während wir hier ewisch vor uns hinvegetiere müsse?« Ihr auf dem Schoß abgestützter Arm zittert, so sehr regt sich Emma auf. Es seien doch eigentlich nur muslimische Männer, die nach Deutschland kämen, und die seien »ja wohl so rischdisch frauenverachtend«. Emma trägt das gesamte Potpourri alltagsrassistischer Vorbehalte in sich. Das reicht bis zu einschlägigen Formulierungen: »Ich bin kä Rassist, aber die Kanacken urinieren in unser Treppenhäuser und klaue, bis die Schwarte kracht!«

## DER NAZI-ORK VON HELLERSDORF

Emma stellt eine ungehemmte Furcht vor Fremden zur Schau, die nicht nur, aber auch unter den Ärmsten der deutschen Gesellschaft ebenso verbreitet sein dürfte wie jene Menschenfreundlichkeit, die Heinz lebt. Linke Erklärungsversuche, so es sie denn gibt, erschöpfen sich häufig in der Feststellung, diese Leute seien ungebildet und borniert. Das sind sie teilweise sicher auch. Wichtiger aber ist ein Mechanismus, den ich schon bei meiner Verwandtschaft beobachten konnte: Wer in einer Gesellschaft zu den randständigsten Wesen gemacht wurde, wird in Flüchtlingen und Migranten immer zwei Sozialfiguren finden, gegenüber denen er sich selbst durch offen zur Schau gestellte Ablehnung aufwerten kann. Eine der wichtigsten Organisationskomponenten des deutschen Armutsdiskurses, ob nun bei Neurechten wie Thilo Sarrazin und Akif Pirinçci oder bei Staatstragenden wie Thomas de Maizière und Sigmar Gabriel, besteht in dem Generalverdacht gegen alle nicht in Deutschland geborenen oder mit migrantischen Eltern aufgewachsenen Armen, sie seien unter allen Angehörigen der Unterschicht besonders scharf auf ein »faules« Leben mit Sozialleistungen.

Ein Hartz-IV-Empfänger, der sich ständig mit seiner eigenen Unterlegenheit konfrontiert sieht, wird diese Vorlage gerne annehmen und sich an dem durch die Eliten in Gang gehaltenen rassistischen Spiel aktiv beteiligen. Zu allem Überfluss avanciert auch das Glaubensbekenntnis zur eigenen Nation gerade inmitten schwelender Deutungskämpfe darum, wer und was denn nun »deutsch« sei, zu einem weiteren positiven Selbstbezug der Marginalisierten, wie Emmas wichtigstes Argument demonstriert: »Es gibt doch schon für uns Deutsche net genug Arbeit, wie solle wir dann die alle hier noch uffnehme?« Heinz schüttelt nur den Kopf und spült seinen Widerspruch mit einem kräftigen Schluck Leitungswasser herunter. Zu oft habe er schon mit Emma diskutiert, und er wolle keinen Streit mehr mit ihr wegen der blöden Politik.

Die Wut seiner Frau hindert Heinz nicht daran, auch am nächsten Tag wieder zu seinen neuen Freunden zu gehen. Als der einjährige Abdul an der Hand seiner Mutter Iman aus dem Haus spaziert, schwärmt die junge Frau von Heinz: »Er bringt die Kinder zum Lachen, sie sind begeistert von ihm.« Mit den häufig betrunkenen Menschen in der Umgebung tut sich Iman schwer. Sie blickten sie manchmal böse an, aber passiert sei hier noch nichts. Zumal es auch einige Bewohner wie Heinz gebe, die keine Berührungsängste kennen.

Linke verirren sich selten in soziale Brennpunkte. Und wenn doch, dann meiden sie den Kontakt zum »white trash« und wenden sich – was allein natürlich unterstützenswert ist – den dort lebenden Flüchtlingen zu. Hier zeigen die Antifaschisten inmitten der zunehmenden Gewalt gegen Geflüchtete eine beeindruckende Präsenz: Wenn irgendwo schon wieder ein Flüchtlingsheim durch Rechte angezündet wird oder NPD, AfD und Co. bedrohlich aufmarschieren, stellen sich ihnen Linke aller Strömungen gemeinsam mit bürgerschaftlich



Engagierten in den Weg. Meist quartiert die Politik die Flüchtlinge in Gegenden ein, in denen die Armut unter den Einheimischen groß ist. Das liegt zum einen daran, dass die Wohlhabenden alles in ihrer Macht Stehende tun, um Geflüchtete aus ihrer Nachbarschaft fernzuhalten. Es liegt aber auch daran, dass sich dort kostengünstige – will heißen: menschenunwürdige – Unterbringungsmöglichkeiten bieten.

Wenn sich in Deutschland also Protest gegen Flüchtlinge äußert, dann zwangsläufig meist in Gebieten mit hoher Erwerbslosigkeit. Und linke Aktivisten ziehen daraus den falschen Schluss, dass die Unterschicht aus einer Horde unkultivierter Rassisten besteht. Deutlich offenbart das eine Debatte, die im Sommer 2013 rund um ein geplantes Flüchtlingsheim in Berlin-Hellersdorf geführt worden ist. Das *Vice*-Magazin entdeckte im Getümmel einen teigig aussehenden Mann mit Glatze, der brav den Hitler-Gruß vollführte. Der Autor Basiliko Brenner betitelte seine Geschichte mit »Der Nazi-Ork aus Hellersdorf«. Orks sind Fantasiefiguren aus J.R.R. Tolkiens »Herr der Ringe«-Saga: hässliche, aggressive, ekelhafte und von Grund auf böse Wesen.

Brenners moralistischer Erguss gegen den doofen Pöbel gipfelt in dem Satz: »Liebe Hellersdorfer Nazis, bitte hört auf, euch so zu gebärden, als wärt ihr Deutschland, denn das seid ihr nicht. Ihr seid einfach ungebildet.«<sup>82</sup> Dass die angebliche Unbildung vieler Hellersdorfer durch die Klassengesellschaft gewollt ist, kommt dem Urheber dieser Sentenz nicht in den Sinn. Sein Artikel wurde zum Hit in den sogenannten sozialen Netzwerken.

Ausgerechnet eine Vertreterin des durch Linke so gern kritisierten bürgerlichen Feuilletons durfte die Antifaschisten am Schlafittchen packen. Hannah Lühmann kritisierte in der *FAZ* die Wendung vom »Nazi-Ork« im Zusammenhang mit den Protesten gegen das Flüchtlingsheim in Hellersdorf scharf und fand eine schlüssige Erklärung für diese ganze Bevölkerungskreise diskriminierende Vereinfachung, die zugleich eine frappierende Verharmlosung des strukturellen Rassismus ist: »Die Rede vom Nazi-Ork hilft, eigene Ängste zu binden. Vor einem Nazi-Ork muss man keine Angst haben, denn er hat nichts mit einem selbst zu tun, der man angeekelt auf den Computer-Bildschirm starrt. Der Nazi-Ork hat keine gesellschaftliche Entstehungsgeschichte. Er kommt aus einer anderen Welt. Der Hellersdorfer Nazi-Welt eben. Man selbst ist natürlich gebildet und deswegen kein Nazi.«<sup>83</sup>

Wer Rassismus als individuellen Charakter- oder Bildungsmangel der Unterschicht begreift, lässt die herrschende Ordnung gewähren, die wirklich rassistisch handelt, die Asylgesetze verschärft und Flüchtlinge nach ökonomischer Nützlichkeit in wertees und unwertes Leben einteilt. Das hat schon 1992 funktioniert, als sich in Rostock-Lichtenhagen Pogrome gegen dort lebende Asylbewerber ereigneten und anschließend eine Mehrparteienkoalition der Ausländerpolitik jeden sozialen Anschein austrieb. Das berühmte Bild, das den arbeitslosen Enddreißiger Harald Ewert zeigt, wie er in Deutschland-Trikot und bepisster Hose den Hitler-Gruß zeigt, ging um die Welt als Symbol der angeblich faschistischen

Unterschichtenheinis und hängt noch heute in vielen linken WGs.

Die deutsche Linke ist also nicht ganz unschuldig an der derzeit zu beobachtenden Eskalation der gegen Flüchtlinge gerichteten Grundstimmung im Land. Als sich im Sommer 2015 im sächsischen Freital eine aggressive Gruppe reaktiver Nationalisten zusammenfand, um mit typischen Pseudoargumenten (»Für Familien mit Kindern ist kein Geld da, aber zusätzliche Millionen für Asylanten!«) gegen die Geflüchteten zu hetzen, bezeichnete die Chefin vom Dienst der »Huffington Post« diese Menschen als »Die neuen Asozialen«<sup>84</sup> und stilisierte sie zu den Protagonisten des hässlichen deutschen Rassismus: »Sie sehen nur sich selbst. Und die Probleme, die sie bekommen könnten, wenn eines Tages zu viele Zuwanderer in Deutschland leben. Sie verstehen nicht, was Menschlichkeit ist. Sie stehen mit dem Kopf zur Wand und sehen nur Tapete.« Unterschichtler als Zombies. Erwartungsgemäß hagelte es zustimmende Postings durch viele meiner linken Freunde bei Facebook. In seiner im *Migazine* veröffentlichten Replik auf den Artikel bewertete Houssam Hamade den Text völlig richtig: Das Schimpfen auf die vermeintlichen Hohlköpfe sei »zwar befriedigend, aber man bereitet damit dem Klassismus den Boden. Auch ist es wichtig zu erkennen, dass das Erstarken rechter Stimmen ein Problem der Mitte der Gesellschaft ist und nicht nur der Unterschicht.«<sup>85</sup>

## ARGUMENTIEREN STATT DÄMONISIEREN

Welch ein entpolitisiertes Rassismus-Verständnis insgesamt hinter dem in antifaschistischen Kreisen beliebten Bild vom Nazi-Proll steckt, hat Rocky Meyer in einem Debattenbeitrag für das *Antifaschistische Info-Blatt* aufgeschrieben: »Rassismus ist nicht auf mangelnde Bildung zurückzuführen, er ist auch nicht Ausdruck rückwärtsgewandter Schlichtheit, vielmehr strukturiert Rassismus den Alltag, die Institutionen und den Arbeitsmarkt; Rassismus setzt Menschen in Beziehung zueinander, hierarchisiert sie und reguliert so den Zugang zu Ressourcen. Wer sich in erster Linie mit der vermeintlichen oder tatsächlichen Dummheit von Neonazis oder Alltagsrassisten beschäftigt, spielt vor allem einem Verständnis von Rassismus in die Karten, das letztlich von Vorurteilen und mangelnder Bildung ausgeht.«<sup>86</sup> Wie es wirklich ist, bringt er am Ende seines Artikels auf den Punkt: »Es gibt Neonazis und Rassisten, die zugleich Hartz IV beziehen. Es gibt auch Neonazis und Rassisten in Hellersdorf. Wo Neonazis und Rassisten auftauchen, Stimmung machen, Menschen bedrohen oder angreifen, muss sich ihnen in den Weg gestellt werden. Doch in welcher Weise das getan wird, mit wem und mit wem nicht, sind bedeutende Fragen. Wer sich am liebsten mit dem hässlichen Nazi-Proll aus der Unterschicht befasst, hat diese Fragen schon beantwortet.«

Die zuvor im Sommer 2013 bei ZDFneo ausgestrahlte Reality-Fernsehsendung »Auf der Flucht« beantwortete diese Frage ebenfalls. Das Konzept: Sechs mehr oder weniger prominente Menschen begaben sich auf den Weg in die Ursprungsländer Asylsuchender in

Deutschland und erfuhren dabei am eigenen Leib, was es heißt, auf der Flucht zu sein. Die einen reisten in den Irak, die anderen nach Eritrea. Zu sehen gab es nichts anderes als Betroffenheitsfernsehen. Was sollten ein paar ehemalige Sternchen am deutschen Klatschhimmel mit weggenommenem Reisepass ausrichten, die in ein Flugzeug gesetzt und stets von einem Kamerateam begleitet wurden, auf dass ihnen auch ja nichts zustoßen möge? Warum wird eine Pseudo-Dokumentation gesendet, wo man mit investigativ recherchierten echten Dokumentarfilmen politisch viel mehr bewegen könnte? Steckt hinter dieser Sendung nicht in Wahrheit der Plan, mit einem wohlfeilen Thema gute Quoten zu generieren und weiterhin die wirklich spannenden und substanziell kritischen Filme ins werktägliche Nachtprogramm zu verschieben, im Laufe dessen jeder erwerbsarbeitende Mensch schlafen muss, damit man am Ende des Jahres der Kritik von links frech entgegenschleudern kann, man sei doch sehr wohl seinem Bildungsauftrag nachgekommen?

Jessica Zeller verbat sich solche Argumente in der *Jungle World* und behauptete, mit einem Format wie »Auf der Flucht« gelänge es, »Zuschauer und Zuschauerinnen zu erreichen, die das Schicksal von Flüchtlingen im realen Leben kalt lässt und die kaum eine Ahnung davon haben«<sup>87</sup>. In einem solchen Statement verbirgt es sich schon wieder: das gängige Klischee vom fetten, denkfaulen Dödel, der kein Interesse an Latein und Literatur hat und stattdessen in seinem kartoffelchipsfressfreudigen Fernsehabend nichts als flache Entertainmentshows sehen will. Wer glaubt, das sei der typische Deutsche, kann wirklich nicht mehr anders, als das Ausleben seiner Verachtung gegenüber dem hiesigen Normalo zum Lebenssinn zu erklären.

Klar, dass sich viele Antideutsche auch im Winter 2014 als Demonstranten auf der Gegenseite der sogenannten Montagsmahnwachen einordneten, als diese in die Kritik gerieten und Demonstrationen wie die zum »Friedenswinter« abgehalten wurden. Da sich unter den vielen friedensbewegten Menschen auf den Straßen der Republik im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise und der gefühlten Meinungsmanipulation durch westliche Medien allerlei Leute mit dubiosem Gedankengut versammelten, entbrannte eine weitreichende Debatte innerhalb der Linken in Deutschland. Geltungssüchtige rechte Redner wie Jürgen Elsässer oder Lars Mährholz, die ihre kruden Thesen über das als grundböse titulierte US-amerikanische Finanzkapital mit antisemitisch aufgeladenen Theorien vermischten, avancierten in der Szene für viele zum Anlass, alle an den Demonstrationen beteiligten Menschen zu homogenisieren und ihnen dabei den passablen Hitler-Scheitel zu verpassen. Zwei manipulativen Menschen wurde die Ehre zuteil, durch die sich selbst als moralisch integer begreifenden Linken zu Scheinriesen aufgeblasen zu werden.

Welch trauriges Schauspiel: Da gehen in einem ohnehin demonstrationsmüden Land endlich mal wieder Zehntausende auf die Straße, weil sie spüren, dass da gewaltig etwas in die falsche Richtung läuft, und was glaubt die Lifestyle-Linke tun zu müssen? Sie wetteifert intern darum, wer die meisten Rechten in der Gruppe aufzuspüren in der Lage ist, und blendet völlig

aus, dass da viele Menschen die weiße Fahne hochhalten, denen schnurzegal ist, was links ist und was rechts, weil sie sich einfach nur nach einer friedlichen, gerechten, sicheren Welt sehnen. Wir leben im vielleicht ideologischsten Zeitalter überhaupt, in dem die Unterscheidung zwischen rechts und links wichtiger denn je erscheint; die herrschende Ideologie aber bezieht ihre konsensstiftende Kraft gerade aus der nach 1989/90 so erfolgreichen Behauptung, eben keine Ideologie zu sein. Immer weniger Menschen durchschauen dieses Spiel, weshalb eine Linke – will sie jemals wieder erfolgreich sein – Anstrengungen wird unternehmen müssen, die über die Einhaltung der reinen Lehre hinausgehen. Der Journalist Tobias Riegel hat das in einem Zwischenruf zur Friedenswinter-Demo klar pointiert: »Wirksamer Widerstand kommt ohne sonderbare Bettgenossen nicht aus. Hierzulande reicht aber eine Handvoll rechts vermuteter (!) Aktivisten aus, um eine breite Bewegung schon im Entstehen abzuwürgen.«<sup>88</sup>

Wenn man es mit Menschen zu tun hat, die offensichtlich von Ressentiments erfüllt, aber erkennbar keine Nazis sind, dann muss man als Linker meiner Meinung nach gerade diesen Leuten genau zuhören und mit ihnen in einen kontroversen Dialog treten. Und nein, das bedeutet nicht, dass man als Linker mit Rassisten debattieren soll. Die sogenannten Abendspaziergänge der Pegida-Bewegung (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), deren führende Köpfe ein wirres Konglomerat an rassistischen, chauvinistischen und reaktionären Thesen vor sich hertragen, ist ein Sammelsurium politisch völlig Verirrter, auch wenn sich unter ihnen sehr viele beinharte Nazis tummeln.

## REAKTIVER NATIONALISMUS UND FLÜCHTLINGSAKTIVISMUS

Wer seine Haltung zu einigen dieser wütenden Menschen an persönliche Erfahrungen knüpfen kann, gelangt fast immer zu einer differenzierten Sichtweise auf das Phänomen des stereotypisierten Alltagsrassismus. Meine Tante Karin, bei der ich nach dem Tod meiner Mutter aufgewachsen bin, hatte jahrelang die Argumente der schlecht Informierten und Verblendeten vorgebracht: Immer wieder sehe man Ausländer mit dicken Schlitten vom Sozialamt davondüsen, während die »hart arbeitenden Deutschen« schufteten und schufteten und doch jeden Cent dreimal umdrehen mussten. All die türkischen Bengel, die auf dem Pausenhof deutsche Kinder vermöbeln, mussten sofort abgeschoben werden. Und überhaupt: Diese »Kopftuchfrauen« würden sich nicht bemühen, die deutsche Sprache zu lernen, und machten es sich auf ihrem vom deutschen Steuerzahler finanzierten sozialstaatlichen Ruhekitzen bequem.

Sie war schon immer ein im Grunde sehr warmherziger Mensch, aber diese Seite an ihr hatte während meiner Pubertät für heftigen Streit zwischen uns gesorgt. Zu allem Überfluss musste ich mir als Retourkutsche anhören, ich hielte mich wohl für was Besseres, weil ich dauernd meinen Kopf in pseudoklugen Büchern stecke, aber ihre Erfahrung sei ganz real: Ich sei

eben, so lautete der häufigste Spruch, »schulschlau und lebensdumm«. An Tante Karin zeigten sich alle Symptome, die auch viele Pegida-Spaziergänger eint: Angst vor dem diffusen Fremden, fehlende oder falsche Informationsquellen und ein stark ausgeprägter Anti-Intellektualismus.

Dieses Verhalten führte dazu, dass ich zeitweise mit Tante Karin ebenso wie mit manch anderen meiner Verwandten nichts mehr zu tun haben wollte. Ich war in diesen Zeiten offenbar so sehr von mir und meinem angeblichen Politisch-Richtig-Liegen eingenommen, dass ich tatsächlich herablassend, altklug und überheblich wurde. Erst heute, mit jahrelangem Abstand, erkenne ich in der damaligen Attitüde das, was mir an so vielen linken Aktivisten mittlerweile so übel aufstößt: diese Unfähigkeit, aber oft genug auch eine stark ausgeprägte Weigerung, die Perspektive völlig anders sozialisierter Menschen einzunehmen. Zu einem ehrlichen Selbstbild gehört ebenfalls, dass ich mich kritisch hinterfragen muss: Würde ich mich in ähnlicher Lage nicht auch über »Ausländer« echauffieren, die von »unseren Steuergeldern« leben und von »der Politik« hofiert werden? Wären meine politischen Überzeugungen nicht ebenso diffus gegen »die Reichen« und »die Kanacken« gerichtet, und wäre ich nicht ebenfalls »stolz, ein Deutscher zu sein« oder überzeugt davon, dass »jeder alles erreichen kann, wenn er sich nur genug anstrengt«?

Eine solche Haltung muss nicht zwangsläufig ein Leben lang erhalten bleiben. Denn als sich das Verhältnis zu meiner Tante Karin wieder verbessert hatte, wurde sie empfänglich für meine Argumentation. Sie nahm mich ernst, dachte über meine Perspektive nach und lernte Flüchtlinge kennen, weil eine gute Freundin ehrenamtlich Geflüchteten half. Diese gute Freundin ist Barbara. Immer intensiver hinterfragte sie im Austausch mit ihr den kapitalistischen Rassismus und verschaffte sich Zugang zu linken Medien. Heute ist auch Tante Karin eine Flüchtlingsaktivistin, die in Kaiserslautern gegen ein noch immer reaktionär argumentierendes Umfeld angeht, sich aber nicht beirren lässt in ihrem Sendungsbewusstsein. Sie hat mittlerweile Menschen mit linken Zeitungen in Berührung gebracht, die bis dahin bestenfalls die traditionell CDU-nahe Lokalzeitung *Rheinpfalz* oder *Bild* gelesen hatten.

Meine Tante ist nur ein (wenn auch besonders bewundernswertes) Beispiel unter vielen. Ein Bekannter von mir schimpfte etwa lange Zeit genauso sehr gegen »schmarotzende Ausländer«, wie es einst meine Tante getan hatte. Als in seiner Gegend ein Flüchtlingsheim eingerichtet werden sollte, war er kurz davor, auf die Barrikaden zu springen. Nachdem die ersten Flüchtlingsfamilien das Dorf erreicht hatten und mein Bekannter in direkten Kontakt mit Vätern, Müttern und deren Kindern kam, war es aus mit den Ressentiments. Auch er setzt sich heute für die universelle Geltung der Menschenrechte ein. In Wahrheit sind es meist Bürger wohlhabender Gegenden, die sich intensiv, aggressiv und aufgrund ihrer Kontakte in einflussreiche Kreise am Ende auch erfolgreich gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrem Viertel aussprechen.<sup>89</sup> Anstatt das zur Kenntnis zu nehmen, hetzen viele Linke leider



lieber gegen den »rassistischen Furor«<sup>90</sup> der angeblich ungebildeten Deutschen, die sich damit nicht mehr als Proletarier gewürdigt, sondern als Prolet-Arier verunglimpft sehen.

## KOKOS-TOFU-SUPPE IM SCHNELLRESTAURANT

Die Rechtsaußenpartei AfD zog im März 2016 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent als zweitstärkste Kraft ins Parlament ein. Unter Erwerbslosen errangen die Nadelstreifennationalisten sogar mehr als 30 Prozent. Ein Votum für Rassismus aber lässt sich daraus nicht ableiten. Es mag paradox klingen, aber die Prekären wählten die AfD aus Protest gegen den von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vertretenen Neoliberalismus, obwohl das Programm im Vergleich zu all den genannten etablierten Parteien mit großem Abstand am unternehmerfreundlichsten und arbeiterfeindlichsten ist. Zugute kommt der AfD gerade bei zwischenzeitlich in der politischen Apathie Verharrenden, dass sie in erster Linie als Protestpartei gegen das Establishment wahrgenommen wird. Natürlich gibt es auch an den Theken einiger Eckkneipen so manchen, der über ein festes nationalistisches, rassistisches und frauenfeindliches Weltbild verfügt. Solche Leute sind bei der AfD wunderbar aufgehoben. Jenseits dieses rechtsradikalen Bodensatzes aber gärt ein explosives Gemisch aus schlecht informierten, aus guten Gründen auf alles Etablierte misstrauisch reagierenden, nach einfachen Antworten auf komplexe Probleme suchenden und durch die neoliberale Sozialabbaupolitik zutiefst frustrierten Menschen. Und dass die eher zur AfD überlaufen als zur Linkspartei, sollte vor allem Letzterer schlaflose Nächte bereiten.

Natürlich gibt es in jeder sozialen Schicht auch Nazis. Hinter den sich bisweilen in rassistisch konnotierten Vorbehalten äußernden Problemen der Unterschicht ebenso wie der abstiegsbedrohten Mitte stecken größtenteils ökonomische Nöte. Der Schriftsteller Raul Zelik hat diesen Gedanken in einem Artikel für das *Neue Deutschland* im April 2016 mithilfe eines Vergleichs plausibel aufgeschrieben: »Für die Putzkraft oder den ungelernten Arbeiter auf dem Bau erhöht Zuwanderung den Druck auf das Lohnniveau – weswegen man in diesen Tagen auch so manche türkische Migrantin über die Einwanderung stöhnen hören kann. Für den urbanen Akademiker, der trotz seiner Projekt-Prekarität eigentlich ganz gut über die Runden kommt (falls der Hedonismus nicht zu teuer wird), stellt Migration hingegen sicher, dass die frisch zubereitete Kokos-Tofu-Suppe im Schnellrestaurant auch in Zukunft für fünf Euro zu haben ist. Im Segment der Medienkreativen wird die Konkurrenz durch Zuwanderer erst einmal überschaubar bleiben.«<sup>91</sup> Seine Schlussfolgerung ist aber nicht, dass die Linkspartei sich der AfD inhaltlich annähern sollte. Das Gegenteil sei dringend erforderlich: Einzig noch mehr Abgrenzung von den Rechten und vor allem von den ökonomischen Eliten dieser Gesellschaft könnte die linken Kräfte in eine Lage versetzen, endlich ihre natürliche Klientel für sich zu begeistern.

Als Vorbild lobt er den demokratischen US-Präsidentschaftsbewerber Bernie Sanders, dem

es gelungen sei, mithilfe klarer linker Anti-Establishment-Botschaften in einem urkapitalistischen Land wie den USA ein sozialistisches Begehren zu entfachen, wo zuvor durch saturierte europäische Linke nur blinde Marktgläubigkeit, kriegertischer Patriotismus und wütender Rassismus vermutet worden waren. Seine innerparteiliche Gegenkandidatin Hillary Clinton stellte Sanders dadurch, dass er ihre Nähe zur Wall Street sowie zur marktradikalen und erzkonservativen Scientology-Kirche skandalisierte. Dem republikanischen Bewerber Donald Trump wiederum, der Milliardär ist und sich doch als volksnah zu inszenieren verstand, setzte Sanders seine dem gemeinen Volk verständliche Kapitalismuskritik entgegen. In Deutschland ist eine solche politische Figur weit und breit nicht zu finden.

Dabei gibt es auch hier ein heimatloses antikapitalistisches Bewusstsein. Fast alle Menschen in sozial schwieriger Lage sprechen sich gegen den Finanzmarktkapitalismus aus, und doch wählen viel mehr von ihnen – wenn überhaupt – rechte Parteien. Und das liegt daran, dass es der Linkspartei nicht gelingt, dem Rassismus der AfD und dem unpolitischen Rassismus-Begriff der bürgerlichen Parteien etwas entgegenzusetzen. Kläglich gescheitert ist etwa die Bundestagsfraktionsvorsitzende der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, mit ihrem Versuch, die Strategien der Rechten zu kopieren. In manchen Interviews plädierte sie für Obergrenzen bei der Aufnahme von Geflüchteten. Einmal sprach sie ihnen sogar ein ominöses und juristisch nicht existierendes »Gastrecht« zu, das sie »verwirken« könnten. Im Bundestag stimmte Wagenknecht bisher gegen jede Asylrechtsverschärfung, so dass Nichtwähler sich erst recht von dieser durchschaubaren Masche getäuscht sehen und Rechte lieber das Original wählen.

Solange die Linken es unterlassen, die soziale Frage mit der Flüchtlingspolitik explizit zu verbinden, so lange werden die verängstigte Mitte und die Unterschicht einen großen Bogen um sie machen. Warum überließen sie es dem CDU-Politiker Norbert Blüm, im Flüchtlingslager Idomeni zu zelten, um auf die menschenunwürdigen Bedingungen dort aufmerksam zu machen? Die deutschen Gewerkschaften sind so reich, dass sie dort ein Solidaritätscamp errichten und es erst wieder hätten abbauen können, wenn sich in Europa eine substanzielle Debatte um die regressive Rolle der EU im Umgang mit jenen Geflüchteten entfacht hätte, für deren Migrationsbewegung die EU durch ihre wirtschaftlich motivierten Kriege mitverantwortlich ist. Sie, die in Idomeni und anderswo festsitzen und durch europäische Machthaber daran gehindert werden, das Menschenrecht auf ein besseres Leben wahrzunehmen, sind ebenso Teil der globalen Arbeiterklasse wie der Hartz-IV-Empfänger in Deutschland. Weil die Linken lieber auf den vermeintlich rassistischen Blöddeutschen herumhacken, dringt diese einfache Erkenntnis nicht zur Masse durch.

**IST MULTIKULTI GESCHEITERT?**



Redlich wäre es, wenn Linke sich eingestehen würden, was viele »derer da unten« längst spüren: Multikulti ist gescheitert. Zumindest jene linksliberale Form des Multikulturalismus, die davon ausgeht, dass wir in einem postideologischen Zeitalter leben, in dem es vor allem darum gehe, die kulturellen Eigenheiten des anderen bedingungslos zu respektieren, und in dem Diskriminierung in erster Linie als Anerkennungsdefizit gilt. Dieses Konzept der multikulturellen Toleranz basiert auf der Akzeptanz einer bereits fortgeschrittenen Entpolitisierung der Ökonomie, die bedingt, dass soziale Kämpfe sich für benachteiligte Gruppen nur noch schwer erfolgreich führen lassen.

Als 2011 im Arabischen Frühling ein nahöstliches Unterdrückerregime nach dem anderen kollabierte, verfielen die westlichen Linksliberalen in Jubelarien. Die Demokratie, so jauchzten sie, habe endlich gesiegt, jetzt könnten sich die Menschen dort frei entfalten. Einen Gedanken, der dabei eine geringe Rolle spielte, formuliert der Philosoph Slavoj Žižek in seinem Gedankensplittersammelsurium »Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus«<sup>92</sup>. Nach dem Sturz der autoritären Regime von Ägypten bis Libyen hätten sich die westlichen Toleranzverfechter laut Žižek vor allem darum so sehr gefreut, weil sie nun ihre »patriarchale Sorge um die Armen« ablegen zu können glaubten.

Die Leute blieben nach dem vorläufigen Triumph der politischen Demokratie aber nicht nur arm, sondern werden seither auch selbst für ihre Armut verantwortlich gemacht, weil der liberale Kapitalismus auf dem Leistungsprinzip beruht: »In solch einer Notlage müssen wir uns eingestehen, dass im Ziel selbst eine Schwachstelle lag – dass beispielsweise die gewöhnliche politische Demokratie auch genau als Form der Unfreiheit dienen kann: Politische Freiheit kann leicht den rechtlichen Rahmen für ökonomische Sklaverei zur Verfügung stellen.«

Der Clou der kapitalistischen Klassengesellschaft besteht seit einigen Jahrzehnten gerade in der Behauptung, keine Klassengesellschaft mehr zu sein. Sie hat genau jene ökonomischen Klassenverhältnisse entpolitisiert, auf deren Grundlage sich die weltweite soziale Ungleichheit unablässig reproduziert. Wirtschaftskriege werden als humanistische Interventionen zum Brunnenbohren und Mädchenschulenaufbau etikettiert, und auch bei den Angriffen auf Libyen oder Syrien stehen angeblich die Menschenrechte im Mittelpunkt. Dabei geht es doch eigentlich darum, soziale Unruhen in ökonomisch verwertbare parlamentarisch-kapitalistische Zwänge zu kanalisieren, wenn denn schon die einst so wohlgelittenen Diktatoren dem Westen nicht mehr nützlich sind. Es ist keine originelle Erkenntnis, dass die terroristischen Aktivitäten des IS auch eine Folge der aggressiven westlichen Außenpolitik sind.

Die Antwort auf diesen Umstand aber kann nicht nur, wie es Linksliberale gerne reflexartig fordern, eine Ausweitung der Toleranzzone sein. Der Diskurs wabert ständig um die islamische Identität der Fanatiker, um auf diesem Weg pauschal die meist aus muslimisch

geprägten Kulturräumen stammenden Flüchtlinge als potenzielle Gefahr brandmarken und sich ihrer entledigen zu können. Politik und Wirtschaft wollen die Geflüchteten aber nicht abschieben, weil sie in ihnen eine kulturelle Gefahr erkennen, sondern weil die nicht hochqualifizierte Mehrheit unter ihnen als ökonomische Last wahrgenommen wird. Linksliberale lassen sich dabei in einen emotionalen Kulturkampf drängen. Sie bestätigen die Einsicht des irischen Schriftstellers Oscar Wilde: »Mitgefühl und Liebe zu Leidenden ist bequemer als Liebe zum Denken.«

Denn der Aufruf zum Mitleid mit Geflüchteten oder der unbeholfene Nachweis der kulturellen Integrationsfähigkeit einer vielschichtigen Religion helfen allein nicht weiter. Wichtiger ist der stete rationale Verweis auf die Universalität der Menschenrechte. Und der lässt sich nur erfolgreich in die Debatte einbringen, wenn die Idee der liberalen Toleranz ersetzt wird durch den Eintritt in jenen neuen Klassenkampf, den das globale Kapital längst führt. Man sollte sich Oscar Wildes weise Worte zu Herzen nehmen und den bekanntesten Spruch des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton (»Es ist die Ökonomie, Dummkopf!«) links wenden: »Es ist die politische Ökonomie, Dummkopf!« Auch wenn die herrschende Meinung den Islam fälschlich zur Bedrohung stilisiert, so stimmt es doch, dass viele Flüchtlinge einer repressiven politischen Ökonomie entstammen, die auf sozialer Ungleichheit, Frauenverachtung, Homophobie und Todesstrafe fußt. Das zu relativieren lässt im Bewusstsein politisch unschlüssiger Menschen den trügerischen Verdacht entstehen, Linke würden ausblenden, was sich nicht in ihr vermeintlich starres Weltbild fügt.

Und das treibt viele in die kalten, faustgeballten Reihen von Pegida und AfD oder in die Gleichgültigkeit des Nichtwählerdaseins, ganz sicher jedoch nicht in die offenen Arme linker Parteien und sozialer Bewegungen. Slavoj Žižek plädiert in seinem kleinen Pamphlet »Der neue Klassenkampf«<sup>93</sup> dafür, »dass wir Brücken zwischen ›unserer‹ und ›deren‹ Arbeiterklasse bauen«, die Flüchtlinge also politisch organisieren und damit den artifiziell erzeugten Kampf der Kulturen beenden, um den real stattfindenden Klassenkampf anzunehmen. Dazu gehört für Žižek auch, »ein weiteres Tabu hinter uns zu lassen, nämlich die Ängste der sogenannten einfachen Leute angesichts der Flüchtlinge, die oft als Ausdruck rassistischer Vorurteile, wenn nicht gar eines blanken Neofaschismus abgestempelt werden«.

Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in Köln wurden so zielgenau in eine Diskussion um eine angeblich frauenfeindliche Kultur muslimischer Flüchtlinge überführt, dass es nichts nützt, lediglich auf die kulturalistische Themensetzung der Gegenseite zu reagieren. Es sei bei den Übergriffen ja nicht nur um Sex oder Sexismus gegangen, wie Žižek sagt: Er sieht die Täter »gefangen in einer Haltung aus Neid und Hass. Ein Hass, der nichts anderes ist als der Ausdruck einer unterdrückten Sehnsucht nach einem guten Leben im Westen.«<sup>94</sup> Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde vor allem deswegen die Ehre der Hassfigur der Rechten zuteil, weil sie die Entpolitisierung der Ökonomie clever für sich zu

nutzen verstand. Ihre im Kern heuchlerischen Wendungen von »Willkommenskultur« und »Wir schaffen das« lenken die Aufmerksamkeit davon ab, dass die wenigsten der unter dem globalen Kapitalismus leidenden Menschen überhaupt in der EU ankommen.

Den meisten fehlt das Geld für die sich zum milliardenschweren Geschäft entwickelnde Fluchthilfe. Und darum bleiben sie zurück in genau den neokolonialen ökonomischen Strukturen, auf denen der unermessliche, wenn auch brutal ungleich verteilte Wohlstand des Westens beruht. Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate nehmen fast überhaupt keine Flüchtlinge auf. Weil sie fanatische Gottesstaaten sind, die keine Fremden dulden wollen? Ja, auch. Ökonomisch betrachtet aber sind sie in den Westen integriert und verweigern die Flüchtlingsaufnahme aus wirtschaftlichen Gründen und mit Merkels Billigung, die ebenso wie die meisten ihrer EU-Amtskollegen ein Interesse daran hat, diese Staaten milde zu stimmen. In der massenmedialen Debatte ist davon aus guten Gründen kaum die Rede.

Solange nämlich die Ökonomie nicht repolitisiert wird, so schreibt es Žižek in seinem Essay »Plädoyer für die Intoleranz«<sup>95</sup>, bleibe »all das Gerede um offene Grenzen und Multikulturalismus auf die Anliegen der religiösen, sexuellen, ethnischen und anderer Lebensformunterschiede begrenzt.« Damit sich die Rechten nicht dauerhaft als Friedenskämpfer aufplustern können, muss sich der Blick wieder stärker der politischen Ökonomie zuwenden. Und das kann nur im ganz großen Maßstab bedeuten, um auch hier mit Žižek zu sprechen, »auf der globalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu bestehen«<sup>96</sup>.

## KEINE RELIGIONSKRITIK, NIRGENDS

Leider hat die Linke die Religionskritik den Rechten überlassen. Einst galt sie den Linken als Voraussetzung aller Kritik. Mittlerweile aber haben Linke an Religionen nichts mehr auszusetzen. Da hört man, das institutionalisierte Christentum sei doch gar nicht mehr wirklich mächtig, und den Menschen solle man außerdem ihren Anker des Trosts nicht nehmen, wenn er ihnen bei Lebensgestaltung und -bewältigung helfe. Dabei gilt bei der Religion, überspitzt formuliert, vielmehr noch immer der kühne Satz des Aufklärers Voltaire, es gebe auf dieser Welt erst dann Frieden, »wenn der letzte Pfaffe an den Eingeweiden des letzten Königs erwürgt worden ist«. Über die Kriminalgeschichte des Christentums hat der große Karlheinz Deschner alles gesagt, was es zu sagen gibt: »Das Christentum ist theoretisch der friedlichste, praktisch aber blutrünstigste Glaubensverband der Weltgeschichte. Es muss ein eigentümliches Vergnügen sein, von Jahrhundert zu Jahrhundert im Blut der Menschheit zu schwimmen und Halleluja zu rufen.«<sup>97</sup>

Die Bibel ist – nicht wegen ihrer unbestrittenen literarischen Bedeutung, sondern aufgrund ihrer politisch-ideologischen Wirkung – das gewaltverherrlichendste Buch der

Menschheitsgeschichte, weil es Leid glorifiziert und blinden Kadavergehorsam predigt. Über die vergangenen 2000 Jahre hinweg hat keine Ideologie auch nur annähernd so viel Elend in die Welt gebracht wie die des Christentums. Deschners scharfe Bemerkung trifft bis heute zu. Die gesellschaftsfeindliche Logik des Systems Christentum drückt sich dieser Tage nicht nur in einer massiven Mitschuld an zahllosen Aids-Toten in Afrika und anderen Teilen der Welt aus, nicht nur in der sich fortsetzenden Unterdrückung der Frau, nicht nur in der Misshandlung vieler Heimkinder, nicht nur in der brutalen Missachtung basaler Arbeitnehmerrechte und auch nicht nur in den kriminellen Strukturen des Vatikans.

Nein, das Christentum wird nicht nur immer dann aus der Mottenkiste gekramt, wenn andere Kulturen in politischen Leitkulturdebatten mit Verweis auf die angeblich jüdisch-christliche Tradition hierzulande systematisch ausgegrenzt werden sollen. Es hat obendrein eine die einkommensschwachen Bevölkerungsteile in Deutschland unterjochende Seite: Zum Großteil finanzieren sich die Kirchen aus Steuergeldern – nicht etwa über die Kirchensteuer, sondern aus den Taschen aller. Konfessionelle Krankenhäuser, Kindergärten und Sozialstationen, in denen das gewerkschaftsfeindliche christliche Arbeitsrecht gilt und eine Scheidung den Jobverlust bedeutet, werden fast vollständig vom Staat finanziert. Auch die Gehälter von Bischöfen und kirchlichem Personal sowie die kirchlichen Missionswerke werden dem allgemeinen Steueraufkommen entnommen.<sup>98</sup>

Man stelle sich vor, ein beliebiger Schützenverein würde überwiegend durch die öffentliche Hand am Leben erhalten, könnte aber zugleich nach Gutdünken jeden ausschließen, der nicht bereit ist zu glauben, dass vor 3000 Jahren ein im urinierenden Zustand als Bild an den Vereinsheimwänden hängendes Ferkel seine Notdurft an einem beliebigen Ort der Erde verrichtet und dabei in weiser Voraussicht mit seinen Exkrementen das Logo des Schützenvereins geformt habe. Wer würde solchen Unsinn nicht bekämpfen? Das institutionalisierte Christentum aber darf ohne jede Gegenwehr von links tun und lassen, was auch immer es will, weil einige Menschen angeblich Trost im Glauben finden.

Die Tatsache, dass ein gläubiger Mensch mehr Halt in Krisenzeiten findet als ein ungläubiger, trägt zur Wahrheit so viel bei wie die Tatsache, dass Heroinsüchtige sich mit ausreichend Stoff in Krisenzeiten glücklicher fühlen als drogenfrei Lebende. Was wir nicht zu diskutieren brauchen, weil wir darauf keine Lösung finden werden, ist die Frage nach der Existenz eines Gottes; denn Gott ist eine unelegante Hypothese, die oft an einem einfachen Beispiel aus Max Kruses Kinderbuch »Urmel aus dem Eis« erklärt wird: »In dem Eimer da ist ein unsichtbarer Fisch!« – »Ja, wo denn? Ich seh ihn nicht!« – »Sag ich doch!« Ob es Gott gibt oder nicht, wird wohl niemals bewiesen und niemals widerlegt werden können, weshalb diese Frage auch philosophisch uninteressant ist. Menschen, die an Hokusfokus glauben wollen, sollen daran glauben. Voraussetzung für die Akzeptanz eines solchen Glaubens aber ist, dass durch ihn keine Menschen zu Schaden kommen. Und genau darin besteht das Problem

mit dem Christentum, aber auch mit dem Islam.

Da die meisten deutschen Linken eine anti-imperialistische Haltung im Nahostkonflikt mit tendenzieller Parteinahme für die Palästinenser einnehmen, ist der Weg zur bedingungslosen Verteidigung des Islams nicht mehr weit. In der linken Debatte gibt es in Deutschland die Neigung, jede öffentliche Kritik am Islam mit noch schärferen Volten gegen die angeblich grassierende »Islamophobie« zu kontern. Ein solcher Begriff pathologisiert Bedenken gegen die politische Instrumentalisierung einer Religion, der sich weltweit 1,6 Milliarden Menschen zugehörig fühlen. Es muss gelingen, zwischen den brüchigen Fronten der rassistischen Hassprediger wider die »nicht-abendländische Kultur« und der notwendigen Kritik an politisierten Religionen wie dem Christentum oder dem Islam zu agieren, wie Lothar Galow-Bergemann in *konkret* schreibt: »Menschen, die wegen ihres Glaubens Nachteile erleiden, sind vor Diskriminierung zu schützen. Nicht aber Religionen vor Kritik. Das sind zwei Paar Stiefel, die immer wieder verwechselt werden – besonders von Leuten, die sich mit viel Recht gegen die Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen engagieren.«<sup>99</sup>

Den im poststrukturalistischen Kontext entstandenen Terminus des »antimuslimischen Rassismus« nehmen Linke wiederum vor allem wegen dessen Anspruch auf, diese spezielle Form des Rassismus als »Modus der Stabilisierung herrschaftlicher gesellschaftlicher Verhältnisse«<sup>100</sup> zu begreifen. Und in der Tat liegt in der Analyse ein Clou: »Durch die Demarkation des muslimisch Anderen und die Konstruktion gemeinsamer ›Kultur und Werte‹ wird selbst denen noch ein Identifikationsangebot als kollektives Wir gemacht, die sonst als ›sozialer Bodensatz‹ der Gesellschaft gelten oder als ›gefährliche Klassen‹ dem ordnungspolitischen Zugriff des Staates unterworfen werden.«<sup>101</sup>

Beängstigend aber ist, dass mittlerweile jeder von Linken als »antimuslimischer Rassist« beschimpft werden kann, der generell gegen verpflichtenden Religionsunterricht und damit auch gegen muslimischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen eintritt, der die sexistische Auslegung des Korans anprangert oder die rituelle Beschneidung kleiner Kinder als Gewaltanwendung versteht.

## VON DER FREIHEIT DES KINDES

Nicht nur der Laizismus, also die konsequente Trennung von Staat und Kirche, ist unter deutschen Linken derzeit nicht erwünscht. Auch wenn es um handfeste Gewalt geht, dürfen Religionen unter Beifall der Linken agieren, wofür die Beschneidungsdebatte des Jahres 2012 ein gutes Beispiel ist. Hintergrund war die lauter werdende Kritik an der rituellen Vorhautentfernung bei Knaben am achten Tag nach der Geburt im Judentum und im Laufe der ersten Lebensjahre im Islam. In der 2012er-Herbstaussgabe der Zeitschrift *marx21* fand eine partiische Berichterstattung zugunsten dieser Beschneidungen statt. Mehrere Artikel



sprachen sich für das Recht auf rituelle Knabenbeschneidung aus, Gegenstimmen wurden erst in der Folgeausgabe durch Abdruck weniger Leserbriefe zugelassen. In einem Interview durfte der Soziologieprofessor Achim Bühl das Urteil des Kölner Landgerichts, das im Mai 2012 die religiöse Beschneidung als Körperverletzung eingestuft hatte, als antisemitisch und antimuslimisch bezeichnen.

Ja, er titulierte das Urteil sogar als rassistisch, weil das Gericht in seiner Begründung betonte, wie irrsinnig die Amputation eines Körperteils ohne Zustimmung des Kindes sei. Es sei antisemitisch, so Bühl, das Abschnippeln der Vorhaut als Makel zu kennzeichnen.<sup>102</sup> Gäbe es eine Religion, die ein fliegendes Einhorn anbeten und die Amputation eines Zeigefingers bei Kleinkindern als rituell wichtig erachten würde, dann wäre es nach Bühls Logik zwingend geboten, jeden als rassistisch zu brandmarken, der die operative Entfernung eines funktional wichtigen Körperteils als Gewaltanwendung begreife. Doch damit nicht genug: Wenige Seiten danach durfte die Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Christine Buchholz unwidersprochen das Recht auf religiöse Beschneidung mit dem Totschlagargument begründen, die Debatte bediene »die Klischees von herzlosen Juden und Muslimen«<sup>103</sup>.

In dieser Frage standen die Marxisten an der Seite der konservativen Regierungslinie. Wirkung zeigte das Kölner Urteil nicht, weil wenige Monate später der Bundestag diesen Beschneidungsakt mit großer Mehrheit erlaubte. Auch hatte man die breite öffentliche Meinung gegen sich, wie der Philosoph Michael Schmidt-Salomon schreibt: »Dass sich die Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger gegen die ausdrückliche Legitimierung der medizinisch nicht indizierten Vorhautamputation aussprach, war keineswegs auf fremdenfeindliche Gesinnung zurückzuführen, sondern auf die bemerkenswerte Tatsache, dass mittlerweile mehr und mehr Menschen das Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung höher gewichten als die zuvor kaum problematisierte Erziehungsgewalt der Eltern«<sup>104</sup>, von der gerade die Deutschen mit ihren jahrzehntelang geduldeten handfesten Erziehungsmethoden in christlichen Kinderheimen ein Liedchen singen können.

Linke legitimierten damit eine besonders schwere Form der Erziehungsgewalt, wie Schmidt-Salomon feststellt: »Schmerzen erleben wir in dieser ersten Lebensphase intensiver, als wir sie später je erleben werden, da das schmerzunterdrückende System, das Leidensempfindungen durch Endorphinausschüttungen erträglicher macht, erst Monate nach der Geburt voll funktionsfähig ist.« Wenn religiöse Gefühle Erwachsener mehr zählen als körperliche Qualen von Kindern, dann sind humanistische Werte suspendiert. Begriffen hat das nur die Masse der einfachen Arbeiter. Ein Verbot dieser Riten wäre kein Eingriff in die Religionsfreiheit, sondern eine überfällige Stärkung der Religionsfreiheit der Kinder, die erst dann das Recht hätten, dereinst selbst zu entscheiden, was mit ihrem Körper angestellt wird und was nicht.

In der deutschen Bevölkerung breitet sich (im Gegensatz zu weiten Teilen der übrigen Welt) seit Jahren ein antireligiöses Bewusstsein aus, das religiöse Riten wie Hochzeit, Weihnachten oder Ostern nurmehr als schöne, aber leere Traditions-Folklorehülsen versteht. Selbst die meisten in Deutschland lebenden Muslime praktizieren ihre Religion nur noch in Form lose einzuhaltender Traditionen. Wenn Linke diesen Prozess nicht durch radikale Religionskritik unterstützen, könnte es zu einem Backlash kommen. Dazu gehört es, in kritischer Auseinandersetzung mit allen mächtigen Religionen Migranten- und Migrationsfreundlichkeit mit Kritik an Antisemitismus, Homophobie und Frauenfeindschaft zu verknüpfen. Deren Unterlassen in linken Kreisen hat es rechten Verteidigern des sogenannten Abendlandes leicht gemacht, ihren Rassismus als Religionskritik zu tarnen. So haben Linke in bester Absicht eine rechte Hegemonie in einer immer fremdenfeindlicher werdenden gesellschaftlichen Debatte aktiv mit befördert.

## DER BALL IST RUND, NICHT BÖSE

Ein Bereich, in dem es häufig zu rassistischen Ausfällen der Masse kommt, ist der Fußball. Weniger als die dort auftretende Feindseligkeit gegenüber dem Fremden ist es aber meist der Leistungsgedanke dieses Sports, der vielen Linken übel aufstößt. Wir Linken, so denken sie, lehnen in der Politik und in der Gesellschaft doch Wettbewerb, Konkurrenz und Leistungsprinzip ab; was sollen wir uns da mit dem Pöbel auf die Tribüne stellen und überbezahlten Kerlen dabei zusehen, wie sie sich um einen Ball streiten? Beschert schon der Vereinsfußball vielen Linken aggressive Abgrenzungsbestrebungen nach unten, erlebt der Fußballhass der deutschen Linken alle zwei Jahre seinen Höhepunkt, wenn kickende Nationalteams bei Europa- oder Weltmeisterschaften (EM und WM) aufeinandertreffen.

Spätestens seit dem WM-Turnier 2006 in Deutschland ist Fußball als Event auch bei solchen Menschen populär, die noch nicht einmal die Abseitsregel kennen. Umso entschiedener tritt die antinationalistische Linke seither mit ihren geladenen Shitstorm-Kanonen an. Ihre Abneigung lässt sich teilweise nachvollziehen: Wer die Begegnungen der deutschen Elf bei solchen Anlässen beim Public Viewing schaut, bekommt vor allem bei Niederlagen »unserer Jungs« einen manifesten Eindruck von der Kehrseite des deutschen Fußballparty-Nationalismus. In den vielerorts beobachteten »Nie wieder Pizza«-Rufen und den teilweise in die Tat umgesetzten Prügelandrohungen gegen fröhliche Italienfans nach der 1:2-Pleite im Halbfinale der EM 2012 zeigte sich der mit einem beängstigenden Überlegenheitsgefühl sich paarende Chauvinismus mancher Deutscher von seiner abscheulichen Seite.

Aber rechtfertigen es diese paar Idioten wirklich, dass Linke in ein von blankem Hass kaum mehr zu unterscheidendes, weil gnadenlos schadenfrohes Triumphgeheul ausbrechen, wenn sie Mario Balotellis steife Jubelpose mit vom Körper gerissenem Trikot, grimmigem Blick



und stolzgeschwellter Mackerhaltung betrachten? Sind die kleinen Deutschen das Problem oder das Deutsche als machtvolle Verkörperung des Kapitalismus? Wahrscheinlich begreifen fußballfeindliche Linke das »Deutsche« in ihren Analysen als strukturelles Problem. Warum versuchen sie dann aber, all jenen ihre Freude zu nehmen, die sich an einem wunderbaren Fußballspiel berauschen möchten, ohne sich irgendwelche Gedanken über Politik machen zu wollen? Die allerwenigsten von ihnen hegen den feuchten Traum, nach dem nächsten WM-Sieg erstmal auf Ketten nach Frankreich zu fahren. Und doch ließ sich vor der EM 2016 wieder beobachten, wonach man in Deutschlands Metropolen die Uhr stellen kann: Vermummte Antifa-Aktivisten streiften des Nachts durch die Straßen und stahlen jede auffindbare Deutschlandfahne, die sie anschließend in den sozialen Netzwerken präsentierten wie Trophäen.

Die meisten Fußballbegeisterten sehen in einer EM oder WM eine Möglichkeit, ihrem oftmals von zermürbenden Arbeits- und Lebensbedingungen gebeutelten Alltag zu entfliehen und das Leben zumindest zeitweise in eine Oase des Glücks zu überführen, ohne sich in eine politisch instrumentalisierbare Fantasiewelt zu retten wie bei den Religionen.

Selbstverständlich nutzen Merkel, Gauck und Co. solche sportliche Großereignisse gern, um sich im Ruhm der schwitzenden Athleten zu sonnen und in der Mittelschicht dabei ein dumpfes »Wir Leistungsträger gegen die bösen Schmarotzer aus dem Süden«-Gefühl zu entfachen – womit sie zugegebenermaßen oft erfolgreich sind.

Es kann doch aber nicht der richtige Weg sein, als Konsequenz jeden Menschen als Prügelproll zu denunzieren, der den Fußball des deutschen Teams trotzdem gut findet. Wer deutsche Fußballfans pauschal als potenzielle Faschisten beschimpft, bewirkt in den Menschen keine weltanschauliche Veränderung, sondern nur berechtigte Verwunderung. Zumal mittlerweile auch der allerletzte »Nie wieder Deutschland«-Propagandist begreifen könnte, wie wenig der aus dem Fußballsteinzeitalter stammende Quatsch der primitiven »Wir sind hart wie Kruppstahl«-WM-Songs von Oliver Pocher bis Melanie Müller mit dem zu tun hat, was die deutsche Fußballnationalmannschaft seit Jahren verkörpert.

Mit ihrem Amtsantritt als Trainerteam haben Jürgen Klinsmann und Joachim Löw ab 2004 das etabliert, was der argentinische Trainer César Luis Menotti einst als »linken Fußball« theoretisiert hat. Dem linken Fußball geht es nicht in erster Linie um den Sieg, sondern darum, dem Publikum ein ästhetisches Offensivspiel zu präsentieren. Dadurch, dass Klinsmanns Nachfolger Löw seit 2006 die sportlichen Geschicke der Nationalmannschaft in vielerlei Hinsicht autonom vom erzkonservativen DFB lenken kann, gelang es ihm, gegen den anfänglich geballten Widerstand im Verband seine Spielidee durchzubringen, die er pointiert so beschreibt: »Schnell nach vorne, technisch gut, direkt, flach. Kein großes Taktieren und stattdessen ein hohes Spieltempo, wozu ein gewisses Risiko und ein relativ gelassener Umgang mit Fehlern gehören.«<sup>105</sup>

Galt zuvor noch, die Deutschen seien eine Turnierrmannschaft, die immer hässlich spiele und trotzdem gewinne, haben Klinsmann und vor allem Löw das Team zu einer begeisternden Gruppe geformt, die am Ende meist ohne Titelgewinn dasteht, dafür aber den Menschen durch ihren beherzten Spielstil viele schöne Stunden bereitet hat. Bei den aus deutscher Sicht siegreichen Weltmeisterschaften 1974 und 1990 gab es auf den Straßen nicht annähernd so viele fröhlich-enthusiastische Fußballfans wie bei den letztlich knapp verlorenen Weltmeisterschaften 2006 und 2010. Selbst der WM-Sieg 2014 wurde nicht derart euphorisch bejubelt. Löw stellt grundsätzlich Offensiv- über Sicherheitsfußball. Italiens defensives Rasenschach oder Spaniens Tiki-Taka-Geduldsspiel mit maximalem Ballbesitz und häufigen 1:0-Siegen mögen häufig siegreich gewesen sein, Deutschlands risikoreiches Umschaltspiel mit Halbfinal- und Finalniederlagen aber erstürmte spätestens seit 2008 zu Recht die Herzen der weltweiten Fußballfangemeinde, obwohl man mit ihm am Ende fast immer scheiterte.

Joachim Löw blieb nach der EM-Halbfinalpleite 2012 gegen Italien selbstbewusst und stellte die attraktive Spielweise seiner Mannschaft heraus, ja, sprach sogar nach jenem vierten titellosen Turnier unter seiner Mitwirkung von einem echten Erfolg. Das konnten die betonteutonischen Gurus von *Bild* bis Beckenbauer natürlich nicht auf sich sitzenlassen und schimpften auf die verteidigungsfeindliche DFB-Multikulti-Truppe, welche die Hymne nicht mitsinge und sowieso keinerlei Passion für Deutschland empfinde. Auch bei der WM 2014, die für die deutsche Mannschaft letztlich mit dem Titelgewinn endete, hat für Jogis Jungs der schöne Fußball im Mittelpunkt gestanden. Selbstverständlich traten sie zu jedem Spiel mit dem Ziel an, es auch zu gewinnen: Ein Fußballer, der selbst beim Hobbywettbewerb nicht siegen will, ist fehl am und auf dem Platz. Über das gesamte Turnier hinweg wurde die deutsche Elf für ihre Fairness gelobt. Nach dem furiosen 7:1-Halbfinalerfolg gegen den Gastgeber Brasilien gab es weder Überschwang ob der eigenen Herrlichkeit noch Häme für den Gegner.

Beim Feiern des WM-Sieges nach dem Erfolg im Finale gegen Argentinien legten einige DFB-Spieler dann jedoch am Brandenburger Tor in Berlin eine sehr schwache Performance hin, die der linken Schickeria das wochenlang ersehnte Signal zum Angriff lieferte: Roman Weidenfeller, Shkodran Mustafi, André Schürrle, Miroslav Klose, Mario Götze und Toni Kroos sangen abwechselnd »So geh'n die Gauchos« und »So geh'n die Deutschen«. Als »Gauchos« gingen sie gebückt, niedergeschlagen und gedemütigt, als Deutsche aufrecht feierend und den Pokal triumphierend gen Himmel streckend.

Die relativierenden Reaktionen der Mainstream-Medien auf diesen tölpelhaften Auftritt veranlassten viele Linke, aus diesem einen Vorfall die ganz große Linie zum deutschen Wirtschaftsnationalismus zu ziehen. Der kommerzielle Fußball ist ein widersprüchliches Produkt bürgerlicher Gesellschaften. Eine Kombination der Nationalismus-Debatte mit diesem Produkt verhilft der Entlarvung des Nationalismus nicht in das Bewusstsein der

Bevölkerungsmehrheit, sondern arbeitet daran, dass diese linke These aus Sicht der meisten Menschen weiter in ihrer als lustfeindlich stereotypisierten Schublade verbleibt. Die CDU-wählende Supermarktkassiererin und der nicht wählende Autoverkäufer, die sich über den Gaucho-Tanz der feiernden Spieler gemeinsam freuen, denken nicht annähernd so politisch wie die Linken und die konservativen Journalisten.

Noch während der WM 2014 ereignete sich ein weiteres Beispiel für diese völlig verschiedenen Perspektiven. Der Deutsch-Libanese Youssef Bassal hatte über seinem Elektroladen in Berlin-Neukölln die größte Deutschlandfahne der Stadt aufgehängt. Linksautonome hatten sie ihm immer wieder weggenommen, er hängte sie immer wieder auf. Der Mann sah sich in seiner Identität gekränkt. Für ihn ist die Deutschlandfahne kein Machtsymbol, sondern ein Zeichen dafür, dass er als nicht-gebürtiger Deutscher doch zu dieser Gesellschaft gehört. Den Linken wiederum schien unerträglich, dass da ausgerechnet ein Mensch, den sie sich in ihren romantischen Fantasien nur als Opfer von aggressivem Nazi-Nationalismus vorstellen wollen, plötzlich zum Deutschlandfan avanciert war. Eine WM oder EM im Fußball bietet also seit einigen Jahren nicht nur den Liebhabern des Sports angenehme Feierabende vor dem Fernseher, sondern liefert auch Beispiele des zentralen Problems zwischen den Linken und der Masse in Deutschland: Die kulturellen Differenzen bedingen Missverständnisse zwischen Akademikern und Nicht-Akademikern.

## DER AUFHALTSAME AUFSTIEG DER AFD

In Österreich wählten 86 Prozent der Arbeiter bei der Bundespräsidentenwahl 2016 den rechtsradikalen Kandidaten Norbert Hofer. In Ungarn regiert mit Viktor Orban ein rechtsautoritärer Regierungschef von Gnaden der breiten Bevölkerung. In Frankreich werden dem rechtsradikalen »Front National« und der Kandidatin Marine Le Pen ernsthafte Chancen auf das Amt der Staatspräsidentin eingeräumt. In den Niederlanden und Belgien sind die Rechten schon länger auf dem Vormarsch. Die EU agiert in ihrer Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik derart menschenfeindlich, dass dafür der Begriff »Protofaschismus« zur Charakterisierung nicht gänzlich aus der Luft gegriffen wäre. Und in Deutschland scheint der Aufstieg der AfD derzeit unaufhaltsam.

Erfolgreich macht diese rechten Bewegungen vor allem, dass sie die abgesicherte und die abstiegsbedrohte Mitte gleich gegen zwei »Unterschichten« aufbringen können: den »leistungsfeindlichen deutschen Sozialschmarotzer« einerseits und die »Wirtschaftsflüchtlinge« andererseits. Beiden wird vorgeworfen, »unser Unglück« zu sein. Innerhalb der ärmsten Bevölkerungsteile gibt es wiederum Vorbehalte gegen zwei Gruppen: »die Reichen« und »die Ausländer«. Das macht sich die AfD zunutze, indem sie zum einen gegen den Finanzmarkt hetzt und das komplexe System des Kapitalismus auf einzelne Superreiche reduziert und zum anderen die herrschende Politik als Handlangerin einer kultur-

und wohlstandsgefährdenden Flüchtlingspolitik darstellt.

Eine Bevölkerung, die in Teilen darauf hereinfällt, stellt die Linken vor ein großes Rätsel: Sie, die eigentlich linke Parteien wählen müssten, setzen ihr Kreuz ausgerechnet bei der wirtschaftsliberalen AfD. Obwohl sich diese Diagnose längst als falsch erwiesen hat, kommen sie nicht damit klar, dass die Arbeiter nicht automatisch links wählen, nur weil ihr objektives Klasseninteresse es nahelegt. Daraus hat sich, wie der Soziologe Didier Eribon am Beispiel der französischen Linken feststellt, ein »Klassenethnozentrismus« entwickelt: »Sie projizieren ihre eigene Denkweise auf die, deren Stimme zu hören und in deren Namen zu sprechen sie vorgeben – und zwar umso enthusiastischer, als sie Angehörigen dieser Klasse noch nie begegnet sind, außer vielleicht in Texten aus dem 19. Jahrhundert.«<sup>106</sup>

Eribon hat es vom »bildungsfernen« Arbeiterkind zum hochangesehenen Professor gebracht. In seinem grandiosen Buch »Rückkehr nach Reims« beschreibt er am Beispiel seiner Familie, wie sich die französische Arbeiterschaft den Linken ab- und den Rechten zugewandt hat. Er macht vor allem die Linke selbst dafür verantwortlich: Allen voran die sozialdemokratischen Parteien, die den Sozialstaat und soziale Grundrechte abgebaut haben, wie es konservative Regierungen niemals hätten durchsetzen können. Aber auch die radikale Linke, die seit den 1960er Jahren durch ihre autoritären Strukturen dazu beigetragen habe, dass viele Menschen sich in eine falsche Richtung entwickelten. Die Parallelen zu Deutschland sind an dieser Stelle überdeutlich.

Und doch gibt es sie hier bislang noch nicht, die rechtsradikale Partei vom Schlage eines »Front National«, die landesweit zur stärksten politischen Kraft aufsteigen könnte. Der AfD, die diese Rolle am ehesten einnehmen würde, lässt sich nur mit einer neuen sozialen Vision beikommen. Fast jeder Artikel, der sich mit der Partei beschäftigt, verwendet zur Charakterisierung das Attribut »rechtspopulistisch«. Vermeintlich entlarvende Interviews mit AfD-Vertretern erschöpfen sich darin, sie als rassistisch zu brandmarken. Ebenso wichtig aber wäre es, die Rechten sozialpolitisch zu stellen: Ihre Forderungen nach Steuersenkungen für Reiche, nach einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, nach einer Abschaffung der Arbeitslosenversicherung, nach einer Militarisierung der Gesellschaft, nach einem Abtreibungsverbot in den Fokus zu rücken, ihre Frauenverachtung, ihre Homophobie, ihre Arbeiterfeindlichkeit zu diskutieren. Wie anders ließe sich eine Hegemonieverschiebung realisieren?

Heute, da die Bundesrepublik Deutschland wieder Kriege führt, der Sozialstaat in Trümmern liegt und die Umwelt vor die Hunde geht, sind wir nicht nur um die Erkenntnis reicher, dass die SPD und die Grünen kein Interesse an einer sozialökologischen Erneuerung der Gesellschaft haben. Sicher ist ebenfalls, dass der Wohlfahrtsstaat früherer Jahre nicht wiederkehren kann, weil sich die Kräfteverhältnisse und die strukturelle Beschaffenheit dieser Gesellschaft so fundamental verändert haben, dass eine Rückkehr in alte

Klassenkampfzeiten nicht mehr möglich ist. Der einzuschlagende Weg muss also völlig neu sein. Wie genau er auszusehen hat, muss einstweilen offen bleiben. Der Aufstieg der AfD ist aufhaltsam. Eine gerechte Gesellschaft, so schreibt es der Journalist Tom Stroh Schneider treffend, sei aber definitiv nicht zu haben »ohne eine weitgehende sozial-ökologische Transformation, ohne deutliche Eingriffe in die Akkumulations- und Regulationsweise, ohne die erfolgreiche Konfrontation mit mächtigen Kapitalfraktionen, ohne einen grundlegenden Wandlungsprozess der demokratischen Beteiligungsformen, ohne Eingriffe in private Verfügungsrechte«<sup>107</sup>.

Noch niemals in der Geschichte des Kapitalismus waren weltweit so viele Menschen gezwungen, ihre Arbeitskraft für so wenig Geld zu verkaufen, um überleben zu können. Die niederschmetternde Erkenntnis aus diesem Umstand ist die, dass der Kapitalismus damit vielleicht stärker ist als jemals zuvor. Man kann daraus aber auch eine ermutigende Konsequenz ziehen, wie es Dietmar Dath getan hat. Auf die Frage des Journalisten Martin Hatzius, was ihn denn zu der unerschütterlichen Überzeugung bringe, dass man mit den Menschen nicht auf alle Zeit alles machen könne, antwortete der Schriftsteller: »Die historische Tatsache, dass das nie geklappt hat. Nichts war von Dauer. Noch die härteste Knute ist demjenigen irgendwann aus der Hand gerutscht, der sie geschwungen hat.«<sup>108</sup>

<sup>82</sup> Basiliko Brenner: Der Nazi-Ork aus Hellersdorf. In: Vice-Magazin vom 22.08.2013

<sup>83</sup> Hannah Lühmann: Faschos und Orks. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Online vom 26.08.2013

<sup>84</sup> Sabrina Hoffmann: Die neuen Asozialen: Eure Dummheit bringt Deutschland an den Abgrund. In: Huffington Post vom 27.07.2015

<sup>85</sup> Houssam Hamade: Nach unten getreten: Flüchtlingsfeinde sind nicht nur »neue Asoziale«. In: Migazin – Migration in Germany vom 30.07.2015

<sup>86</sup> Rocky Meyer: »Dumme Hellersdorfer Nazi-Prols«. Die Dämonisierung der Arbeiter\_innenklasse und die Antifa. In: Antifaschistisches Info-Blatt, Nr. 102/Januar 2014

<sup>87</sup> Jessica Zeller: Mit Rollkoffer ins Flüchtlingscamp. In: Jungle World, Nr. 32 vom 08.08.2013

<sup>88</sup> Tobias Riegel: Gauck dankt! In: Neues Deutschland vom 13.12.2014

<sup>89</sup> Dazu gab es in der Wochenzeitung *Die Zeit* in den Jahren 2011 und 2012 zwei erhellende Reportagen. Verkleidet als Obdachlose, zogen zwei *Zeit*-Reporter 2011 durch Kronberg im Taunus, einen Ort voll reicher Menschen. Sie bekamen wenig Hilfe – später aber viele Briefe, in denen stand: Arme wären nicht mitfühlender mit ihnen gewesen. Zum Beispiel die in Berlin-Neukölln. 2014 besuchten zwei Reporter diesen Ort – und die Menschen im angeblichen Problembezirk zeigten sich in rührender Weise hilfsbereit. Henning Sußebach: Maria und Josef im Ghetto des Geldes. In: *Die Zeit*, Nr. 52/2011. Und Nadine Ahr, Henning Sußebach: Maria und Josef in Neukölln. In: *Die Zeit*, Nr. 52/2012

<sup>90</sup> Markus Ströhlein: The Return of the Wutbürger. In: *Jungle World*, Nr. 45 vom 07.11.2013

<sup>91</sup> Raul Zelik: Migration und soziale Rechte. Warum die Linkspartei schlecht beraten wäre, wenn sie Unterklassen gegen Unterklassen »verteidigte«. In: *Neues Deutschland* vom 25.04.2016

<sup>92</sup> Slavoj Žižek: Ärger im Paradies. Vom Ende der Geschichte zum Ende des Kapitalismus. Frankfurt am Main 2015

<sup>93</sup> Slavoj Žižek: Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror. Berlin 2016

<sup>94</sup> Vincenzo Capodici: »Männer hatten Spaß, Erniedrigung zu inszenieren.« Der Philosoph Slavoj Žižek über die Gründe von Flucht und Terror, die Übergriffe am Kölner Hauptbahnhof und die Bedeutung Europas in finsternen Zeiten. In: *Welt Online* vom 27.01.2016

<sup>95</sup> Slavoj Žižek: Plädoyer für die Intoleranz. Aus dem Englischen von Andreas Leipold Hofbauer. 6. Auflage. Wien 2013

96 Siehe Anm. 93

97 Karlheinz Deschner war der bekannteste deutsche Religionskritiker. Seine »Kriminalgeschichte des Christentums« ist im Rowohlt-Verlag erschienen und umfasst zehn Bände

98 Zwei erhellende Bücher zum Thema sind besonders zu empfehlen. Zum einen Carsten Frerk: Violettbuch Kirchenfinanzen. Wie der Staat die Kirchen finanziert. Aschaffenburg 2010, und zum anderen Eva Müller: Gott hat hohe Nebenkosten. Wer wirklich für die Kirchen zahlt. Köln 2013

99 Lothar Galow-Bergemann: Fehlanzeige. Zur seltsamen Abwesenheit von Religionskritik in der sogenannten Islamdebatte. In: Konkret, Nr. 7/Juli 2013

100 Fanny Müller-Urri: Antimuslimischer Rassismus. Eine Einführung. Wien 2014

101 Ebenda

102 Stefan Bornost: »Schon früher waren Beschneidungsverbote antisemitisch motiviert«. Achim Bühl ist einer der schärfsten Kritiker des Beschneidungsurteils des Kölner Landgerichts. Ein Gespräch mit starken Thesen und harten Ansagen. In: Marx 21. Magazin für internationalen Sozialismus, Nr. 27/September/Oktober 2012

103 Christine Buchholz: Für das Recht auf Beschneidung. Auch in der LINKEN wurde heftig über das Beschneidungsurteil debattiert. Wir dokumentieren einen Beitrag von Christine Buchholz. In: Marx 21. Magazin für internationalen Sozialismus, Nr. 27/September/Oktober 2012

104 Michael Schmidt-Salomon: Hoffnung Mensch. Eine bessere Welt ist möglich. München 2014

105 Christoph Bausenwein: Joachim Löw und sein Traum vom perfekten Spiel. Göttingen 2011

106 Didier Eribon: Rückkehr nach Reims. Berlin 2016

107 Tom Strohshneider: Linke Mehrheit? Über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie. Hamburg 2014

108 Martin Hatzius: Dietmar Dath. Alles fragen, nichts fürchten. Berlin 2011

# 5. Mit der Kreditkarte die Welt retten

## DAS GUTE LEBEN DER BESSERMENSCHEN

Wenn Rainald Grebe vom Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg singt, dann mutet der Sound von Text und Musik noch bissiger an als in vielen anderen Liedern des Kabarettisten. Die besungene Gegend, in der Grebe selbst lebt, wird fast vollständig von Menschen bewohnt, die sich selbst dem grün-alternativen Milieu zurechnen. Dabei handelt es sich nicht immer um Mitglieder oder Fans der Partei Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch um solche, die sich den nächsten gesellschaftlichen Entwicklungsschritt jenseits des Kapitalismus wünschen. Sympathisantentum zur Partei der Grünen gibt es dort bisweilen nur als Reminiszenz an deren Ursprünge in den 80er Jahren, als Linke ihr Engagement gegen die Nachrüstung und gegen Atomkraft institutionalisieren wollten.

### DER GUTE UND DER BÖSE KAPITALISMUS

Tatsächlich ist die Konsumkritik der Grün-Alternativen der entscheidende Ausdruck ihres individualistischen Kerns. Sie gehen davon aus, dass es den durch Bio- und Fair-Trade-Produkte symbolisierten guten Kapitalismus und den durch Coca Cola und Nestlé vertretenen bösen Kapitalismus gibt. Es bedarf nun wirklich keiner großen intellektuellen Anstrengung, das als falsch zu entlarven. Das Prinzip des Kapitalismus besteht in dem Ziel, aus vorhandenem Geld noch mehr Geld zu machen. Karl Marx hat das in seiner berühmten Formel »G-W-G'« veranschaulicht. Und er wies auch plausibel nach, dass jeder sich diesem Gesetz unterwerfen muss. Tut er es nicht, kann er im Wettbewerb nicht überleben und geht pleite, falls es nicht gerade zu einer steuerfinanzierten Rettung kommt. Wenn Politiker also davon sprechen, dass bestimmte Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung, Arbeitsplätze zu schaffen, nicht gerecht werden (was vorwiegend die Sigmar Gabriels und Cem Özdemirs dieser Welt tun), dann ist das entweder verlogen oder es zeugt von der Naivität der politischen Elite.

Der Kapitalismus und dessen Akteure schaffen Arbeitsplätze nicht, damit es sie gibt und damit Menschen ein gutes Leben führen können, sondern weil die Unternehmen aus bezahlter Arbeit möglichst viel unbezahlte Arbeit herausquetschen müssen, um am Markt überleben zu können. Arbeitsplätze existieren also nur dort, wo sie sich fürs Geschäft lohnen, und zwar immer exakt so viele, wie in die auf Profitmaximierung getrimmte Unternehmenskalkulation hineinpassen. Die Grenzen werden dabei vor allem von transnationalen Unternehmen so weit ausgereizt, dass sie sich zumindest der Geschmacklosigkeit verdächtig machen. Böseartig oder kontraproduktiv ist so etwas aber nie. Wenn die Deutsche Bank, wie im Jahr 2005, trotz

Milliardengewinns Tausende Entlassungen vornimmt oder Nokia, wie im Jahr 2008, sein Werk in Bochum schließt, dann geschieht das nicht, weil in den Chefetagen bössartige Leute mit unsichtbaren Teufelshörnern sitzen, sondern weil das System ihnen bei Strafe des eigenen Untergangs eine im Vergleich zur Konkurrenz höhere Rendite ganz zwingend vorschreibt. Eine soziale Verantwortung sieht das Konzept des freien Unternehmers ganz bewusst nicht vor. So gut wie kein erfolgreicher Arbeitgeber dieser Welt sieht sich verantwortlich, wenn er seine Nahrungsmittelberge nicht loswird und zugleich woanders Menschen verhungern, weil sie sich diese Dinge nicht leisten können.

Es geht in der Wirtschaft niemals darum, wer wem etwas Gutes tut. Vielmehr steht der Kampf verschiedener Interessen im Mittelpunkt, und wer die ausgefeilteste Strategie zur Beeinflussung des Kaufverhaltens der Menschen mitbringt, gewinnt am Ende. Besonders perfide geschieht das im Zusammenhang mit dem sich in der Bevölkerung ausbreitenden ökologischen Bewusstsein. Automobilkonzerne meinen, sich in der Umweltfreundlichkeit ihrer Modelle propagandistisch gegenseitig überbieten zu müssen; dass die Umwelt aber nicht nur solch halbgare Aktionen, sondern einzig und allein durch das Ende des motorisierten Individualverkehrs und damit des Autos zu retten wäre, passt selbstredend nicht zu ihren Unternehmensinteressen und kommt als Option deshalb auch nicht in Frage. So läuft das Spiel eben.

Nicht nur der 2015 aufgedeckte Abgasskandal bei VW offenbart, dass sich Firmen nicht etwa um die Gesundheit künftiger Generationen sorgen, sondern sich zur Profitmaximierung ein grünes Image verleihen wollen. Und wenn Massenentlassungen die Konkurrenzfähigkeit erhalten oder die Marktposition gar verbessern, dann werden sie angewandt. Wem das nicht gefällt, dem bleibt nur die Alternative, aktiv für eine Überwindung des Kapitalismus einzutreten.

Warum halten die Grün-Alternativen diesen Mythos vom guten und bösen Kapitalismus aufrecht? Die Antwort ist simpel: Damit lässt sich das eigene Gewissen beruhigen, und das inkonsequente Leben kann fortgesetzt werden, ohne soziale Anerkennung einzubüßen. Man kann moralisch Hungerlöhne anprangern und einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz fordern, muss dafür aber niemals ein echtes Risiko eingehen, beispielsweise antikapitalistische Überzeugungen offensiv vertreten und damit unter Umständen den eigenen Job, die erhoffte Karriere, die überbeuerte Wohnung im Prenzlauer Berg oder den Facebook-Freundeskreis aufs Spiel setzen.

Mit einem Konsumleben zwischen Fair-Trade-Laden und Biomarkt (das man sich selbstverständlich erst einmal leisten können muss) glauben diese Menschen, ihre moralische Schuldigkeit für eine bessere Welt getan zu haben. Sie haben längst jede Utopie aufgegeben und ziehen sich komplett ins Privatleben zurück, um das herum sie eine antisoziale Mauer errichten. Von ihrem hohen Ross spucken sie dann genussvoll auf die mutmaßlich verblödeten



Hartz-IV-Empfänger, die bei McDonald's fressen, den ganzen Tag auf ihren versifften Billigsofas in ihre überdimensionierte Verblödungsmaschine namens Fernseher starren und mit diesem unkritischen Konsum die Ausbeutung Afrikas überhaupt erst ermöglichen. Es ist dies eine Linkswendung der liberalen These, die sich die skandalöse Armut in vielen Teilen der Welt mit dem »faulen Afrikaner« erklärt, der aufgrund einer Leistungsverweigerung in Armut lebt. Für die Liberalen sind die in absoluter Armut existierenden Menschen selbst schuld an ihrer Lage, für die Grünen sind Menschen in relativer Armut verantwortlich für das Elend der Welt.

Als im April 2013 in Bangladesch ein Fabrikgebäude einstürzte, empfahl die Tageszeitung *taz* ihrer Leserschaft, »eine Mitverantwortung für die von ihnen konsumierten Produkte zu übernehmen«, denn »billige und skandalfreie Ware kann es zum Nulltarif nicht geben«<sup>109</sup>. Ein wiederkehrendes Prinzip, mit dem sich selbst als Linke begreifende Menschen die Mär von der Reformierbarkeit des Kapitalismus predigen, als wären sie der PR-Kaderschmiede der Business School of Economics entschlüpft. Wenn sich in Fernsehzeitschriften eine neue Enthüllungsreportage über die bösen Machenschaften von Unternehmen wie *kik* oder Bayer ankündigt, dann werden am Tag nach der Ausstrahlung die Massenmedien und alternativen Blogs sich in Empörungsgesten gegenseitig überbieten, die ein zentrales Funktionsprinzip des Kapitalismus zum ungeheuerlichen und glücklicherweise endlich mal investigativ aufgedeckten Skandal aufbauschen. Dabei ist es immer wieder besonders interessant, wie schnell diese Empörungswelle wieder abebbt.

Was wir nämlich alle daraus lernen sollen, liegt auf der Hand: Bei den beanstandeten Konzernen handelt es sich um unrühmliche Ausnahmen, die die Medien als vierte Gewalt im Staate selbstredend sofort pflichtschuldig anprangern und damit ihren ehrenhaften Teil dazu beitragen, dass sich das bestehende Wirtschaftssystem nach und nach zu einer Ansammlung guter Kapitalisten wandeln wird. Was sich – bleibt man eine Weile an solch einem aus dem massenmedialen Blickfeld entsorgten Fall dran – kurz darauf immer als Unsinn entpuppt. Der erwähnte Konzern in Bangladesch kündigte etwa an, sich an der Reparatur der Halle beteiligen zu wollen, ohne irgendetwas am Arbeitszeitmodell zu ändern. Was aber taten derweil andere Unternehmen? Sie freuten sich diebisch über die Einfalt der Gegenseite. Walt Disney zum Beispiel wanderte aus dem durch Empörung entweihten Bangladesch aus und nach Kambodscha ein. Dort wird nach den exakt gleichen Prinzipien produziert wie zuvor in Bangladesch.

## DAS RICHTIGE LEBEN IM FALSCHEN

Anstatt dafür einzutreten, den Kapitalismus zu überwinden, liegen Grüne lieber in ihren Urban-Gardening-Beeten, tiefenentspannt und zufrieden mit der eigenen Existenz, die die Welt mit der raffiniert das eigene Selbstbild bestätigenden und alle vom eigenen Weltbild

abweichenden Menschen sozial sanktionierenden Wirkung moralischer Entrüstung retten zu können glaubt.

Genau hier zeigt sich das aus linker Sicht größte Problem: Die Idee vom guten Leben, das sich Grüne als das einzig moralisch richtige auserkoren haben, macht die Diskriminierung vieler nicht auf diese Weise Sozialisierter salonfähig. Die Grün-Alternativen negieren sozusagen jeden Tag aufs Neue den radikalen Satz von Theodor W. Adorno<sup>110</sup> und machen sich vor, es gäbe ein richtiges Leben im falschen – und alle, die das anders sehen, werden als unanständig, doof oder boshaft verachtet. Da Arbeiter, vor allem jene im Grundsicherungsbezug, in ihrer lebensweltlichen Entscheidungsfreiheit aus finanziellen wie kulturellen Gründen meist stark eingeschränkt sind, treffen Hohn, Spott und Hass vonseiten Grün-Alternativer diese Gruppe besonders stark. Nichts als Abscheu haben sie übrig für die angeblich konsumgeilen Hartzer, die einfach keine Bio-Produkte essen wollen, sondern zu Discountern gehen und den ganzen Tag »Kohlehydrate in sich reinstopfen« (O-Ton des langjährigen prominenten Grünen-Politikers Oswald Metzger)<sup>111</sup>.

Dass im Weltbild dieser Menschen, die das gute Leben jedem in genau der Weise aufzwingen wollen, wie sie es selbst leben, kein Platz für die wahre Armut in Deutschland ist, verwundert da nicht. Die Grün-Alternativen sind blind gegenüber anderen Lebenswelten, und sie bekämpfen die von relativer Armut betroffenen Menschen mehr als die kapitalistischen Strukturen. Sie sind – nein, sie sind keine Gutmenschen. Diesen rechten Kampfbegriff braucht kein Mensch, zumal er etwas an sich Alternativloses – nämlich das Gutsein – verächtlich macht. Von dem Kabarettisten Till Reiners stammt eine Bezeichnung für diese Leute, die deutlich geeigneter ist: Bessermenschen. Sie sind Bessermenschen, weil sie sich für etwas Besseres halten, ein besseres Leben zu führen glauben und faktisch Verdrängungskünstler sind. Sie sehen einfach nicht, wie sehr die offenkundige Konsumneigung von Menschen im Grundsicherungsbezug ein verständlicher Versuch ist, die massive materielle Benachteiligung vonseiten der Gesellschaft teilweise zu kompensieren und zumindest kulturell einigermaßen mitzuhalten.

Der Journalist Robert Misik bezeichnet unsere westliche Welt als Kulturkapitalismus, in dem sich Identität über Konsum konstituiert. Hier gelte das Motto: Ein positives Image ist alles. Und wo alle danach streben, ein positives Image aufzubauen, muss es als Gegenpol natürlich ein negatives Image geben, von dem man sich entschieden abgrenzen kann. Ein solch positives Image zu kreieren erfordert nun aber aufgrund des grün-alternativen Gebots zum richtigen Konsum einen gewissen Inhalt im Portemonnaie, so dass die materiell Armen fortan auch kulturell arm und damit gleich doppelt stigmatisiert sind: »Wer materiellen Mangel leidet und auch noch symbolisch deklariert ist, dem klebt schnell das ›Loser‹-Image an. Und wer als Loser gilt, der wird heute als Aussätziger behandelt, als einer, der nicht hineinpasst in die hyperschnelle Leistungsgesellschaft unserer Tage; der sein Schicksal verdient hat, weil

er einfach nicht kreativ genug ist.«<sup>112</sup>

Das schlechte Image definiert sich hierzulande etwa im Klassengeschmack der Unterschicht – vom DVD-Player über No-Name-Sportartikel bis hin zu Videospielen. Über diese von den Armen stark genutzten Angebote der Populärkultur wird seit Jahren schon mit der ostentativen Zurschaustellung völlig talentfreier Prominenter ein kultureller Stil vorgeführt, welcher der Mittelschicht habituell viel näher steht als in der Grundsicherung befindlichen Menschen. Das führt bei den Armen laut Misik zu dem Versuch, »den Mangel an symbolischem Kapital wettzumachen, indem sie sich dem modernen Stil, dem einzig akzeptierten Stil anpassen – was ihnen selten virtuos gelingt, da Habitus ein kulturelles Lernen voraussetzt, ein Gewusst-wie, das man sich nur schwer antrainieren kann«. Anstatt dies zu begreifen, verachten die Bessermenschen diese Leute und missgönnen ihnen sogar ihren Plasmafernseher. Wobei es ohnehin interessant ist, für welch abstoßendes Faszinosum die Grün-Alternativen dieses Gerät halten. Stets schwingt bei der Thematisierung des berühmten Plasmabildschirms die Unterstellung mit, Arme und Geringverdiener würden ihr Geld für Luxusartikel zum Fenster hinauswerfen. Das ist so arglistig wie verbreitet – auch innerhalb der Linken. Jeder seriöse Schuldenberater könnte den Bessermenschen beweisen, wie gut arme Menschen mit ihrem wenigen Geld haushalten im Vergleich zu allen anderen Bevölkerungsgruppen. Nicht weil sie edler oder schlauer wären, sondern weil sie sonst am Hunger krepieren müssten.

## AN DER SPITZE DER BEDÜRFNISPYRAMIDE

Seit kurzem wabert die Bewegung der Neominimalisten durch die Debatte. Sie haben beschlossen, nur noch mit dem absolut Notwendigen auskommen zu wollen. Also haben sie mal eben DVD-Sammlung, Klamotten, Bücher, Fernseher oder Möbel verscherbelt. Ihrem Selbstverständnis nach wollen sie sich von ihrem Besitz befreien und mit weniger als einhundert Gegenständen leben. Meist handelt es sich bei diesen Leuten um Selbstständige, davon überwiegend aus dem IT-Bereich. Es ist also die massenmedial viel besungene digitale Bohème, die im Namen des Minimalismus zu Hause ausmistet und davon rege auf zahllosen Internetblogs Auskunft erteilt.

Mit missionarischem Eifer fragen sich Bildungsbürgerkinder, ob man die Dinge, die man hat, auch wirklich braucht, weil sie einem das Leben zumüllen und die Gedanken beschränken würden. Konsumopfer seien alle, die nicht so denken, denn sie seien Gefangene des Kreislaufs eines zerstörerischen Konsums. Für Hinweise darauf, dass sie diese Frage mal einem Obdachlosen stellen sollten, sind sie taub. Denn, so betonen sie, ihre Ideen gälten für alle Einkommensgruppen. Und damit verdrehen sie die Fakten und lenken vom eigentlichen ökologischen Konsumproblem ab. Wahr nämlich ist, dass beispielsweise in den USA nur 2,5 Prozent des Gesamtabfalls von Individuen erzeugt wird. Die restlichen 97,5 Prozent entfallen auf »(1) Industriemüll, (2) Bau- und Abrissmüll sowie (3) Sondermüll (Abfälle aus Bergbau,

Treibstoffproduktion und Metallverarbeitung)«<sup>113</sup>. Grün-alternative Konsumkritiker lassen sich durch Fakten aber keineswegs in ihrer Attitüde moralischer Überlegenheit stören. Von der Spitze der Bedürfnispyramide herab erklären sie den Ärmern, dass sie zu viel konsumierten.<sup>114</sup> Bei diesem Neominimalismus handelt es sich nicht um eine zu vernachlässigende Nische des grün-alternativen Denkens, sondern um einen seiner wesentlichen Bestandteile, ohne die die heutige grüne Bewegung nicht zu verstehen ist.

Die *taz* veranstaltete im Jahr 2012 einen Kongress mit dem Titel »Das gute Leben«. Wie es dort zugeing und worum debattiert wurde, hat die Journalistin Claudia Wangerin für die Tageszeitung *Junge Welt* nachgezeichnet. Weder Gewerkschaften noch Sozialisten, ja, noch nicht einmal Attac waren anwesend, »dafür zum Beispiel ein Ökostromanbieter und eine Beraterfirma für nachhaltige und sachwertorientierte Geldanlagen«<sup>115</sup>. Das Themenspektrum reichte hier von der begeistert aufgenommenen Piratenpartei bis zu Urban Gardening, klimaschonenden Autos und einer Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit. Ein Sujet wie das Arbeitslosengeld II dagegen wurde nur »vorsichtig angeschnitten«. Das zeigt: Ihr Gut-Böse-Weltbild macht für die Grün-Alternativen alles allzu einfach und übersichtlich. Elektrizität bezieht man vom Ökostromanbieter, Nahrungsmittel sind nur aus dem Biomarkt erlaubt, im Café darf es nur fair Gehandeltes geben, sein Geld deponiert man bei der Anthroposophenbank GLS, und eine vegetarische Ernährung muss es mindestens sein, idealerweise aber eine vegane. Wer davon abweicht, wird in diesem Milieu bestenfalls mit verständnislosem Kopfschütteln bedacht.

Man könnte auch sagen: Die Grün-Alternativen wollen die Menschheit von Armut und Krieg durch Geldverprassen an der richtigen Stelle erlösen. Denn selbstverständlich muss jeder (zugegebenermaßen: obwohl es ganz leicht ganz anders ginge) einige Euros mehr ausgeben, um Ökostrom zu beziehen, aber natürlich muss die Energiewende dringend vorangetrieben werden. Ginge es nach den Bessermenschen, müsste darum jeder gleichermaßen gezwungen werden, seinen monetären Beitrag zu leisten. Dabei hat jeder Hartz-IV-Empfänger eine bessere CO<sub>2</sub>-Bilanz als all die Bio-Fair-Trade-Konsumkritikergruppen, die zu ihren Bildungsreisen nach Indien oder Tansania sicher nicht mit dem Fahrrad aufbrechen, sondern mit dem Flugzeug die an modernen Fortbewegungsmitteln größte Dreckschleuder nutzen. Und die moralisch einwandfreien Bio-Bananen werden gewiss nicht mit Rapsöl in die Supermärkte transportiert.

## POLITISCH KORREKTER KONSUM

Gerade Fair Trade hat sich zu einem neuen Glaubensdogma in diesem Milieu entwickelt. Ob die hippe Idee des moralisch guten Tauschhandels tatsächlich dazu führen kann, eine friedliche, gerechte Welt zu schaffen, in der sich alle lieb haben und jeder endlich adäquat entlohnt wird, ist mehr als fraglich. Handelt es sich dabei um eine praktisch wirksame

Möglichkeit der Konsumkritik oder passt die Bewegung doch lediglich zum schwarz-grünen Zeitgeist, in dem das gut betuchte Bürgertum sein Gewissen beruhigen kann, ohne im Handeln wirkliche Konsequenzen ziehen zu müssen? Die Tatsache jedenfalls, dass Fair-Trade-Produkte es längst vom Stand in der Fußgängerzone bis in die großen Discounter geschafft haben, könnte vielleicht für beide Thesen zugleich sprechen. In meinem journalistischen Umfeld an meinem Studienort Trier habe ich mehrere maßgeblich auf diesem Gebiet tätige Leute befragt. Und für die ist diese Sache klar wie vegane Kloßbrühe. Dazu gehört etwa Charlotte Kleinwächter. »Angemessene Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Schutz der Kinder und langfristige Verbesserung der Lebensqualität«<sup>116</sup> sieht die Geschäftsführerin der Lokalen Agenda 21 in Trier als wesentliche Vorteile des Fair Trade für Produzenten.

Darüber hinaus, so suggeriert sie, könnten Kunden im Sinne gerechter Welthandelsstrukturen aktiv Einfluss nehmen und sich auf eine hohe Transparenz und eine hohe Qualität der Produkte durch das Siegel verlassen. »Wer weiß schon, wie viel Prozent der Kosten, die eine normale Tasse Kaffee kostet, bei wem landet?« Andreas Wagner, Geschäftsführer des Studierendenwerks Trier, bietet seinen Kunden dementsprechend vor allem aus »Selbstverpflichtung zur Nachhaltigkeit«<sup>117</sup> fair Gehandeltes an. Neben den im regulären Programm befindlichen Kaffee, Tee, Süßwaren, Nudeln, Bananen, Quinoa und Linsen werden darüber hinaus bei der jährlich stattfindenden »Fairen Woche« weitere Produkte zur Herstellung von warmen Gerichten eingesetzt (u.a. Ingwer, Reis, Dipp, Kokoscreme). Unter den Tisch fällt natürlich auch hier wieder einmal, dass solche Produkte ihren Preis haben. Einen Preis, den der vom Jobcenter klein Gehaltene nicht zahlen kann.

Außerdem zeigen immer neue Beispiele, wie wenig fair es beim Fair Trade tatsächlich zugeht. Ein Dokumentarfilm von Donatien Lemaître<sup>118</sup>, der sich auf Plantagen in Mexiko oder der Dominikanischen Republik umgesehen hat, zeigt den fast ausschließlich einseitigen Nutzen der Idee des fairen Handels. Einerseits, so das Ergebnis des Filmemachers, lindere Fair Trade tatsächlich teilweise die Armutsverhältnisse der Menschen in den Produktionsländern. Andererseits, wie es die Logik jeder Marktwirtschaft eben gebietet, haben sich zugleich PR-Experten transnationaler Konzerne eine Strategie ausgedacht: Sie kaufen einen kleinen Anteil Fair-Trade-Produkte und lassen somit ihren Namen grünwaschen. Und das geschieht flächendeckend, so dass es den Siegel vergebenden Kontrolleuren und erst recht den Kunden im mitteleuropäischen Supermarkt überhaupt nicht mehr möglich ist, eindeutig zu bestimmen, was hier nun wirklich fair gehandelt ist und was nicht.

Es ist grotesk: Der politisch korrekte Konsum wird damit nicht nur für die Konsumenten zu einer Art kostspieligem Fegefeuer für ein gutes Gewissen und zum Ablasshandel für ein positives Image, sondern auch für die Unternehmen zu einer idealen Möglichkeit, fette Extraprofite einzustreichen und ihr simuliertes gutes Handeln findig zu nutzen, um naive Menschen dazu zu bewegen, nicht nachvollziehbare Fantasiesummen zu zahlen, um das



Konsumieren nicht komplett aufgeben zu müssen. »Buycott statt Boycott«<sup>119</sup> nennt Robert Misik dieses Phänomen. Mit Fair Trade wird das Konkurrenzprinzip an sich keineswegs infrage gestellt – bezieht sich der Fairnessbegriff doch gerade auf vorhandene Spielregeln innerhalb des Marktes. Aber es transportiert ebenso die reichlich inkonsequente Auffassung, alles Elend im Kapitalismus lasse sich nur darauf zurückführen, dass wir alle in den falschen Läden einkaufen und mit dem schneidenden Geräusch unserer im Verkaufsraum durch die entsprechenden Maschinen gezogenen Kreditkarten den Hunger, die Ausbeutung und die Unterdrückung auf diesem Erdenrund ein für alle Mal beenden könnten.

»Ich sehe nicht«, entgegnete Kleinwächter meiner Argumentation, »was inkonsequent am Kauf von Fair-Trade-Produkten sein sollte. Grundsätzlich sollten natürlich gerade Menschen mit höherem Einkommen ihre Konsummenge überdenken, denn jeder unnötige Konsum, egal, ob Fair Trade oder nicht, bedingt Ressourcenverbrauch«<sup>120</sup>. Da ist er wieder, der für Bessermenschen typische moralische Appell an den Konsumrebell, der eine begrenzte, aber sinnvolle Linderung der chaotischen Auswirkungen des Marktes ermöglicht, an den Grundfesten unserer Wirtschaftsform jedoch nicht zu rütteln gedenkt. Denn eine Produktion, die nicht den Profit, sondern den Bedarf zum wichtigsten Prinzip erhebt, wird damit nicht angestrebt.<sup>121</sup> Wer sich in diesem Milieu bewegt, erlebt sein grünes Wunder, wenn er all das anprangert.

## ZU GAST IM AUTORITÄREN BIO-HAUS

In der WG eines guten Freundes aus Trier gab es eine Studentin, die wie eine Karikatur der Bessermenschen daherkam. In regelmäßigen Abständen trieb sie mich damit zur Weißglut, denn ich war dort häufig zu Gast und durfte das Schauspiel aus nächster Nähe erleben. Sie war damals Studienstipendiatin der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung und beherrschte den (nicht nur) für Bessermenschen typischen Terror der gewaltfreien Kommunikation aus dem Effeff. Im Gespräch pflegte sie ihr Gegenüber mit einem um Neutralität bemühten Blick stets genau zu fixieren, sie ließ einen immer aussprechen und fuhr leise, aber bestimmt dazwischen, wenn ein Gesprächspartner dies bei ihr nicht tat. Ihre Stimme klang gedämpft, freundlich im Ton und geschliffen in der Wortwahl, und im ebenso seltenen wie richtigen Moment huschte sogar ein Lächeln über ihr Antlitz.

Und doch vermochte all das nur unwesentlich zu verschleiern, dass ich bei dieser WG definitiv nicht in der bescheidenen Hütte eines weiblichen Mahatma Gandhi, sondern im autoritären Bio-Haus gelandet war, in dem entweder nach der Pfeife der Queen of Vegan Kotelett getanzt wurde oder aber man handelte sich dauerhaft eine soziale Verachtungsatmosphäre ein, die in ihrer emotionalen Eiseskälte von stalinistischen Schauprozessen kaum zu unterscheiden gewesen sein dürfte. Um nur wenige Beispiele zu nennen: Einmal rief mich mein dort wohnender Freund an, als ich im Supermarkt stand. Ob

ich denn noch etwas Puderzucker für seine WG mitbringen könne. Klar, antwortete ich und pflückte gleich die günstigste Variante aus dem Regal. Studenten inszenieren sich ja gern als arm, da war die preisgünstige Lösung für mich naheliegend.

Am Ziel angekommen, übergab ich meinem Freund das Erbeutete freudestrahlend schon an der Eingangstür. Er aber wurde beim Anblick der Discountmarke blitzartig kreidebleich. »Wie konntest du nur«, begann er hörbar empört und sofort seine Stimme senkend, in den Flur hinausschreitend und die Tür leise hinter sich zuziehend, »wie konntest du denn nur vergessen, dass wir eine WG sind, in der nur Bio-Produkte erlaubt sind?« Ups, entgegnete ich nur halb entschuldigend. Er selbst sehe das mit Bio und Fair Trade doch gar nicht so eng. »Ja, ja«, sprudelte es flüsternd aus ihm heraus, »aber du weißt doch, dass die Regel trotzdem jetzt so festgelegt wurde.«

Bisweilen schaute ich nach Arbeitstagen zum Abendessen vorbei. Da wir manchmal keine Zeit zum Kochen hatten, brachte ich Tiefkühlpizza mit. Wohlwissend, damit eine auf höchster moralischer Alarmstufe zu führende verbale Auseinandersetzung mit der Great Green Lady der WG zu riskieren. Hatte ich das zweifelhafte Glück, dass sie tatsächlich zu Hause war, lockte sie meist der verdächtige Geruch des Backofens in die Küche. Mit verächtlichen Blicken und scheinheiligen Fragen nach dem Inhalt des Ofens begann die Konversation, und ich belog die Veganerin stets mit dem Hinweis, dass ich die Pizza zusätzlich mit abgepackter Billig-Salami belegt hätte, weil mein Hunger doch so groß sei und mein Budget so schmal. Dem vernehmbar angewiderten Schlucken der Hausherrin folgte eine allen Regeln der gewaltfreien Kommunikation gehorchende Bekundung des Missfallens sowie eine Belehrung ob der in der Wohnung eigentlich geltenden, gemeinschaftlich und einstimmig beschlossenen Regeln.

Erzählte ich ihr im Halbsuff mal nebenbei, dass ich aufgrund der Gebührenfreiheit mein Girokonto skandalöserweise bei einer Mainstream-Bank, ja, noch nicht einmal bei der örtlichen Sparkasse hatte, entspann sich ein von da an immer wieder auftretender grün-linker Überzeugungsversuch, mich irgendwie doch noch zum Konvertieren zur GLS zu bewegen, die paar Euro für die Kontoführungsgebühren habe ja wohl jeder übrig. So einfach läuft das bei den Bessermenschen: Der herrschaftsfreie Diskurs als argumentative Einbahnstraße. Denn das wirklich Lustige an all diesen Begebenheiten ist ja, dass Leute wie unsere Bio-Diktatorin sich selbst überhaupt nicht so wahrnehmen. Nicht umsonst inszenierte sie sich im persönlichen Gespräch bei der bewussten wie beiläufigen, in jedem Falle aber immerwährenden Aufzählung ihrer guten Taten gegenüber den lieben Mitmenschen und fast noch lieberen Mittieren nur allzu gerne als aufgeschlossene, lebenswerte, lebenslustige, antiautoritäre, fortschrittliche, insbesondere aber moralisch einwandfreie Ökosozialistin.

Menschen wie ihr scheint nicht aufzufallen, dass sie mit ihrer Haltung des ewig erhobenen Zeigefingers zur permanenten Demonstration scheinbarer moralischer Überlegenheit mehr

Schaden anrichten, als sie jemals Gutes für diese trüb darbene Welt tun könnten. Dabei ist das Leben in diesem Tunnel voll hell erstrahlender Anmaßung natürlich verständlich. Das eigene Ich kann permanent in der Haltung moralischer Unangreifbarkeit verharren und alle übrige bekannte Welt, die nicht zu einhundert Prozent exakt genauso denkt wie dieses Ego, als raffgierige und ignorante Bande diabolischer Unmenschen in Grund und Boden verdammen.

## NEUKÖLLN HAT SCHAUM VORM MUND

Bessermenschen dringen mit ihrer Haltung aber bei den formal weniger Gebildeten unter den lohnabhängig Beschäftigten und Erwerbslosen niemals durch, und es drängt sich der Verdacht auf, dass dies auch überhaupt nicht gewünscht ist, denn im Gegensatz zu ethischen Argumentationsstrategien zielt die Moral grundsätzlich nicht auf die Überzeugung des anderen, sondern sie dient ausschließlich der Bestätigung des eigenen Selbstbildes, wie es abermals Michael Schmidt-Salomon wunderbar erklärt: »Während ethische Argumentationen die Debatte versachlichen, indem sie vorurteilsfrei nach fairen Lösungen für Interessenkonflikte suchen, führen moralische Argumentationen häufig zu einer weiteren Verfestigung irrationaler Standpunkte.«<sup>122</sup>

Was Moralismus aus Menschen macht, musste ich auch schon außerhalb besagter Bio-WG erleben. Bei einem besonders guten Beispiel muss ich ein wenig ausholen: Seit der ehemalige Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), jeden Freitag seinen »Klartext« beim Berliner Rundfunk 91.4 in den Äther quietscht, bereue ich beim morgendlichen Zähneputzen beinahe jedesmal meinen 2014 erfolgten Umzug nach Berlin. Irgendwann forderte er aufgrund der sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in Köln mehr Härte der Justiz und schnellere Abschiebungen aus dieser politisch viel zu korrekten »Gesellschaft der Gutmenschen«. Da ich mich in meiner Dissertation kritisch mit solchem Sozialrassismus beschäftige, so dachte ich, sollte ich mir doch endlich mal Buschkowskys schon ewig auf dem heimischen Stapel vor sich hin staubendes Buch »Neukölln ist überall« zu Gemüte führen – und packte es noch schnell in den Rucksack, um das Ding in der S-Bahn durchzublättern. Eine Frau, die mir gegenüber saß und die *taz* las, schaute mich geringschätzig an. Alle paar Sekunden scharrte sie unruhig mit ihren Gesundheitsschuhen auf dem bierbefleckten Boden, bis sie allen Mut zusammennahm und mich ansprach.

Wobei »ansprach« als Beschreibung ihrer Artikulationsweise die Untertreibung der Biogrünkohlaison wäre. Ob ich denn nicht wisse, wie der Autor schamlos rassistische Vorurteile bediene? Oder unterstützte ich etwa ernsthaft diesen Nazi-Dreck? Mein reflexhaftes, eher scham- denn boshafte Grinsen stachelte sie offenbar noch weiter an: Gehörte ich also wirklich zu diesen »Ich hab ja nix gegen Muslime, aber«-Typen? Frauenverachtend sei ich dann ja sicher auch noch!? Sie klatschte ihre Zeitung auf den Sitz



und erhob sich.

»Ich sag dir jetzt mal was«, schrie sie nun, und natürlich duzte sie mich, denn so macht das die grün-alternative Szene in Berlin mit Freund und erst recht mit Feind, »ich sag dir jetzt mal was«, brüllte sie also, während ich mich hinter dem auf dem Cover abgebildeten Griesgramblick des Autors zu verstecken versuchte, »diesen beschissenen Rassismus kannst du dir in deine Glatze schmieren!« Ich hatte zu dieser Zeit aufgrund eines tragisch verunglückten Friseurbesuchs tatsächlich einer Glatze ähnelnde, raschelkurze Haare. »Wann auch immer«, schloss die aufgebrachte Frau, »dein Held Buschkowsky wieder bei uns in Neukölln auftritt, werden wir von der Grünen Jugend da sein!« Bevor ich zu meiner Verteidigung ansetzen konnte, sprang sie am Bahnhof »Sonnenallee« aus dem Wagen. Während ich durchatmete, beobachteten mich die anderen Fahrgäste, deren schockierten Blicken nicht anzusehen war, ob sie in mir nun Opfer oder Täter sahen. Mögen es rechte Schlechtmenschen sein oder sich links nennende Bessermenschen, so musste ich lernen, beide eint die Lust am aggressiven Ausleben ihrer irren Vorurteile.

Das macht es dann leider auch großbürgerlichen Autoren und Journalisten allzu einfach, in ätzenden Pamphleten gegen alles auch nur dem Anschein nach links Anmutende rhetorisch-stramm zu Felde zu ziehen. In seinem vor wenigen Jahren veröffentlichten Buch mit dem Titel »Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde«<sup>123</sup> polemisiert der Publizist Jan Fleischhauer gegen jene, die als »Wanderprediger am Außenrand der Gesellschaft« unterwegs seien und stets den Feind im Auge hätten, der aus Sicht von Fleischhauers Linken beschrieben wird als »der Täter in seiner reinen Form, der öffentliche Gegner, den es namhaft zu machen gilt – als Frauenfeind, Ausländerfeind oder Schwulenfeind«.

Immerzu, so Fleischhauer, betrachte sich die Linke als »moralisch unanfechtbar«. Charakterlich beschreibt er sie als narzisstisch bis in die ungewaschenen Haarspitzen: »Sie möchte sich laufend bestärkt und bestätigt sehen, jetzt eben dafür, dass sie schon immer irgendwie gegen den Kapitalismus war. Man wäre fraglos mehr beeindruckt, wenn den Vorbehalten eine Analyse vorausgegangen wäre, eine Beschreibung der modernen Finanzprodukte und ihres systemgefährdenden Potentials.« Spätestens jetzt dürfte klar sein, dass Fleischhauer nicht alle Linken meinen kann, denn selbst ihm müsste aufgefallen sein, dass es eine Fülle an radikal linken Kapitalismus- und Krisenanalysen gibt, die in ihrer Originalität und Plausibilität die Gedanken nahezu jedes liberalen Wirtschaftsnoelpreisträgers locker überflügeln. Nein, Fleischhauer meint die Bessermenschen. Setzt man dies voraus, stehen sogar einige korrekte Sätze in seinem Buch. Dazu gehört die Bemerkung, unter den Bessermenschen »gründen die meisten Vorbehalte auf Gefühl, nicht auf Überlegung«. Viel Wahres enthält auch seine Feststellung, dass es ihnen nicht ausreiche, in einer Auseinandersetzung nur recht zu behalten: »Schon der Versuch der Konsensverletzung gilt als skandalisierungswürdiger Vorgang.«

Fleischhauers zu Beginn seines Buches dargestellte Beobachtung ist wiederum eine fast lückenlose Darstellung der Bessermenschen: »Dieses Milieu ist bevölkert von einem bestimmten Typus, den man leicht an seinen Konsum- und Kulturgewohnheiten erkennen kann (auch wenn er sich selbst auf seinen Nonkonformismus viel zugutehält) und der sich durch ein ausgeprägtes Elitenbewusstsein auszeichnet, wobei Elite zu den Begriffen gehört, die für ihn so tabu sind wie Nation, Heimat oder Volk.« Was er beschreibt, sind eben nicht Sozialisten, sondern schlicht das grüne »Links-Bürgertum«.

Nun mag man denken: Was ist denn so schlimm an einer astreinen Persiflage auf das grün-alternative Milieu? Ganz einfach: Das, was Fleischhauer hier als links beschreibt, hat mit der antikapitalistisch gesinnten Linken überhaupt nichts zu tun. Nichtsdestotrotz war das Werk im Jahr 2009 das meistverkaufte politische Sachbuch in Deutschland. Durch diese enorme Öffentlichkeit assoziieren sehr viele Leute mit dem Inhalt des Buches alles Linke, also jedes nur denkbare kapitalismuskritische Ansinnen. Weitere PR erhielt der zwischen zwei Buchdeckel gepresste Blödsinn durch Fleischhauers Arbeitgeber, das ehemals als linksliberales Nachrichtenmagazin bekannte und heutige Sturmgeschütz der neoliberalen Konterrevolution namens *Spiegel*. Er ist dort nicht nur seit vielen Jahren Redakteur, sondern darf online auch noch regelmäßig die Kolumne »Der schwarze Kanal« absetzen, in der er seine Abneigung gegen sein Phantasma der Linken weiter auf die Spitze treibt.

Im bei RTL beheimateten Fernsehableger des *Spiegel* durfte der Autor sogar eine halbstündige Verfilmung seines Werkes ausstrahlen lassen, die sich noch heute auf verschiedenen Internetportalen befindet. Nach kaum mehr als zwei Minuten tritt hier der Protagonist himself ins Bild, ausgestattet mit einer randlos runden Brille, das Resthaupthaar reaktionärsgerecht mit reichlich Pomade straff nach hinten gekämmt, um die Geheimratsecken freizulegen und noch älter zu wirken als Ende 40. In seinem weißen, an den Ärmeln machermäßig hochgekrempelten Opi-Hemd schreitet er mit dem schelmischen Schmunzeln des schulmeisternden Strebers und dem verkrampften Gang einer die Prüderie propagierenden Popanz-Gestalt in den Vorgarten seiner sozialdemokratischen Mottenkisten-Mutter. Nach einem Drittel des Films trifft Fleischhauer den Grünen-Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele – eigentlich einer der letzten ernst zu nehmenden Vertreter dieser Partei. In seinem Wahlbezirk hat Ströbele versucht, mithilfe einer Bürgerinitiative die Eröffnung einer McDonald's-Filiale zu verhindern – mit der Begründung, dass das dort verkaufte Essen für die Schüler der nahe gelegenen Berufsschule »nicht gesundheitsförderlich« sei. Fleischhauer entlarvt Ströbele mit so einfachen Argumenten (etwa durch den Verweis auf die Frittenbude nebenan, gegen die Ströbele nichts einzuwenden hat), dass der ganze Film schon wieder allzu billig überkommt. Denn es geht genauso wohlfeil weiter.

Nachdem er Linke pauschal als verhätschelte und Wasser predigende, aber Wein trinkende

Trottel denunziert hat, taucht er bei einem Bundestreffen der Grünen Jugend auf und ereifert sich über die sprachkritischen Bemühungen der mit dem Medienprofi sichtlich überforderten Nachwuchs-Ökos. Im Gespräch mit der dafür inhaltlich zuständigen Delegierten versucht Fleischhauer unter peinlichem Ausnutzen seines rhetorischen Kompetenzvorsprungs den Eindruck zu erwecken, als gäbe es für Linke nichts Wichtigeres als die Debatte um Binnen-I oder Gender-Gap. Am Ende spricht er noch mit dem Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, der rein zufällig Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen ist.

Mit einer durchschaubaren Taktik konfrontiert Fleischhauer ihn damit, dass auf einer Demonstration, zu der auch Teile seiner Gewerkschaft aufgerufen haben, mehrere Polizisten verletzt worden seien und sich von ver.di noch niemand offiziell dafür entschuldigt habe. Die ungehaltene und deshalb höchst unkluge Reaktion Bsirskes bestätigt dann den Verdacht: Fleischhauer war einfach nur da, um den als leicht aufbrausend bekannten ver.di-Bundesvorsitzenden zu provozieren und zu seinem als pointiert gedachten Schlusssatz zu kommen: »Gelassenheit ist wirklich keine Tugend der Linken.«<sup>124</sup> Im Buch wie im Film bemüht sich Fleischhauer kaum, zu verschleiern, dass er mit den Linken in erster Linie die Grün-Alternativen meint, ohne es so klar aufzuschreiben.

Sicher unterlässt er das mit dem Ziel, damit nebenbei die gesamte Linke zu diskreditieren, was ihm leider auch gelingt. Bessermenschen wirken dadurch auf die Durchsetzungschancen einer Perspektive jenseits des Kapitalismus schädlicher, als es Christian Lindner oder Donald Trump zusammengekommen jemals könnten. Sie sind die dankbaren Idioten, denen die Bourgeoisie den Knüppel überhauen kann, um der Masse zu zeigen, welch abstruse Wesen da in ihrem Namen zu sprechen wagen und wie gut sie es doch im Vergleich dazu im Kapitalismus haben, der sie zwar fehlinformiert halten mag, ihnen dafür aber weder Plasma-TV noch Fastfood oder ihre nicht-gegenderte Sprache vermiesen will.

## EURE ARMUT KOTZT UNS AN

Ausgerechnet ein Redakteur der *taz* hat im Jahr 2010 eine mustergültige Charakterisierung der Partei der Grünen und damit auch der institutionellen Keimzelle solcher Gedanken vorgenommen. Nachdem FDP-Rüpel Guido Westerwelle gegen Hartz-IV-Empfänger seinen als »spättrömische Dekadenz« formulierten Faulheitstadel vorgebracht hatte, folgte ein Shitstorm vonseiten einiger Grünen-Politiker, aber zugleich eine merkwürdige Welle der Zustimmung in Medien und Öffentlichkeit. Jan Feddersen stellte in der *taz* die korrekten Bezüge her: »Die grüne Wählerschaft war die verständigste, als es unter Kanzler Schröder um das Hartz IV genannte Konstrukt aus christlicher Soziallehre und rheinisch-kapitalistischem Almosenbewusstsein ging. Die FDP sagt offen, dass Armut Mist ist und man mit ihr nichts zu tun haben will. Die Grünen hingegen würden das niemals offen aussprechen,

leben aber so. Man wohnt im angesagten Berlin-Kreuzberg und schickt die Gören auf eine elendsarme Schule entweder im eigenen Quartier oder gleich in einem anderen Viertel. Grüne würden nicht offen sagen, dass Unterschicht unter ihrer Würde sei. Aber man lebt materiell so sehr in trockenen Tüchern, dass die Antwort auf die Frage des Ökologischen immer eine der besseren Kreise bleibt. Die Grünen eint eine gusseiserne Aversion gegen alles Prollige – nicht cool, nicht öko, nicht gebildet, nicht anschlussfähig an sich selbst.«<sup>125</sup>

Vom einst rebellischen grünen Lebensgefühl ist nichts geblieben, das grün-alternative Milieu hat seine Maske längst fallen gelassen und offenbart die hässliche Fratze des Opportunismus. Auf ihrem Bundeskongress rief die Grüne Jugend 2014 dazu auf, mit Rot-Rot-Grün auf Bundesebene ein linkes Gegenprojekt zu starten, lehnte aber einen Antrag nahezu einmütig ab, der die Unterstützung der »Roten Hilfe« forderte<sup>126</sup> – einer Organisation, die sich für Linke einsetzt, die von politischer Repression betroffen sind. Für junge wie alte Grüne gilt heute: Sie sind nur noch »ein ganz spezieller Motor des neokonservativen Rollbacks«<sup>127</sup>, wie die Ex-Grüne Jutta Ditfurth ihre frühere Partei charakterisiert. Wundert sich ernsthaft noch jemand, dass überall schwarz-grüne Flirts zu vernehmen sind und die Grünen-Bundesvorsitzende Simone Peter sogar mitteilte, sie könne sich gut vorstellen, im Bund mit den Unionsparteien zusammenzuarbeiten?<sup>128</sup>

Auch wenn die meisten Grünen sich nach der Bundestagswahl 2013 noch zierten: Wären sie ehrlich zu sich selbst und zu ihren Anhängern, dann hätten sie zu diesem Zeitpunkt im Bund längst mit den Unionsparteien koalitiert. Mittlerweile trommelt sogar das *Handelsblatt* für eine solche Konstellation, wie etwa in einer Titelstory aus dem Herbst 2013: »Mit den Grünen, die weniger stark mit den vielfältigen Lobbyisten des Wohlfahrtsstaates verknüpft sind als die SPD, dürften diese Entscheidungen (gemeint sind restriktive Zuwanderungspolitik, Rente mit 67 und andere Schandtaten – C.B.) leichter fallen. Stellvertretend für die deutsche Gesellschaft haben sie im Kosovo-Krieg eine tiefgreifende Auseinandersetzung darüber geführt, dass ein Abseitsstehen in solchen Situationen größere Schuld bedeuten kann als ein militärisches Engagement.«<sup>129</sup> Dank der stellvertretend für die Bevölkerung handelnden Grünen, so das *Handelsblatt*, habe sich der »Pöbel« also nicht die dämonische Schuld aufgeladen, auf den Ausbau der wirtschaftlichen Führerschaft des deutschen Vaterlandes nur deshalb zu verzichten, weil man dafür im Kosovo ein paar Menschen abschlachten musste.

Egal, ob ihre vorgetäuschte Ablehnung von Stuttgart 21, das sie in Regierungsverantwortung umso williger doch umsetzten, egal, ob ihre Missachtung des Paradoxons, dass der Grüne Kapitalismus keine Lösung ist, weil Akkumulation immer Wachstum bedeutet und Wachstum auf Dauer niemals ökologisch nachhaltig sein kann, egal, ob die Transformation der Joschka Fischers und Jürgen Trittins dieser Welt von Steineschmeißern gegen den Kapitalismus zu bedingungslos gehorsamen Bütteln ebendieses Systems – aktuell scheint, angesichts der

zahllosen Wahlsiege, kein tagespolitisches Detail entlarven zu können, dass die Grünen einen permanenten Etikettenschwindel betreiben und sich kritisch-alternativ präsentieren, ohne es zu sein.

Der wichtigste Grund für den unerschütterlichen Erfolg der Grünen ist leicht zu erkennen, wenn man sich fragt, wer denn eigentlich die Wählerschaft dieser Partei ist: die Besserverdienenden und formal Hochgebildeten, die überwiegend durch leitende Stellen im öffentlichen Dienst abgesichert sind. Ein Umstand, dessen Umkehrschluss der Politologe Franz Walter so beschreibt: »Würden allein Menschen mit Hauptschulabschluss (oder ohne jeden Abschluss) wählen, dann hätten die Grünen schlechte Chancen, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen.«<sup>130</sup> Das Interesse der grünen Stammklientel ist das möglichst langfristige Fortbestehen des Kapitalismus. Okay, vielleicht mit einem um 20 Euro höheren Hartz-IV-Satz und intensiverer »Entwicklungszusammenarbeit«, wobei eine klare Priorität gilt: »Den Alkoholismus all der Obdachlosen unterstützt sie nicht, sie spendet für Kinder in Not, nicht zu knapp und gegen Quittung.«<sup>131</sup>

## NEOLIBERALISMUS JENSEITS DES WACHSTUMS

Schwer in Mode ist bei Grünen derzeit eine alte Idee in neuen Schläuchen: Postwachstum! Zwar gibt es in der akademischen Debatte auch vernünftige Postwachstums-Ideen.<sup>132</sup> Der tonangebende Teil aber argumentiert nicht systemisch, sondern individualistisch und macht den wirtschaftlichen »Wachstumswahn«<sup>133</sup> der Menschen für alles Schlechte dieser Welt verantwortlich. Würden wir endlich aufhören, unser Glück im besinnungslosen Konsumieren zu suchen, so diese Logik, dann würden wir auch tatsächlich glücklich werden. Als Lösung schlagen sie vor, das Bruttoinlandsprodukt als Gradmesser für den Zustand eines Landes abzuschaffen und generell ökologische Nachhaltigkeit dem Streben nach ökonomischem Wachstum vorzuziehen. Klingt total vernünftig. Doch der vorgeschlagene Weg, auf dem dies zu erreichen sein soll, grenzt an Größenwahn. Christine Ax, ein Guru dieser Bewegung, erwartet von den Individuen, dass sie »endlich wieder als Bürger in Erscheinung treten und Verantwortung übernehmen«<sup>134</sup>. Nicht der Kapitalismus an sich müsse also überwunden werden, sondern der Einzelne hätte nur sein eigenes Verhalten zu ändern, dann gelängen wir schnell ins Reich der Freiheit.

Im Winter 2013 konnte ich Christine Ax mit einigen ihrer Gesinnungskameraden bei einer Podiumsdiskussion in Jena erleben. Mit ihr debattierte unter anderem Felix Ekardt, der von der Zeitschrift *Neon* einmal zu einem der 100 wichtigsten jungen Deutschen ernannt worden ist. Beide präsentierten sich in beispielloser Selbstgefälligkeit und sprachen von einem aufgeklärten Liberalismus als Leitbild, der den einzelnen Menschen in die Verantwortung nehme, damit dieser nicht mehr nur abstrakt über das böse System schimpfen könne. Je mehr die beiden ihre Glaubenssätze predigten, desto mehr ließ sich ihr Weltbild kleineren

Bemerkungen entnehmen. Ekardt etwa muss sich selbst ungemein toll finden, denn in seinen Statements spielte er ständig auf die eigene Genialität an, die er sich offenbar ganz unbescheiden attestiert. Der größte Klopper des Professors ging so: »Viele Leute gucken mich ja erst mal schief an, wenn ich mich ihnen vorstelle und sage: Ich hab keinen Fernseher, kein Auto, fahr nicht in Urlaub und bin Vegetarier.«

Eine Dame im Strickpullover brachte das bedingungslose Grundeinkommen ins Spiel. Das wollte Christine Ax nicht auf sich sitzen lassen. Mehr Einkommen reduziere die Armen doch nur wieder zu Konsumenten und sei daher abzulehnen. Hätten in der letzten Bank ein paar FDP-Yuppies gesessen, sie hätten sich in ihre pomadeverschmierten Fäustchen gelacht und ein weiteres Argument für die Massenarmut in ihr Portfolio aufnehmen können.

Als Ax mit dem Satz fortfuhr, in Deutschland gebe es keine materielle Armut, sondern nur Menschen, die von der Gesellschaft in die kulturelle Verwahrlosung getrieben würden, wären bei Vorhandensein die Liberaldemokraten garantiert endgültig nach vorne gestürmt und hätten der gelernten Ökonomin mit Kusshand dazu gratuliert, dass sie die neoliberalen Ideologiefetzen aus dem Studium noch immer herunterbeten kann. Wäre es so gekommen, es hätte sie überrascht, denn Leute wie sie halten sich selbst tatsächlich für widerständig, kritisch und rebellisch. In Wahrheit aber zeigen ausgerechnet die Postwachstumsfans dieser Sorte, warum die Grün-Alternativen so hervorragend zur CDU passen: Eine sich mit Verachtung für die Armen paarende Fortschrittsfeindlichkeit ist ihr hauptsächlicher Programmpunkt.

Meist sind die Kapitalismuskritischen im grün-linken Milieu mit 68er-Eltern aufgewachsen, von denen sie frühzeitig in alternative Erziehungsstätten gesteckt wurden. Dort wollten ihnen Mama und Papa »noch einmal einen tüchtigen Schuss Rousseauismus gönnen, bevor sie sich an der Uni als gnadenlose Opportunisten und später im gehobenen Berufsleben als neoliberale Raubtiere etablieren dürfen«<sup>135</sup>. Grün-Alternative hängen mitten im Studium meist noch in einer Phase zwischen der behüteten Mitmenschlichkeit ihrer gymnasialen Schulzeit und dem beginnenden Opportunismus des grundständigen Unibetriebs, dessen sie sich zu diesem Zeitpunkt bestenfalls unbewusst gewahr sind. Ein weiterer Trend demonstriert diesen subtil und beinahe unmerklich in den alternativen Studenten allmählich durchbrechenden Karrierismus: der Rucksacktourismus, für den sich auch in Deutschland der internationale Begriff des Backpacking durchgesetzt hat.

## ETHNOGRAPHIE DER RUCKSACKREISENDEN

Jedes Jahr brechen Tausende junge Menschen mit ihren Rucksäcken auf, um die Welt zu bereisen. Unter bewusstem Verzicht auf jeglichen Luxus, den das Reisen für wohlhabende, westliche Weiße in aller Regel mit sich bringt, und obendrein unter strikter Meidung massentouristischer Orte, wollen sie asketisch und minimalistisch einen möglichst



authentischen Eindruck von der Lebenswirklichkeit jener Kulturen erfahren, die sie mit ihrem moralisch einwandfreien Absichten besuchen.

Von der Anthropologin Jana Binder stammt die bislang beste und treffendste wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Rucksacktourismus. Sechs Leitsprüche hat sie identifiziert, die für die Backpacker-Generation des beginnenden 21. Jahrhunderts gelten. Da wäre zunächst das Motiv »Go wherever you want!«. Backpacker haben laut Binder dank ihrer meist privilegierten ökonomisch-kulturellen sozialen Herkunft die Möglichkeit, formal existierende Grenzen mehr oder weniger ungehindert zu überwinden: »Das Überwinden von Grenzen stellt eines der wichtigsten Ziele des Backpacking dar, weswegen nationalen Grenzen eine positive Bedeutung zukommt«<sup>136</sup> – womit die alternativen Backpacker (auch wenn die wenigsten es zugeben würden) gegen einen ihrer wichtigsten vermeintlichen Grundsätze verstoßen, nämlich dem Ziel einer freien Welt ohne nationale Grenzen. Ganz im Gegensatz zu den von ihnen mit so viel verbalem Mitleid überschütteten Flüchtlingen und Migranten nämlich »bekommen Grenzen, Routen und Staatsangehörigkeit eine vollkommen andere Bedeutung« für diesen privilegierten Alternativtourismus.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für das Backpacking sieht Binder in dem Leitideal »Take your time!«. Backpacker, so die Autorin, beurteilten Freizeit immer nach ihrem konkreten Ertrag, »was ein wichtiges Distinktionsmerkmal gegenüber den ›normalen‹ Touristen ist«. Auf gut Deutsch heißt das: Backpacker setzen sich in ihrer Einbildung über die emotional verdorbene Masse hinweg, die im Urlaub ihr im miesen Job erbeutetes schmutziges Geld verprasst und sich von armen, übel ausgebeuteten Asiatinnen die fetten Wohlstandswampen massieren lässt. Das dritte Motto »Go with your flow!« beschreibt Binder ebenfalls als Distinktionsbestreben von Mittelschichts-Kids: »Backpacken bietet die Möglichkeit, zweckfrei persönlichen Bedürfnissen nachzugehen und einen neuen Identitätsentwurf, ein neues Ich-Gefühl in Abgrenzung zu Nicht-Reisenden zu entwickeln.« Für viele Backpacker scheint außerdem erstrebenswert, dass sich die freiwillige materielle Entbehrung auch in kontrolliertem körperlichem Substanzverlust äußert.

»Feel it, show it!« lautet der Slogan, bei dem es darum geht, den eigenen Leib endlich einmal zu spüren, so wie sie es sonst nur von latrinengeplagten Schwarzen aus dem Bildungsfernsehen kennen: »Das Tragen des Rucksacks, die körperlichen Herausforderungen und Grenzerfahrungen, der enge Kontakt mit Sand, Wasser und Luft, die Witterung, Magen- und Darmerkrankungen etc. führen zu einer verstärkten Wahrnehmung und Bedeutung des eigenen Körpers.« Den für die jeweilige Kultur typischen Körperschmuck hängen sich die Backpacker als Zeichen ihrer Verbundenheit selbstverständlich auch um, damit die erlebten inneren Veränderungen von allen gesehen und vor allem bewundert werden können; meist gut geplant mit dem einzigen Luxusgut – der teuren Kamera – vorzeigbar in Szene gesetzt. Schließlich sollen die Freunde zu Hause die weit Gereisten bewundern.



Nebenbei könnte man die Fotos ja auch bei Facebook online stellen, damit während der Bewerbungsrunde auf eine unbezahlte Praktikums- oder nach dem Studium auf eine gut bezahlte Traineeestelle die jeweiligen Personalchefs beeindruckt und die vielen Konkurrenten wirkungsvoll ausgestochen werden können. Das gelingt natürlich nur, wenn man ihnen auch ansieht, wie weit sie schon auf entbehrungsreiche Backpacking-Art herumgekommen sind. Und tatsächlich kommunizieren Backpacker durch abgetragene Kleidung und verschlissenes Equipment ihren »road status«. Es kommt sogar vor, dass Reiseneulinge, die sich zu Anfang ihres Trips mit neuem Material ausgerüstet haben, »dieses absichtlich verschmutzen, um zu vertuschen, dass sie noch nicht sehr lange ›on the road‹ sind«.

Nummer fünf »Be less materialistic!« ist sicher eines der wichtigsten Elemente des Backpacking-Lebensgefühls. Billiges Reisen steht über allem, denn es ist »eine weitere Kompetenz, die den road status ausmacht.« Genau durch dieses Betonen des Verzichts auf das finanziell eigentlich locker Mögliche wird die Rucksackreise erst zu einem Widerpart des Urlaubs, den die Masse macht, um ihrem mutmaßlich langweiligen und traurigen Leben zu entfliehen. »In diesem Zusammenhang wird die distinktive, ideologische Bedeutung von Entsagung, neben der rein ökonomischen Notwendigkeit, deutlich: Der Gegenentwurf des Reisens in Form von Entsagung wird in diesem Kontext von zivilisations- moderne- und konsumkritischen Vorstellungen gesetzt, die davon ausgehen, dass Materialismus per se eine positive Selbstverwirklichung verhindere. Asketische Bedingungen gelten als Ausgangspunkt für geistige Leerung, die zu schöpferischer Kreativität führen soll.«

Es erzählt viel über die Doppelmoral, die dahinterstecken muss, wenn jemand mit gut gedeckter Kreditkarte zeitweise in einer Hütte ohne fließend Wasser und Strom in selbst zugeschriebener Armut lebt, nur um eine authentische Erfahrung zu machen. Für Betroffene muss sich das wie Hohn und Spott anfühlen, auch wenn sie aus Scham im persönlichen Kontakt den eifrigen Backpackern sicher das genaue Gegenteil erzählen dürften. Die reale Armut der Menschen wird dabei von Wohlhabenden ausgeschlachtet, damit man später mit reichlich kulturellem Kapital im verschlissenen Rucksack in den Kampf um die besten Jobs ziehen kann. Und diese Ausbeutung ist nicht nur symbolisch, denn Backpacker bringen den von ihnen bereisten Ländern und Regionen viele Nachteile: Ökonomische Gewinne gleich null, aber die schlechten sozialen Einflüsse wie den angeblich harmlosen Haschisch-Konsum lassen sie zurück.

Zum jointseligen Ansammeln von kulturellem Kapital gehört natürlich auch das Netzwerken, eine unverzichtbare Schlüsselkompetenz für die Akademiker des neuen Jahrtausends. Daher lautet das sechste von Jana Binder identifizierte Leitmotiv der Backpacker: »No commitments!«. Denn natürlich stellen die vielen losen und spielerischen Beziehungen während des Reisens »einen entscheidenden Gegenentwurf zu Verpflichtungen innerhalb sozialer Gruppen im Alltag dar«. All das sind keineswegs irgendwelche verqueren

Gedanken einer den Backpackern feindlich gesinnten Wissenschaftlerin. Nein, Jana Binder hat einige Rucksackreisende hautnah begleitet und sie intensiv befragt.

So bekam sie unter anderem heraus, dass unter den fast ausschließlich der oberen Mittelschicht entstammenden und mit einem höheren formalen Bildungsabschluss ausgestatteten Backpackern »die Antizipation, sich durch ihre Reise eine gute Ausgangsposition für einen positiven Start in den Beruf oder für eine positive Weiterentwicklung des Berufslebens zu schaffen, in großem Maße verbreitet« ist. Geradezu penibel achten zahllose Backpacker darauf, »dass Reisen und Karriere sich nicht behindern und eine strikte Trennung beider Bereiche irrelevant bzw. unerwünscht geworden ist«. Auf die eigene Schulter klopfen sich die Backpacker nur zu gerne, wenn sie betonen, »dass die eigene Offenheit und kosmopolitische Einstellung ein Vorbild für alle Menschen sein sollte, denn sie garantiere ein friedliches Zusammenleben, das von gegenseitigem Interesse geprägt sei«.

## AB IN DIE GESUNDHEITSDIKTATUR!

Wie stark der darüber in den eigenen Kreisen vermittelte Anerkennungsmechanismus funktioniert, habe ich am eindrucklichsten bei einem Konzert der Deutschpop-Kapelle »Alin Coen Band« in Erfurt erlebt. Als Voraberkklärung eines die böse Welt da draußen geißelnden Liedes berichtete die namensgebende Frontfrau, sie sei mit 19 Jahren einmal mehrere Monate durch Indien gereist und habe dort schlimme Zustände gesehen. Nach einer Wirkungspause fügte sie den obligatorischen Zusatz »Mit einem Rucksack auf dem Rücken!« hinzu und der Jubel der überwiegend dem alternativen Studentenmilieu zuzurechnenden Fans kannte keine Grenzen mehr. Bewundernswert erschien es ihnen, dass sich dieser kleine Star auf der Bühne einst nicht zu schade gewesen ist, als Backpackerin ohne jeden Wohlstand die Lebenswirklichkeit der armen Leute zu begutachten. Und Frau Coen sah sich gewiss nicht zum ersten Mal in ihrer Strategie bestätigt, ihren Elendstourismus als Statussymbol zu vermarkten. Einfache Leute abzuwerten, erscheint den Backpackern dabei nicht verwerflich, sondern notwendig, wie Jana Binder zeigt: »Der Mehrheit aller Akteure im Globalisierungsprozess wird eine Statistenrolle zugedacht, die zudem hochgradig stereotypisiert und stilisiert herausgearbeitet wird, um sich im Kontrast zu ihr abzuheben. So werden die Veränderungen und Dynamiken, von welchen Backpacker selbst erfasst werden, den Akteuren um sie herum nur eingeschränkt zugestanden.«

Im Klartext heißt das nichts anderes, als dass ihre im Backpacking-Prozess erworbenen Fähigkeiten gefälligst die einer privilegierten Minderheit bleiben sollen, »die zudem die Deutungsmacht hat, diesen Prozess als qualifizierend zu definieren. So kommt es zu einer Stabilisierung der eigenen Position als Globalisierungsgewinner«. Jana Binder gelangt damit zu einem für die Backpacker nicht gerade schmeichelhaften Fazit: »Indem soziales Prestige in

der globalen Arena gesammelt wird, können sie sich als Globalisierungsgewinner positionieren. Flexibilität, Mobilität, Interaktionskompetenz und ein ständiges Re-Positionieren sind die entscheidenden Merkmale.«

Neu ist das alles zwar nicht. Schließlich wusste man schon im Deutschen Kaiserreich, was gut für die lieben Kleinen ist. Dort war es nämlich »üblich, dass Bürgersöhne von ihren Eltern in die Ferne geschickt werden. Sie sollen in ihren Studienjahren nicht nur Wissen ansammeln, sondern auch etwas erleben.«<sup>137</sup> In den Biografien des Teilzeit-Asketismus spielt das Reisen heute aber die Rolle der unternehmerisch sinnvollen Weiterentwicklung, des Erlernens von räumlicher Flexibilität, kriecherischer Anpassungsfähigkeit und rücksichtslosem Durchsetzungsvermögen. Da sie sich als Akteure betrachten, die einem System bei allem nötigen individuell-konsumkritischen Widerstand irgendwie dann doch folgen müssen, weil die Masse das gute Leben nicht leben will, meinen sie, eine blütenweiße Weste zu haben, wandeln mit einem ewig erhobenen moralischen Zeigefinger durch die Lande und wissen nicht, dass aus gutem Grund gleich vier Finger wieder auf sie zurückzeigen.

In dem deutschen Film »Free Rainer« geht es um eine Gruppe von Idealisten, die die Fernsehquoten so manipulieren, dass alle irgendwann nur noch Arte und 3sat zu sehen bekommen. Nachdem sie mit ihrem Ansinnen völlig zu Recht krachend gescheitert sind, wenden sie sich einer noch größeren Mission zu. Sie fahren ins pfälzische Haßloch, das der Industrie als Dorf mit den durchschnittlichsten Deutschen überhaupt gilt und dessen Einwohner daher beliebte Versuchskaninchen für neue Konsumartikel sind. Bei den Chipkarten, die die Konsumgewohnheiten der Menschen erfassen, werden dank einer Manipulation der Gruppe nun alle als ungesund abgestempelten Produkte wie Schokolade und Tiefkühlpizza gelöscht und nur gesunde Sachen wie Obst und Gemüse eingespeist, damit im Supermarkt die Kalorien- den Vitaminbomben weichen. Dieser Film fordert also nichts anderes als eine Gesundheitsdiktatur. Erlaubt soll nur sein, was die Konsumpolizei für moralisch einwandfrei hält. Denn, so die Moral von der Geschicht, wenn alle so leben wie die Bessermenschen, dann stirbt Mutter Erde am Ende doch noch nicht.

<sup>109</sup> Thomasz Koniecz: An der Lieferkette. Zum Beispiel Bangladesch: Jede Industriekatastrophe in der Arbeitshölle der Dritten Welt nehmen die Medien hierzulande zum Anlass, das Märchen von der Reformierbarkeit des Kapitalismus wiederzubeleben. In: Konkret, Nr. 7/Juli 2013

<sup>110</sup> Gemeint ist Adornos berühmte Sentenz »Es gibt kein richtiges Leben im falschen.«

<sup>111</sup> Vgl. Hans Peter Schütz: Oswald Metzger: »Ich bin auf dem Sprung«. Er ist eine der schillerndsten Figuren der Grünen: Oswald Metzger, einst Haushalts-Experte im Bundestag, dann Privatier, nunmehr Landtagsabgeordneter. Kurz vor dem Parteitag in Nürnberg rechnet er im Stern-Interview mit dem vermeintlichen Linksruck der Grünen ab, spricht über Sozialhilfe-Empfänger – und kokettiert offen mit einem Parteiwechsel. In: Der Stern vom 20.11.2007. Oswald Metzger trat 2008 bei den Grünen aus und wechselte zur CDU

<sup>112</sup> Robert Misik: Alles Ware. Glanz und Elend der Kommerzkultur. Berlin 2009

<sup>113</sup> John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York: Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten. Hamburg 2011

- 114 John Naish: Genug. Wie Sie der Welt des Überflusses entkommen. Köln 2010
- 115 Claudia Wangerin: »Lebensstile transportieren«. Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann war am Samstag Stargast beim taz-Kongress »Das gute Leben – es gibt Alternativen« in Berlin. In: Junge Welt vom 16.04.2012
- 116 Siehe Christian Baron: Weltrekordversuch für fairen Handel. In: hunderttausend.de. Kultur, Freizeit, Leben in der Region Trier/Luxemburg vom 13.09.2011
- 117 Ebenda
- 118 Donatien Lemaître: Der faire Handel auf dem Prüfstand. Dokumentarfilm. Deutsche Erstaussstrahlung am 06.08.2013 bei arte
- 119 Siehe Anm. 112
- 120 Siehe Anm. 116
- 121 Eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Phänomen findet sich in dem Buch von Caspar Dohmen: Otto Moralverbraucher. Vom Sinn und Unsinn engagierten Konsumierens. Zürich 2014
- 122 Michael Schmidt-Salomon: Jenseits von Gut und Böse. Warum wir ohne Moral die besseren Menschen sind. München 2009
- 123 Jan Fleischhauer: Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde. Reinbek bei Hamburg 2009
- 124 Jan Fleischhauer: Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde. Der Film. Spiegel TV Magazin. Hamburg 2009
- 125 Jan Feddersen: Klassenbewusst wie die FDP. Wie Westerwelle bei den Grünen punktet. In: taz Online vom 17.02.2010
- 126 Marcus Meier: Grüne Jugend will Rot-Grün-Rot. Bundeskongress spricht sich für Reformperspektive nach Wahl 2017 aus. In: Neues Deutschland vom 28.04.2014
- 127 Jutta Dittfurth: Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen. Berlin 2011
- 128 Aert van Riel: Unheimliche Machtperspektive. In: Neues Deutschland vom 31.07.2015
- 129 Torsten Riecke, Thomas Hanke: Die Mutprobe. Nach ihrem Wahlsieg muss Angela Merkel Reformen anpacken. Auch wenn ein Bündnis mit der SPD naheliegt – eine Koalition mit den Grünen verspricht mehr Erfolg. Die Schnittmenge der Parteiprogramme ist größer als gedacht. In: Handelsblatt, Nr. 187
- 130 Franz Walter: Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Bielefeld 2010
- 131 Susanne Peters: Narrengarten. Göttingen 2013
- 132 An der Friedrich-Schiller-Universität ist unter Leitung der Soziologen Klaus Dörre, Hartmut Rosa und des inzwischen nach München gewechselten Stephan Lessenich das Kolleg »Postwachstumsgesellschaften« entstanden, das viele spannende Publikationen hervorgebracht hat
- 133 Christine Ax, Friedrich Hinterberger: Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt – und wie wir wieder herauskommen. München 2013
- 134 Ebenda
- 135 Reinhard Jellen: Über Thomas Rietzschel (2). In: Junge Welt, Nr. 22 vom 26./27.01.2013
- 136 Jana Binder: Globality. Eine Ethnographie über Backpacker. Münster 2005
- 137 Sebastian Sasse: Ehemaligenverein: Konrad Adenauer. Erst Backpacker, dann Bundeskanzler: Als Student war »Toni« nicht sehr politisch – dafür aber oft auf großer Reise. In: Zeit Campus, Nr. 4/2013

# 6. Alle wollen Opfer sein

## AM ABGRUND DER POSTMODERNEN SUBKULTUR

Mit einer jungen Dame, die selbst nicht sicher ist, ob sie sich als PoC definieren soll, weil ihr Vater ein Taxi fahrender Palästinenser ist, die Mutter jedoch eine weiße deutsche Sozialpädagogin, stand ich im Anschluss an einen Uni-Vortrag über Vegetarismus einmal im Flur herum. Das war, bevor ich jemals irgendetwas über diesen US-amerikanischen Begriff PoC gehört hatte. Später erfuhr ich, dass die Abkürzung für Person of Color steht und Menschen benennt, die gesellschaftlich als nicht-weiß gelten und sich rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sehen. Nachdem meine Flurgesprächspartnerin am eigenen Beispiel ausführlich über ihre in verschiedenen alternativen Seminaren angelesenen Kenntnisse über neue antirassistische Ansätze parlierte und ihr eigenes Erleben mit postkolonialen oder poststrukturalistischen Theorieversatzstücken zu kombinieren trachtete, teilte ich ihr meine Sicht der Dinge mit: »Ich kenne mich mit diesem neumodischen Theoriekram nicht aus«, sagte ich, »aber für mich ist es offensichtlich, dass auch du strukturell rassistisch diskriminiert wirst, wenn auch dank deines akademischen sozialen Hintergrunds und deiner universitären Ausbildung nicht so stark wie andere.«

Selten sind mir Sekundenbruchteile so lange vorgekommen wie nach diesem einen Satz, den ich bereits bereute, während ich ihn noch aussprach. In Superzeitlupe erinnere ich mich, wie ihr schlagartig die Gesichtszüge entglitten, wie sich ihr Antlitz von einer leidend-bedrückten Miene zu einem düster-erbosten Ausdruck zusammenzog. »Du kannst«, begann sie, verbesserte sich aber zeitgleich mit dem parallelen Anschwellen von Tonlage und Halsschlagader, »du darfst das überhaupt nicht beurteilen, weil du ein weißer Mann und damit aktiver Teil des Unterdrückungsapparates bist. Ich kann diese Frage nur im Gespräch mit anderen PoC für mich klären. Hier steht dir nur die Rolle des Zuhörers zu!« Da es mein erstes derartiges Erlebnis mit Menschen aus dem Umfeld des identitätspolitischen Aktivismus war, wich ich zurück und ließ mich lieber nicht auf einen offenen Schlagabtausch ein, zumal sich in derselben Runde mehrere Freundinnen und Freunde der eventuellen Frau of Color befanden, die mich wortlos mit synchron grimmigem Blick anstarrten, als hätte ich soeben das Ermorden von Kleinkindern als luststeigernd bezeichnet.

## NORMALE PRIVILEGIEN REFLEKTIEREN

Je mehr und je länger man sich in der linksradikalen Szene aufhält, umso stärker wird der Eindruck, dass solche Menschen längst die Deutungshoheit in diesem Mikrokosmos erlangt haben. Da werden unter Rückgriff auf postmoderne Vorstellungen allerlei gesellschaftliche

Normalitätskonzepte als soziale Konstruktionen abgetan, von denen sich alle befreien müssten – vom Geschlecht über die sexuelle Orientierung und die Ernährung bis hin zu ethnischen Zuschreibungen. Alles politische Denken dieser Leute ist auf den Versuch einer Stärkung der nicht-normierten Identitäten fokussiert, deren Begründung ausschließlich moralisch erfolgt. Wer sich subjektiv von Diskriminierung betroffen fühlt, dem wird das Selbstbewusstsein eingetrichtert, jeden unbekannten Menschen ohne Rücksicht auf einfachste Höflichkeitsgesten als Rassist, Sexist, Heteronormativist und/oder Speziesist zu beschimpfen.

Sie reklamieren im Dschungel der identitätspolitischen Verbotsorgien das sprachpolizeiliche Gewaltmonopol für sich. Wer in diesen Kreisen negativ konnotierte Begriffe wie »Behinderter« oder »Ausländer« ausspricht oder sogar vergisst, seine Sprache zu gendern, darf dieser Logik zufolge verbal massiv Prügel beziehen, auch wenn die Prügelnden keine Ahnung haben, ob die Verprügelten überhaupt wissen, warum die genannten Begriffe verboten sind. Denn so funktioniert das Spiel nunmal: Unwissenheit schützt vor Strafe nicht, auch nicht in diesem nur wenigen hundert Menschen zugänglichen Zirkel des Betroffenheitsaktivismus. Im Endeffekt läuft diese Form der politischen Auseinandersetzung auf eine Unterdrückungsolympiade hinaus, bei der sich alle gegenseitig mit den Diskriminierungsformen überbieten, denen sie ausgesetzt sind. Jeder will ein Opfer sein, und zur eigenen Diskriminierung äußern dürfen sich nur unmittelbar oder mittelbar Betroffene.

Leo Fischer, ehemaliger Chefredakteur der Satirezeitschrift *Titanic*, berichtete in einem im November 2013 veröffentlichten Artikel von einem diesbezüglich mustergültigen Beispiel. In einem Arbeiterjugendzentrum in Bielefeld, so Fischer, trat die linke Punk-Band »Feine Sahne Fischfilet« auf. Für eine halbe Stunde musste der Gig jedoch unterbrochen werden, weil der Schlagzeuger mit freiem Oberkörper musizierte. Der Grund: Opfer sexueller Gewalt könnten dies eventuell als Trigger (Auslöser traumatischer Erinnerungen) auffassen, weshalb die Kapelle vor die Wahl gestellt wurde: Entweder ihr unterlasst dieses sexistische Privileg und spielt vollständig bekleidet weiter oder ihr fliegt raus! Dahinter steckt ein seltsamer Gedankengang: »Männer, die sich auf diese Weise entblößen, stellten damit ein Sonderrecht zur Schau, feierten so ihre Überlegenheit und reproduzierten sexuelle Gewalt.«<sup>138</sup>

Dem derzeit florierenden Privilegbegriff ist eigentlich nichts substantiell Negatives abzugewinnen, solange bei der Forderung nach einem Reflektieren von Privilegien immer ein Gedanke unmissverständlich mitschwingt: In einer bestimmten sozialen Situation ist es eben nicht eine bestimmte Person, die ihre aus bestimmten Privilegien resultierende Macht ausnutzt. Es braucht vielmehr den direkten Bezug dazu, dass das Problem nicht das Ausnutzen von Privilegien, sondern die Existenz dieser Privilegien ist. Und die sind nicht durch das aggressive Niederbrüllen argloser Angehöriger der lohnabhängigen Klasse zu beseitigen. Im konkreten Fall des erwähnten Arbeiterjugendzentrums hieße das, den Drummer eben nicht als Gewalttäter zu diffamieren, sondern eine künstlerische Perspektive zu respektieren, die den

nackten Oberkörper eines Bandmitglieds in ihre Performance integriert, ohne damit die Absicht zu verfolgen, ihre angebliche Macht über Frauen zu demonstrieren.

Über das männliche Privileg im Kapitalismus ließe sich weiter diskutieren: Auf der Aftershow-Party könnte neben sexualisierter Gewalt die ungleiche Entlohnung von Frauen und Männern debattiert werden oder aber man bespricht die fehlende materielle Anerkennung von Hausarbeit. Wer dagegen potenzielle Mitstreiter vergrault, indem er ihnen haltlose Vorwürfe an den Kopf donnert, wird in seinem Denknast verharren, in dem der Kapitalismus schön gemacht werden kann, wenn Männer stets verhüllt umherwandeln, damit der Alltagssexismus verschwindet und der Kapitalismus für uns alle ein gutes Leben garantiert.

## GENDERQUEERPOSTCOLONIAL

Gerne wenden die Aktivisten ihre vermeintliche Betroffenheit an, um ihre Sichtweise um jeden Preis durchzusetzen. Ein Freund berichtete mir, dass eine linke Redaktion vor einiger Zeit den Text einer sich selbst als nicht-weiß begreifenden Frau als zu akademisch abgelehnt habe. Ihre Antwort habe keine Fragen offen gelassen: Da gäbe es, so die Frau, nun endlich einmal eine akademische PoC, die nicht nur über Rassismus schreibe, sondern auch andere Themen beackere. Und was passiere? Sofort werde ihr unterstellt, darüber könne sie nichts von Belang äußern. Bei den so Gescholtenen handelt es sich sämtlich um integrale Antirassisten, so dass dieser reflexhaft vorgebrachte Rassismus-Vorwurf leicht als Trotzreaktion einer eingeschnappten Akademikerin zu dechiffrieren ist.

Nicht nur vonseiten potenziell Betroffener treibt die regressive Wendung der Rassismus-Keule wilde Blüten. Eine antirassistische Aktivistin erzählte mir einmal irritiert, wie wenig sensibel manche von Rassismus Betroffene sich des bevormundenden Umgangs durch Weiße bewusst seien. Wenige Tage zuvor, berichtete sie mit enervierend überheblichem Unterton, sei sie des Nachts mit einer aus der Türkei stammenden Freundin durch die Innenstadt spaziert. Irgendwann sei ihnen eine männliche PoC begegnet, die besagte türkische Freundin ohne erkennbaren Anlass übel beschimpft habe, worauf die Adressatin bissig zurückfauchte. Als die Situation ohne körperliche Schäden überstanden war, habe die insultierte Freundin irritiert gefragt, warum ihre Begleitung sie nicht bei der Verteidigung gegen den Typen unterstützt habe. Entgeistert habe sie geantwortet – und als sie mir dies schilderte, setzte meine Bekannte zur Verstärkung ihrer Argumentation ein heftiges, verständnisloses Kopfschütteln ein –, dass ihr als Weiße nicht zustünde, einen offensichtlichen PoC-Mann verbal oder physisch anzugehen. Oft handelt es sich, wie die britische Journalistin Ally Fogg schreibt, bei den identitätspolitischen Interventionen um »Äußerungen von Leuten, die für ihre Thesen über die größten Verbreitungsplattformen und lautesten Megafone verfügen. Und die diese nur nutzen, um die Akzeptanz ihres eigenen Status, die Anerkennung ihrer Werte und das Recht einzufordern, über den Ton zu bestimmen, in dem die Debatte geführt wird, oder zu



definieren, welche Einwände ihre Kritiker erheben dürfen«<sup>139</sup>.

Was ist das Ziel derer, die sich in dieser merkwürdigen Welt bewegen und darin unerlässlich neue Regeln, Gebote und vor allem Verbote aufstellen? Eine revolutionäre Erhebung der unterdrückten und ausgebeuteten Masse kann es jedenfalls nicht sein. Wie anders ist es zu beurteilen, wenn queere Gruppen sich gegen die Heteronormativität wenden, indem sie den heteronormativ sozialisierten und nicht in jedem zweiten Proseminar auf das komplizierte Genderqueerpostcolonialzeug angetroffenen Menschen durch Verhaltensverbote ihre scheinbaren Privilegien wegnehmen und zugleich queer lebenden Menschen ungefragt neue Privilegien verschaffen wollen? An wilden Storys aus diesem Zirkus des Identitätsartismus mangelt es wahrlich nicht, sie würden sicher mehrere Bücherregalmeter füllen. In der Satirezeitschrift *Eulenspiegel* fand ich im Sommer 2013 einen kleinen Text, der diese Regalmeter glatt zu ersetzen vermag: »Abartig!«, überschrieb die Redaktion den Artikel. Darunter druckte sie das Foto einer Bäckerei-Werbung mit der Aufschrift »Fünf normale Brötchen für nur 0,99 Euro«. Darunter der Text: »Der Verband der Sportlerschrippen rief zur Demonstration auf, die Dachorganisation der Zwölfkörnersemmeln wandte sich in einem offenen Brief an den Bundespräsidenten, die Vereinigung der Kraftkornmalzkrustis forderte die Geschlossenheit aller Backwaren, und ein arsch-Kipf drohte sogar mit Selbstverbrennung angesichts dieses Plakats. Ist es schon wieder soweit, dass definiert wird, was normal und was entartet ist?«<sup>140</sup>

Was die Mehrheitsgesellschaft als normal definiert, ist der linksmoralischen Logik zufolge automatisch schlecht und abzulehnen, was hingegen nicht-normal konnotiert und moralisch irgendwie akzeptabel ist, wird von den postmodernen Aktivisten unkritisch gepusht. Dass eine kritische Analyse von Normalitätsvorstellungen wichtig wäre, ist unstrittig. Wenn sie aber losgelöst von Klassenanalysen stattfindet, verfehlt sie jedes sozial verträgliche Ziel.

## KEINE MACHT DER ZÄRTLICHKEIT

Ein Beispiel jenseits der Satire ist die Gruppe derer, die heterosexuellen Menschen in der Öffentlichkeit das Küssen und Händchenhalten verbieten will. Tatsächlich gibt es im Queer-Spektrum einige, die jegliche heterosexuellen Zärtlichkeiten im öffentlichen Raum ablehnen, weil sie Asexuelle, Homosexuelle oder Bisexuelle aus der Mehrheitsgesellschaft ausschließen könnten. Was sie Critical Hetness (zu Deutsch etwa: kritisches Heterosexuellsein) nennen, liest sich dann so gruselig wie dieser Blogeintrag einer Aktivistin: »Wenn ich in der Öffentlichkeit meinen Boyfriend küsse, führe ich damit anderen Menschen demonstrativ vor Augen, was ihnen versagt bleibt – zum Beispiel jenen, die einander jetzt auch gern küssen würden, es aber nicht tun, um Sanktionen zu vermeiden. Darauf Rücksicht zu nehmen, fände ich als Argument für einen sensiblen Umgang mit der eigenen Paarsituation eigentlich schon ausreichend ... Ob ich will oder nicht – durch meine

Hetero(pärchen)performance demonstriere ich nicht nur den Normalzustand und erinnere schmerzhaft an ihn, ich stelle ihn auch aktiv her und re\_\_produziere ihn. Ich trage aktiv dazu bei, ein Klima aufrecht zu erhalten, einen Raum zu schaffen, in welchem lesbische, schwule, queere Zärtlichkeit deutlich als ›Abweichung‹ sicht- und fühlbar ist.«<sup>141</sup>

Da stellen sich natürlich sofort unzählige rhetorische Fragen. Was ist bitte schwule Zärtlichkeit? Entweder zwei oder mehrere Menschen sind zärtlich zueinander oder nicht, egal, welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen. Glauben diese Leute wirklich, in einer seelenlosen Zombie-Gesellschaft mit Streichelverbot verschwände sofort alles Übel dieser Erde? Woher kommt diese Rückkehr der sexualfeindlichen Prüderie ausgerechnet in jenen Kreisen, die sich selbst gerne emanzipatorisch geben? Und warum zur Hölle müssen diese Linken eine Liebesbeziehung als Paarsituation bezeichnen und damit sogar dann in ihrer staubigen Aktenordnersprache verharren, wenn sie über das schönste Gefühl reden, zu dem Menschen fähig sind?

Linke schreiben nicht nur häufig so, als seien sie Vorzeigebürokraten, sie reden auch in genau diesem Sinne. Alles muss gegendert werden. Wer nur den Anschein erweckt, nicht gendersensitiv zu schreiben und zu reden, ist demzufolge ein Macker, über dessen Oldschool-Haltung man bestenfalls zu schmunzeln pflegt. Es ist äußerst schwer, allen linken Sprachnormen zu entsprechen, so schnell werden sie aktualisiert. War es einst unter Linken noch üblich, von Teilnehmer/innen zu sprechen, fand vor mehreren Jahren ein Kurswechsel zu TeilnehmerInnen statt, weil durch ein Binnen-I die beim Querstrich weiterhin vorhandene Dominanz der männlichen Form beseitigt werden sollte. Hatte man das kapiert, gab es schon wieder eine Innovation auf dem Markt der Eitelkeiten: den Gender-Gap! Nunmehr war von Teilnehmer\_innen zu schreiben, damit das binäre System von Mann und Frau endgültig beseitigt werden kann und intersexuelle Menschen sich nicht sprachlich ausgegrenzt fühlen müssen.

Um auch hier der weiterhin unterstellten Dominanz maskuliner Formen entgegenzuwirken, erfanden Queer-Feministinnen kurz darauf den dynamischen Unterstrich, der nicht immer an der gleichen Stelle stehen muss, so dass nunmehr auch von Teiln\_ehmerinnen die Rede sein durfte. Mittlerweile wurde auch das Sternchen eingeführt. Hier sprechen sie von Teilnehmer\*innen. Bisweilen findet auch das x Anwendung, das verschränkte Diskriminierungsformen deutlich machen und alle Arten von Genderungen herausfordern will, so dass man in diesem Fall von Teilnehm<sub>x</sub> spricht, als befände man sich in einem Asterix-Abenteuer.

Wobei mir soeben ein weiterer unverzeihlicher Sprachfehler unterlaufen ist, der im Gender-Kosmos streng mit belehrenden Standpauken bestraft werden kann: Ich habe das Wörtchen *man* benutzt. Das geht gar nicht, denn auch hier verbirgt sich ja im Sound das Männliche. Deshalb ist es zwingend erforderlich, im Schrift- wie Sprachverkehr mit postmodernen

Moralisten »mensch« statt »man« zu sagen und zu schreiben. Wie kommt das wohl bei denen an, deren Alltag sich eher um den materiellen Kampf ums Überleben dreht? Vor wenigen Jahren hat der politische Ökonom Ingo Stützle ein Interview mit der Gender-Studies-Professorin Lann Hornscheidt (sie selbst definiert sich weder als Mann noch als Frau und bevorzugt die Anrede Professoxx) geführt, das die linke Sprachpolizei entlarvt. Allein die allerletzte Frage inklusive Antwort des Gesprächs ersetzt selbst die ausführlichste und treffendste Kritik an sprachpolitischem Aktivismus, weil sie zeigt, wie wenig diese Leute wirklich auf gesamtgesellschaftliche Veränderung hoffen und wie stark sie sich in ihrem sektiererischen Außenseitertum gefallen. Auf Stützles süffisante Frage »Was ist, wenn kommendes Jahr *Die Welt* den Unterstrich verwendet?« antwortet Hornscheidt: »Dann ist sicher irgendwas falsch gelaufen. Dann ist der Unterstrich entweder vereinnahmt, verunglimpft oder humoristisch aufbereitet.«<sup>142</sup>

Hornscheidt ist offenbar am glücklichsten, wenn sie unter ihresgleichen bleibend den angeblich ungebildeten Mob wild pöbelnd beschimpfen kann. Ein wirklich radikaler gesellschaftlicher Veränderungswille kann nur von dem Wunsch beseelt sein, die Lebenswirklichkeit der Bevölkerungsmehrheit wenn schon nicht zu akzeptieren, so doch zumindest zu tolerieren.

Sprache ist wichtig, und alle sollten sich über deren Macht bewusst sein. Gendersensitives Schreiben und Sprechen zeugen davon, dass jemand sich dieser Machtasymmetrie bewusst ist und sie nicht im Alltag reproduzieren möchte. Daran ist nichts Schlechtes zu finden. Aber eine notwendige Sensibilisierung der Masse wird in diesem Bereich niemals erfolgreich sein, wenn die Debatte darüber von einer Seite so verbissen und unnachgiebig geführt wird. Tom Strohschneider fasste das Problem vor einigen Jahren in einem Interview gut zusammen: »Eine gesellschaftliche Linke kann nicht losgelöst von der real existierenden Sprache derer agieren, die sie erreichen will. Kritik an Sprachbildern, an rhetorischen Teppichen, die sich über das selbstständige Denken legen – all das ist richtig. Es ist aber auch wichtig, die Alltagserfahrung der Leute ernst zu nehmen. Und die reden zu Hause, im Betrieb und auf dem Amt nun einmal nicht nach dem Manuskript eines sprachkritischen Lehrbuches.«<sup>143</sup>

Wobei hier unbedingt hinzuzufügen ist, dass die Sprache dieses Teils der Linken häufig noch nicht einmal logisch im Sinne wissenschaftlicher Werke ist, was der Sprachkritiker Max Goldt am Beispiel des von Linken in die Alltagssprache gepressten Wortes Studierende (anstelle von Studenten) illustriert: »Wie lächerlich der Begriff ›Studierende‹ ist, wird deutlich, wenn man ihn mit einem Partizip Präsens verbindet. Man kann nicht sagen: ›In der Kneipe sitzen biertrinkende Studierende‹. Oder nach einem Massaker an der Universität: ›Die Bevölkerung beweint die sterbenden Studierenden‹. Niemand kann gleichzeitig sterben und studieren.«<sup>144</sup> Linke, die das ignorieren, realisieren überdies nicht, wie Sprache und Sprachentwicklung funktionieren, denn es gibt in der gesamten Geschichte der modernen

Sprachentwicklung kein einziges Beispiel für ein Wort, das durch eine ähnliche, aber kompliziertere Form ersetzt wurde – weder im Deutschen noch in irgendeiner anderen Sprache auf der Welt.

## WEISSE MIT DREADLOCKS SIND NAZIS

Keine linke Mode dreht sich seit Jahren so um sich selbst wie die Debatten um Critical Whiteness (CW). Dieses Konzept, das sich mit »kritisches Weißsein« übersetzen lässt, versteht sich als antirassistisch und besagt im Wesentlichen, die strukturell vorhandene weiße Vorherrschaft wirke sich im Alltag so vehement aus, dass beispielsweise in Deutschland als weiß geltende Menschen zahlreiche Vorteile gegenüber nicht-weißen Menschen hätten und dadurch sogar antirassistisch Bewegte häufig unbewusst rassistisch agierten. Am besten lässt sich die verwirrende Praxis des CW am Beispiel des »No Border Camp 2012« veranschaulichen, das in Köln stattgefunden hat. Hier trafen sich allerlei Antirassisten, um sich auszutauschen, sich zu vernetzen und gemeinsam über Strategien gegen Rassismus nachzudenken. Im Vorfeld des Events legten die Veranstalter eine Vetopolitik fest, bei der beim Zeigen eines Stopp-Zeichens bei einseitig von PoC als rassistisch interpretierten Redebeiträgen die Diskussion sofort und ohne Angabe von Gründen abgebrochen werden durfte.

Ein Netzwerk forderte zudem, dem Wunsch diverser PoC-Aktivist\*innen nachzukommen, Alkohol während des Camps zu verbieten. Dass das Bedürfnis anderer Menschen, ob PoC oder Weiße, nach dem Genuss alkoholischer Getränke vielleicht legitim sein könnte, war dabei völlig egal. Vertreter der Berliner Gruppe »Reclaim Society« trieben es endgültig auf die Spitze, indem sie pauschal behaupteten, Weiße seien niemals bereit, ihr eigenes Weißsein zu reflektieren, und gäben stattdessen den Ton antirassistischer Politik an. Weiße Träger von Dreadlocks seien rassistisch und sollten diese daher umgehend abschneiden, weil es sich dabei (und das meinen die wirklich ernst!) ebenso um »kulturellen Kannibalismus« handle wie beim Tragen palästinensischer Kufiya-Tücher durch Weiße. Eine in einem Artikel der linken Wochenzeitung *Jungle World* zitierte Person begründete dies in bester Betroffenheitslyrik: »Es tut weh, wenn Weiße, die uns täglich wehtun, sich die Symbole unserer radikalen Kämpfe aneignen.«<sup>145</sup> Antirassistische Aktivist\*innen, die Dreadlocks und Palästinensertuch entweder aus politischer Solidarität oder einfach aus modischen Gründen tragen und sich regelmäßig auf Anti-Nazi-Demos von Bullen verprügeln lassen, tun ihr als PoC also persönlich weh?

Aber das ist noch immer nicht alles: Als rassistisch gilt CW-Theoretikern außerdem, PoC auf Plena oder in Diskussionen an ihre Redezeit zu erinnern. Wer von Flüchtlingen statt von Geflüchteten spricht, wird geradezu aus dem Raum gebrüllt, weil dieser Begriff die Menschen in ihrem Status verniedliche. Verschiedene Workshops wurden sogar als

rassistisch titulierte und vom Camp-Programm gestrichen. Einzig den lapidaren Rotzspruch »Das geht dich nichts an!« bekam etwa eine Betroffene aus dem Rhein-Main-Gebiet auf ihre Frage nach den genauen Gründen zu hören. Treffend bewertet das Claudia Gessl von der Nürnberger Gruppe »Karawane«: »Die wollen eine Diktatur der PoC mit den Mitteln der Moral.«<sup>146</sup> Zu ergänzen wäre freilich, dass jene PoC, die meist in Deutschland behütet aufgewachsen sind, ein Rassismus-Verständnis kultivieren, das völlig losgelöst von der Klassenfrage funktioniert.

## IN DER KASTE DER EINGEWEIHTEN

So kann es dann vorkommen, dass eine in Nigeria geborene und in einem deutschen Lehrerhaushalt aufgewachsene Doktorandin einen frühzeitig aus dem Bildungssystem eliminierten Hartz-IV-Bezieher zum Agenten des rassistischen Kapitals stilisiert. Wohin die Ökonomie ausblendendes Verständnis von Diskriminierungsformen führen kann, hat der Kampf gegen und am Feminismus gezeigt: Frauen dürfen heutzutage viel umfassender am Arbeitsmarkt teilhaben als jemals zuvor – weil Unternehmen ein Interesse daran haben. Gleichzeitig aber verdienen im unteren Segment des Arbeitsmarkts nun Frauen und Männer weniger als früher – weil Unternehmen ein Interesse daran haben. Ein Mechanismus, den die Sozialwissenschaftlerin Nany Fraser als »List der Geschichte«<sup>147</sup> bezeichnet.

Glücklicherweise gibt es auch innerhalb der Linken viel Kritik an den Methoden der akademisiert-sektiererischen CW, auch wenn selbst die sich von CW distanzierenden Kritiker meist Versatzstücke dieses Konzepts in ihrem eigenen Habitus beibehalten. Vier Kritiker aus dem links-akademischen Betrieb prangern etwa die auf dem Weg zum akademischen Konsens befindliche Praxis der Selbstpositionierungen an: »In Uni-Seminaren und auf Veranstaltungen erfolgt – oft unabhängig vom konkreten Thema – eine quälend lange ›Selbstpositionierung‹ der sprechenden Person, in der diese detailliert Auskunft gibt über ihren Pass, ihre Hautfarbe, ihre sexuelle Orientierung, den Zustand ihrer körperlichen Verfassung, ihren familiären Bildungshintergrund sowie ihre Einkommensverhältnisse. Diese Einordnung der eigenen Person in ein komplexes Raster gesellschaftlicher Machtverhältnisse erfolgt zumeist, um die Legitimität des zu Sagenden im Vorhinein abzusichern, und/oder um die Limitierung der eigenen subjektiven Perspektive zu erläutern: Ich als weißer, deutscher, heterosexueller Mann aus dem Bildungsbürgertum kann hier nicht über die Erfahrungen von Queers of Color sprechen. In diesem Selbstpositionierungsritual drückt sich die fatale Gleichsetzung von Subjektivität und Politik in der Critical-Whiteness-Rezeption aus.«<sup>148</sup>

## SÜSSES VON DER KERWE

Für mich war es in meiner Kindheit ein Highlight, wenn auf dem nahe unserer Wohnung

gelegenen Messeplatz in Kaiserslautern zweimal jährlich die traditionelle Kerwe aufschlug, wie man den Jahrmarkt bei uns nennt. Von meinen fünf Mark Kerwegeld wanderte der größte Teil meist schon am ersten Tag in eine Fahrt mit der Geisterbahn. Mich faszinierten dabei nicht nur die gruseligen Figuren und das ratternde Fahren mit der Gondel im dunklen Raum, sondern vor allem der leicht modrige Duft und die fast schon grotesk schlechten Erschreckszenen. Rückblickend sind es vor allem diese Dinge, die mich am Rummel immer wieder aufs Neue begeisterten. Und der Geruch war auch der Grund, warum ich mir stets 50 Pfennig aufhob für eine ganz besondere Süßigkeit: Schaumküsse, für die es einst einen Begriff gab, der mit M begann und mit Köpfe endete. Das Verspeisen der beiden Exemplare, für die das Restgeld noch reichte, zelebrierte ich jedesmal. Sie thronten auf dem kleinen Regal über meinem Bett, und ich stellte mich selbst auf die Probe: Wie lange halte ich es wohl aus, sie nicht zu verschlingen? Meist waren es nur zwei Tage. Dann trat mein Opa wohlwissend mit mitleidiger Miene in mein Zimmer, setzte sich aufs Bett und steckte mir klammheimlich zwei Mark zu, als wären es Drogen.

Von dieser Episode berichte ich nicht aus sentimental oder nostalgischen Gründen. Es geht darum, dass viele Menschen aus ähnlichem sozialem Umfeld eine ähnliche Erinnerung an ihre Kerwe, ihre Kirmes, ihr Volksfest, ihren Jahrmarkt, ihr Bürgerfest, ihre Kirwa, ihre Dult haben. Schaumküsse sind in der Erinnerung von Kindern aus finanzschwachen Elternhäusern positiv, ja, fast schon mystisch-zauberhaft konnotiert, weil sie eine schokoladig-schaumige Süßigkeit sind, die dem Kind, das nie in Urlaub fahren konnte und das fast nie in Kino, Theater, Zirkus, Zoo oder Konzerte kam, als tröstende Oase des Glücks in einer bitterharten kulinarischen Realität mit trockenen Nudeln und Brot ohne Butter erschienen.

Die Süßigkeit barg jenes Versprechen in sich, es dereinst vielleicht doch einmal so gut zu haben wie die Kinder aus der Grundschule, die man immer aus der Ferne beneidet und bewundert hat, wenn sie jedesmal nach den Sommerferien von ihren traumhaften Reisen ans Mittelmeer und dem täglichen genussvollen Eisschlecken erzählten. Man sollte diesen M... köpfe-Begriff nicht verwenden, und ich tue es im aktiven Sprachgebrauch schon lange nicht mehr. Wer den Menschen aber verbietet, ihn auszusprechen, erntet bei vielen vor allem deshalb oftmals beißende Reaktionen, weil es gleichbedeutend wäre mit dem Auslösen dieser glückseligen Erinnerung an eine insgesamt doch entbehrungsreiche Kindheit.

Ich kenne ihn zwar nicht persönlich, aber es mag genau dies auch ein Motiv des Literaturkritikers Denis Scheck gewesen sein, als er sich in einem provokanten Fernsehbeitrag im Januar 2013 schwarz angemalt sehr eloquent gegen die politisch motivierte Streichung von rassistischen Begriffen wie »Negerkönig« aus den Neuauflagen von Kinderbuch-Klassikern wie Astrid Lindgrens »Pippi Langstrumpf« oder Ottfried Preußlers »Die kleine Hexe« polemisierte. Klar: Es mag unklug und weit unter der Gürtellinie gewesen sein, sich angesichts der unheilvollen Geschichte des Blackfacing das Antlitz zu schwärzen.



Durch Blackfacing wurden einst auf Kleinkunsth Bühnen Schwarze von Weißen als minderwertig markiert. Scheck muss sich diesen Fehler auf die Fahnen schreiben. Er muss sich aber nicht den Vorwurf gefallen lassen, er pflege ein reaktionäres Weltbild. Wer seine Rezensionen und öffentlichen Statements kennt, weiß, wie liberal dieser Mann einzuschätzen ist. Außerdem stellt er in besagtem TV-Ausschnitt unmissverständlich klar, dass er jeden für einen Holzkopf hält, der heute noch ernsthaft von »Negern« spricht, wenn er eine bestimmte Menschengruppe benennen will.

Vergangenheit lässt sich nicht durch sprachpolizeiliche Zensur umschreiben oder ungeschehen machen. Niemand, wirklich niemand, den ich kenne, will PoC diskriminieren, wenn er oder sie den veralteten Begriff für Schokoküsse verwendet oder seinen Kindern vor dem Schlafengehen aus den Büchern von Astrid Lindgren vorliest. Postmoderne Moralisten nehmen ihre Rassismus-Vorwürfe trotzdem als Vorwand, um den Menschen nicht zuhören zu müssen. Damit ignorieren sie wegen einer nicht genehmen Ausdrucksweise, was die Mehrheit der Menschen in diesem Land zu sagen hat, und vergraulen zugleich potenzielle Gefährten im Kampf gegen gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen.

Als moralisch Überlegene arbeiten sie in ihrem denkwürdigen Diskriminierungs-Delirium innerhalb eines unpolitischen, weil völlig losgelöst von Klassenfragen agierenden Mikrokosmos, in dem Klassensolidarität erst erlaubt ist, wenn die als wichtiger erachteten Identitätsfragen irgendwann geklärt sein sollten. Diese auf der Anerkennungsebene verharrende und sich dort hoffnungslos verzettelnde Art des Antirassismus ist dann auch vollständig kompatibel mit neoliberalen Gleichheitsbildern, wie der Politikwissenschaftler Adolph Reed Jr. wunderbar prononciert: »Es spiegelt die soziale Position derjenigen wider, die von der Sicht profitieren, dass der Markt ein gerechtes, effektives oder sogar akzeptables System ist, welches Talent und Strebsamkeit belohnt, während es diejenigen, die dies nicht haben, bestraft. Deshalb trage eine Beseitigung ›künstlicher‹ Hindernisse wie ›race‹ oder Geschlecht dazu bei, dieses System effektiver und gerechter zu machen. Aus dieser Perspektive erscheint die ›linke‹ antirassistische Position, nach der wir sowohl ökonomische als auch rassistische Ungleichheit bekämpfen müssen, die in der Praxis immer dem ›Kampf gegen Rassismus‹ den Vorzug zu geben scheint (oftmals konzeptualisiert als notwendige Voraussetzung für alles andere), als lediglich andere Umschreibung eines ›Darum-kümmern-wir-uns-später-Prinzips‹ (nachdem wir all das unternehmerfreundliche Zeug erledigt haben).«<sup>149</sup>

## »VERZICHT IST GENUSS«

Letztlich beziehen postmoderne Moralisten ihren Lebensgenuss in täglicher Selbstzermürbung aus dem Versuch, sämtliche Widersprüche im eigenen Leben zu vermeiden. Und Genuss, das geht für viele Lifestyle-Linke gar nicht. Statt Veggieburger mit Pommes und Cola zu essen,



dünsten sie sich in ihrer »Volxküche« lieber Kohlrabi und stoßen bei gemeinschaftlichem Salven-Abfeuern gegen den Mob mit kalkhaltigem Leitungswasser aus verdreckten Gläsern im eigenen Selbstvergewisserungssaft schmorend auf ihr Leben jenseits des rassistisch-nationalistisch-kapitalistischen Mainstreams an.

Volxküche (kurz: VoKü) ist eine linke Tradition, bei der Essen zum Selbstkostenpreis ausgegeben wird. Eigentlich eine Spitzenidee. Mittlerweile heißt die VoKü häufig »Küche für alle« (Küfa). Eine Mogelpackung: Die Küfa findet vor allem in vegetarischen und veganen Kreisen studierender und studierter Menschen statt, die sich durch ihre freiwillige Askese den unpolitischen Hipstern angleichen, die den Style der Armen kopieren, um zu demonstrieren: »Ich könnte mich teuer kleiden und exquisit essen, ich hab es aber im Gegensatz zum an Erwerbsarbeit oder Sozialstaat hängendem Pöbel nicht nötig.«

Als ich mich politisch allmählich radikalisierte, schaute ich vor Jahren auch einmal bei einer VoKü/Küfa rein. Als Linker macht man das halt, erfuhr ich von meinen Genossen im beschaulichen Trier. Dort angekommen, würdigte mich niemand eines Blickes. Ich lernte schnell: Gastfreundschaft oder Herzlichkeit sind in alternativen Gruppen tabu. Stephan Thome lässt seine im autonomen Hausbesetzer-Westberlin der 80er Jahre politisierten Protagonistin diesen Umstand in seinem Roman »Gegenspiel«<sup>150</sup> sehr schön ausdrücken. Erst stellt sie fest: »In Kreuzberg herrschte eine merkwürdige Mischung aus losen Sitten und den strengen Etiketten der Subkultur«, dann beschreibt sie das eigentümliche WG-Leben: »Zum Beispiel, wenn man in die Küche kommt, wo andere Leute sitzen, sagt man nicht Hallo. Begrüßungen sind verpönt. Wenn dir jemand etwas gibt, darfst du dich nicht bedanken. Höflichkeit ist spießig. Nur wenn jemand dir einen großen Gefallen getan hat, darfst du ›Ganz toll‹ sagen, aber es muss ironisch klingen.«

Die einzig erlaubten Genussmittel im Spektrum der Lifestyle-Linken sind Cannabis und gelegentlich Alkohol. Bei meiner VoKü-Premiere musste ich mir darum den Weg durch Joint-Rauchschwaden bahnen, an deren Ende dann immerhin ein Bier stand, das ich mir ungefragt stibitzen musste. Als ich mich in laufende Gespräche einbrachte, indem ich zum Beispiel fragte, wer dieser Erich Mühsam sei, von dem sie da die ganze Zeit sprachen, blickte einer der redseligsten Herren der Runde zu mir rüber, musterte mich, stierte abfällig auf mein rotes Poloshirt und teilte mit: »Aha, du bist da also nicht so fit.« Statt daran etwas zu ändern, wandte er sich mir wieder ab und schwatzte mit seinen Freunden weiter, als sei nichts gewesen. Wenn es in den folgenden Jahren vorkam, dass ich mich dazu breitschlagen ließ, eine VoKü zu besuchen, fühlte ich mich dort trotz meiner nunmehrigen Kenntnis des Dichters Erich Mühsam und anderer linker Helden stets unwohl, weil unwillkommen in dieser fremdenfeindlichen Atmosphäre. Im Gegensatz zu den 80er Jahren haben die Lifestyle-Linken heute viel von dem subversiven Geist verloren, mit dem die Menschen damals die Gesellschaft fundamental verändern wollten.

Heute ist von der einst so wichtigen linken Szene in Großstädten wie Frankfurt am Main, Berlin oder Hamburg fast nur noch das Mönchische geblieben: die strikte Ablehnung von allem, was Annehmlichkeit und Spaß versprechen könnte. Wie sich diese selbstgewählte Askese der linken Szene aus feministischer Sicht auswirkt, beschreibt die langjährige Aktivistin Ilona Bubeck: »Durch die Ablehnung von materiellem Luxus werden Unterschiede untereinander weggewischt und gleichzeitig die zu anderen Frauen verdeutlicht. Frauen aus der Arbeiterklasse, denen verarmtes Aussehen verhasst ist, wird ihre gute Kleidung zum Vorwurf gemacht, während Secondhand-Klamotten schon als politische Überzeugung gelten. Mittelschichtsfrauen können sich entscheiden, ›arm‹ zu sein, was in der Regel heißt, sich in bestimmter Weise zu kleiden, kaum Luxusartikel zu besitzen und lange Jahre zu studieren, statt abhängig zu arbeiten. Gerade diejenigen, die sich vom bürgerlichen Elternhaus abgrenzen wollen, werfen den anderen ›Bürgerlichkeit‹ vor. Frei gewählte Armut lässt sich leicht leben – die Erbschaft im Hintergrund als Sicherheit wird vor sich selbst und den anderen verheimlicht.«<sup>151</sup>

Das geht sogar so weit, dass bei manchen Menschen die äußere Attraktivität als Kriterium gilt, das sie von feministischem Aktivismus ausschließen soll. Im *Spiegel* erklärte die Aktivistin Anne Wizorek 2013, an manchen feministischen Bewegungen wie Femen störe sie, dass es darin »offenbar keine Frauen gibt, die nicht einer gewissen Normschönheit entsprechen«<sup>152</sup>. Wenn die Aktivisten nun schon so weit sind, dass sich nur normhässliche Menschen am feministischen Kampf beteiligen dürfen, dann heben sie sich durch nichts mehr ab vom Zeitgeist, dem Äußerlichkeiten wichtiger sind als so vieles andere.

Mit ihrem den asketischen Kampf glorifizierenden »Verzicht ist Genuss«-Dogma betreibt die deutsche Lifestyle-Linke damit die linke Umkehrung der neoliberalen »Work hard play hard«-Ideologie, die den menschlichen Körper vollständig den Verwertungsinteressen der Wirtschaft zur Verfügung stellen will. Ist es in Portugal, Spanien oder Frankreich noch üblich, bei einer Uni-Besetzung auch mal den Weinkeller zu knacken und sich bei Pianomusik ausgelassen zu vergnügen, muss in Deutschland immer das Biedere siegen: Gutes Essen riecht bourgeois und nach herrschender Klasse, schlechter Fraß wiederum verleiht jedem Antifa-Aktivistin ein revolutionäres Image. Dabei, so schreibt der Journalist Rainer Balcerowiak treffend, »macht eine Revolte doch nur Sinn, wenn sie bessere Lebensverhältnisse für alle zum Ziel hat und dieses Ideal in der Phase des Kampfes bereits antizipiert.«<sup>153</sup> Viele deutsche Linke wollen davon kaum etwas wissen. Sie ziehen ihre vegane Küfa dem reichgedeckten »Tisch unter Pflaumenbäumen« vor, von dem Franz-Josef Degenhardt einst sang.

## PFLEGE DES GUTEN GEWISSENS STATT DER GUTEN SACHE

Weit jenseits der Klassenfrage bewegt sich auch das, was die meisten linken Tierrechtler tun: Sie kritisieren einen florierenden Speziesismus, womit die Unterdrückung einer Lebensform

aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Spezies benannt werden soll. Speziesismus ist dabei eine herrschende Ideologie, die Gewaltformen gegen Schwächere legitimiert. Tiere sollen nicht mehr ausgebeutet und schon gar nicht mehr gegessen werden dürfen. Grundsätzlich sind Engagements gegen Massentierhaltung, für Vegetarismus oder für Veganismus unterstützenswerte Anliegen. Meine Freunde und Verwandten aus der Unterschicht haben es nicht gern gehört, aber selbst ich habe mich aus ethischen Gründen zum Vegetarier entwickelt. Wenn Zoobesucher, zu welcher sozialen Schicht sie auch gehören mögen, jeden Tag Fleisch essen und sich wenig später über schlechte Haltungsbedingungen mancher Tiere ärgern oder süße kleine Babyschweinchen streicheln, dann widert es auch mich an, dieses Ausblenden des unermesslichen Elends, dem leidfähige Lebewesen tagtäglich ausgesetzt sind, nur weil wir Mitteleuropäer jedes Jahr tonnenweise Fleisch in uns hineinschaufeln wollen.

Und dann die Reaktionen. Der Diskurs um Vegetarismus ist in dieser Gesellschaft genauso schief wie der über den Islam: Fleischesser sind massiv in der Überzahl, fühlen sich aber in die Defensive gedrängt und tun so, als sei ihr exzessiver Fleischkonsum ein Akt des Widerstands. In dieser Atmosphäre ist es schon fast zwingend notwendig, sich für die Aufwertung von Tieren in unserer Gesellschaft einzusetzen. Es gibt allerdings vor allem in den Reihen des linken Tierrechtlerturns autoritäre Tendenzen, die niemals dazu beitragen werden, nicht-akademisch gebildete Menschen von den Vorzügen eines vegetarischen oder veganen Lebens zu überzeugen.

Eine dieser Tendenzen ist jene hin zu immer regressiven Protestformen. Hier ist es erneut Leo Fischer, dem die Aufdeckung beängstigender Zustände zu verdanken ist. Aus den Tiefen des Internets barg er im Frühjahr 2014 das Beispiel der Earthlings-Bewegung. Eine im weltweiten Netz kursierende Dokumentation aus dem Jahr 2005 mit dem Titel »Earthlings« gibt dieser Gruppe ihren Namen. Im Film sind schlimme Machenschaften in Schlachthäusern oder Tierversuchslaboren anklagend verarbeitet, die Moralkeule wird hier atmosphärisch durch depressive Moby-Musik untermalt, Grausamkeiten an Tieren werden in selten gesehehem Ausmaß voyeuristisch dargestellt, und immer wieder kommen die für eine moralische Totschlagargumentation unerlässlichen Holocaust-Vergleiche.

Fischer zitiert nun aus dem Onlinetagebuch eines solchen Aktivisten, der darin seine Erlebnisse rund um die antispeziesistischen Kreidebotschaften festhält, die er im öffentlichen Raum verteilt. Insbesondere Tierrechtler haben diese Protestform für sich entdeckt, weil man sich damit habituell widerständig geben kann, ohne real Risiken durch Rechtsbruch eingehen zu müssen, denn Kreidebotschaften sind nicht strafbar. So fand Fischer in Frankfurt am Main über Monate hinweg merkwürdige Kreide-Messages wie »Unreine Haut? Östrogenbombe Milchprodukte!«, »Käse: eitriger Hormonschimmel« oder »Dick wie ne Kuh? youtube: Milch (Hormone).«<sup>154</sup>

Besagter Earthlings-Aktivist schreibt nun immer wieder von seinen Belehrungstreifzügen durch die Straßen der Großstadt, stets mit Kreide bewaffnet. Seine Methode ist die des Schockierens (»Möchtest du ein Glas Eiter zu deinen Keksen? Denn Kuhmilch ist nichts anderes. Sie mag zwar weiß sein, aber Forscher wissen, dass jedes Glas Milch somatische Zellen, sprich Eiter, enthält«), wobei Fischer eine besonders tiefe Verbundenheit mit dem Medium der Kreide ausmacht, inmitten derer die Botschaft untergehe, denn schließlich müssten nur wenige Regentropfen herniederprasseln, und die schöne Message sei futsch. Anhand weniger Episoden wird deutlich, wie der Aktivist mehr überlisten als überzeugen will. Ein weiterer Eintrag geht so: »kommen zwei zwölfjährige an und fragen was earthlings sei. ›ein film, aber schaut ihn euch bitte nicht an. wenn, dann nur mit euren eltern.« das ist immer die initialzündung bei jugendlichen, die das interesse um tausend prozent ansteigen lässt«.

Ein Verhalten, das Fischer richtig analysiert, denn natürlich glaubt der Aktivist zu wissen, »dass der Heilige gegenüber einer sündig-verworfenen Umwelt nicht unmoralisch handeln kann, und verleitet daher bewusst Kinder dazu, sich einen Film anzusehen, von dem er weiß, dass er sie traumatisieren wird«. Der antispeziesistische Kreideaktivist freut sich über solche selbst begangenen Niederträchtigkeiten, denn »an wahrer Aufklärung ist er nicht interessiert; für die meisten Menschen, denen er begegnet, hat er nur Verachtung übrig. Er sieht sich umgeben von Krankheit und Gebrechen, von Dicken, Hässlichen, Alten, die letztlich selbst schuld sind, frönten sie doch dem Laster des Fleischverzehrs.«

Offen zur Schau gestellte Überlegenheitsgefühle paaren sich bei vielen Tierrechtlern mit blankem Hass auf den frevlerischen Fleischfressmob. Es ist außerdem nicht nur so, dass sich Vegetarier und Veganer ohne erkennbaren Grund häufig für etwas Besseres halten. Nein, die sich politisch bewusst Fühlenden betreiben in ihrem Moralismus eine reaktionäre Kampagne, die auf das von Leo Fischer herausgestellte Profil dieses als einzig seligmachend titulierten Lebensstils hinausläuft: »Radikale Vereinzelung, quasireligiös motivierte Selbstbeschränkung in der Wahl von Mitteln und Zielen, Pflege des guten Gewissens statt der guten Sache«.

## DAS ELENDE DER MORAL

Wer es nötig hat, in erster Linie moralisch zu argumentieren, um sich sicher zu sein, auf der richtigen Seite der Barrikaden zu stehen, ist nicht nur bedauernswert, sondern begeht einen gravierenden Fehler. Moral beruht fundamental auf der einst durch das Christentum zum Herrschaftsmittel erhobenen Unterscheidung zwischen Gut und Böse. Gerade letztere Kategorie wird gerne zur Erklärung unfassbarer menschlicher Handlungen verwendet, ohne damit der Erkenntnis näher zu kommen, wie Michael Schmidt-Salomon in seinem Buch »Jenseits von Gut und Böse«<sup>155</sup> erklärt, indem er uns rät, die Augen zu öffnen »für die nüchterne Erkenntnis, dass es in der menschlichen Natur zwar unermesslich viel Grausamkeit,

Leid und Not gibt, dass dies aber nicht auf das ominöse Böse zurückzuführen ist, sondern auf die profanen Verhaltensweisen eigennütziger Organismen sowie auf die Kopiererfolge der in ihnen wirkenden genetischen und memetischen Replikatoren«.

Das heißt: Auch die Nazis handelten moralisch. Deren Ideologie fußte auf moralischen Begriffen wie Ehre, Treue, Anstand oder Kameradschaft. Das ist der Nährboden, auf dessen Fundament ganz normale Familienväter jeden Morgen zur Arbeit ins KZ gingen und dort grausamste Folterungen und Morde an Menschen vollzogen, ohne dass sie nach Feierabend auch nur die geringsten Reuegefühle empfanden. Es waren eben nicht allesamt Monster, die den Holocaust umsetzten, sondern banale Bürokraten, die ihre Verbrechen auf einer moralisch aufgeladenen Rechtsgrundlage begangen. Kommunisten, Homosexuelle, sogenannte Asoziale, alle als nicht-arisch Gekennzeichneten und dabei vor allem Juden wurden in jahrelanger moralischer Argumentation als minderwertig deklariert, weil sie angeblich den deutschen Volkskörper bewusst schädigen würden. Damit galten sie den Tätern nicht mehr als Menschen.

Wie die traditionelle Moral setzte die NS-Ideologie auf die Begründung durch ein höheres Prinzip, nämlich jenes der deutschen Volksgemeinschaft: »Selbst in Situationen, in denen das eigene Interesse es nahegelegt hätte, anders zu handeln, gehorchte eine große Zahl der Deutschen bereitwillig den Imperativen von Mord und Krieg. Indem sie sich wechselseitig durch das System einer partikularen Moral stützten, anstifteten und unter Druck setzten, halfen sie mit, die ungeheuren Verbrechen zu begehen, derer sie als Einzelne nie fähig gewesen wären.«<sup>156</sup>

Der Dokumentarfilm »Das Böse – Warum Menschen Menschen töten«, im Sommer 2014 auf Arte ausgestrahlt, berichtet unter anderem von einer Eliteeinheit der SS, die selbst Kleinkinder eiskalt erschoss. In den Vernehmungen nach Kriegsende erklärte einer der Soldaten, er habe eine skurrile Vereinbarung mit einem Kollegen gehabt: Dieser solle ausschließlich Eltern abknallen, und er selbst wolle nur Kinder ermorden. Damit hätte er für sich selbst eine moralische Rechtfertigung gefunden, weil er in diesem Verständnis die Heranwachsenden nicht umbrachte, sondern erlöste; ohne ihre Eltern hätten sie demnach ohnehin keine Überlebenschance gehabt.

Das dürfte genügen, um deutlich zu machen, wie gefährlich jede Argumentation ist, die sich hauptsächlich auf Moral stützt. Schmidt-Salomon kommt daher diesbezüglich zu dem einzig einleuchtenden Ergebnis: »Gut und Böse sind banale, substanzlose Begriffe, die die Wirklichkeit eher verschleiern, als dass sie diese erhellen. Dies allein wäre schon Grund genug, sie aufzugeben. Wichtiger jedoch ist, dass der Gut-Böse-Memplex in der menschlichen Kulturgeschichte immer wieder dazu diente, Menschengruppen gegeneinander aufzuhetzen. Denn so banal die Begriffe ›Gut und Böse‹ auch sind, ihre Folgen sind alles andere als banal. Wenn der Gut-versus-Böse-Memplex erst einmal erfolgreich in das Denksystem integriert ist,



so ist keine Gewalttat grausam genug, als dass sie nicht doch noch im Dienste der ›großen, gerechten Sache‹ verübt werden könnte.«<sup>157</sup>

Der postmoderne Moralismus hat das nicht verstanden. Eine gegenderte Sprache, kritisches Weißsein, Vegetarismus und Veganismus werden für die an die heilige Moral Glaubenden zu beliebig zusammensetzbaren Bausteinen eines unpolitischen Wohlfühl-Lifestyles, der ermöglicht, sich moralisch über den Rest der Welt zu erheben. Aus der von den meisten Obdachlosen als entwürdigend wahrgenommenen Notwendigkeit, in Mülltonnen nach weggeworfenen Lebensmitteln oder Pfandflaschen zu suchen, machen diese moralistischen Mittelschichts-Linken dann das Happening des Containers, indem sie sich nachts zu den Abfällen von Supermärkten schleichen und den noch halbwegs brauchbaren Inhalt abstauben, um Geld sparen zu können für die Karte zum nächsten alternativen Punkrock-Festival.

Auch dies ist ein beständiges Merkmal dieser Verachtung aller als unzugehörig markierten Menschen durch die postmodernen Moralisten: Ihren Musikgeschmack stimmen sie exakt danach ab, wie weit das jeweilige Produkt grob geschätzt vom Massengeschmack entfernt ist. Wie oft schon wurde ich von in diesem Milieu zu verortenden Bekannten schallend ausgelacht, wenn ich unvorsichtig zum Besten gab, dass ich Michael Jackson für ein Genie hielte oder dass ich eine Schwäche für den mitreißenden Soul von Aretha Franklin hätte. Das sei doch alles »Mainstream-Quatsch«. Alle Kunst, die der als dumm assoziierten Masse gefallen könnte, ist aus dieser Sicht abzulehnen, zu verspotten, als indiskutabel zu brandmarken.

Wie viel Virtuosität in vielen Ausformungen der Popmusik steckt, wie komplex zahllose Stile und Unterstile dieser von moralistischen Linken verkannten Mainstream-Melodien sind, all das wollen sie einfach nicht wahrhaben, weil sie ihr eigenes Selbst in ihrer linken Subkultur permanent und immer wieder aufs Neue cool, alternativ, radikal, widerständig, intelligent, sexy und vor allem moralisch gut performen müssen. Insgeheim hören viele von ihnen bei den Wochenendbesuchen im Kinderzimmer des abbezahlten elterlichen Reihenhauses natürlich doch nostalgisch die Red Hot Chili Peppers und Billy Talent, aber offen zugeben würden sie es nie. Schließlich müssen sie zeigen, wie wenig ihnen bürgerliche Konventionen bedeuten.

Während weite Teile dieser Welt um die tägliche Schüssel Reis zittern müssen, ergötzen sich diese moralisch Überlegenen ihrer queeren Identität, in der sie keine Lust haben auf dieses langweilige, fremdbestimmte Leben ihrer Eltern mit Doppelhaushälfte und Zweitwagen. Der Musikgeschmack funktioniert als klassisches Distinktionsmerkmal: Sie haben im Gegensatz zu den »Schaffe, schaffe, Häusle baue«-Menschen ausreichend Zeit und die bürgerliche Übung, sich mit unbekannten Musikstilen vertraut zu machen, weil sie nicht 40 oder mehr Stunden pro Woche im Büro oder auf dem Bau schuften müssen, sondern sich aus als Überzeugung getarnter Selbstgefälligkeit im prekären Politarbeitssektor verdingen und

die meiste Freizeit nutzen, um Möglichkeiten auszuloten, sich gegenüber der Masse abzugrenzen.

Der Schriftsteller Leander Sukov liegt schon richtig, wenn er meint, der Schutz queerer Identitäten dürfe nicht gegen die Rechte der Armen ausgespielt werden; und erst recht liegt er richtig, wenn er feststellt, dass die Beseitigung dieser Probleme aktiv durch postmoderne Moralisten torpediert werde: »Während Webseiten, Neubauwohnungen und Gefängnisse nicht mehr behindertengerecht eingerichtet werden, sondern barrierefrei, wird Europa zur Festung ausgebaut. Von barrierefrei ist nichts zu merken, wenn wieder Leichen an die Strände des Mittelmeeres angeschwemmt werden. Es ist wie bei Verkleidungskünstlern im Zirkus: Immer neue Klamotten, aber der Inhalt bleibt der alte. Denn natürlich macht es gar keinen Unterschied im existierenden Rassismus, ob ich Mohr, Neger oder Afrikaner sage, solange sich die Verhältnisse nicht ändern. Mohrenkopf und Negerkuss aus den Backstuben zu verbannen ändert nichts daran, dass aufgedunsene Leichen afrikanischer Flüchtlinge in Lampedusa angetrieben werden. Gar nichts. Es reicht nicht, die moralische Ruine der herrschenden Verhältnisse alle naselang neu zu tapezieren. Wir müssen sie abreißen!«<sup>158</sup>

## OHNE HEU KANN AUCH DAS BESTE PFERD NICHT FURZEN

Als ich noch keine fünf Jahre alt war, lud mein Vater regelmäßig seine Saufkumpane zur Pokerrunde zu uns nach Hause ein. Er war offenbar ein schlechter Spieler, denn meine Tante erzählte mir später, dass er fast immer verloren hat. Dumm nur, dass die Männer meist um Geld zockten. Eines Abends war ihm wieder kein Glück vergönnt, und er hatte an den Sieger 20 Mark zu zahlen. Der wollte ihm die Schuld erlassen, weil meine Mutter ihn anflehte, uns nicht das letzte Geld zu nehmen, das sie dringend für Babynahrung brauchte. Meinen Vater beeindruckte das wenig. »Wettschulden sind Ehrenschulden!«, lallte er und gab dem bedröppelt dreinblickenden Gewinner dieses bedeutungslosen Spiels seinen Gewinn. Er wiederum steckte meiner Mutter später die Kohle unbemerkt wieder zu, so dass meine Schwester nicht hungern musste. Aber mir fällt diese Geschichte jedesmal ein, wenn ein Lifestyle-Linker mir wieder weismachen will, Verzicht könne ein Genuss sein. Oder wenn mir ein linker Gesinnungsgenosse seine Supermarktbeobachtung serviert, in der ein »Assi« die Bratwurstplatte für 2,50 Euro im Einkaufswagen umherschob.

Meine Antwort auf solche Storys fällt immer gleich aus: Erst in einer Gesellschaft jenseits kapitalistischer Ausbeutung, ohne Hunger und den auf dem unermesslichen Reichtum der Wenigen beruhenden materiellen Mangel der Vielen wäre es angemessen, Konsum- und Identitätsfragen jene Bedeutung beizumessen, die sie gegenwärtig in der deutschen Linken einnehmen. Die Schwerpunktsetzung der Linken geht an der Lebensrealität ihrer natürlichen Klientel vorbei. Intelligente Identitätspolitik mit der politischen Ökonomie unserer Zeit zu verknüpfen, das hieße, den Leuten nicht ihre Sprache oder ihren Fleischkonsum vorzuwerfen,



sondern sich zu fragen, warum der Siegeszug der Discounter mit ihren Billigfleischbergen ausgerechnet um die Jahre 2004/2005 herum begann: Dann nämlich, als Gerhard Schröders rot-grüne Bundesregierung viele Menschen durch das Hartz-IV-Gesetz in Armut stürzte.

Anstatt über Umverteilung zu reden, wüten moralistische Linke gegen die angeblich perverse Unterschicht, die bei Aldi um die Ecke ein halbes Kilogramm gemischtes Hackfleisch für zwei Euro kauft. Als Reaktion geistert seit der Grünen-Idee vom obligatorischen »Veggie Day« sogar die Forderung im linkspolitischen Raum, den Fleischkonsum per Gesetz einzuschränken. Das wäre ein Rückfall in feudale Zeiten, in denen der Pöbel seinen Kanten Brot zu fressen hatte, derweil die oberen Zehntausend es sich an der reichgedeckten Tafel im herrschaftlichen Palast beim Spanferkelfest bequem machten.

Die Journalistin Kathrin Hartmann beschreibt in ihrem lesenswerten Buch »Wir müssen leider draußen bleiben«<sup>159</sup>, wie linksliberale Institutionen wie die Evangelische Landeskirche Hannover und die Diakonie Hamburg zum sogenannten Hartz-IV-Fasten einluden: Für die Dauer der christlichen Fastenzeit lebten die Teilnehmer freiwillig von dem für sie errechneten ALG-II-Satz – mit dem Ziel, mehr Sensibilität für die Lebenssituation materiell Bedürftiger zu schaffen. Eine gute Idee? Tatsächlich ist es beim »Hartzen for fun« aber nicht möglich, all das nachzuempfinden, was Hartz-IV-Bezieher tagtäglich psychisch und physisch mitmachen müssen. Hartmann stellt das plastisch dar: »Von den Hartz-IV-Fastern war niemand gezwungen, Kleider aus zweiter Hand zu kaufen, bei Tafeln Essen zu holen oder zu verzweifeln, weil die Waschmaschine kaputt ist. Niemand musste Depressionen bekommen oder die letzten Tage des Monats hungern, weil kein Geld mehr da war. Niemandem wurden kriminelle Absichten unterstellt, weil er einen Antrag falsch ausgefüllt hat. Niemand musste mit Sanktionen oder Abzug rechnen, wenn er zumutbare Arbeit ablehnte. Kein Hobbyhartzer musste sich vor seinen Freunden schämen.«

Experimente wie dieses sind typisch für das große linke Problem in Deutschland: Identität ist alles, Ökonomie gilt hier nichts. Slavoj Žižek hat das Dilemma der postmodernen Moralisten schon in seinem 1998 erstmals erschienenen »Plädoyer für die Intoleranz«<sup>160</sup> beschrieben: »Die postmoderne Identitätspolitik der partikularen ethnischen, sexuellen und anderer Life-Styles passt perfekt zu einer entpolitisierten Idee der Gesellschaft, in der jede partikulare Gruppe etwas gilt, ihren spezifischen Opferstatus hat, der durch Hilfsaktionen oder andere Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, die soziale Gerechtigkeit zu garantieren, anerkannt wird.« Dass dabei völlig unbeachtet bleibe, wie sehr diese Form des Schutzes von zu Opfern entstellten Minderheiten im idealen Staat einen komplizierten Polizeiapparat brauche, sei ebenso bezeichnend für die Ideen zur Verurteilung und Definition von Sexismus und Rassismus wie es den unpolitischen – will heißen: die ökonomische Ausbeutung komplett ignorierenden – Zeitgeist spiegele. Man kann es, auf den Punkt gebracht, auch in den simplen Worten meines cineastischen Helden Bud Spencer ausdrücken: »Ohne Heu kann auch das

beste Pferd nicht furzen.«

- 138 Leo Fischer: Repression für alle. Die Sensibilitäten eines Jugendzentrums zu verstehen, dem eine nackte Brust als Gewalt gilt, mag manchen überfordern. Der Fall ist jedoch insofern symptomatisch, als der Begriff (männliches) Privileg im Zentrum der Debatte steht. In: Konkret, Nr. 11/2013
- 139 Ally Fogg: Haste was, biste was. In vielen Debatten wird von Männern gefordert, über ihre eigenen Privilegien nachzudenken. Aber was ist damit eigentlich gemeint? In: Der Freitag, Nr. 40/2013
- 140 Abartig! In: Eulenspiegel. Das Satiremagazin, Nr. 8/2013
- 141 Magnus Klaue: Das gelebte Nichts. In der Amöbenwelt, zu der den Gendertheoretikern die Menschheit geschrumpft ist, gibt es eine neue Zellkultur: die Asexuellen. In: Konkret, Nr. 7/2013
- 142 Ingo Stütze: Dynamische Sprache gegen Herrschaft und Diskriminierung. Sprachpraxis ist politischer Bewegung nicht nachgeordnet – Interview mit Lann Hornscheidt. In: Critical Whiteness. Debatte um antirassistische Politik und nicht diskriminierende Sprache. Sonderbeilage von Analyse & Kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg 2013
- 143 Katrin Gerlof: Nur draufhauen genügt nicht. Ein Gespräch mit dem Chefredakteur der Tageszeitung *Neues Deutschland*, Tom Stroh Schneider, über Wörter und Sätze. In: Die Linke, Sonderheft der Mitgliederzeitschrift Disput, Sommer 2013
- 144 Max Goldt: Wenn man einen weißen Anzug anhat. Ein Tagebuch-Buch. Reinbek bei Hamburg 2012
- 145 Christian Jakob: Weiß sein, Schnauze halten. Die Theorie der »Critical Whiteness« und ihre Anhänger sorgen in der antirassistischen Szene für Konflikte. Dies hat sich auf dem No Border-Camp in Köln gezeigt. In: Jungle World, Nr. 30/2012
- 146 Ebenda
- 147 Nancy Fraser: Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/2009
- 148 Jule Karakayali, Vassilis S. Tsianos, Serhat Karakayali, Aida Ibrahim: Decolorise it! Die Rezeption von Critical Whiteness hat eine Richtung eingeschlagen, die die antirassistischen Politiken sabotiert. In: Critical Whiteness. Debatte um antirassistische Politik und nicht diskriminierende Sprache. Sonderbeilage von Analyse & Kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg 2013
- 149 Adolph Reed Jr.: Die Grenzen des Antirassismus. Der antirassistische Diskurs ist mit neoliberalen Gleichheitsbildern kompatibel. In: Critical Whiteness. Debatte um antirassistische Politik und nicht diskriminierende Sprache. Sonderbeilage von Analyse & Kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis. Hamburg 2013
- 150 Stephan Thome: Gegenspiel. Berlin 2015
- 151 Clara Rosa: Wir sind Klasse. In: Class Matters, Weblog vom 16.4.2013
- 152 Jan Fleischhauer, Wibke Hollersen: Hände hoch! Mit »#aufschrei« und Femen ist der Feminismus zurück auf der gesellschaftlichen Bühne: rebellisch, jung, selbstbewusst. Doch mit dem Erfolg gibt es auch neue Konflikte – um die richtige Methode und die ideologische Linie. In: Der Spiegel, Nr. 23/2013
- 153 Rainer Balcerowiak: Gelage auf den Barrikaden. Ohne Genussfähigkeit wird es keine soziale Umwälzung geben. In: Neues Deutschland vom 19./20.04.2014
- 154 Leo Fischer: In der Kreide. Konsumkritiker und Tierrechtler greifen zu immer regressiveren Protestformen. In: Konkret, Nr. 3/2014
- 155 Siehe Anm. 122
- 156 Raphael Gross: Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral. Bonn 2010
- 157 Siehe Anm. 122
- 158 Leander Sukov: Sprachliche Nebelkerzen. Feminine Mordroboter, Negerküsse und Verhältnisse, die dringender geändert werden müssen als die Umgangssprache. In: Junge Welt vom 14.08.2013
- 159 Kathrin Hartmann: Wir müssen leider draußen bleiben. Die neue Armut in der Konsumgesellschaft. München 2012
- 160 Siehe Anm. 95

## **7. Schantall, heul' leiser!**

### **WIE DIE MEDIEN NACH UNTEN TRETEN**

Es gibt ein schon beinahe zu Tode zitiertes Bonmot von Kurt Tucholsky. Fast alle kennen es, viele nutzen es hin und wieder, um das eigene Tun gegen Vorwürfe wie Respektlosigkeit, Unverfrorenheit oder Intoleranz zu verteidigen: »Was darf Satire? Alles.«<sup>161</sup> Unter dem Pseudonym Ignaz Wrobel sinnierte der subversive Publizist zu Beginn der Weimarer Republik über das Wesen jener Spottdichtung, die herrschende Zustände in überspitzter Form entlarven will. Ein Satiriker ist für Tucholsky »ein gekränkter Idealist: Er will die Welt gut haben, sie ist schlecht, und nun rennt er gegen das Schlechte an.« Dabei kommt es laut Tucholsky aber unbedingt auf die Perspektive an. Satire nämlich gewinne ihre Daseinsberechtigung erst dadurch, dass sie es wage, »dem dicken Kraken an den Leib zu gehen, der das ganze Land bedrückt und dahockt: fett, faul und lebensstötend«.

### **WAS UNTERNEHMER UNTER SATIRE VERSTEHEN**

Kai Twilfer dürfte irgendwann in seinem Leben auf diesen Text gestoßen sein. Der Autor und Unternehmer hat das mit dem dicken Kraken aber offenbar völlig falsch verstanden. Tucholsky meinte damit den Kapitalismus. Twilfer scheint dagegen zu glauben, Tucholsky liefere mit dem Bild von der faulen, fetten Krake ein Abbild der Unterschicht. Anders ist es nicht zu erklären, dass er seinen Buchbestseller mit dem Titel »Schantall, tu ma die Omma winken!«<sup>162</sup> ernsthaft als Satire bezeichnet.

Mit dem Buch verfolgt Twilfer eigentlich nur ein einziges Ziel: Er will die populären Klischees über die Schwächsten reproduzieren. Der Sozialarbeiter Jochen berichtet darin von seiner zum Scheitern verurteilten Mission, die »chaotische Unterschichtenfamilie« namens Pröllmann (!) aus dem Ruhrgebiets-Städtchen »Bochtrop-Rauxel« zu betreuen und sie »ein klein wenig auf den rechten Pfad der gesellschaftlichen Tugend zurückzuholen«, und zwar mithilfe von »Bildung und Kultur«, wie der Autor mit breitestem Larry-Hagman-Grinsen im Werbevideo zum Buch erklärt. Dabei geht es ihm »nicht so sehr um wirtschaftliche Armut, die eigentlich kaum existenzbedrohend vorhanden ist«, sondern »darum, ein Weltbild eines überaus faszinierenden Menschenschlags zu zeichnen, der seine Kinder eben lieber Samantha oder Dustin nennt statt Anna-Sophie oder Maximilian«.

Um dem Buch den Anschein von Realitätsnähe zu verpassen, arbeitet Twilfer mit einem am Ende eines jeden der zehn Kapitel wiederkehrenden Schema. Zunächst berichtet sein Sozialarbeiter von einer bestimmten Episode aus dem Leben der Titelheldin, bevor er ein mit »Was hängen blieb« überschriebenes Resümee zieht und die gewonnenen »Einsichten« über

das eigentümliche Leben der Schantall als aus seiner Sicht falsche Lebensweise der Unterschicht verallgemeinert. Nach und nach handelt Jochen kleine Schlaglichter aus seinem Alltag mit den Pröllmanns ab, darunter ein Besuch im Fastfood-Restaurant zum Geburtstag des Sohnes Tschastin, Erlebnisse mit dem Dreier-BMW des Bruders Jason, eine feuchtfröhliche Familienfeier in der Plattenbauwohnung der Familie, Schantalls Sommerurlaub in Lloret de Mar oder eine Shoppingtour mit Freundin Chayenne.

Einen logischen Handlungsstrang gibt es nicht. Vielmehr entsteht im Laufe der Lektüre der untrügliche Verdacht, dass sich Twilfer vorab eine Liste mit rein diffamierenden Klischees über bildungsbürgerferne und materiell arme Menschen zurechtgelegt hat, um anschließend in die Tasten hauend mal so richtig über deren »niveauarne Alltagskultur« herzuziehen. Da kauft sich die arbeitslose Schantall im »heimatstädtischen Textil-Billigmarkt« ihre »High-Heels«, »Glitzertops und Leggings« sowie Pflegeprodukte für »ihre mit Extensions verlängerten blonden Haare«. Genüsslich trinkt sie »Dosensekt«, und weder ihre »Gluckenmutter Hildegard« noch Vater Günter mit seinen »den Zigaretten geschuldeten Hustenbeschwerden« sind dem regelmäßigen »Besäufnis im Wohnzimmer der Pröllmanns« abgeneigt, während alle gemeinsam wahlweise in ihren »98-Zoll-Fernseher« starren oder sich mit »Best-of-Mucke von Andrea Berg« bei Laune halten. Ihre Ernährung besteht größtenteils aus »Monsterpizza, RedBull-Paletten«, zum Frühstück aber auch gerne mal aus »einer Flasche Cola und einer Packung Cornflakes«.

Pröllmanns Wohngegend mit einer »eingeschlagenen Glashaustür mit fünfhundert Klingelschildern« sowie einer »ähnlichen Anzahl an kunstvoll verbogenen Briefkästen« versprüht den Odem der Verwahrlosung und »die im Hause Pröllmann vorhandene Anzahl an Geschirrstücken aus Porzellan entspricht in etwa der der vorhandenen Bücher im Wohnzimmer. Also irgendwas zwischen zwei und fünf.« Dass die junge Schantall bereits Mutter ist, nimmt natürlich in der Auflistung ihrer Schandtaten unangefochten den Spitzenplatz ein: »Kinderkriegen schien ihr trotz sehr eingeschränkter Einkommensverhältnisse hip und modern und ab dem gesegneten Alter von 23 auch mehr als überfällig.« Ihr Balg hat sie jedoch gar nicht im Griff, denn »die Verschönerungen mit Filzmalern und Pokémonaufklebern« an den Tapeten der Wohnung stammen vom kleinen Tschastin. Auf ein Dasein als Arbeitssklave wird er skandalöserweise nicht vorbereitet, was für Jochen die »frühmorgendlichen Aufstehzeiten ab circa 11.00 Uhr« demonstrieren.

Und wir lernen daraus im »Was hängen blieb«-Fazit: »In vielen Fällen sind die Familienverhältnisse und die Nachwuchsfrage der häufig bildungsfernen Unterschicht leider eher auf Masse als auf Klasse ausgerichtet. Die Anzahl der in die Welt gesetzten Kinder in Familien wie den Pröllmanns steigt in vielen Fällen proportional zur fallenden Quotientenkurve des Intellekts. Zusammenhängen mag das mit der Vermutung, dass zu einem Zeitpunkt, während sich Normalbürger in der gymnasialen Oberstufe noch mit dem

mathematischen Kern von Matrizen beschäftigen, Teenies wie Schantall eher mit dem wippenden Kern von Matratzen zu tun haben. Zudem wird die gymnasiale Oberstufe von Leuten wie den Pröllmanns gern mit Orten wie Tschernobyl oder Fukushima verwechselt; ein Grund und Boden also, wo anscheinend nur Verstrahlte zu finden sind und den man tunlichst vermeiden sollte.«

Hier liefert Twilfer die drei im gesellschaftlichen Diskurs häufigsten Vorwürfe gegen die Unterschichtler: Zum einen setzten sie dieser Logik zufolge aufgrund ihrer gefühlskalten Sex- Obsession (»Das Wort ›Liebe‹ war zwar immer schnell gefallen, aber ernsthaft praktiziert wurde sie nie«) viel zu viele unnütze Gören in die Welt, die keinen adäquaten Beitrag zu Erb- und Volksgesundheit sowie zur ökonomischen Vormachtstellung des deutschen Vaterlandes leisteten (man denke etwa an die Äußerung des späteren Bundesgesundheitsministers Daniel Bahr im Jahr 2005: »In Deutschland kriegten die Falschen die Kinder – nur die sozial Schwachen«). Außerdem seien sie allesamt dumm und kämen daher als anerkannte Mitglieder der Gesellschaft nicht in Frage. Und schließlich die weiter oben schon mehrmals thematisierte Königsdisziplin des Hau-den-Proll-Spiels: Materielle Armut und fehlende formale Bildung werden auf individuelles Versagen zurückgeführt.

Ob ein solches Buch vor 20 Jahren in dieser Form überhaupt in einem deutschen Publikumsverlag hätte erscheinen können, darf mit gutem Recht bezweifelt werden. Als 1979 in Großbritannien eine gewisse Margaret Thatcher an die Macht kam, begann dort eine beispiellose Ära der Demontage aller Organisationen und Errungenschaften der Arbeiterklasse. Da die sozialdemokratischen Regierungen unter Tony Blair und Gordon Brown sich später ebenso als willige Vollstrecker der neoliberalen Thatcher-Politik entpuppten wie sämtliche konservativen Administrationen, hat sich auf der Insel ein soziales Klima entwickelt, in dem der Hass gegen materiell arme Menschen bei Reichen und bei weniger gut Betuchten zum guten Ton gehört. Mit der durch die rot-grüne Bundesregierung vor zehn Jahren initiierten Agenda 2010, die den deutschen Sozialstaat einiger seiner Grundprinzipien beraubt hat, setzte auch im selbst ernannten Land der Dichter und Denker eine solche Entwicklung ein.

Denn seitdem hat die sogenannte aktivierende Arbeitsmarktpolitik hier Einzug gehalten. Darin wird Sozialpolitik, wie es der Soziologe Stephan Lessenich ausdrückt, »Teil eines politisch-ökonomischen Gezeitenwechsels, Teil einer gesellschaftspolitischen Mobilisierung der Subjekte, der programmatischen Bezugnahme auf ökonomische Semantiken des Wettbewerbs und der Mobilität, der Innovation und Beschleunigung, der Anpassungsfähigkeit und Alternativlosigkeit«<sup>163</sup>. Daraus habe sich eine »moralisierende Delegitimierung nicht-erwerbstätiger Lebensformen« entwickelt. Das Gemeinwohl bestehe dabei in der Pflicht des Einzelnen, ein Fremdhilfe vermeidendes Verhalten an den Tag zu legen. Wenn jemand nicht von seinem Einkommen leben könne, liege er diesem Verständnis

nach der Gemeinschaft auf der Tasche und verdiene es, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden. Es gelte die Regel: Wo es vorher eine Mitverantwortung für (unverschuldet und verschuldet) in Not geratene Menschen gab und Verunglimpfungen fauler Arbeitsloser in eindeutiger Abgrenzung zu den ehrlichen Arbeitslosen stattfanden, sind jetzt fast alle Formen des Transferleistungsempfangs abzulehnen. Jede Beanspruchung der öffentlichen Finanzen durch wenig Privilegierte würde außerdem vor allem von der Mittelschicht als bössartiger Affront gegen die eigenen Lebenschancen interpretiert.

Ganz in diesem Sinne reitet Twilfer in seinem Buch auf der Aktivierungswelle. Etwa wenn er Schantall als arbeitsscheu darstellt (»Schantall besaß regelmäßig ein Gespür dafür, wie man ein ohnehin ins Karrierenix verlaufendes Gespräch noch etwas verkürzen konnte, um rechtzeitig in die Welt von Hartz IV zurückkehren zu können«) oder süffisant kommentiert, dass Menschen wie Schantall hin und wieder aus ihrem Alltag ausbrächen und »in den immer selbstsicherer so betitelten ›wohlverdienten‹ Urlaub« verschwinden, statt sich in heimischen Gefilden für einen Euro pro Stunde ans Toilettenputzen zu machen. Auch thematisiert Twilfer den angeblich maßlosen Konsum der Unterschicht: »Das oft sinnlose Geldausgeben für billige Artikel scheint ein typisches Merkmal für Schantalls und ähnlich gepolte Damen und Herren dieser Gattung Mensch zu sein.« Zeile um Zeile wird klarer: In geradezu mustergültiger Manier hat da einer die Funktionsweise des neoliberalen Kapitalismus verinnerlicht.

Eben weil es aber um das argumentative Repertoire dieses Neoliberalismus armselig bestellt ist, geht Twilfer folgerichtig nach gut 100 Seiten die Puste aus, denn nun ebbt die als Schenkelklopfer getarnte Beleidigungsorgie auf Kosten der Unterschicht zunehmend ab, weil der Autor offenbar das gesamte Pulver aus seinem Kalauerkästchen bis dahin bereits verschossen hat. Jochens Erlebnisse werden nur noch durch einige langatmige Passagen über Schantalls zwischenzeitlichen Aushilfsjob im Supermarkt, ihre amourösen Ambitionen oder einen familiären Kirmesbesuch weitererzählt. Die zentrale Botschaft rammt Twilfer weiterhin ungenlenk in die Schädel unbedarfter Leser. Am bezeichnendsten kommt sie im bereits erwähnten Werbevideo zum Tragen, wenn Twilfer sein Verallgemeinerungsanliegen explizit macht. Er formuliert das in einer Grammatik, mit der er seiner Schantall (»Tschastin, tu dich ma beeilen! Wir wollen doch jetzt mit die anderen Kinder bei Mcdoof gehen«) in nichts nachsteht: »Jeder kennt vielleicht jemanden aus seinem Alltag, wo er vielleicht beim Lesen des Buches sagt: Die is genauso!«.

Es handelt sich hier aber nicht nur um ein Pamphlet des Hasses gegen all jene, die durch die kapitalistischen Strukturen schon genug Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren, sondern auch um einen stilistischen Offenbarungseid. Twilfers holprige Schreibe liest sich, als sei sein Jochen im Führerscheinamt eingeschlafen und bei der Bewilligungsstelle für Bewilligungsbescheide wieder aufgewacht. Der fast vollständige Verzicht auf mehr als drei



Verben wird durch seinen kleinen Notvorrat an Adjektiven nicht aufgewogen, der ohnehin nur dazu dient, die vermeintlich naturgegebenen Eigenschaften der Unterschicht als zutiefst diabolisch zu prononcieren. Erstaunlich, dass sich solch ein Bullshit tatsächlich monatelang an der Spitze der *Spiegel*-Taschenbuch-Bestsellerliste halten konnte.

Das Buch verfährt nach dem wohlfeilen Motto: Wenn wir nicht den bildungsfernen Unterschichtspöbel zu jeglicher nur denkbaren Form von schlecht bezahlter Erwerbsarbeit zwingen, dann wird Deutschland in wenigen Jahrzehnten hemmungslos verblöden und sich in spätrömischer Pröllmann-Dekadenz selbst zugrunde richten. Werke wie »Schantall« leisten die nötige ideologische Schützenhilfe, um auch hierzulande bei der zunehmend prekär beschäftigten und mit Abstiegsängsten konfrontierten Mittelschicht das soziale Klima weiter in Richtung eines blanken Hasses von allen Seiten auf die Ärmsten zu schüren. Das Buch hat sich so gut verkauft, dass im Herbst 2014 unter dem Titel »Schantall, tu ma die Omma Prost sagen!«<sup>164</sup> ein zweiter Teil erschien. Darin treffen die Pröllmanns auf die ebenso klischeebehaftete Upperclass. Durch den Plot will sich Twilfer gegen Vorwürfe wehren, er würde sich auf Kosten »derer da unten« bereichern – und etabliert sich damit als Witzvariante des bereits thematisierten *Stern*-Journalisten Walter Wüllenweber, der in seinem Buch »Die Asozialen« hinter seriöserem Etikett die Superreichen als ebenso raffgierige wie listige Langnasen und Brunnenvergifter darstellt.

Über die Unterschicht weiß Twilfer auch im zweiten »Schantall«-Buch nichts Neues zu berichten. Noch immer sind die Pröllmanns gefangen im »Paralleluniversum des schlechten Geschmacks«: Schantall klebt im Nobelrestaurant »ihr Kaugummi an die Fischgabel«, ihr Vater Günther weigert sich, einem »bei neun Grad Celsius im T-Shirt auf der Straße« tobenden Kind einen Pullover zu geben, und Schantalls neuer Freund Cedrik besitzt kaum mehr als »unzählige Spielkonsolen, Kopfhörer und ein Bett«. Für Ende 2016 ist bereits ein dritter Part angekündigt. In einem Interview behauptet der Autor sogar, dass die Rechte zur Produktion einer »Schantall«-Fernsehserie bereits verkauft seien.<sup>165</sup> Ein Anzeichen dafür, dass wir erst ganz zu Beginn des Unterschichtenbashings stehen.

Dass eine Buchreihe wie diese als Satire durchgeht, ist dabei für sich genommen schon traurig genug. Lässt sich doch beim Lesen jeder Zeile nicht nur auf dem schwedischen Friedhof Mariefred lautstark unter der Erde das grollende Donnern vernehmen, verursacht durch das entsetzte Rotieren des ollen Tucholsky in seinem seligen Grab. Wüsste er, wie aktiv sich selbst die Lohnabhängigen an der Verharmlosung solcher Hassschriften beteiligen, ihm würde sich der Eindruck aufdrängen, sein Werk sei vergeblich gewesen. Vielleicht würde er nicht nur gleich noch einmal eine Überdosis Tabletten schlucken, sondern sich sogar wünschen, niemals geboren worden zu sein.

## ANTRETEN ZUM ANPASSEN



Ein linksliberaler Bekannter, mit dem ich mich einmal über die Bücher unterhalten hatte, meinte zuerst, er lese so etwas grundsätzlich nicht. Man dürfe es aber auch nicht überbewerten, denn es handele sich hier eben einfach um »niveaulose Unterhaltung für dumme Menschen«. Außerdem, und diese Ergänzung brachte mich endgültig in Rage, müsse man dabei doch schmunzeln, weil sich die Beschreibung ja irgendwie nah an der Wirklichkeit bewege, wenn man mal ganz ehrlich sei. Ich konnte es nicht fassen. »Stell dir vor«, entgegnete ich ihm, »Twilfer hätte ein Buch über eine türkischstämmige Familie geschrieben mit dem Titel ›Ali, hol ma Döner mit scharf!‹ Darin würden Türken als dumpfe, faule Einwanderer in ›unsere‹ Sozialsysteme beschrieben. Würdest du dann auch sagen: ›Die Türken sind halt so‹, nur weil es vielleicht vereinzelt Türken gibt, die sich so geben?«

Eine Antwort durfte er sich sparen, denn natürlich würde er das weder sagen noch denken, weil Linke ein solches Werk mit gutem Recht als rassistisch einstufen würden. Frustrierend ist die mir immer wieder selbst bei solch politisch denkenden Menschen begegnende Erfahrung von Leuten, die dem neoliberalen Zeitgeist derart naiv auf den Leim gehen. Von links wird sich kaum mit popkulturellen Phänomenen auseinandergesetzt. Den hegemonialen Diskurs über die von Hause aus dummen, faulen, fetten Penner aus der Unterschicht haben sich die Prediger der strukturellen Gewalt also längst unter den Nagel gerissen und beeinflussen damit auch das Denken mancher Linker. Wo der Unterhaltungsliteraturbetrieb mit der Verachtung der Marginalisierten sich derart profitabel gestaltet, dürfen natürlich auch bewegte Bilder diesen Klassenhass verbreiten.

Die Macher des Films »Fack ju Göhte«, der Ende 2013 in die Kinos kam und schnell die Spitze der Kino-Charts erklomm, zeigen sich demgemäß geradezu prototypisch als willige Vollstrecker. Regisseur Bora Dağtekin (»Türkisch für Anfänger«) feiert darin die uniformierte Gesellschaft auf der Grundlage einer abenteuerlich konstruierten Story. Soeben aus dem Gefängnis entlassen, will der schulabschlussfreie Kleinganove Zeki Müller (Elyas M'Barek) die verbuddelte Beute vom letzten Einbruch abholen und ein neues Leben in Südamerika beginnen. Doch just auf dem Versteck hat die örtliche Goethe-Gesamtschule ihre neue Turnhalle errichtet. Um die Kohle durch Umgraben des Gebäudes zu ergattern, bewirbt er sich kurzerhand als Hausmeister, aber die Direktorin (Katja Riemann) sieht in ihm nur den dringend benötigten Aushilfslehrer.

Bauernschlau, wie es diese merkwürdigen Prols nunmal sind, ergaunert sich Müller die nötigen Papiere von der idealistisch-braven Referendarin Lisi Schnabelstedt (Karoline Herfurth) und muss sich gleich mit der Problemklasse 10b herumärgern. Diese delinquente Ansammlung von als seelisch verwahrlost und intellektuell minderbemittelt dargestellten »abgefuckten Assis« (O-Ton aus dem Kollegium) schafft es nun sogar, auf dem straßengestählten Nervenkostüm des Zeki Müller herumzureiten. Im Gegensatz zu allen Kollegen vor ihm greift er dann aber zu unkonventionellen Mitteln: Schüler werden mit

»Achtet auf eure Ausdrucksweise, ihr Wichser!« angesprochen, Schwänzer mit dem Paintball-Gewehr ins Klassenzimmer zurückgeschossen, und dem männlichen Anführer Danger (Max von der Groeben) wird mal eben der Kopf ins Schwimmbecken getaucht.

Bei dem an Letzteres anschließenden Telefonat Müllers mit dem Vater des Gepeinigten erlebt der Möchtegern-Pädagoge eine faustdicke Überraschung: Nicht etwa strafrechtliche Konsequenzen droht ihm der Assi-Daddy an, nein, der Herr Lehrer solle ihm doch bitte schön auch weiterhin ab und zu eine runterhauen, weil er sonst sowieso nicht spure. Nicht nur auf diesem Wege wird unter dem Deckmantel des Witzes permanent verdeutlicht, wer einzig und allein an der Verwahrlosung der Kinder schuld sein soll: deren ebenso verantwortungslose wie egoistische Hartz-IV-Eltern. Und die Zunft der Lehrer darf sich wirklichkeitsverzerrt exakt so porträtiert sehen, wie sie sich in ihrem Alltag am liebsten selbst sehen: als hart Arbeitende, die nur das Beste für die süßen Kleinen wollen und denen doch nichts als Verachtung entgegenschlägt. Müllers allmählich einsetzender Erfolg, der sich schließlich in der kollektiven Begeisterung für Schillers »Räuber« und dem Mitmachen der Assi-Queen Schantall (Jella Haase) bei »Jugend Forscht« zeigt, lehrt uns jedenfalls: Diese vernachlässigten Bälger sind nur durch emotionale Härte zur Räson zu bringen (Zeki Müller: »Schantall, heul' leiser!«).

Diszipliniert wird die 10b letztlich primär durch eine Exkursion. Nach dem Besuch bei einem dem Tode geweihten Fixer steuert die Gruppe eine Familie an, die als typische Hartzer-Sippe präsentiert wird. Bei den Nichtsnutzen liegen etliche leere Bierdosen herum, ihr Geschmack und ihre Sprache sind selbstredend vulgär, und der arbeitslose Sohn ist natürlich ein überzeugter Neonazi. Die Schüler gaffen und protokollieren – wie im Zoo. Seht her, ruft der Film seinem überwiegend jugendlichen Publikum zu, wer sich nicht bedingungslos anpasst, endet wie diese erbärmlichen Gestalten. Doch nicht nur die Schüler, auch die graue Maus Schnabelstedt verändert sich. Sobald sie ihre Individualität aufgeben und sich äußerlich vom Freak zum Model gewandelt hat, verliebt sich Müller in sie, beide finden zusammen, und wenn sie nicht gestorben sind, dann streben sie noch heute dem gnadenlosen Konformismus entgegen.

Am Ende hat sich Zeki Müller nicht nur von seinem zwielichtigen Milieu verabschiedet, er hat seine Klasse zugleich so weit, dass sie artig das durch die Lektüreschlüssel Vorgekaute nachsprechen und lammfromm das auswendig Gelernte in ihren Klausuren bulimieren. So bleibt der Eindruck, dass Dağtekin hier im bunten Gewand einer mit infantilen Kloaken-Gags und clownesken Klischees angereicherten und vor Heuchelei nur so triefenden sozialen Aufstiegsromanze eine Gesellschaft voller Schleimer anbetet. Die hier als Happy End präsentierte Gesellschaft wäre eine reine Abrichtungsmaschinerie zur wirtschaftlichen Verwertbarkeit und würde gewiss ganz im Sinne der subtilen Ideologie des Films ausnahmslos arbeitsmarkttaugliche Sechszehnjährige heranzüchten. Als im Sommer 2015 die

Fortsetzung »Fack ju Göhte 2« in die Kinos kam, knackte der Film mit mehr als sieben Millionen verkauften Tickets den Jahresrekord.

Über diesen zweiten Teil lässt sich wenig sagen: Die Klischees aus dem ersten Film werden wiederholt, diesmal gehorcht das Drehbuch jedoch weniger einer Storyline. Wieder zielt der Film auf Teenager, die herzerfrischend über den Unterschichtspöbel lachen dürfen und denen kalauernd vorgeführt wird, wie sie sich am besten anpassen. Den entscheidenden Unterschied zum ersten Part identifiziert der Kulturkritiker Wolfgang M. Schmitt in seiner Youtube-Reihe »Die Filmanalyse« treffend: »Fack ju Göhte 2 ist kein Film. Und es ist eine Katastrophe für das Kino. Die Leinwand verkommt zur Verkaufsfläche, und das Drehbuch folgt den Gesetzen des Product Placements. Das Einzige, was dieser Ideologie noch Widerstand leisten könnte, wäre Bildung, doch die wird regelrecht vernichtet.«

Und wie reagieren Linke darauf? Wahrscheinlich lehnen die meisten diese Formate rundweg ab. Einige, mit denen ich darüber sprach, teilen meinen Ärger aber überhaupt nicht. »Das ist doch nur Comedy«, winkte einer ab, »reinsten Trash halt, der keine politische Bedeutung hat.« Eine andere meinte, mir spitzfindig Sozialchauvinismus unterstellen zu müssen: »So ernst solltest du das nicht nehmen, der Film ist nichts als Klamauk, den es immer schon gegeben hat. Du solltest die Leute nicht unterschätzen, die sich das anschauen. Die sind nicht so dumm, wie du denkst, sie durchschauen das.« Was ist nur aus der guten alten Ideologiekritik geworden? Wenn Linke, die sich mehr als nur einen Gedanken über diese Gesellschaft machen, Produktionen wie »Schantall« und »Fack ju Göhte« als bloßen Spaß abtun und nicht bedenken, dass das Publikum solcher Bücher und Filmchen auch aus in ihrer geistigen Reife noch längst nicht gefestigten Heranwachsenden besteht, dann ist es an der Zeit, sich wirklich Sorgen zu machen um das kulturökonomische Verständnis der Linken in diesem Land.

## FEUER FREI FÜR DIE KALAUERKANONE!

Zumal das Nachmittagsprogramm des Fernsehens, das allen Unkenrufen zum Trotz noch immer als Leitmedium fungiert, vollgestopft ist mit billig produzierten Sendungen über die Unterschicht. Am einträglichsten erscheint den Produzenten offenbar ein Format namens »Scripted Reality«. Dabei handelt es sich um Sendungen, in der Laiendarsteller vorab grob festgelegte (also: gescriptete) Handlungen spontan so darstellen, als handele es sich um einen Dokumentarfilm. Konsumforscher bestätigen, dass die große Mehrheit der Zuschauer die diffamierenden Storys als glaubwürdig, wenn nicht sogar »aus dem wahren Leben gegriffen« empfinden. Die kritische Sozialwissenschaft hat sich bisher kaum mit dem Phänomen beschäftigt, obwohl es den Sendern sensationelle Einschaltquoten bringt und das Treten nach unten gewinnbringend kultiviert.

Im Dezember 2015 erschien die bislang genaueste Studie zu »Scripted Reality«-Formaten.

Die Soziologin Britta Steinwachs analysiert in ihrem Buch »Zwischen Pommesbude und Muskelbank«<sup>166</sup> die Sendung »Familien im Brennpunkt« und seziert alle Sequenzen zweier Fallbeispiele so exakt, dass ihr Ergebnis am Ende deutlich ausfällt: »Im Hinblick auf die Inszenierung der Ausdrucksformen des Unterschichtskörpers zeigt sich, dass die Unterschichtsakteure im Unterschied zu den gezeigten Figuren der Mittelschicht über einen vulgären, formal fehlerhaften Sprachgebrauch verfügen sowie sehr häufig in ausladenden, gebieterischen Drohgebärden dargestellt werden.« Die Unterschicht sei für die Drehbuchschreiber demnach definiert durch eine mangelnde Affektkontrolle, freiwillige Arbeitslosigkeit und selbst gewählte Bildungsabstinenz: Männer lassen permanent ihre Muskeln spielen, und die Frauen sind den Machos treu ergeben.

Wer aber glaubt, man finde solch neoliberale Produktionen nur in der Humorecke der Buchhandlung, im Multiplex-Kino oder bei RTL, der täuscht sich. Seit Anfang 2016 läuft im öffentlich-rechtlichen ZDFneo die Sitcom »Blockbustaz«, deren erste Staffel nach sechs Folgen mit einem neuen Zuschauerrekord für den Spartensender zu Ende ging. Der Plot ist schnell erzählt: Protagonist Sol (gespielt von dem Rapper Eko Fresh) lebt im Plattenbau in einem Kölner »Problembezirk«. Er träumt von einer Karriere als Rapper, verdingt sich aber lieber als Couch-Potatoe und verzockt ständig seine Kohle in der Pizzabude des gerissenen Hardy (Ferris MC). Sols Freundin Jessica (Joyce Ilg) ist die Aufstiegswillige: Sie verdient ihr Geld am Burgergrill und versucht, sich um ihre beiden kleineren Geschwister zu kümmern, während ihr Vater Ronald (Andreas Hoppe) sämtliches Geld für die Schulbücher seiner Kinder versäuft.

Laut Eigenwerbung »beweist der Comedy-erfahrene Regisseur Jan Markus Linhof sicheres Gespür für Situationskomik und Timing«. Ein Autor des *Neuen Deutschland* lobte die Sendung als »heiteres Unterschichtenporträt«, die *Zeit* schrieb anerkennend von einer »aufgedrehten Milieudraufsicht«, die *Münchener Abendzeitung* erfreue sich an der »Ghetto-Sitcom mit Kult-Potenzial« und die *Welt* goutierte den Versuch eines »humorvollen Blicks auf die Welt von Sozialhilfe, Kindervernachlässigung und Drogenabhängigkeit«. Was das Drehbuchautorenteam um Niklas Hoffmann unter Humor versteht, sieht in den einzelnen Folgen so aus: Der saufende Vater verpfändet seinen Sohn, um seine Schnapsschulden in der Spelunke bezahlen zu können. Bei der rassistischen Nachbarin wiederum hängt ein Hitler-Bild an der Wand. Sol will sich vor Arbeit drücken. Er versucht, seine Sachbearbeiterin beim Jobcenter übers Ohr zu hauen. Auf dem Hausdach wird Gras angebaut. Und das Bällebad bei Ikea fungiert als Kita.

Auch äußerlich sind die Figuren gnadenlos stereotypisiert: Sol sieht in jeder Szene aus wie ein aufgescheuchter Hund und bedient das rassistische Klischee vom kleinkriminellen Ghettomigranten, Hardy wirkt wie ein abgehalfterter Zuhälterkönig, und Ronald kommt daher wie ein verantwortungsloser Säufer. Mit diesem Ensemble feuert die Sendung volles Rohr

aus der klassendiskriminierenden Kalauerkanone oder, wie es bei *Spiegel Online* überraschend scharfzüngig heißt: Die Sendung »tritt nicht einfach nur nach unten, sondern schubst ihre Figuren aus dem 16. Stock und schlägt dann noch einmal mit Baseballschlägern drauf«.

Der sich im Spott äußernde Hass auf »die da unten« wird zur Projektionsfläche der Antipathie gegen all jene, die Angst vor dem eigenen sozialen Absturz verspüren, der in Zeiten des ausufernden Neoliberalismus für fast alle zur Gefahr geworden ist. Genau darum funktioniert »Blockbustaz« so gut. Wenn mit Jessica die einzige wirklich sympathisch dargestellte Figur bürgerlichen Idealen nacheifert und ihr auf dem Weg ins soziale Oben durch den Alkoholikervater oder den Marihuanamacker ständig Steine in den Weg gelegt werden, dann nimmt die Serie die hegemoniale Erzählung über die Armut unserer Tage auf: Nicht die gesellschaftlichen Strukturen bedingen demnach die steigende Ungleichheit, es ist vielmehr die selbst gewählte »Kultur der Unterschicht«, die soziale Aufstiege blockiert.

## FÜR DIE DA UNTEN IST HIER OBEN KEIN PLATZ

»Fack ju Göhte«, »Familien im Brennpunkt« oder »Blockbustaz« zeigen: Produktionsfirmen verarbeiten das, was sie in der gesellschaftspolitischen Arena an Debatten vorfinden. Und diese Debatten werden ganz wesentlich transportiert durch die Journalisten. Die hatten in Deutschland schon immer ein mieses Image. Es gibt viele Rankings, die das Prestige der gängigsten Berufe auflisten. Die fallen in vielerlei Hinsicht verschieden aus, je nachdem, wer sie wann ermittelt. Ein paar Konstanten aber gibt es: Feuerwehrmänner, Ärzte und Polizisten landen immer ganz oben. Medienmacher finden sich dagegen zuverlässig weit abgeschlagen am Ende, gemeinsam mit Versicherungsvertretern, Politikern und Bankern. Journalisten haftet das klebrige Bild der Hofnarren an, die ein bisschen kritische Instanz gegenüber den Mächtigen spielen dürfen, meist aber in deren Sinne schreiben.

An diesem Image ist viel Wahres dran. Und das liegt auch an der sozialen Zusammensetzung des Berufsstandes. Bei den Journalisten hat man es hierzulande ganz überwiegend mit einem elitären Klüngel zu tun, der sich aufgrund seiner wohlhabenden Herkunft und der Möglichkeit, hin und wieder am Nektar der Herrschenden zu nippen, dem Topmanager der Deutschen Bank ökonomisch, kulturell und politisch näher fühlt als der alleinerziehenden Mutter auf Hartz IV. Unabhängige Studien belegen, wie stark die soziale Schließung der Massenmedien fortgeschritten ist. In ihrer Doktorarbeit hat die Sozialwissenschaftlerin Klarissa Lueg die soziale Herkunft der Journalisten in Deutschland erforscht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sie zu mehr als zwei Dritteln eine privilegierte soziale Herkunft aufwiesen und vor allem Eltern hätten, die als Beamte oder Angestellte mit Hochschulabschluss im gehobenen bis sehr gehobenen Dienst tätig (gewesen) sind.<sup>167</sup>

Auch der Politikwissenschaftler Peter Ziegler hat die Herkunft des journalistischen

Nachwuchses empirisch erforscht. Seine Studie zu Schülern der begehrten (und teuren!) Journalistenschulen kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: »Bei den Berufen der Eltern der Befragten dominiert der Beamte. Der Beruf des Arbeiters kommt bei den Vätern kein einziges Mal, bei den Müttern selten vor.« Sie gleichen den Jurys, so Ziegler, vor allem in ihrem Habitus: »Souveränes Auftreten, ähnliche Lebensläufe mit frühen journalistischen Ambitionen führen zur gleichen Chemie zwischen Aspirant und Auswahlkommission.«<sup>168</sup> Tonangebende Journalisten seien längst »mit Unternehmensberatern, PR-Strategen, Experten für politische Kommunikation und Ökonomen zu einer neuen publizistischen Klasse zusammengewachsen«<sup>169</sup>, weiß auch der Medienwissenschaftler Lutz Hachmeister.

Als sich in mir nach dem Ende meines Studiums der eigentlich bereits aufgegebene Berufswunsch des Journalisten doch noch einmal bemerkbar machte, kannte ich all diese Studien schon. Wie sollte ich aber den Einstieg in diesen Beruf schaffen bei all der Konkurrenz aus der Mittelschicht mit all den selbstbewussten jungen Männern und Frauen mit all ihren Prädikatsexamen und der finanziellen Sicherheit durch die Familie in der Hinterhand, die bei beruflichen Talsohlen immer wieder einspringen kann? Ich schob alle Bedenken beiseite und bewarb mich republikweit bei regionalen und überregionalen Tageszeitungen um Volontariate. Die meisten Redaktionen rekrutieren Volontäre, die eigentlich sofort als fertige Redakteure einsetzbar sind. Wegen der großen Zahl an Bewerbungen, denen nur sehr wenige Stellen gegenüberstehen, setzen sich meist die Notenbesten, Strebsamsten und Schleimigsten durch – und jene, die dank eines entsprechenden Elternhauses eine skandalös schlechte Bezahlung in Kauf nehmen können, von der man in einer größeren deutschen Stadt heute kaum mehr existieren kann.

Bewerbungswütig und beinahe wahllos schickte ich eine Mappe nach der anderen in die Schreibstuben der Republik. Ich wollte möglichst viele Einladungen zu Vorstellungsgesprächen erhalten, um für das ultimative Bewerbungsinterview bei meinem eigentlichen Wunscharbeitgeber trainieren zu können. In meinem Motivationsschreiben stellte ich meine soziale Herkunft offensiv heraus – in der Hoffnung, damit als Exot bei den Chefredaktionen auf Neugier zu stoßen. Und: Es funktionierte! Auf meine gut 20 Bewerbungen erhielt ich zehn Einladungen. Jedesmal zeigte sich, dass die Chefredakteure (es waren ausschließlich Männer) meinen sozialen Aufstieg interessant fanden und sie hofften, ich könne durch diesen in ihrem Berufsfeld völlig ungewöhnlichen Blickwinkel die Qualität der Zeitung steigern. Mir drängte sich der Eindruck auf: Gerne würden viele Redaktionen mehr Arbeiterkinder einstellen, es mangelt einfach an jenen, die dank entsprechender Unterstützung durch frühe Mentoren den erforderlichen langen Marsch bis zur qualifizierten Bewerbung durchstehen.

Fünfmal sollte ich mich mit den Konkurrenten einem sogenannten Assessment Center unterziehen. Darin werden Bewerber tagelang rund um die Uhr auf Herz und Nieren geprüft:

Gruppendiskussionen, Stresstests, Quizspiele, journalistische Übungen und als gemütliches Abendessen getarnte Benimmtests stehen bei dieser inhumanen Methode auf dem Programm. Diese Einladungen sagte ich ab. Fünfmal wiederum bat man mich zu ganz normalen Vorstellungsgesprächen. Und die verliefen sehr unterschiedlich: Vom netten Geplauder bis zum brutalen Ausfragen war alles dabei. Die Überraschung war, dass man mir anschließend jedes Mal ein Jobangebot unterbreitete.

Es waren größere Konzernmedien dabei, aber mit einer Ausnahme waren alle Angebote finanziell unterhalb des schon gering genug bemessenen Tariflohns für Volontäre bei Tageszeitungen. Außerdem war es ein Einstellungskriterium, dass jeder Volontär ein eigenes Auto besitzt. Ohne finanzielle Unterstützung durch Eltern ist das unmöglich. Mein eigentliches Ziel war eine Stelle beim *Neuen Deutschland* (*nd*). Nicht nur, weil die Redaktion in Berlin sitzt und ein eigenes Auto da nicht notwendig ist, sondern vor allem, weil es eine überregionale Tageszeitung ist, die sich mit klarer Haltung im Mediengetümmel positioniert.

## WER JOURNALIST SEIN WILL, MUSS GELD MITBRINGEN

Im Juni 2014 wurde ich dann tatsächlich dort vorstellig – und anschließend eingestellt. Trotz aller Freude sollten es für mich zwei Jahre weit unterhalb des Existenzminimums werden, die ich aushielt, weil ich mir selbst unbedingt beweisen wollte, diesen eigentlich für die Bürgerlichen fest reservierten Beruf ergreifen zu können. Denn bei linken Medien liegt die Arbeiterkinderquote nicht höher als in bürgerlichen Redaktionen. Auch beim *nd* sind Menschen aus Beamten-, Ärzte-, Psychologen- oder höheren Angestelltenhaushalten dominant.

Mit dem unterschriebenen Arbeitsvertrag in der Tasche rief ich sofort stolz meine Familie an. Als ich andeutete, wie viel ich in etwa verdienen würde, fragten sie allesamt das Gleiche: »Und dafür hast du jahrelang studiert?« Liegt die Bezahlung der Volontäre beim *nd* noch in einem vergleichsweise akzeptablen Bereich, arbeitet mit der *taz* eine finanziell und strukturell wesentlich besser aufgestellte linke Tageszeitung eifrig daran mit, dass Arbeiterkindern der Zugang zum Journalismus auch weiterhin verwehrt bleibt. Die Vergütung des Volontariats orientiert sich dort am BAföG-Höchstsatz, der 2016 bei monatlich 649 Euro liegt. Auch die Bezahlung der Redakteure ist erschreckend schlecht, wie damals-Ex-und-mittlerweile-wieder-*taz*-Redakteur Kai Schöneberg im Oktober 2011 im *taz-Hausblog* schreiben durfte: »Man muss Geld mitbringen, um für die *taz* arbeiten zu können. Viele *taz*-Mitarbeiter lassen sich von jemandem aushalten. Es gibt die, die gespart oder geerbt haben, die mit den besserverdienenden Lebenspartnern, die mit den wohlhabenden Eltern, vielleicht ja sogar börsenzockende oder lottoverwöhnte *taz*-Redakteure. Und es gibt die, die wirklich sparen können.«<sup>170</sup>

Im Arbeitsalltag beim *nd* bekam ich vom ersten Tag an immer wieder meine soziale



Herkunft zu spüren. Um nur wenige Beispiele zu nennen: Da ich von den Kollegen nicht – wie es dem Berufsbild heutzutage eigentlich entspricht – als Generalist, sondern als Feuilletonist wahrgenommen wurde, kam niemals jemand auch nur annähernd auf die Idee, mir etwas anderes als büchervernarrte und hochgebildete Eltern anzudichten. Als ich etwa einem Kollegen von der bereits erwähnten Neigung meines Vaters berichtete, mit uns Kindern gruselige Filme zu schauen, interpretierte er das als pädagogische Maßnahme zur intellektuellen Horizonterweiterung. Mehrmals unterstellten mir Kollegen fälschlich eine Verwandtschaft mit dem Wirtschaftsjournalisten Stefan Baron, der jahrelang Konzernsprecher bei der Deutschen Bank gewesen war. Sie glaubten, ich sei – wie so viele Linke – in Opposition zur konservativen Verwandtschaft links geworden.

Weniger angenehm ist es, wenn meine soziale Herkunft sich bemerkbar macht, aber falsch interpretiert wird. Ein Migrationshintergrund ist in den meisten Fällen nach außen sichtbar, eine Herkunft aus der Unterschicht lässt sich nicht so leicht identifizieren. Am deutlichsten merke ich das immer dann, wenn Kollegen meine manchmal sich äuernde Verbissenheit mit Arroganz verwechseln. Intern werde ich gerne als »Drama Queen« verulkt, weil mich bei einem auslaufenden Arbeitsvertrag die unsichere Perspektive, die im Zeitungsgewerbe üblich ist, psychisch schwer belastet. Auch in scheinbar unverfänglichen Situationen treten die sozialen Unterschiede zutage – unter anderem dann, wenn sich die Unterhaltung beim Mittagessen oder bei Flurgesprächen im Kollegenkreis auf Geschmacksfragen konzentriert: Weil ich in meiner Jugend kaum Kontakt zu Gymnasiasten und Akademikerkindern hatte, blieb ich bei Classic Rock, Pop und Hip-Hop stehen, ohne alternative Musikrichtungen kennengelernt zu haben.

Das rächt sich jetzt: Ich habe keine Ahnung von den Bands, über die meine Kollegen häufig sprechen, und versuche dann, die Unterhaltung unbeholfen auf Fußball umzulenken. Da mir außerdem jede Fähigkeit zum Smalltalk fehlt, ertappe ich mich immer wieder dabei, wie ich im Arbeitsalltag unbewusst Dialog-Situationen meide, um nicht als Hochstapler enttarnt zu werden. Da Smalltalk vor Interviews, bei Telefonaten oder im Rahmen der vielen Redaktionskonferenzen zum Standardrepertoire jedes Journalisten gehört, fehlt mir damit eine Kernkompetenz meines Berufs.

Meine Unsicherheit ist mir glücklicherweise nicht jeden Tag bewusst. Wäre es so, ich müsste mir sofort einen anderen Job suchen. Die vielen feinen Unterschiede, die mir im Habitus meiner Kollegen auffallen, stoßen mich aber ständig auf meinen Startnachteil. Entgegen all meiner immer wieder erneuerten guten Vorsätze beschleicht mich dann aber trotzdem immer wieder dieses lähmende Gefühl, eigentlich doch gar nicht zu diesem exklusiven Kreis kluger Menschen gehören zu dürfen. Niemand aus dem Kollegenkreis vermittelt mir dieses Empfinden, und doch ist es ständig präsent.

Langfristig gesehen, bleibt der ungleiche Zugang zu journalistischen Stellen oder dem

freiberuflichen Reporterleben auch dann erhalten, wenn man von unten irgendwie doch in diesen elitären Beruf gelangt ist. Marco Maurer, der als Facharbeiterkind ebenfalls ein Exot im deutschen Journalismus ist, berichtet in seinem Buch »Du bleibst, was du bist«<sup>171</sup> von einer Einschätzung, die ich teile: »Meine Freunde und Bekannten können sich das freie Journalistendasein leisten, weil sie auf die Eigentumswohnungen und Erbschaften ihrer Familie zurückgreifen können. Ihr Job dient nicht der Existenzsicherung, sondern der Selbstverwirklichung.« Auch wenn sich noch immer der Mythos hält, an der intellektuellen Spitze der Gesellschaft kämen die tüchtigsten, leistungsstärksten und fähigsten Köpfe zu Wort, kommt es doch tatsächlich heute mehr denn je auf das richtige Netzwerk und die besten ökonomischen Startvoraussetzungen an, wenn jemand zum Journalisten werden will. Gleiches gilt für andere elitäre Berufsfelder wie Wissenschaft, Medizin, Juristerei, Wirtschaft oder Politik.

## SCHMOREN IM SAFT DER SELBSTVERGEWISSERUNG

Wer fast nur aus der Perspektive der Privilegierten schreibt, wird logischerweise auch fast nur eine privilegierte Leserschaft erreichen. Schon klar: Der Journalismus war in Deutschland immer vorwiegend ein elitäres Feld. Es gibt viele Gründe, warum prekär Beschäftigte und Erwerbslose heutzutage kaum mehr Tageszeitungen lesen. Die sich auch in den Redaktionen spiegelnde stärkere Verschiebung der sozialen Zusammensetzung elitärer Positionen dieser Gesellschaft hin zu einem Spielplatz für Akademiker ist darunter aber nicht der Unwichtigste. Worin sich ein Paradox offenbart: Viele Politikjournalisten in Deutschland gehören heutzutage gerade nicht zu den Besserverdienenden. Die Vertreter der bürgerlichen Medien zerbrechen sich aber trotzdem den Kopf der Herrschenden, Reichen und Schönen. Und die linken Medienmacher? Sie schreiben aus der Perspektive des linken Geistesarbeiters.

Die linke *Junge Welt* (*jw*) ergründete 2013, wie sich ihre Leserschaft zusammensetzt: In der deutschen Bevölkerung haben insgesamt 13 Prozent einen Hochschulabschluss, in der *jw*-Leserschaft sind es 55,5 Prozent. Über einen Doktorgrad verfügen in der Gesamtbevölkerung 1,1 Prozent, bei den Lesenden der *jw* sind es 9,4 Prozent. 36,2 Prozent lasen im Jahr vor der Befragung mehr als zwölf Bücher, darunter zu vier Fünftel Sachbücher. In der Gesamtbevölkerung liest jeder Vierte aus eigenem Antrieb nie ein Buch, der Durchschnitt liegt bei etwa neun Büchern pro Jahr, wobei Krimis den größten Anteil ausmachen.<sup>172</sup>

Die *jw* unterscheidet sich darin kaum von der Wochenzeitung *Die Zeit*, die sich bisweilen selbst als Zentralorgan verrenteter Zahnärzte und Studienräte auf die Schippe nimmt: 71 Prozent der *Zeit*-Leser haben mindestens Abitur, 49 Prozent ein abgeschlossenes Universitätsstudium vorzuweisen. Dass sich nicht nur die große *Zeit*, sondern auch die *Junge Welt* vorwiegend aus dem Bildungsbürgertum rekrutiert, liegt sicher nicht nur am

## DIE ANGST DES BÜRGERS VOR DEN ARMEN

Mit mehr Arbeiterkindern in den Redaktionen ließen sich vielleicht Wellen der Sensationsberichterstattung vermeiden, inmitten derer regelmäßig Gewaltausbrüche junger Menschen hoffnungslos politisiert und von Fragen der sozialen Klassenlage entkoppelt werden. Im November 2014 ereignete sich in dieser Hinsicht ein Lehrstück in Sachen medialer Erregung. Damals musste die 22-jährige Tuğçe Albayrak ihren beherzten Einsatz für mehrere Prügelopfer im hessischen Offenbach am Main mit dem Leben bezahlen, weil ein 18-Jähriger ihr im Gerangel auf dem Parkplatz eines Schnellrestaurants einen Schlag versetzte. Eine tragische Geschichte, die wochenlang die Republik erschütterte. Allenthalben wurde ihr höchster Respekt gezollt, die Medien nannten sie »Engel der Barmherzigkeit« (*FAZ*), »die Mutige« (*Spiegel*) und ein »großes Vorbild« (*Tagesspiegel*). Ihr Anwalt attestierte der Deutsch-Türkin eine »ausgeprägte soziale Ader« (*Stuttgarter Nachrichten*). Vom Starsportler bis zur hochrangigen Politikerin demonstrierten zahllose Prominente ihre Solidarität mit der Toten. Im Internet kursierte sogar eine Petition, die den Bundespräsidenten aufforderte, ihr umgehend das Bundesverdienstkreuz zu verleihen. Der Täter war ein muslimischer Migrant mit schwieriger Biografie.

Ein Fall, der augenfällig an zwei andere Tragödien erinnert. Dominik Brunner saß im September 2009 in der Münchener S-Bahn Richtung Solln. Ihm fiel auf, wie zwei Jugendliche vier Schülern handfeste Gewalt androhten. Brunner stellte sich schützend vor das Quartett und alarmierte die Polizei. Als er später mit den beiden ausstieg, prügelten sie den Mann zu Tode. Brunner war von nun an der »S-Bahn-Held« (*Bild*), dem man posthum als leuchtendes Symbol für Zivilcourage das Bundesverdienstkreuz verlieh, sogar ein Denkmal wurde ihm errichtet. Den aus materiell armen Verhältnissen stammenden Tätern wünschten Medien und Politik höchstmögliche Haftstrafen, und sie wurden erhört: Beide erhielten beispiellos harte Gerichtsurteile.

Gut zwei Jahre später, im April 2011, prügelte am U-Bahnhof Berlin-Friedrichstraße der sturzbetrunkene Thorben P. einen 29-Jährigen fast zu Tode. Die beiden hatten sich zuvor heftig gestritten, worauf P. seinem Opfer eine volle Cola-Flasche ins Gesicht schlug, ihn zu Boden warf und dem Bewusstlosen immer wieder mit voller Wucht gegen den Kopf trat. Ein Tourist griff ein und geriet dabei selbst in die Gewaltorgie des Täters. Nur mit viel Glück starb niemand. Auch die Aggressionen des Thorben P. hatten Gründe, die seine Tat zu erklären vermögen, wenn sie sie auch weder rechtfertigen noch relativieren dürfen: Seine Eltern waren schwer krank, der Vater litt an Parkinson und die Mutter an Depressionen.

Beim zuständigen Richter riefen diese Umstände empathische Gefühle hervor, und die Strafe fiel vergleichsweise milde aus, um dem Schläger – wie der freundliche Jurist betonte –

nicht alle Zukunftschancen zu verbauen. Bis zum Haftantritt durfte der reuige Delinquent sogar weiterhin zur Schule gehen. Anlass für die Öffentlichkeit, wutschnaubend die angebliche deutsche Gutmenschen-Justiz anzuprangern? Ganz im Gegenteil: Was der *Tagesspiegel* am 19. September 2011 schrieb, sagten und schrieben damals sinngemäß fast alle: »Das Verfahren hat nicht den Täter zum Opfer gemacht, sondern aus dem Monster einen Menschen.« Man staunte, zu welcher Sachlichkeit und Humanität die erregungsökonomisch sensiblen Medien, Mandatsträger und Mutbürger plötzlich fähig waren. Aber warum nur erschienen sie hier so gnädig?

Das wiederum erklärt die Pointe: Thorben P. entstammt einem bürgerlichen, »autochthon-deutschen« Hause, besuchte ein Gymnasium für Hochbegabte mit Leistungsschwäche. Die Täter im Fall Brunner und der Inkrimierte im Fall Tuğçe hingegen stammen aus der Unterschicht. Tuğçe erscheint im Vergleich dazu als Musterbeispiel einer gut integrierten Türkin: Sie entsprach dem gängigen Schönheitsideal, studierte auf Lehramt, spielte Klavier, ja, sie besaß sogar einen Organspendeausweis – für die dies ostentativ betonenden Medien offenbar ein Beweis dafür, dass sie artig die »christliche Nächstenliebe« verinnerlicht habe. Dem gegenüber stand der »Koma-Schläger« (*Bild*) und »Intensivtäter« (*n-tv*): Sanel M. ist gläubiger Muslim, kam 1996 mit seiner Familie aus Serbien nach Deutschland, hat die Schule abgebrochen und war schon länger arbeitslos. Seine missliche soziale Lage trieb ihn in die Kleinkriminalität. Dieser »Teufel« (*Spiegel*) wurde »schon viermal verurteilt« (*Bild*), sodass die *Welt* gerne einer etwaigen Milde der Richter entgegenwirken wollte und rhetorisch fragte: »Darf für den 18-Jährigen noch das Jugendstrafrecht gelten?«

Die Judikative erhörte die Gelüste der Mittelschichtsredakteure: Sanel M. wanderte für mindestens drei Jahre in den Knast. Mainstream-Medien und Politik hatten ihr Urteil schnell gefällt. Das lag einerseits am Vorbildcharakter des Opfers und der sozialen Herkunft des mutmaßlichen Täters – lässt sich doch hier die hegemoniale Erzählung vom »guten« und vom »bösen« Migranten weiterspinnen: hier der affektgetriebene, brutale Totschläger mit seinen »hohlen Formen von Ehre und Respekt« (*Spiegel*), dort die »entzückende junge Frau«, die sich auf ihrer Abiturfeier »im roten Rüschenkleid am Flügel« (*Welt*) als nützliches Gesellschaftsmitglied präsentierte.

Im Fall Brunner offenbart sich auch die Angst des Bürgers vor dem »Pöbel«: Dominik Brunner wurde im Münchener Nobelviertel Solln totgeschlagen. Dorthin, so äußerten sich besorgte Medien, hätten diese »Unterschichtsmonster« uns brave Bürger also schon verfolgt! Um diese Kampagne nicht zu unterlaufen, wurde damals in der Berichterstattung systematisch unterschlagen, dass der gut betuchte Manager Brunner die Jugendlichen provoziert und nachweislich zuerst zugeschlagen hatte, während die (dadurch natürlich nicht zu rechtfertigenden) Schläge der Jugendlichen eine Reaktion darauf waren. Brunner blieb der selbstlose Held. Es bedarf keiner intellektuellen Meisterleistung, um zu erraten: Wäre Tuğçe

Albayrak eine verschleierte, grölende Kreuzberg-Göre gewesen, das mitfühlende Medienecho wäre nach wenigen Stunden verhallt. Stattdessen wurde mithilfe der Geschichte eines jungen Mannes, der zufällig muslimischer Migrant und gewiss kein Traum deutscher Schwiegermütter ist, die Lüge von den gewalttätigen Muslimen aus der Unterschicht verbreitet, die sich nicht integrieren, sondern ihre »Macho-Kultur« (*Spiegel*) pflegen.

Sanel M. gilt den Medien damit als Ausdruck einer »fehlgeschlagenen Integration« (*Stern*), derweil Tuğçe fleißig alles angenommen habe, »was dieses Land ihr bietet« (*Spiegel*). Dies zu verallgemeinern ist so falsch wie unlauter. Es bleibt die vage Hoffnung, dass sich die grundlegende Debatte künftig doch noch einmal auf das Niveau der Äußerung des damals überraschend hellachtigen Bundesjustizministers Heiko Maas (SPD) begibt: »Wer glaubt, mit härteren Strafen solche Verbrechen zu verhindern, ist auf dem Irrweg.« Eine klare Ansage sowie eine große Chance auch und vor allem für die Medien, endlich einmal über die weitaus tieferliegenden Ursachen solcher unfassbarer Gewaltausbrüche nachzudenken – und sich selbst zu hinterfragen.

## IM SOG DES LÜGENPRESSE-CHORS

Eine große Erschwernis auf diesem Weg ist die Glaubwürdigkeitskrise, die der Journalismus derzeit zu leidenschaftlichen Volten gegen den vermeintlich ungebildeten Mob veranlasst. Grund dafür ist der durch die Diskussion wabernde Begriff »Lügenpresse«, der 2015 durch die »Gesellschaft für deutsche Sprache« zum »Unwort des Jahres« erkoren worden ist, weil immer mehr Menschen den Mainstream-Medien misstrauen. Sie verwenden den historisch belasteten Nazi-Begriff, um einen kompletten Berufsstand an den Pranger zu stellen. Auch wenn die harten Vorwürfe vor allem durch rechte Islamfeinde (Pegida) lanciert werden, treffen sie viele Medienmacher persönlich. Seit geraumer Zeit verrichtet fast jeder von ihnen sein Tagewerk mit dem Lügenpresse-Chor im Hinterkopf. Die sachliche linke Medienkritik wird unablässig durch emotionalisierte rechte Schreihälse übertönt.

Ein gutes Beispiel dafür ist auch hier die Silvesternacht 2015/16 in Köln: Weil viele Redaktionen die Meldung zu den Vorfällen anfangs übersahen oder unterschätzten, kam das Ausmaß der sexuellen Übergriffe erst mit deutlicher Verspätung in die bundesweite mediale Debatte. Die Rechten interpretierten das als »Schweigekartell«, als Appeasement gegenüber dem Islam und als vorauseilenden Gehorsam gegenüber der Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Da die Verlage wegen geringer werdendem Profit ausgerechnet in den Redaktionen immer mehr Personal einsparen, arbeiten Journalisten selbst bei großen Konzernmedien und Agenturen mittlerweile unter einem zeitlichen Druck, der eine gründliche Recherche häufig unmöglich macht. Unter diesem Druck versteckten dann auch die Nachrichtenagenturen die Taten von Köln anfangs unter Vermischtes, und den hektischen Redakteuren fiel das Thema im Nachmittagsstress nicht weiter auf.

Im Mai 2016 ereignete sich am S-Bahnhof des bayerischen Grafing ein Mord, bei dem der messerstechende Täter »Allahu akbar« (Allah ist groß) gerufen haben soll. Sofort schrieben viele Medien reflexartig aus Furcht vor neuerlichen Lügenpresse-Vorwürfen von »Islamismus«, obwohl die Polizei sich noch gar nicht geäußert hatte. Der Täter stellte sich noch am selben Tag als psychisch krank und frei von jeglichem Kontakt in die islamistische Szene heraus – ein weiterer schwerer Fehler der Journalisten. Solange deren Arbeitsbedingungen bei gleichzeitigem Stellenabbau derart auf Schnelligkeit und Multitasking getrimmt bleiben, kann sich die Glaubwürdigkeitskrise nicht verflüchtigen. Genau hier hätte eine linke Medienkritik anzusetzen, die dringend den rechten Lügenpresse-Rufern das Wasser abgraben muss: Die Medienmacht konzentriert sich immer weiter in den Händen weniger Großkonzerne, die Entlassungen und Arbeitsverdichtungen vornehmen, wenn ein journalistisches Produkt nicht mehr so rentabel arbeitet, wie es sich die Eigentümer wünschen.

In Onlineredaktionen – auch in linken – entscheiden mittlerweile immer seltener Menschen darüber, welche Texte geschrieben oder aus der Printausgabe ins Netz gestellt werden, sondern Algorithmen. Wenn ein komplexer Feuilleton-Artikel online laufen soll, verweisen die zuständigen Redakteure in allen Medienhäusern neuerdings auf die roten Lämpchen von Facebook, die genau anzeigen, welche Texte online wie viele Leser erreichen. Wenn sogar linke Medien die hintergründige Analyse dem Klicks generierenden und schnell zusammenrecherchierten Häppchenjournalismus opfern, dann darf sich niemand mehr wundern, wenn sich die breite Masse da draußen nicht ernst genommen fühlt durch jene Journalisten, die ihnen doch eigentlich die Welt erklären sollen und wollen.

Ein brennendes Anliegen scheint ihnen zu sein, das zeigen Umfragen immer wieder, eine »neutrale« Berichterstattung vorzufinden. Wer, wenn nicht linke Medien, könnte den Leuten begreiflich machen, dass Neutralität eine Fiktion ist. Schon Überschriften wie »Merkel ist bei den Deutschen wieder beliebter« oder »Siemens nimmt Umstrukturierungen im Unternehmen vor« gaukeln Objektivität vor, wo es keine geben kann: Texte, in denen Informationen nicht durch Journalisten oder Experten kommentierend oder analysierend in den nötigen Kontext eingeordnet werden, bestätigen immer den Status quo und sind damit alles andere als neutral.

Wenn Journalisten trotzig nach außen tragen, dass sie zwar bei einem Konzernmedium arbeiten, aber unabhängig agieren, dann verstärkt sich das Unbehagen. Niemand mit Sinn und Verstand unterstellt den Redakteuren in diesem Land, sie stünden unter Aufsicht einer unternehmensinternen oder sogar partei- und regierungsamtlichen Zensurbehörde. Die Neutralitätsfiktion einzugestehen und entsprechende Konsequenzen in puncto Transparenz und Kritikfähigkeit gegenüber den ökonomischen Bedingungen der massenmedialen Produktion der Gegenwart zu zeigen, das würde von wahrer Größe zeugen.

## DIALOG AM DIGITALEN STAMMTISCH

Ein weiterer wichtiger Schritt bestünde darin, die sich abzeichnende Demokratisierung des Journalismus ernst zu nehmen. Bislang ist meist Unzufriedenheit zu vernehmen ob der immer reger genutzten Kommentarfunktion unter den Onlineartikeln. Wer gelegentlich durch die Leserkommentarspalten scrollt, könnte tatsächlich den Eindruck gewinnen, wir befänden uns längst im Land der Bekloppten und Bescheuerten. Da finden sich bei *bild.de* menschenverachtende Postings zu Hartz IV (»Meine Empfehlung wären Suizid-Kurse. Damit könnte man das Arbeitslosenproblem nachhaltig lösen«) ebenso wie bei *faz.net* zur Flüchtlingsfrage (»Wir müssen nicht die Grenzen gegen Kulturkreise schließen, sondern gegen Schmarotzer«). Aus dem sicheren Hinterhalt der Anonymität nutzen einige die im Internetzeitalter entstandene Chance, private Meinungen in stark frequentierten Onlineauftritten professioneller Medien zu hinterlassen, wahlweise gegen Migranten oder Faschisten, gegen Sozialismus oder Neoliberalismus, gegen »die Juden« oder »die Araber«, vor allem und besonders gerne jedoch gegen »die Manipulationsmaschinerie der Medien« zu geifern.

Dem derzeit anschwellenden Rauschen im analogen Blätterwald zufolge ist in dieser Hinsicht alles klar: Das Verfassen von Onlineleserkommentaren ist »Ausdruck kommunikativer ADS-Symptome« (*FAZ*), weil die Schreibenden nur »verbessern, beschimpfen, verhetzen« (*taz*) können in ihrem steten Drang, »die identitätsstiftende Stabilisierung von Vorurteilen« (*Wirtschaftswoche*) zu kultivieren und »ihre Ansichten breitzutreten« (*SZ*). Die *FAZ* besuchte einen gewissen Uwe Ostertag, und man erfährt in dem daraus entstandenen Artikel, dass dieser Mann fast rund um die Uhr durchs Netz surft und täglich gut 200 meist bössartige Kommentare hinterlässt. Als »Troll« titulierte ihn der Autor des Artikels, ein Modewort, das Kommentierende meint, die persönliche Beschimpfungen und oft genug auch justiziable Hasstiraden jeglicher Argumentation vorziehen und die man am besten ignoriert, statt sie zu füttern (»Don't feed the troll!«).

*taz*-Autor Arno Frank leidet gar so sehr unter den Trolls, dass er in seinem Buch »Meute mit Meinung«<sup>173</sup> schon den Untergang der journalistischen Sitte und des streitkulturellen Anstands nahen sieht: »Es ist die Meute, die das Netz in eine lupenreine Ochlokratie, eine Pöbelherrschaft, verwandelt.« Franks Kollegen haben einen Weg gefunden, diesen immer wieder aufscheinenden Hass zu kanalisieren: Sie deklarieren die »schönsten« Beleidigungen als »Hate Poetry« und tragen sie auf gut besuchten Abendveranstaltungen vor. Zu einer weniger entspannten Maßnahme hat die *Süddeutsche Zeitung* gegriffen: Sie schaffte Anfang September 2014 die freie Kommentarfunktion zu den Online-Inhalten ab. Seither gibt allein die Redaktion vor, zu welchen Artikeln und zu welchen Themen diskutiert werden darf – und zu welchen eben nicht.

So verständlich diese Reaktion auf den ersten Blick auch sein mag, gibt es dabei doch ein



entscheidendes Problem: Die piefigen Pöbler und maßlosen Maulhelden sind in der Minderheit – und weit harmloser, als die aufgebrachte Kaste der Journalisten suggeriert. Unsere Welt ist gänzlich auf die Extrovertierten fokussiert. Ohrenbetäubendes Krakeelen erregt mehr Aufmerksamkeit als jede bedächtige Argumentation. Das kann zu einer falschen Wahrnehmung führen. *Zeit Online*-Redakteur Sebastian Horn fand bei seiner Analyse von Leserkommentaren heraus, dass in längeren Debatten nur elf Prozent der Postings der Troll-Kategorie zuzuordnen seien. Alle anderen argumentieren mehr oder weniger belehrend, fast immer jedoch an der Sache orientiert.

Zudem arbeiten Journalisten unablässig in dem Bewusstsein, mit ihrem Schaffen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Menschen, die Artikel online kommentieren, tun dies in aller Regel jedoch nicht, wie der Berliner Kommunikationswissenschaftler Martin Emmer herausfand: »Leserkommentare sehen die meisten User nicht als öffentliche Kommunikation an. Für sie ist es mehr eine Kommunikation am Stammtisch.«<sup>174</sup> Und an diesem Stammtisch vermuten sie eben nicht nur ihresgleichen, sondern auch die Journalisten, deren Berichte und Analysen sie loben oder kritisieren. In der Lust am Kommentieren offenbart sich auch ein Bedürfnis nach Dialog: Sie wollen ihr kleines Ich in Beziehung setzen zur weiten Welt. Verweigern Journalisten diesen Dialog, werden sie von den kommentierenden Lesern umso mehr als abgehoben empfunden. Das beredte Schweigen und die nichtssagenden Repliken der Redakteure sowie das wüste Schimpfen der Kommentatoren entwickeln sich so zu einem Teufelskreis aus lauter beleidigten Leberwürsten.

Leider verstehen sich Journalisten noch zu sehr als pädagogisch eingesetzte Institution, die das Publikum monologisierend über das Weltgeschehen aufklärt. Sie ertragen es nicht, dass immer mehr Menschen ihre Deutungshoheit ernsthaft infrage stellen. Kulturalistische Reflexe wie die ständig auftauchende Rede vom »Pöbel« zeigen, dass hier auch die Klassenfrage eine Rolle spielt. Die derzeit häufig abgeschossenen Pfeile gegen die kommentierende Leserschaft sind mit einem antiegalitären Gift versetzt, das sich zum selbstmörderischen Bumerang wenden könnte. Der Journalismus gefährdet mit dieser selbstgefälligen Haltung nämlich nichts weniger als seine eigenen Existenzgrundlagen. Die Ära der Printzeitung als Plattform autoritativer Texte, denen eine begrenzte Zahl an Lesern auf begrenztem Raum inhaltlich begrenzt widersprechen kann, scheint endgültig vorbei. Anstatt sich in Publikumsbeschimpfung zu üben oder – wie die *SZ* – sogar neue Autoritätsbarrieren zu erfinden, muss der Journalismus beginnen, die große Mehrheit der nicht trollenden Leser ernst zu nehmen. Mehr noch: Er muss beginnen, mit ihnen auf Augenhöhe zu kommunizieren.

## »DEUTSCHLANDS FRECHSTER ARBEITSLOSER«

Mir selbst, das gebe ich gerne zu, fällt das noch oft schwer. In meiner Doktorarbeit beschäftige ich mich mit Onlineleserkommentaren und traf dabei teilweise auf unbändigen

Hass. Meist führen aufgebrachte Leser darin logisch fort, was ihnen nach unten tretende Massenmedien vorsetzen. Selbstverständlich steht *Bild* dafür symptomatisch. Als 2010 eine mediale Debatte um eine Erhöhung der ALG-II-Regelsätze tobte, orchestrierte die Springer-Zeitung nahezu täglich sich fortsetzende Beleidigungen aus dem Lager der Bundesregierung gegen Hartz-IV-Empfänger. Manifestiert hatte sich dieses Klischee an einem Mann, der nach eigenem Bekunden seit mehr als 30 Jahren arbeitslos gewesen ist und dessen großes Lebensmotto sich mit »Arbeit ist scheiße!« umschreiben lässt. Sein Name: Arno Dübel. Monatelang führte *Bild* den damals 54-jährigen Hamburger als Musterbeispiel des deutschen Arbeitslosen vor, der es sich in der sozialen Hängematte gemütlich mache und obendrein all jene verhöhne, die einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgehen. In 37 Artikeln des Jahres 2010 stand durchgehend das arbeitsscheue Verhalten des Langzeiterwerbslosen am Pranger, während die rüden Schlagzeilen inhaltlich immer mal wieder variierten.<sup>175</sup>

Dübel selbst schien dieses Spiel gerne mitzuspielen. Genüsslich breitete er seine erwerbsarbeitsfeindliche Attitüde aus, saß dabei nachmittags vor dem Fernseher und stopfte sich Bier trinkend seine Zigaretten. Mit 16 Jahren, berichtete *Bild*, habe er eine Malerlehre angefangen, aber nicht abgeschlossen. Arbeiten wolle er nun nicht mehr, denn: »Wer arbeitet, ist doch blöd!« Die *Bild-Zeitung* schien den idealen Sozialschmarotzer gefunden zu haben und ließ inmitten der schwelenden Debatte fortan keine Gelegenheit mehr ungenutzt, ihn als Prototyp des deutschen Arbeitslosen vorzuführen. *Bild* wärmte die Bezeichnung »Deutschlands frechster Arbeitsloser« auf, mit der sie schon 2006 den Erwerbslosen Henrico Frank diffamiert hatte. Die ersten Headlines riefen bei Arno Dübel dann auch die Arge auf den Plan, die ihn prompt zu Arbeit verdonnerte: »Deutschlands frechster Arbeitsloser muss jetzt bügeln.«

Andere Medien (u.a. *Kerner, Menschen bei Maischberger*) sprangen auf den diskriminierenden Zug auf und luden Dübel zu Gesprächsrunden ein, in denen er seine Weltsicht darbieten durfte. Auch witterten jetzt Musikproduzenten ein gutes Geschäft: »Gar nicht übel! Arno Dübel soll Popstar werden.« Im September 2010 verbreitete das Blatt die Botschaft, er könne bald gar sein eigenes Bier mit dem Titel »Arnos Dübel« verkaufen. Aber *Bild* verharrte vor allem in der selbst auferlegten Rolle als moralische Instanz. Einige Kostproben: »Arno Dübel: Ich kann auf Kommando kotzen!«, »Arno Dübel sogar zu faul zum Singen« und »Jetzt bettelt Arno Dübel wieder um Stütze«. Wirkung zeigte der Meinungsfeldzug, als das Amt Dübel sämtliche Bezüge strich (»Schluss mit Freibier und Kippen für Arno Dübel«), worauf im November der Tiefpunkt folgte: »Arno Dübel fliegt aus seiner Wohnung.«

Was den Fall Arno Dübel besonders interessant macht, ist neben der ungewöhnlichen Dauer der Kampagne auch die Möglichkeit, die Reaktionen der Leser unmittelbar verfolgen zu können, denn alle Artikel sind auch online frei verfügbar und können von jedem anonym

kommentiert werden. Bei einer qualitativen Inhaltsanalyse von 572 dieser Kommentare zeigte sich vor allem, dass mehr als 85 Prozent aller Kommentare eine eindeutig negative, oftmals feindselige Haltung zu Arno Dübel einnehmen. Die meisten Leser argumentieren hier auf einer grundsätzlichen Ebene und betrachten Dübel exakt in der Weise als typischen Hartz-IV-Empfänger, wie es *Bild* durch die Berichterstattung anscheinend beabsichtigt hat.

Arno Dübel ist damit nicht nur ein Beispiel für die perfide Strategie der deutschen Massenmedien, durch das Unterschichtenbashing die Auflage und die Klickzahlen zu steigern. Er ist auch ein Exempel dafür, dass viele mächtige Journalisten eine klare politische Agenda verfolgen und jede Gelegenheit wahrnehmen, gesellschaftliche Diskussionen in eine ihnen ökonomisch wie politisch genehme Richtung zu lenken. Sie nutzen dabei die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg für sich. Erst durch diese Finte wirkt das Treten nach unten systemstabilisierend, denn sie macht sich die wichtigste Quelle des menschlichen Strebens zur Waffe: das Bedürfnis nach Aufmerksamkeit und Achtung, nach sozialer Anerkennung und Liebe.

- 161 Kurt Tucholsky: Was darf Satire? In: Kurt Tucholsky: Panter, Tiger & Co. Eine Auswahl aus seinen Schriften und Gedichten. Reinbek bei Hamburg 2005 (zuerst 1919)
- 162 Alle Zitate aus: Kai Twilfer: Schantall, tu ma die Omma winken! Aus dem Alltag eines unerschrockenen Sozialarbeiters. Berlin 2013
- 163 Stephan Lessenich: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2008
- 164 Alle Zitate aus: Kai Twilfer: Schantall, tu ma die Omma Prost sagen! Neues aus dem Alltag des unerschrockenen Sozialarbeiters. Berlin 2014
- 165 Elisabeth Höving: Kai Twilfer nimmt sich Finn-Luca zur Brust. In: WAZ Online vom 20.11.2015
- 166 Britta Steinwachs: Zwischen Pommesbude und Muskelbank. Die mediale Inszenierung der »Unterschicht«. Münster 2016
- 167 Klarissa Lueg: Habitus, Herkunft und Positionierung. Die Logik des journalistischen Feldes. Wiesbaden 2012
- 168 Peter Ziegler: Die Journalistenschüler. Rollenselbstverständnis, Arbeitsbedingungen und soziale Herkunft einer medialen Elite. Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2008
- 169 Lutz Hachmeister: Nervöse Zone. Politik und Journalismus in der Berliner Republik. München 2007
- 170 Kai Schöneberg: Warum ich nicht mehr für die *taz* arbeite. In: taz-Hausblog vom 25.10.2011
- 171 Siehe Anm. 17
- 172 Katja Klüßendorf, Jonas Pohle, Dietmar Koschmieder: Qualifiziertes Feedback. Im Herbst wird sich die *junge Welt* im Print und online verbessert präsentieren. Ihre Leserschaft gab in einer Befragung zu unserer Zeitung wichtige Antworten. In: Junge Welt vom 15.04.2014
- 173 Arno Frank: Meute mit Meinung. Über die Schwarmdummheit. Zürich 2013
- 174 Svenja Bednarczyk: Kommentare bei Onlinemedien: Feed the Trolls. Sind die alten Leserbriefschreiber die Internettrolle von heute? Sie melden sich unmittelbar zu Wort und erwarten Antworten. In: taz.de vom 16.12.2012
- 175 Christian Baron, Britta Steinwachs: Faul, frech, dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch Bild-Leser\*innen. Münster 2012

## 8. Kein Herz für Arbeiter

### IM DÜNKEL DER HOCHKULTUR

Ein großes Problem der radikalen Linken ist, dass ihnen der Kampf gegen alltägliches Leid als Reformismus erscheint. Gesellschaftsanalyse hat für sie möglichst abstrakt, möglichst weit entfernt vom realen Leben stattzufinden. Gerade bei deutschen Marxisten beobachte ich seit dem Beginn meiner Politisierung außerdem die panische Angst davor, als nicht distinguiert zu gelten. Sie trinken lieber Wein als Bier, und wenn es doch mal das Bier sein muss, dann nur als Hommage an ihren Proletkult, denn sie stoßen selten auf den jüngsten Sieg des MSV Duisburg oder die geile Absturzparty bei Werner am Tresen an, sondern sprechen lieber über linke Theorie oder Arthaus-Kino.

### SPORT IST DAS »CRACK DES VOLKES«

Erstaunlich, welch unkritisches Bejubeln der sogenannten Hochkultur ich immer wieder bei Marxisten feststelle! Der einflussreiche Philosoph Terry Eagleton, der sich selbst als Marxist bezeichnet und in Deutschland viele Anhänger hat, fordert beispielsweise die Abschaffung des professionellen Sports, weil es sich dabei um eine neuzeitliche Variante der römischen Herrschaftsstrategie »Brot und Spiele« handele, die uns nur von wichtigen sozialen Problemen ablenke.

Den Fußball würdigt der saturierte Herr sogar in Anlehnung an Marxens Rede von der Religion als Opium des Volkes zum »Crack des Volkes«<sup>176</sup> herab und versteigt sich zu der Aussage, im Grunde sei Sport vielleicht doch nicht ganz so schlecht, weil »Leute, die Kunst nicht erleben können, dann dort genießen« dürften. Eagleton definiert Kunst also in nur neun Worten indirekt als etwas, das die Masse aus Dummheit nicht wertzuschätzen weiß. Was Eagleton vergisst: Auch die bürgerliche Kunst lenkt meist von sozialen Problemen ab. Ein Kulturgut ist doch nicht automatisch böse, nur weil die irgendwie mit ihm assoziierte Masse es gut findet.

Dabei hat es gerade der Fußball hierzulande unter Linken besonders schwer. Treffen Normalos und kommerzieller Fußball aufeinander, dann fahren die Linken aller Couleur besonders schwere Geistesgeschütze auf: Adorno! Es gibt ein Youtube-Video, in dem der Frankfurter Professor verschwurbelt über Gruppenverhalten schwadroniert: »Wird eine Fußballweltmeisterschaft vom Radio übertragen, deren jeweiligen Stand die ganze Bevölkerung aus allen Fenstern und durch die dünnen Wände der Neubauten hindurch zur Kenntnis zu nehmen gezwungen ist, so mögen selbst spektakulär verschlammte Gammler und wohl situierte Bürger in ihren Sakkos einträchtig um Kofferradios auf dem Bürgersteig sich

scharen. Für zwei Stunden schweißt der große Anlass die gesteuerte und kommerzialisierte Solidarität der Fußballinteressenten zur Volksgemeinschaft zusammen. Der kaum verdeckte Nationalismus solcher scheinbar unpolitischen Anlässe von Integration verstärkt den Verdacht ihres destruktiven Wesens.«

## ARBEITER VERGRAULEN UND ADORNO REZITIEREN

Dieses Adorno-Zitat, das hype-abstinente Linke zu sportlichen Großereignissen gerne bei Facebook als Nachweis ihrer Klugheit zur Schau stellen, ist fast schon ein Pawlowscher Reflex: Wenn eine Fußball-Weltmeisterschaft läuft, dann verspüren sie den innigen Wunsch, den blöden Mob in seiner Lächerlichkeit darzustellen. Sich selbst müssen sie dabei möglichst intelligent aussehen lassen. Und dazu holen sie den Lehnstuhlphilosophen mit greiser Glatze und klobiger Brille heraus, der sich geschwollen ausdrückt und über etwas redet, wovon er offenbar keine Ahnung hat. Während die deutsche Lifestyle-Antifa in ihrer Verachtung der Masse wenigstens nach der Losung »Bullenwagen klauen und die Innenstadt demolieren« handelt, schreiben sich Marxisten und undogmatische Linke einen dükelhaften Slogan auf ihre knittrigen Fahnen: »Arbeiter vergraulen und Adorno rezitieren.«

Ich selbst gehöre zu jenen sozialen Aufsteigern, die sich ihre Begeisterung für die angebliche Proletenkultur des Sports erhielten und zugleich ein Sensorium entwickelt haben für die bürgerliche Hochkultur. In mir breitete sich jahrelang ein innerer Widerspruch aus: Einerseits weigerte ich mich, das Fußballspielen und Fußballschauen mit meinen ohne Abitur genauso ehrenwert und glücklich lebenden Freunden von meiner Hobbyliste zu streichen, andererseits aber interessierte ich mich nach dem Schulabschluss zunehmend für große Literatur, ernsthaftes Theater und Arthaus-Kino. Anfangs tat ich diesen Impuls noch als unkritischen Wunsch nach Zugehörigkeit zur gebildeten Mittelschicht ab.

Meine journalistische Laufbahn begann ich im Alter von 17 Jahren im Lokalsport, das Feuilleton betrachtete ich damals eher naserümpfend. Je mehr mir Studienkolleginnen, Dozenten oder ehemalige Lehrerinnen dazu rieten, mein »Talent« nicht in der Sportberichterstattung zu »vergeuden«, umso mehr festigte sich mein Wunsch, Sportjournalist zu werden. Damit ich an den Wochenenden durch das Pfälzer Land als rasender Reporter von Sportplatz zu Sportplatz oder von Sporthalle zu Sporthalle tingeln konnte, beendete ich sogar meine aktive Laufbahn im Fußballverein. An der Universität schrieb ich mich nur deshalb in Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik ein, weil mein Notendurchschnitt im Abitur nicht für Publizistik oder Medienwissenschaften reichte und mir diese Fächerkombination ohnehin als ideale inhaltliche Eintrittskarte in die Welt des (Sport-) Journalismus erschien.

Es dauerte mehrere Jahre, bis ich meiner ständig verdrängten und doch stetig wachsenden Leidenschaft für traditionell bürgerliche Formen der Kunst endlich nachgab. Lange Zeit war ich erfüllt von Ressentiments gegen die Hochkultur, die in meiner – früher hätte man gesagt:

kleinbürgerlichen – Lebenswelt als verzichtbar erschien. So dauerte es bis zum Frühjahr 2009, ehe ich im beschaulichen Trier widerwillig meine erste Theaterkritik schrieb. Meine frühesten journalistischen Förderer von dem lokalen Onlinemagazin *16vor*, Marcus Stölb und Christian Jöricke, wünschten sich von mir endlich auch feuilletonistische Texte. Ich gab ihrem Drängen damals nach, weil sie mir ein spannendes Projekt anboten: In einer Trierer Bank führte die Regisseurin Judith Kriebel ein von ihr selbst geschriebenes Karl-Marx-Stück mit dem charmanten Titel »Rendezvous nach Kassenschluss« auf. Mein bis dahin vorwiegend durch die saloppe Sportschreibe geprägter Sprachstil war anfangs noch erkennbar bemüht um die von mir fälschlich vermutete Konvention, Theaterkritiken seien besonders kompliziert zu formulieren. Da geriet mir mancher Satz ungelenk und sperrig.

Und was passierte? Die lieben Kulturlinken der kleinen Moselmetropole stürzten sich wild geifernd auf mich. Ein im Büchertempel bei klassischer Musik aufgewachsener Aktivist, der mich persönlich gut kannte, polterte am linksalternativen WG-Küchentisch (selbstverständlich in meiner Abwesenheit) über eine eher negativ ausgefallene Rezension von mir zu einer studentischen Laientheaterproduktion, ich würde eine schlechte Kopie der konservativen Großkritiker abgeben und mit meinem »Geschreibsel« nichts als »pseudo-intellektuelle Scheiße« absondern. So sind sie, die linken Bohemiens: Steht eine gepfefferte Kritik in der *Süddeutschen Zeitung* oder der *FAZ*, dann bezeichnen sie die als »sensationell und geistreich«; versucht aber ein junger Bildungsaufsteiger wie ich ohne angeborenen Zugang zu Büchern, bei einem Stadtmagazin seinen eigenen Stil zu finden, dann kann das Ergebnis in dieser Logik nur stümperhafter Schrott sein.

Es gibt unter den hochkulturellen Rotweinken aber immerhin einen, der diesen Ignoranten den richtigen Denkanstoß gibt. Wieder einmal ist es Wolfgang Herrndorf, der in seinem Tagebuch notiert: »Große Lektüre von großem Mist zu scheiden, ist ein zeitraubendes Unterfangen, wenn man aus kulturfernen Schichten kommt und niemanden kennt, der sich sonst noch dafür interessiert.«<sup>177</sup> So war es bei mir: Dass ich einmal Feuilletonist werden könnte, das war zu dieser Zeit für mich eine Illusion. Mein Interesse galt weiterhin den scheinbar banalen Dingen des Lebens.

## DAS BESÄUFNIS UND DIE ÄSTHETIK DES WIDERSTANDS

In den 90er Jahren war das Biertrinken noch ein integraler Bestandteil der proletarischen Kultur der Bundesrepublik, auch wenn es zu diesem Zeitpunkt das klassische Industrie-Proletariat kaum mehr gab. Spätestens seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts fand eine Verschiebung in alternativ-studentischen Milieus statt. Proletariersein ist hier wieder en vogue. Und deswegen wären nicht nur die Proletkult-Marxisten, sondern auch zahlreiche mondäne Studenten gerne Arbeiter. Natürlich will niemand von ihnen wirklich jeden Morgen um vier Uhr aufstehen, um zwölf Stunden an den Öfen einer Großbäckerei zu schuften. Es

möchte sich auch keiner trotz dieses Knochenjobs allmonatlich beim Jobcenter in die Schlange der Aufstocker einreihen, weil der mickrige Lohn das Überleben torpediert.

Gerne jedoch beraubt diese Generation die einfachen Arbeiter sämtlicher positiver Elemente ihrer selbst erschaffenen Kultur, etikettiert sie zum studentisch kreierten Alternativstil um und sorgt so für den reichlich paradoxen Umstand, dass die Nicht-Akademiker im öffentlichen Bewusstsein fortan nur noch mit negativ stereotypisierter Vulgarität verbunden werden. Vor einigen Jahren avancierte dann sogar der Fußball für einige Menschen ohne Brüche im Lebenslauf plötzlich vom öden Ballgeschiebe zum imagedrängenden Lifestyle-Produkt. Galt das Kicken bis dahin ganz im Sinne des Professors Eagleton als lächerliche Marotte dummer, verwahrloster, fettbäuchiger Unterschichtler, ist es seither wichtig, im Stadion gesehen zu werden. Denn das signalisiert den Chefs in den PR-Agenturen und IT-Unternehmen die Bereitschaft zum wochenendlich kontrollierten Eskalieren, damit man sich ab Montag im unbezahlten, vom elterlichen Unterhalt abgefederten Praktikum wieder umso eifriger in die freiwillige Knechtschaft der Leistungsideologie auf dem Weg zum neoliberalen Raubtier begeben kann, für den man sogar die studentische Matte von der in diesem Sinne im dumpfen Dummdödelndasein darbenenden Friseurin hat zurechtstutzen lassen.

Nun sind es im Fußballstadion häufig jüngere, durch ihr Mittelschichtsleben gelangweilte Reihenhausbewohner, die die Schwelle der sozial erwünschten Eskalation übertreten und durch sinnloses Krawallmachen dem Polizeistaat die dankbar angenommene Möglichkeit bieten, in öffentlichen Kampagnen die regelmäßig durchgeführten Prügelorgien gegen die seit Jahrzehnten im Block stehende Schreinermeisterin ebenso wie gegen die von Papa im Huckepack zum ersten Bundesligaspiel mitgenommene Tochter zu rechtfertigen. Eine der vielerorts bis heute geltenden Sofortmaßnahmen der Behörden war das Verbot alkoholischer Getränke in und um die Arenen. Die dahinter stehende Überlegung ist klar: Nicht die zum einstigen Arbeitersport vorgedrungenen, gelangweilten Wohlstandsmenschen prägten die gewalttätige Minderheit, sondern der unkultivierte Pöbel. Und der – so die Logik – randalierte uns noch die Besserverdienenden aus dem Stadion, deshalb sollte dieser »Abschaum« unbedingt ferngehalten werden. Da diese Geringverdiener angeblich sowieso nur zum Saufen und Prügeln kommen, erhöhte man die Ticketpreise und drehte ihnen den Zapfhahn zu.

Das wiederum ärgert auch die Neuankömmlinge in der Fankurve, denn das Bier gehört zu dem von den Arbeitern adaptierten Kulturschatz. Bier gilt längst nicht mehr per se als schlecht; es kommt vielmehr darauf an, wer es wo, wann und wie trinkt. Das Besäufnis ist nur erlaubt, solange die zur WG-Party einladenden Studenten stets versichern, dass sie sich maximal bis zum Tage ihres Uni-Abschlusses im schönen Schein einer Ästhetik des Widerstands zu bewegen und sich danach der den kompetitiven Charakter des Alltags als Naturprinzip feiernden Gesellschaft bedingungslos anpassen werden.



## VON DER PROLETEN-PLÖRRE ZUM LINKEN LIFESTYLE

Den meisten der hiesigen Hersteller von Gerstensaft ist das freilich noch nicht aufgefallen, denn sie werben noch immer mit gestriegelten, wohlhabenden und dreitagebebarteten Endvierzigern. Einen anderen Weg geht seit einigen Jahren die Hamburger Brauerei Holsten mit ihrer vor allem unter alternativen Studenten beliebten Biermarke Astra. Die von der Werbeagentur Philipp und Keuntje entwickelten Plakate setzen auf den pejorativen Proll-Faktor. Da sitzt ein älterer Herr breit grinsend mit wuscheligem Kopf und griffbereiter Fernbedienung nachts um halb drei im Bett. Der freie Oberkörper und die bewusst lediglich die Intimzone verhüllende Decke geben den Blick auf Plauze und Brusthaar frei. Die Tapete an der Wand zeugt ebenso von unzeitgemäßem 50er-Jahre-Geschmack wie der billige Pressspan-Nachttisch. In der linken Hand (wo auch sonst, die rechte muss er ja für den Hitlergruß frei haben) hält er das braune Astra-Bierfläschchen, darüber wird in weißen Lettern auf roten Grund mit dem Impotenz-Klischee des Alki-Arbeiters gespielt: »Im Bett 'ne Flasche«.

Als imageträchtiger Schabernack hängen diskriminierende Poster wie dieses in zahllosen Studenten-WGs, denn Astra ist Kult in Hamburg, mit stetig wachsendem Marktanteil im Rest der Republik. Lag das Unternehmen 1998 mit seinem als »Proleten-Plörre« verschrienen Produkt noch jäh am Boden, nutzten die Werbefachleute ebendieses Image und entwickelten die Kampagne »Was dagegen?«, dank derer das Bier heute Marktführer in der Hansestadt ist. Rund 80 Prozent der Hamburger finden die Werbung laut verschiedener Umfragen gut, 90 Prozent behaupten gar, sie springe sofort ins Auge. Kein Wunder bei Motiven wie »Der tut nix, der will nur trinken« mit einer grimmigen Schlägervisage samt abgewetzter Lederjacke, Goldkettchen sowie Schaum vor dem vor lauter Bart kaum erkennbaren Maul, das den einfachen Mann auf der Straße ebenso zum Vieh abkanzelt wie die mit »An Tieren getestet« betitelte Reklame, auf der zwei glatzköpfige, tätowierte Muskelprotze mit verschränkten Armen und Bulldoggenblick zu sehen sind.

Glaubt man den Statements von Philipp und Keuntje, dann besteht das Ziel der Kampagne nicht in einem Verächtlichmachen bestimmter Menschengruppen, sondern im genauen Gegenteil: »Astra«, meint etwa der sich Unit-Leiter nennende Andreas Müller-Horn, »war ja mal als Proll-Bier verschrien. Wir haben das umgedreht und sagen: Das ist auch was Gutes, was Ehrliches.« Nicht infrage stellt er dabei, dass die plakatierten Personen faktisch kaum existieren, denn so weit denken die Werber einfach nicht. Ihr Ziel war es, eine Marktnische zu finden und das jüngere, akademisch (ein-)gebildete Publikum zu erschließen. Wie aber stellt man das an mit einem Produkt, bei dem man an aufgedunsene Trinkhallengesichter denkt und nicht an hippe Studis?

Die Antwort ist an exponierten Stellen in Hamburg zu beobachten: Realitätsferne Klischees, die den Mittelschichtskids über Privatfernsehen und »wirtschaftswissenschaftliche« Analysen

ins Bewusstsein gehämmert werden, kulminieren in Kombination mit dem in studentischen Kreisen angesagten, mit Ironie durchtränkten »Ich bin kein Streber, sondern ein ironischer Säufer«-Image in als witzig getarnten Tiefschlägen gegen von bürgerlicher Bildung fern Gehaltene. Kein Plakat illustriert das so eindrücklich wie jenes mit der Headline: »Die Biergarten-Saison ist eröffnet«.

In Vogelperspektive sind zwei kleine Balkone zu sehen. Oben steht ein übergewichtiger Glatzkopf im Unterhemd allein am mit unansehnlichen Würstchen und Fleisch bedeckten Billiggrill, links die Astra-Pulle, rechts die Grillzange. Im Hintergrund der halb leere Bierkasten nebst verdorrter Pflanze. Darunter sonnt sich eine irritiert nach oben schielende Person im Bademantel im Beisein eines vollen Astra-Kastens. So, suggeriert die Werbung süffisant, sieht also der Alltag dieser Bildungsfernen aus: Zu asozial für den echten Biergarten, aber vom allzu üppigen Hartzen gönnen sie sich Bratwurst und Bier im versifften Plattenbau. Solch ein Leben im Faulheitsluxus kann sich die Studenten-WG natürlich nicht erlauben, schließlich wartet die Welt auf sie als Elite von morgen. Mit Astra dürfen sie aber ein bisschen Proll spielen.

## STUDENTISCHE GESCHMACKSSTUDIEN

Wo bleibt bei solch einer diskriminierenden Vereinnahmung die linke Szene? Selbstverständlich hat die sich bereits mit Astra auseinandergesetzt. Das liegt aber einige Jahre zurück. Als das Unternehmen verstärkt mit sexistischen (»Neu: Der Astra Tatsch-Screen«, darunter ein in goldene Hotpants verpacktes weibliches Gesäß) und rassistischen (eine unter Palmen lasziv Cocktail schlürfende Dame im knappen Honolulu-Style, darüber steht: »Exotischer wird's nicht«) Plakaten aufwartete, protestierten verschiedene Gruppen lautstark dagegen. Ein Weblog benannte sich nach dem Slogan: »Astra? Was dagegen! Gegen rassistische und sexistische Werbung« und schrieb allerlei Beschwerdebriefe. In Göttingen war das Bier auf linken Veranstaltungen überhaupt nicht mehr zu haben. Mittlerweile liegt der Schwerpunkt der Werbekampagne beim Arbeiterbashing – und siehe da: kein Mucks mehr aus der linken Ecke! Stattdessen muss die *Zeit* in Person der Autorin Nina Pauer sich über diese »Konterkarierung der Systemkritik«<sup>178</sup> wundern, die eine »Renaissance des Arbeiterkultes« unter gänzlich anderen Vorzeichen hervorbringe.

Nicht mehr der DDR-Klassenkämpfer mit gestähltem Bizeps und roter Fahne sei heute das gängige Zerrbild, sondern der verwahrloste Unterschichts-Heini mit Wampe. Dabei war die Kombination von Alkohol und nicht-akademischer Arbeiterklasse im öffentlichen Bewusstsein nicht immer ausschließlich mit klischeebehafteten Säuferfressen verbunden. In seinem lesenswerten Buch über die frühe Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland<sup>179</sup> beschreibt der Historiker Ralf Hoffrogge, wie die Industrialisierung das Bier als Volksdroge erschaffen habe. Am Arbeitsplatz sei dessen Konsum sogar ausdrücklich erwünscht gewesen,

weil es einen langsameren Rausch brachte als der bis dahin übliche Schnaps.

Erst um 1900, so Hoffrogge, sei das Getränk wegen neuer Unfallverhütungsvorschriften vom Arbeitsplatz- zum Feierabendbier geworden. So habe es sich in der Kneipe zum unverzichtbaren Bestandteil des Klassenkampfes entwickelt. Das Bier sei nun ein politisches Mittel gewesen, das diejenigen in der Auseinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung oder Lohnerhöhungen zusammengeführt habe, die im klassischen Sinne als historisch handelndes Subjekt der Revolution zu begreifen seien: die Proletarier. Kneipen waren damals ein emanzipatorisch wirksames Massenphänomen gewesen, dem die hegemonialen Ordnungen immer wieder Einhalt gebieten wollten.

Mit Erfolg: Heute denken fast alle, in den wenigen verbliebenen Eckkneipen würden nur Alkis ihr Hartz IV versaufen, derweil sich die akademische Zunft ihre Szenelokale hält, in denen sie sich ein proletarisches, wenn auch stets ironisch abgesichertes Image verleihen können. Tatsächlich spielt sich bis heute in den kleinen Kaschemmen das ehrlichste Leben ab, das man sich nur vorstellen kann. Klar, auf studentischen Partys geht es mitunter wahnsinnig locker zu. Das aber ist meist nur ein schöner Schein, denn die Bildungselite schafft im privaten Rahmen permanent eine Assessment-Center-Atmosphäre. Das zeigt sich nicht nur darin, dass die ersten beiden Fragen beim vermeintlich ungezwungenen Kennenlernen dort meist lauten: »Wie heißt du? Was studierst du?« Auch der »richtige« Geschmack ist wichtig. Nur wer Independent-Musik gut findet, darf sich legitime Anerkennung abholen. Nur wessen Klamotten jenseits des Massengeschmacks anzusiedeln sind, entgeht der Gefahr, ausgelacht zu werden. Und nur wer von aufregenden Low-Budget-Trips durch die Welt berichten kann, hat Aussicht darauf, als cool betrachtet zu werden.

Wem versehentlich heraussrutscht, den Sieger der jüngsten Staffel von »Das Supertalent« zu kennen, ist raus aus dem Spiel und landet in der gefürchteten Schublade namens »Mainstream-Langweiler«. Es gelingt den linken Studenten einfach nicht, zumindest einen Abend lang nicht die potenziellen Geschlechtspartner oder Karrieretreiber durch intensive kulturelle Geschmacksstudien auf ihren Sozialstatus hin auszutesten. Eine sich hinter Pseudo-Nonchalance verbergende Verkrampfung ist die Folge für diese sich permanent selbst beobachtenden Menschen. Man weiß ja nie, ob das Gegenüber einen wirklich mag oder nur sein Netzwerk erweitern will.

Die Grenzen des Sagbaren sind in studentisch-linksalternativen Kreisen damit weit enger gefasst als in jeder Arbeiterspelunke. Dort nämlich fragt dich niemand nach deinem Einkommen oder deinem Beruf, keiner will nur zwecks Erforschung deines Sozialstatus etwas über deinen Musikgeschmack oder deine Weltreisen wissen. Man steht beisammen, raucht eine Zigarette, trinkt sein Pils und spricht mit völlig Unbekannten über die wichtigen Dinge des Lebens: über die Liebe, die Freundschaft, vielleicht den Fußball und in jedem Fall über den Tod. Das mag alles manchmal oberflächlich, oft sogar ruppig und unsensibel

ablaufen, zumal man sich am nächsten Tag auf der Straße vielleicht gar nicht wiedererkennen würde. Es soll nicht romantisierend klingen, denn auch und vor allem an diesen Orten beherrscht bisweilen ein schwer erträglicher Alltagsrassismus die Atmosphäre, und Prügeleien sind ohnehin keine Seltenheit. Aber hier ist am Ende eben doch jedes Gespräch herzlicher als die beziehungsopportunistischen Befragungen bei linken WG-Partys.

Der als richtig deklarierte Konsum von Alkohol ist mehr denn je zum Distinktionsmerkmal geworden: Wer was auf seine Coolness hält, greift zum Bier, wer kultiviert sein will, gönnt sich ein Gläschen Wein. Nicht wenige Studenten tun beides zugleich, und auch das wissen die Astra-Werber nur zu genau. Ein weiteres Plakat nämlich zeigt drei phänotypisch eindeutig kleineren Geldbeuteln zuzuordnende Männer, die um einen leeren Kasten besagter Bierfirma herum sitzen und traurig wirken ob der zur Neige gegangenen Gerstensaftreserven. Darüber steht: »Astra Weinseminar«.

Die implizierte Doppeldeutigkeit ist leicht zu erkennen. Und die zweite Bedeutung hat es in sich: Arbeiter, suggeriert die Reklame, seien derart primitiv, dass sie keine Probleme im Leben zu haben scheinen, als über einem leeren Bierkasten jämmerlich zu flennen. Außerdem fehlt ihnen die Kulturbeflissenheit, um sich dem intellektuell konnotierten Wein zuzuwenden. Ins selbe Horn bläst eine ältere Werbung, die ein Paar mittleren Alters (er mit geschwelltem Gesicht, feschem Pornobalken und versifftem Unterhemd, sie mit verlebtem Antlitz, ulkiger Frisur und billiger Fluppe in den fettigen Fottfingern) vor leeren Kaffeetassen am heimischen Küchentisch vor grau gekachelter Wand zeigt, apathisch aneinander vorbei in die hoffnungslos-deprimierende Leere blickend. Dazu der Spruch: »Kein Astra, kein Spaß«. Als Betrachter weiß man beim Blick auf das Bild, dass diese elende Unterschichtenbande nur im Bierrausch zu Gefühlen fähig ist und bei Trockenlegung schlagartig zu einer Zombie-Crew mutiert.

Astra liefert damit den WG-Linken das positive Empfinden, im Gegensatz zu diesen gefühllosen Monstern selbst ein nützlicher Teil der Gesellschaft zu sein und das Bier ohne nervige Gewissensbisse genießen, ja, es gelegentlich sogar mal übertreiben und sich die scheinbar hochgebildete Seele aus dem Leib kotzen zu dürfen. Dabei ist das Problem nicht der nachvollziehbare Wunsch der alternativen Studenten, mit einer integren Identität ihr Bier zu trinken. Befremdlich ist vielmehr, wie sie sich auf Kosten derjenigen belustigen, die im gesellschaftlichen Diskurs kein Gehör finden. Alternative Studis akademisieren die Arbeiterkultur, berauben sie ihrer positiven Lebenswelt (wie eben das gesellige Biertrinken) und lassen den Nicht-Akademikern hernach nur noch die negativ stereotypisierten Elemente (Trinkhallen-Fressen, aggressive Nazi-Hooligans) übrig.

## BEFRIEDUNG DURCH BETEILIGUNG

Durch individuell umsichtiges Verhalten alleine lässt sich das komplexe gesellschaftliche

Arrangement namens Kapitalismus natürlich nicht bändigen. Würden Linke dem Hass auf die Unterschicht jedoch stärker entgegenreten, fiel es der neoliberalen Interessenpolitik immerhin schwerer, ihre Arbeitnehmerfeindlichkeit zum realpolitischen Erfolg zu führen. Gerade weil die Rolle des Bösewichts realiter nicht so leicht auszumachen ist, braucht es eine klare Haltung im Interesse der schwächsten Glieder des Gemeinwesens. Denn sogar in scheinbar paradiesischen Ideen zur politischen Auseinandersetzung lauert die Gefahr ideologischer Vereinnahmung.

Am deutlichsten fällt das bei dem derzeitigen Boom verschiedener Formen der Bürgerbeteiligung auf, denen die meisten Linken unkritisch Applaus zollen. Bürgerhaushalte, Bürgerdialoge, Volksentscheide, Community Organizing, Liquid Democracy – alles urdemokratisch, oder? Wie so oft, ist es auch hiermit nicht ganz so simpel. Tatsächlich nämlich führt die Konjunktur der direkten Beteiligung nicht zu mehr, sondern zu weniger Demokratie – wenn man einen Demokratiebegriff zugrunde legt, der über das liberale Minimalverständnis (Legitimation von Herrschaft durch Bürgerbeteiligung) hinausgeht und stattdessen eine genauere Definition der Demokratie propagiert (Infragestellung und gegebenenfalls Überwindung von Herrschaft).

Wer beteiligt sich an der partizipativen Demokratie? Wohl doch vorwiegend diejenigen, denen der Zustand des politischen und gesellschaftlichen Systems nicht schon jedes Vertrauen in diesen Staat geraubt hat, diejenigen, die sich jeden Morgen mit voller Brieftasche und gefülltem Bauch ans kapitalistische Werk begeben, jene, deren objektives Klasseninteresse ausschließlich in einer Stabilisierung bestehender Herrschaftsverhältnisse besteht, wie das Göttinger Institut für Demokratieforschung klarstellt.<sup>180</sup> »Zu Kundgebungen und Straßendemonstrationen haben sich in den letzten Jahren nicht die Deklassierten oder Marginalisierten aufgemacht, nicht diejenigen, die am stärksten Opfer der ökonomischen Umstrukturierungen und staatlich implementierter Sozialstaatskürzungen geworden sind. Auf die Barrikaden gingen vornehmlich Bürger mit hoher Bildung, ordentlichen Einkommen, vielseitigen sozialen Kontakten, anspruchsvollen Berufstätigkeiten.«<sup>181</sup>

Nicht nur das verlorene Vertrauen in die Politik durch die Arbeiter sorgt für diesen Umstand, sondern auch die Tatsache, dass man zur unkonventionellen politischen Beteiligung bestimmte Ressourcen benötigt, von denen diese Menschen systematisch ausgeschlossen bleiben. Dazu gehören zuvorderst die bürgerliche Bildung und eine politische Kulturbeflissenheit, aber auch der spielerische Umgang mit digitalen Medien, ein grundsätzlich optimistisches Zukunftsbild oder auch schlicht der Faktor Zeit. Wenn in einem Reichen-Ghetto der Fluglärm subjektiv überhandnimmt, kann die längst verrentete Witwe mit ihrer durch den Managerjob des Ehemanns finanzierten Nachbarin vor der nächsten Shoppingtour eine Bürgerinitiative gründen, dank bester Vernetzung in die Wirtschaftswelt rasch finanzielle Mittel sammeln und täglich Druck ausüben auf die Politik, auf dass jene

Flugzeuge, in denen sie selbst permanent durch die Welt gleitet, möglichst bald nur noch lautstark über die löchrigen Dächer der Bruchbuden in den Armenvierteln am Stadtrand jetten.

Und die Politik steht in diesen Fällen stets Gewehr bei Fuß, weil die Armen ohnehin nicht mehr zur Wahl gehen und deren Stimmen damit bei den nächsten Urnengängen nicht verloren gehen können – ganz im Gegensatz zu denen der bürgerschaftlich engagierten Wohlhabenden. Die immer stärkere Finanzierung partizipativer Elemente durch die private Wirtschaft sowie politische Mandatsträger, die sich durch diese Beteiligungssimulation ein bürgernahes Image einverleiben und zugleich die ungleichen Eigentumsverhältnisse stützen können, ist die logische Folge. Ein Ende der klassenbezogenen Kluft in der aktiven politischen Beteiligung ist nicht in Sicht, sie wird vielmehr zunehmend größer.<sup>182</sup> Da verwundert es nicht, dass in Volksabstimmungen überwiegend die gehobene Mittelschicht ihre Interessen durchsetzen kann, ob es nun um Straßenumbenennungen geht oder um die Beibehaltung des mehrgliedrigen Schulsystems.

In Hamburg gelang es im Jahr 2010 Bürgern wohlhabender Stadtteile mit geringer Erwerbslosigkeit, durch einen Volksentscheid eine bereits parteienübergreifend von der Bürgerschaft verabschiedete Schulreform zu kippen. Die geplante Reform lief vor allem auf längeres gemeinsames Lernen der Kinder hinaus. So viel Politik im Interesse der Mehrheit wollten die Reichen nicht dulden und setzten ein demokratisches Recht gegen die Armen ein, um die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem zu erhalten.<sup>183</sup>

Scheindemokratie als politische Waffe ist keineswegs neu. Schon Napoleon Bonaparte und Fürst Metternich haben durch ihre konzentrierte Medienmacht erfolgreich mit autoritär-plebiszitären Taktiken gearbeitet, wie der Journalist Michael Fleischhacker schreibt: »In der Zeit der napoleonischen Kriege etablierten sich in den Zeitungen propagandistische Techniken. Es ging um eine autoritäre Strategie, die Öffentlichkeit als Instanz aufzuwerten, um die Durchsetzung des eigenen Handelns aufzuwerten.«<sup>184</sup> Viele Linke durchschauen dieses Spiel nicht. Sie hinterfragen die neuen Herrschaftsformen nicht mehr ideologiekritisch – seien es nun politische Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung) oder Jugendorganisationen der Parteien (Jusos, Grüne Jugend, Die Linke.SDS), die immer häufiger zu Veranstaltungen einladen, um über die angeblich so bewundernswerten und in Wahrheit längst durch reaktionäre Kräfte vereinnahmten Proteste gegen große Bauvorhaben wie Stuttgart 21 zu diskutieren.

Gerade Letzteres ist ein Musterbeispiel für Befriedung durch Beteiligung. Monatelang fanden rund um dieses mehrere Milliarden Euro teure und durch Steuergelder finanzierte Prestigeprojekt der Deutschen Bahn harte Auseinandersetzungen zwischen der damals CDU-geführten Landesregierung und massenmedial als Wutbürger verniedlichten Demonstranten statt, die sich diese Verschwendung von Steuergeldern nicht bieten lassen wollten. Der bei

vielen Linken beliebte CDU-Politiker Heiner Geißler leitete ein Schlichtungsverfahren, zu dem sich Bahn-Experten und Experten der Gegenseite an einem runden Tisch trafen und – über den Fernsehsender *Phoenix* live ausgestrahlt – tagelang diskutierten. Es war ein vielbeachtetes Spektakel, das den Weg zur postdemokratischen Expertokratie beschleunigen könnte.

Am Ende kam kaum mehr heraus als das Zugeständnis der Stuttgart-21-Macher, mehr Transparenz in das Verfahren zu bringen. Die wenig später gewählte Landesregierung unter Führung der Grünen setzte die durch oben gelenkte Beteiligung fort und initiierte einen Bürgerentscheid. Umfragen hatten lange zuvor bereits eindeutig dafür gesprochen, dass ein solcher Plebiszit pro Stuttgart 21 ausfallen würde. Die Grünen konnten sich also volksnah geben, gingen mit ihrer Entscheidung aber kein Risiko ein, denn an einem Baustopp waren sie entgegen ihrer öffentlichen Beteuerungen zu keiner Zeit interessiert. Sie handelten nach einer für gemäßigte Linke leider längst allgemeingültigen Devise, die in einer Folge der US-Serie »The Simpsons« satirisch bloßgestellt wird: Bei einer Demonstration ruft ein Aktivist ins Megafon: »Was fordern wir?«, und der Protestzug antwortet: »Die schrittweise Abschaffung von Tierversuchen über die nächsten drei Jahre!« – »Und wann fordern wir das?« – »Über die nächsten drei Jahre!« Hier wird ein global sich ausbreitender neulinker Pragmatismus entlarvt, der von »revolutionärer Realpolitik« spricht und doch nur an die Fleischtöpfe der parlamentarisch legitimierten Macht drängt.

All die neoliberalen Durchsetzungsaktionen unter dem von Linken emsig mit ausgebreitetem Deckmantel der Demokratisierung politischer Entscheidungsfindung erscheinen dadurch so spielend leicht. Es gäbe noch allerlei weitere Exempel aufzuzählen – von Bürgerplattformen in Berlin bis zur Gentrifizierung in nahezu allen größeren Städten der Republik. Was Linke daraus lernen können, gießt der Journalist Thomas Wagner in richtige Worte: »Statt sich die Bürgergesellschaftsideologie zu eigen zu machen, müssen progressive Kräfte beim Kampf um die Zivilgesellschaft in die Offensive kommen. Zuallererst dadurch, dass sie der Simulation demokratischer Mitbestimmung durch die privatwirtschaftlich finanzierte und staatlich geförderte Beteiligungsindustrie energisch entgegentreten.«<sup>185</sup>

Das sollte auch für den Bereich der partizipativen Netzpolitik gelten. Viele Linke bejubeln das Internet einseitig als Möglichkeit, durch den vereinfachten Zugang zu alternativen Informationen eine emanzipatorische Politik voranzutreiben, weil nun auch die sonst Bildungsbürgerfernen alles herausbekommen könnten, was sie wollten. Manche sehen sogar eine Zeit der durch Facebook und Twitter ausgelösten linken Revolutionen voraus! Verkürzt ist dieses Denken allein schon deshalb, weil eben nicht jeder sein Mediennutzungsverhalten auf die Erfordernisse eigenverantwortlichen Recherchierens ausrichten kann. Die Unterschicht nutzt das Internet und dabei vor allem soziale Netzwerke vorwiegend zur Kommunikation mit Familie und Freunden. Hauptmedium zur Beschaffung von Informationen



bleiben die Onlineauftritte einschlägiger Massenmedien und – trotz aller Grabgesänge auf dieses Leitmedium – das gute alte Fernsehen.

## SCHWEIGER, SCHWEIGHÖFER, STROMBERG

Gerade das Fernsehen ist den Hochkulturaaffinen schon immer ein Gräuel gewesen. Der große Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der jahrelang Chef des »Literarischen Quartetts« im ZDF gewesen ist, lehnte beispielsweise 2008 den Deutschen Fernsehpreis ab. Ihn erschreckte der offensichtliche Stumpfsinn all dieser an jenem Abend vor ihm ausgezeichneten und durch kurze Einspieler vorgestellten TV-Produktionen so sehr, dass ihm später eine Aussage entfuhr, die auch ein Ex-Gefangener der Folterkammern von Guantánamo äußern könnte: »Ich finde es schlimm, dass ich das erleben musste.« Reich-Ranicki war es auch, der einige Jahre zuvor festgestellt hatte, es gebe in der Literatur eigentlich nur zwei Themen: die Liebe und den Tod. Alles andere sei »Mumpitz«.

Als der norddeutsche Bezirksvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Uwe Polkaehn, im März 2016 in einem viel beachteten Interview forderte, im Fernsehen müsse die »Inflation an Thrillern und Krimi-Serien« gestoppt werden zugunsten anspruchsvoller Geschichten à la Rainer Werner Fassbinder, da erntete er in den Onlinekommentarspalten viel Spott. Mit seinem Statement stimmt der Gewerkschafter vordergründig in die Qualitätsschelte des legendären Literaturkritikers ein.

Denn einerseits beugt sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen seit einigen Jahren immer stärker jenem Druck des Marktes, dem die Privatsender schon immer gerne nachgegeben haben: Oberste Priorität genießen geringe Produktionskosten. Da spart man an ambitionierten Drehbuchschreibern, begabten Schauspielern oder guten Regisseurinnen und rechtfertigt den versendeten Schrott mit dem den »einfachen Mann auf der Straße« abwertenden Scheinargument, die Leute würden sich nach Feierabend lieber beim zwölften Fremdschämfilm von Til Schweiger entspannen als bei einem lebensnahen Meisterwerk von Aki Kaurismäki.

Andererseits widerspricht Polkaehn dem berühmten Diktum von der Liebe und vom Tod des 2013 verstorbenen Reich-Ranicki. Denn gerade die deutschen Fernsehmacher nehmen diese Einsicht für ihr eigenes Medium ernst: Beim Blick ins TV-Programm reicht es, einen beliebigen Tag auszuwählen, und es tauchen Schmonzetten von Rosamunde Pilcher (ZDF) über Romantic-Comedy-Quatsch wie »Schlussmacher« (Sat 1) bis hin zu den jahrelang in epischer Breite durchs Nachtprogramm gepetschten »Sexy Sport-Clips« (Sport 1) auf. Noch lieber widmen sich die Fernsehmacher nur dem ewigen Abschied vom irdischen Dasein: Ob in Hollywood-Blockbustern oder deutschen Provinzkrimis – überall wird abgeknallt, aufgeschlitzt und totgeprügelt, was das Zeug hält. Dass Medien und Zuschauer mangels Alternativen mit dem »Tatort« ein besonders sterbefreudiges und allzu oft

sterbenslangweiliges Format seit Jahrzehnten auf dem Gipfel deutscher Fernsehfilmkunst halten, verwundert da nicht.

Natürlich meinte der langjährige Chef des »Literarischen Quartetts« mit seinem Spruch von der Liebe und vom Tod nicht Schweiger, Schweighöfer und Stromberg, sondern Shakespeare, Schiller und Schiwago. Und genau hier könnte Polkaehns Statement die Debatte wirklich weiterbringen. Denn ihm geht es um einen Mittelweg zwischen Hoch- und Populärkultur: »Die Menschen verbringen täglich viele Stunden im Betrieb, und da erleben sie auch viel – von Teamgeist über Unternehmerwillkür, von Lohnkämpfen bis zum Flirt.«

Warum, fragt der Arbeitervertreter, sollen nicht Serien eine Chance bekommen, »die in einer Fabrik, in einem Büro, in der Werbeagentur oder Vorstandsetage, im Supermarkt oder in der Feierabendkneipe spielen?« Das könne auch humorvoll gelingen, wie die zwischen 1998 und 2003 bei RTL ausgestrahlte Supermarktkassiererinnenserie »Ritas Welt« mit Gaby Köster bewiesen habe. Viel mehr positive Beispiele fielen Polkaehn nicht ein. Denn die gibt es auch kaum: Außer »Der Tatortreiniger« mit Bjarne Mädel versteckt das deutsche Fernsehen, mit Ausnahme von »Mad Men«, die sehenswerten deutschen und nicht-deutschen Produktionen aus der Arbeitswelt gerne im Nachtprogramm oder in den Spartensendern. Polkaehn verlangt ja nicht, dass viermal wöchentlich Uralt-Perlen wie Fritz Langs »Metropolis«, Charlie Chaplins »Modern Times« oder Fassbinders »Acht Stunden sind kein Tag« über die Mattscheibe flimmern sollen. Fast nie jedoch sieht das deutsche Fernsehpublikum beispielsweise – auch bei den von Reich-Ranicki noch eingeschränkt gepriesenen Arte und 3sat – die Filme von Ken Loach. Dieser wunderbare Chronist der Arbeiterklasse, der schon zweimal die Goldene Palme bei den Filmfestspielen von Cannes gewonnen hat, kann proletarische Geschichten gehaltvoll und unterhaltsam zugleich erzählen, ohne dass er deren Protagonisten oberflächlich zu Opfern degradieren oder sie gar zu Helden stilisieren müsste.

In den vergangenen Jahren sind auch in Deutschland einige herausragende Spiel- und Dokumentarfilme zur Arbeitswelt erschienen. Ob nun »Eine flexible Frau« von Tatjana Turanskyj, »Sommer vorm Balkon« von Andreas Dresen oder »Work Hard, Play Hard« von Carmen Losmann: Im hiesigen Filmbetrieb tummeln sich talentierte Künstler, die sich für Polkaehns Idee begeistern und sicher auch intelligente Serien schreiben könnten. Ein Problem besteht darin, dass sich derzeit fast nur diejenigen das Ausüben eines künstlerischen Berufs erlauben können, die geerbt haben oder wohlhabende Verwandte auf ihrer Seite wissen. Gerade das (deutsche!) Theater ist dafür ein ideales Beispiel. Unter gesellschaftskritischen Künstlern wird hier oft nur noch das als Hochkultur akzeptiert, was möglichst selbstreferenziell bleibt.

**ALLES SO SCHÖN KOMPLIZIERT HIER**

Es geht ein Gespenst um in der Kulturszene – das Gespenst der Postmoderne, dessen Wesen sich zunehmend ausbreitet auf den Brettern, die die (immer komplexer werdende) Welt bedeuten. Förderbepreiste Nachwuchsautoren und hippe Jungregisseure verweigern sich parteiischen Bewertungen der Zeitläufe und legen ihre Texte und Inszenierungen dementsprechend nach einem Motto an, das der Dramaturg Bernd Stegemann in seinem furiosen Buch »Kritik des Theaters«<sup>186</sup> so formuliert: »Man kann nichts mehr aussagen, aber das sieht sehr schön aus.« Im postmodernen Theater gehe es kaum mehr um den Sinn einer Handlung und immer weniger um nachvollziehbare Figurenzeichnung oder deren stringente Entwicklung, sondern um die Auslöschung des »konsumierbaren Sinns«<sup>187</sup>, wie es mit Nis-Momme Stockmann einer der derzeit besonders gehypten deutschen Autoren 2010 in einer Rede ausdrückte. Destruktiv-kritische Prämissen lehnen Postmoderne als unterkomplex und belehrend ab, stattdessen wollen sie »den Menschen die scheiß Souveränität im Umgang mit der Welt wegnehmen«.

Das Schauspiel soll idealerweise zum Event avancieren, das die eitle Künstlerseele von Autoren und Regisseurinnen zu streicheln vermag. Jeder will als in beißend ironischer Distanz zu allem stehender Intellektueller anerkannt werden, der verkürzte Schlüsse ablehnt und sich stattdessen ästhetisch innovativ jeder klar erkennbaren Haltung entzieht. Resultat ist die auf den Bühnen derzeit oft zu beobachtende Melange aus verworrener Effekthascherei (besonders beliebt: nackig umherrennen) und inhaltsleerem Textquark (besonders beliebt: diffuse Diskursfetzen wahllos aneinanderreihen). Vordergründig strebt sie danach, das herrschende Falsche als Ohnmacht erzeugendes Drecksystem zu entlarven. Sie bleibt dabei aber meist so wohlfeil-diffus, dass sie dem vorgeblich kritisierten Kapitalismus eine dankbare Steilvorlage liefert, sich gegen jede fundamentale Kritik zu immunisieren.

Denn was behandeln die permanent uraufgeführten Jungautoren denn inhaltlich? Da geht es um die Dekonstruktion von Geschlechtskategorien (bei John Birke), um das Aufbrechen vormals eherner Ingredienzen wie Dialog/Konflikt/Finalität (siehe Philipp Löhle), um den Wunsch nach sprachlicher Zerstreuung (in einigen Texten von Martin Heckmanns) oder um die Abwesenheit von Agitation und Belehrung (was das Kollektiv von Rimini-Protokoll gern proklamiert). Fragen nach dem Scheitern von Selbstverwirklichung und anderen Individualisierungsprojekten der Freelancer stehen im Mittelpunkt, derweil man entweder etwas von Volker Lösch anschauen oder sogar ein provinzielles Off-Theater aufsuchen muss, um die Arbeitswelt der niedriglöhnenden Nicht-Akademiker im Amazon-Lager oder bei Opel auf dem Parkett verarbeitet zu sehen.

Das ist Teil unseres Zeitgeistes: Von den Pulten des permanenten politischen Aschermittwochs über die bürgerlichen Feuilletons bis hinein in die sich ach so widerständig gebenden deutschen Theaterhäuser gehört die Stigmatisierung fundamentaler Opposition zum guten intellektuellen Ton. Wer in der klandestinen Komplexität der Welt offensiv für den

Umsturz aller kapitalistischen Verhältnisse trommelt, macht sich bestenfalls lächerlich. Wollte man eine Runde von Künstlern verstören, so schreibt es Stegemann in seinem ebenfalls lesenswerten Buch »Lob des Realismus«<sup>188</sup>, müsse man ihnen nur eine Frage stellen: Was ist dein Klassenstandpunkt? Nach anfänglich ungläubiger Nachfrage, ob das denn nun ironisch oder tatsächlich ernst gemeint sei, folgen laut Stegemann zuverlässig die üblichen Phrasen der Postmoderne: Wo sähe man denn heute noch die ausgebeuteten Arbeiter mit den schmutzigen Gesichtern, von denen Marx berichtet habe? Mit dem Argument, dass heute so viele Menschen wie nie gezwungen sind, ihre Arbeitskraft in abhängiger Erwerbsarbeit zum Preis von Krankheit und psychischem Kollaps zu verscherbeln, kommt man denen nicht bei. Zu sehr ist der Umbau vom Menschen zum Einzelkämpfer mittlerweile auch in rebellischen Künstlerseelen verankert.

Ist es da noch verwunderlich, wenn das Theaterpublikum sich immer mehr auf eine verschwindend kleine Kaste dezimiert und immer mehr Theater von der Schließung bedroht sind? Vorgeblich wollen sie neue Publikumsschichten generieren, realiter jedoch leeren sich die Ränge zusehends. Dabei geht es keinesfalls darum, die Kunst dem neoliberalen Nützlichkeitsdenken zu unterwerfen. Ein Theater aber, das den Anspruch vollends aufgegeben hat, die Massen zu begeistern, schafft sich völlig zu Recht selbst ab.

2014 beriet sich eine Fachtagung im Deutschen Theater in Berlin über »Zugangsbarrieren zu kulturellen Angeboten und Konzeptionen niedrigschwelliger Kulturvermittlung«. Da redeten Akademiker mit Akademikern über Nicht-Akademiker wie Biologen über Amöben, als läge es an kollektiver Dummheit des Pöbels und nicht an der strukturellen Ausrichtung des Theaters, wenn immer weniger Menschen sich für ihre Kunst begeistern. Dabei tragen nicht nur die aus wohlhabendem Hause stammenden Nachwuchskünstler und erst recht nicht Fernsehen, Kino und Internet die Schuld an dieser bedauerlichen Entwicklung. Halten doch die Stadttheater ihre Mitarbeiter systematisch in einer prekären materiellen Lage, weshalb sich am Theater von den jungen Menschen – wie bereits erwähnt – nur jene durchsetzen können, denen eine möglichst langanhaltende finanzielle Unterstützung durch Dritte möglich ist. Wer biografische Erfahrungen mit wirklicher sozialer Not vorzuweisen hat und diese sogar künstlerisch verarbeiten will, wird kaum auf den begehrten Regiestuhl klettern dürfen. Auch die zahllosen Förderpreise, die ja diesem Umstand ein wenig abhelfen könnten, feiern lieber den postmodernen Trend, als den bildungsbürgerfernen Nachwuchs zu unterstützen. Wer was werden will, wäre da ganz schön dämlich, würde er nicht von jedwedem Realismus die Finger lassen.

Es ist ein gesellschaftlicher Trend, den der Publizist Florian Kessler 2014 für den Bereich Literatur in einem *Zeit*-Essay effektiv moniert hat: Die durch die Schreibschulen von Leipzig bis Hildesheim ausgespuckte Generation junger deutscher Autoren, so Kessler, entstamme samt und sonders einem saturierten Mittelschichtsmilieu, weshalb in der

deutschsprachigen Literatur mangels Lebenserfahrung ein belangloses und wenig welthaltiges Gedöns die literarische Republik dominiere.<sup>189</sup> Armut, Hartz IV, Mietenwahnsinn, Lohnkämpfe spielen zwischen den Deckeln deutschsprachiger Romane eine ebenso geringe Rolle wie auf den großen deutschen Bühnen.<sup>190</sup> Warum sollten sich diese Themen nicht ambitioniert ans Theater bringen lassen, ohne die akademische Klientel zu verschrecken und zugleich bisher Theaterferne anzulocken? Es muss ja nicht gleich ein neuer Shakespeare kommen, der die Massen wieder ins Theater treibt und ihnen Schweißausbrüche und Nervenzusammenbrüche beschert.

## ZUM ERSTEN MAL IM THEATER

Mir war lange Zeit selbst nicht bewusst, wie weit sich die Masse schon vom Theater entfernt hat. Als ich vor gar nicht allzu langer Zeit meine Tante Karin ins Theater begleitete, da übertrafen die Ereignisse des Tages und des Abends alle meine Erwartungen. Es sollte der erste Theaterbesuch ihres Lebens werden. Karin ist die Schwester meiner Mutter. Bei ihr bin ich, wie bereits erwähnt, aufgewachsen. Ihre Art, mich bei meinem Bildungsaufstieg zu begleiten, hat immer wieder Unstimmigkeiten zwischen uns erzeugt. Einerseits anerkannte ich ihren Versuch, mich mit intellektuellem Lesestoff zu versorgen – etwa dann, wenn ich montags von der Schule nach Hause kam und Tante Karin mich mit stolzem Antlitz in die Küche führte, wo oftmals *Spiegel* und manchmal sogar *Focus* auf dem Tisch lagen. Ich las damals diese Zeitschriften sehr gerne, weil es das war, was intelligente Leute sich meiner Meinung nach zu Gemüte führten. Und meiner Tante Karin dankte ich, dass sie mir trotz unserer finanziellen Engpässe diese Zeitschriften mitbrachte.

Es kam aber auch immer wieder zu diesen dramatischen Szenen, in denen sie mich ihren Bildungsneid spüren ließ. Da ich der Einzige war, der ihr rhetorisch Paroli bieten konnte, warf sie mir häufig vor, ich würde ausnutzen, dass sie mich bis zum Abitur zur Schule gehen ließe. Oft genug kam mein Bruder mit seinem Schulschwänzen oder seinen Drogenexperimenten ungeschoren davon, weil Tante Karin eine Allianz mit ihm schmiedete und beide sich als »einfache Leute« gegen mich, der sich angeblich für »etwas Besseres« hielt, verbündeten. Diese wiederkehrenden Ausbrüche waren auch der Anlass, weshalb ich noch vor dem Abitur bei ihr aus- und in ein kleines Studentenappartement einzog.

Im Laufe der Jahre verbesserte sich unser Verhältnis, obwohl mein formaler Bildungsaufstieg weiterging. Dass wir im Frühjahr 2016 erstmals gemeinsam ins Theater gingen, hatte trotzdem nichts damit zu tun, dass ich ihr »meine« Welt der Hochkultur nahebringen wollte. Der Anlass war weit erfreulicher: Meine kleine Schwester, die früh Mutter geworden ist, bislang keine Berufsausbildung abgeschlossen hat und aufgrund der geringen Qualifikation ihres Mannes immer wieder in Hartz IV rutscht, stand an jenem Abend im Kulturzentrum Kammgarn in Kaiserslautern als Schauspielerin auf der Bühne.

Theaterpädagogen hatten sich mit Langzeiterwerbslosen unter 25 Jahren Schillers »Räuber« vorgenommen und inszenierten es anhand ihrer eigenen brüchigen Biografien. »Jobact« nennt sich dieses Projekt, an dem sich kritisieren ließe, dass es wieder einmal nur Mittel zum Zweck ist: Die Jugendlichen sollen im Laufe der Theaterarbeit spielerisch Fähigkeiten wie Teamfähigkeit und Durchhaltevermögen trainieren, und sie müssen parallel Kurse bei sprechenden Aktenordnern belegen, die sich »Bewerbungsmanager« nennen.

Tante Karin wollte am Morgen vor der Premiere von all dem nichts wissen. Aufgeregt kam sie von ihrem Nachtjob nach Hause. Auf ihren sonst üblichen Mittagsschlaf verzichtete sie. Nicht genug, dass sie am Abend mit ihrer Nichte würde fiebern müssen, auf dass auch alles gutginge und sie ihren Text nicht vergäße. Sie selbst sollte auch noch ins Theater gehen. Sie! Ins Theater! Ich konnte kaum einen Satz mit ihr reden, weil sie stundenlang durch die Wohnung wuselte und sich dabei Fragen stellte, die ich sonst nur von Teenagern vor dem ersten Date oder von Kindern vor dem ersten Besuch im Puppentheater kenne: »Was soll ich nur anziehen? Straßenkleidung geht ja wohl nicht, aber zu schick soll's nun auch nicht sein. Ich weiß überhaupt nicht, wann man da klatschen soll und wann nicht. Warum hab ich eigentlich keine anständigen Schuhe? Fotos darf ich wahrscheinlich auch nicht machen. Oder doch? In jedem Fall darf ich in der Pause kein Bier trinken, sondern... was trinkt man da denn so? Sekt! Bestimmt Sekt! Ach herrje, ich hab ja ganz vergessen, bis wann ich die reservierten Karten an der Kasse abholen muss. Vielleicht sollte ich doch noch mal zum Friseur? Darf man sich eigentlich hinsetzen, wo man will, oder gibt's da Platzanweiser wie früher im Kino? Ich muss irgendwie bis heute Abend diese Hibbeligkeit loswerden, sonst merken noch alle, dass ich noch nie im Theater gewesen bin. Hoffentlich schaff ich es, richtiges Hochdeutsch zu sprechen!«

So sehr ich versuchte, sie damit zu beruhigen, dass ich als Theaterkritiker im Sommer sogar in kurzen Hosen zu Premieren ins Berliner Ensemble ginge und man mir dort trotzdem noch niemals den Zutritt verweigert habe, so wenig konnte sie sich darauf besinnen, dass sie sich eine Laienproduktion ansehen würde, bei der viele Menschen im Publikum sitzen sollten, die ebenfalls noch nie im Theater gewesen sind. Tante Karin aber empfand die Situation so, als würde sie eine Opernpremiere besuchen. Und da wollte sie sich nicht blamieren. Sie warf sich richtig in Schale. Als wir uns dem Eingang näherten, huschte ihr Blick ständig hin und her, immer auf der Suche nach Bestätigung: Wie sind die anderen angezogen? Welche Leute kommen da überhaupt? Sie achtete im Foyer sogar, das zeigten mir die Bewegungen ihrer Augen, auf die Gangart der Leute. Und sie lauschte interessiert ihren Worten, sich den anderen Stehtischen immer wieder in sympathisch-unbeholfener Verstohlenheit zuwendend, nur unterbrochen von den unzähligen Blicken auf ihre Armbanduhr, die zu sagen schienen: Wann geht das hier endlich los?

Meine eigentlich gut gemeinte Frage nach einer weiteren Zigarette im Hof brachte sie nur

weiter aus dem Konzept: »Weiß nicht. Sind Zigaretten unter euch Kopfmenschen nicht schon verpönt? Von deinen Freunden raucht doch schon lange niemand mehr.« Weil die im Theater immer so aggressiv schellende Klingel ertönte, erübrigte sich eine Antwort. Sie wollte sofort in den Saal, sonst fänden wir doch unmöglich noch gute Plätze. Während der Aufführung sah sie im Minutentakt zu mir rüber, sich stets vergewissernd, wie sie das Gesehene einzuordnen habe. Als wir am Ende bei stehenden Ovationen nebeneinander jubelten, sah ich in ihrem Gesicht zugleich Erleichterung ob der eigenen Leistung und Freude über die gelungene Darbietung auf der Bühne. So richtig konnte sie später noch nicht einordnen, was sie erlebt hatte. Ihr fiel nur auf, dass sie den altmodischen Text verstanden hatte und ihr die Unmittelbarkeit der Darstellung nahe ging. Vorerst jedenfalls hatte sie ihren Frieden mit dem Theater gemacht – und kündigte an, demnächst mit mir auch einmal ins Pfalztheater gehen zu wollen.

Wer in einem Haushalt aufgewachsen ist, in dem bürgerliche Bildung wichtig war, für den könnte diese Beschreibung despektierlich wirken. Tatsächlich aber muss man sich nur einmal diese Dimension klarmachen: Tante Karin durchlebte an einem einzigen Abend einen Gutteil dessen, was ich in jahrelanger Arbeit am Habitus vollzog. Ihr anfänglicher Antiintellektualismus ging in Panik über, von den Gebildeten als nicht distinguiert verspottet zu werden, und mündete in einem diffusen Wohlgefallen, dem sie zunächst noch nicht so recht über den Weg traute. Dabei entspricht sie ganz und gar nicht dem gängigen medialen Zerrbild von der Nicht-Akademikerin. Sie ist kultiviert, wenn auch nicht im klassisch bildungsbürgerlichen Sinn. Sie artikuliert sich geschliffen, wenn auch meist im Dialekt. Sie liest viele Bücher, wenn auch meist Kriminalromane. Sie ist Stammwählerin der Linkspartei und weiß die aktuelle Politik immer kritisch zu hinterfragen, wenn sie auch lieber anhand ihres eigenen Alltags argumentiert und selten die ganz großen theoretischen Zusammenhänge referiert.

Damit hier kein falscher Eindruck entsteht: Die (zumindest offen zur Schau gestellte) Liebe zur Hochkultur ist keinesfalls eine Voraussetzung, um in der Welt der Akademiker anerkannt zu werden. Viele der mir bekannten Studierenden haben im Gegensatz zu mir kaum Bücher im Regal stehen. Es kommt vielmehr darauf an, sich tagtäglich so gebildet zu präsentieren, dass eine Privatbibliothek in der Wohnung gar nicht mehr nötig erscheint. Heute muss man entspannt und selbstbewusst sein. Dazu gehört eben auch, »Bildungstapeten« zu Hause nicht nötig zu haben. Aber die Arbeiter dürfen sich eben nicht täuschen lassen: Die Hochkultur birgt revolutionäres Potenzial. Sie kann den Horizont erweitern, Menschen in ihrem Weltbild erschüttern und ihnen Inspirationsquelle für die Verbesserung unserer Gesellschaft sein. Deshalb geht es auch nicht darum, das Niveau zu senken und die Menschen »abzuholen, wo sie sind«. Wenn ihre Lebenswirklichkeit häufiger in der Hochkultur verhandelt wird, dann finden von ganz allein deutlich mehr »einfache Leute« ihren Weg in die Programmkinosessel



und ins Theaterparkett.

## UNTERWERFUNG ALS RETTUNG

Im Weg steht einer solchen Entwicklung die Funktion der Hochkultur in der Gesellschaft. Sie wird gemacht von wenigen und ist gedacht für wenige. Hochkultur ist für Menschen jeglicher politischer Couleur, ob nun bewusst oder unbewusst, ein wichtiges Distinktionsmerkmal. Interesse für bildende Kunst, Literatur oder Theater hat immer auch damit zu tun, das eigene Selbst aufzuwerten, indem man sich von jenen abgrenzt, die keinen Zugang zu den »schönen Künsten« finden. Ich erinnere mich, dass eine Schwester meiner Tante Karin, zu der ich nur sporadisch Kontakt hatte, mich und meinen Bruder hochkulturell fördern wollte. Sie hat einen Akademiker geheiratet und ist dadurch zu Wohlstand gelangt. Nach dem Tod meiner Mutter nahm sie mich und meinen Bruder zu Lesungen, Kindertheaterinszenierungen, Kunstaussstellungen und philharmonischen Konzerten mit.

Keiner dieser Abende verging, ohne dass ich mich vor dem Einschlafen mit meinem Bruder über das Gehabe der Leute lustig machte. In dem Habitus der Bescheidwischer, die ihre Brille bedeutungsschwer zurechtschieben, die Stirn in Falten legen und verschwurbelt über ein Gemälde räsonieren oder es mit Werken anderer mehr oder weniger bekannter Maler vergleichen, erkannten wir schon damals intuitiv die Zurschaustellung eines Überlegenheitsgefühls. Offenbar suchte ich in meiner Jugend nach Wegen, den sozialen Aufstieg ohne einen Verrat an meinem Herkunftsmilieu zu schaffen. Im Sportjournalismus sah ich wohl den passenden Kompromiss. Sämtliche Männer in meiner Verwandtschaft interessierten sich brennend für Fußball, Handball und Olympia. Würde ich es schaffen, Sportreporter zu werden, so schwante mir, dann wären mir Respekt und Verständnis durch meine Familie ebenso sicher wie Anerkennung und Akzeptanz in Akademikermilieus.

Das größte Rätsel meines jungen Lebens besteht wohl darin, dass ich mich trotz meiner lange kultivierten Abneigung gegen Elitenbewusstsein und Hochkultur zum Promotionskandidaten an der Hochschule und zum Feuilletonredakteur einer Tageszeitung entwickeln konnte. Ich habe mich den bürgerlichen Konventionen nahezu vollständig angepasst, obwohl ich mich unablässig dagegen zu wehren glaubte. In meinem eisernen Widerwillen, dauerhaft als Wissenschaftler zu arbeiten, oder in dem bis heute in den Pausen bei Theaterpremieren in mir aufsteigenden Ekel auf das hochkulturell-selbstgefällige Gebaren mancher Zuschauer, scheint ein Antiintellektualismus durch, für den ich mich im nächsten Moment schäme. Denn bin nicht ich es, der die Stelle als Theaterredakteur einer Zeitung als Traumjob angestrebt hat und jetzt gerade ein Buch schreibt, das zum Nachweis einer gewissenhaften intellektuellen Arbeit fast 200 Endnoten enthält?

Je mehr ich über diesen Widerspruch nachdenke, umso mehr fällt mir auf, dass ich schon zu Schulzeiten eine Gefallsucht empfunden haben muss, die ich durch das Kultivieren meiner

Unterschichtsherkunft permanent zu negieren versuchte. Als ich in die erste Klasse kam, sprach ich kein Hochdeutsch. Weil ich nie im Kindergarten gewesen war, musste ich trotz bereits jahrelanger Erfahrung als Fernsehkonsument vom ersten Schultag an Vokabeln und Grammatik büffeln. Während sich meine Freunde nachmittags auf dem Spielplatz vergnügten, saß ich allein mit einer Logopädin in einem miefigen Schulraum, feilte an meiner hochdeutschen Aussprache und versuchte außerdem, mein notorisches Lispeln abzustellen, indem ich stundenlang eine Spielzeuglokomotive über den Tisch fuhr und das charakteristische »Sch-Sch-Sch«-Geräusch trainierte. Was war ich stolz auf das Lob meiner Lehrerin ob meiner sich schnell einstellenden sprachlichen Fortschritte! Es war wohl jene Zeit, in der ich unbewusst lernte: Anpassung führt zu Anerkennung.

In der gymnasialen Oberstufe lernte ich dann Mitschüler kennen, die sich auch außerhalb des Klassensaals in Hochdeutsch unterhielten – um dazuzugehören, spielte ich oftmals mit. Wenn ich zu Hause versehentlich vom Pfälzischen in die Standardhochsprache verfiel, war das Gelächter groß. Meine Cousins spotteten gerne, ich spräche »wie so’n Polidigger«, mein Bruder nannte mich »Eure Hoheit« und meine Tante Karin erinnerte mich an die Ehrfurcht meiner Großmutter, die über flüchtig Bekannte ohne Pfälzisch-Kenntnisse immer sagte: »Oh, der sprescht Hochdeitsch, der hat bestimmt studiert!« Durch diese ständige Spiegelung meines Herkunftsmilieus vollzog sich spätestens nach meinem Studienstart an der Universität meine Wandlung zum Bürgerlichen ganz bewusst. Mein Satzbau wurde komplexer, mein Interesse für anspruchsvolle Literatur erwachte, und es gab immer weniger Gelegenheit, meinen Alltag mit meiner Familie zu teilen. Vielleicht erhielt ich mir ja nur darum meine Leidenschaft für den Fußball, weil in mir dieser ständige Konflikt tobte, die Liebe zu Literatur, Theater und politischer Theorie zuzulassen, aber keinesfalls den Bezug zu »meinen Leuten« verlieren zu wollen.

Warum bin ich also »durchgekommen«, meine Geschwister aber nicht? Neben der Unterstützung durch wichtige Mentoren, so vermute ich, war es mein sportlicher Ehrgeiz: Hätte ich mich nicht immer wieder schnell habituell der neuen Situation angepasst, ich hätte Niederlagen erlitten. Und mit Niederlagen konnte ich schon als jähzorniges Kleinkind nicht gut umgehen. Unterwerfung war meine Rettung: In der Akzeptanz bürgerlicher Regeln und in einem starken Interesse für Hochkultur sah ich Erfolgsstrategien, ja, veritable Pfade zum sozialen Sieg. Es ist keine schöne Wahrheit: Nur, weil ich meine soziale Herkunft zu einem großen Teil verleugnet habe, konnte ich zu dem werden, der ich heute bin.

176 Nils Markwardt: »Sport sollte man abschaffen«. Im Gespräch: Terry Eagleton über böse Mächte des Kapitalismus, den Lyriker Karl Marx und warum Fußball heute das Crack des Volkes ist. In: Der Freitag Online vom 28.05.2013

177 Wolfgang Herrndorf: Arbeit und Struktur. Berlin 2013

178 Nina Pauer: Schwere Jungs. Die Werbung für das Hamburger Kultbier Astra zelebriert das Arbeitermilieu – und begeistert damit jedoch vor allem eine ganz andere Klientel. In: Zeit Online vom 25.03.2013

179 Ralf Hoffrogge: Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914. Stuttgart 2011

- 180 Eine positive Ausnahme waren die Proteste gegen Hartz IV im Jahr 2004, als vorwiegend Menschen mittleren Alters in unsicheren Arbeitsverhältnissen und Erwerbslose aus dem Osten der Republik in Scharen auf die Straße gingen, um ihre Stimmen gegen den bevorstehenden Sozialabbau zu erheben. Vgl. Dieter Rucht, Muno Yang: Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17, Nr. 4/2004
- 181 Franz Walter u.a.: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek bei Hamburg 2013
- 182 Vgl. Achim Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main 2014
- 183 Vgl. Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin 2016
- 184 Michael Fleischhacker: Die Zeitung. Ein Nachruf. Wien 2014
- 185 Thomas Wagner: Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. 2., unveränderte Auflage. Köln 2014
- 186 Bernd Stegemann: Kritik des Theaters. Berlin 2013
- 187 Nis-Momme Stockmann: Vom Verschwinden des Autors und dem anschwellenden Theater. In: Andreas Englhart/Artur Pelka: Junge Stücke. Theatertexte junger Autorinnen und Autoren im Gegenwartstheater
- 188 Bernd Stegemann: Lob des Realismus. Berlin 2015
- 189 Florian Kessler: Lassen Sie mich durch, ich bin Arztsohn! In: Die Zeit, Nr. 4/2014
- 190 Die rühmlichen Ausnahmen, die die Regel bestätigen, mehren sich in jüngster Zeit. Besonders lobend zu erwähnen sind »Als wir träumten« von Clemens Meyer, »Johann Holtrop« von Rainald Goetz, »3000 Euro« von Thomas Melle, »Möbelhaus« von Robert Kisch, »Saisonarbeit« von Heike Geißler und »Großer Bruder Zorn« von Johannes Ehrmann

## 9. Schlussspunkt

### FÜR EINEN LINKEN POPULISMUS

Rund um den Rathausplatz in Kaiserslautern klirren die Bierflaschen um die Wette. Zwischen den Ruinen der Kaiserpfalz des Friedrich Barbarossa schlägt die Hartz-IV-Jugend ihre Zeit tot. Am Abend, wenn der Verkehrslärm einer dörflichen Ruhe gewichen ist und die leergefegten Bushaltestellen unten an der Straße nur noch im schwachen Licht der Laternen leuchten, wagt sich diese verlorene Generation aus ihrem Versteck.

Im Wartehäuschen der Linie 107 bin ich mit John verabredet, dem ältesten Sohn von Dibbes aus dem Aternweg. Als sein Vater 1998 seine Arbeitsstelle verloren hat, war John drei Jahre alt. Fast hätte er es geschafft, dem Strudel aus Armut, Alkohol und Aussichtslosigkeit zu entkommen. Nach dem Hauptschulabschluss begann er eine Ausbildung zum Verkäufer, wurde in verschiedenen Filialen einer Einzelhandelskette eingesetzt und bereitete sich im letzten Ausbildungsjahr darauf vor, als fester Mitarbeiter der Sportabteilung übernommen zu werden. Von einem Tag auf den anderen erschien er nicht mehr bei der Arbeit. Wochenlang wusste niemand, wo John sich befand, bis ihn seine Freundin bei einem Kumpel in einem Vorort ausfindig machte. Er war dort aus Angst vor seinem Boss untergetaucht. Nicht aber vor dem Boss aus dem Supermarkt, sondern vor dem Boss aus seinem Nebenjob, den er wegen des zu geringen Ausbildungsgehalts angenommen hatte: John vertickte Cannabis – und hatte Schulden bei seinem Oberhändler. Das, immerhin, ist heute vergeben und vergessen. Seinen Ausbildungsplatz hat er trotzdem verloren. Und er hat seitdem nie wieder eine neue Arbeitsstelle gefunden. Seine konsequente Haltung: Solange die angebotenen Jobs finanziell weniger einbringen als Hartz IV, lässt er das mit dem Arbeiten lieber sein, wenn ihn das Jobcenter gerade einmal nicht zur Aufnahme eines Ein-Euro-Jobs zwingt.

Bevor ich John von den Ruinen der Burg zu mir herüberkommen sehe, höre ich zuerst seine Freundin Jenny, die ihn damals nicht verlassen hat. Über den weitläufigen Betonplatten klackern ihre Stöckelschuhe. Auch sie hat es nach dem Hauptschulabschluss nicht zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung geschafft. Während wir an der Bushaltestelle sitzen, möchte ich wissen, ob die beiden sich für Politik interessierten. »Damit«, beginnt John mit einem breiten Grinsen, »hab ich aufgehört, als ich nach ganz unten abgerutscht bin«. Jenny sieht das ähnlich: »Manchmal guck ich die ›Tagesschau«, aber da versteh ich nur die Hälfte.« Mir fällt sofort auf, dass sie sich in reinem Hochdeutsch artikulieren. Aufgrund ihres starken pfälzischen Akzents vermute ich, dass sie das nur tun, weil beide in mir einen intelligenten Menschen aus der großen Stadt sehen, der sie jetzt interviewen will. Ich erkläre ihnen, dass ich mit »Interesse für Politik« nicht unbedingt das Wissen meine, wann Angela Merkel wem was wo zur Steuerreform gesagt hat oder wie die SPD darauf reagiert. Mir ginge es eher um

einen weiten Politikbegriff, darum, ob John und Jenny eine Vorstellung davon hätten, wie die Gesellschaft aussehen sollte, in der sie gerne leben würden.

Jenny lehnt sich zurück und legt die Hände hinter den Kopf: »Okay, dann spielen wir ›Wünsch dir was‹. Dann sollte es gerecht zugehen, und jeder sollte tun können, was auch immer er will, solange er niemanden abmurkst.« John nickt. Wie weit wir denn von diesem Zustand entfernt seien, frage ich die beiden. »Gar nicht so weit«, antwortet der unruhig hin und her gehende John sofort. »Deutschland ist doch schön. Alle meckern immer nur, und jeder aus meinem Umkreis will in die USA auswandern. Ich bin da immer der Einzige, der sagt: Ist doch alles toll hier. Wir haben einen Sozialstaat. Niemand muss auf der Straße leben oder hungern.« Als ich ihn frage, warum es dann seinem Vater so schlecht gehe und er selbst keine Arbeit finde, von deren Entlohnung er leben könne, muss er nicht lange nachdenken: »Weil wir beide zu träge sind. Wären wir aktiver, würden wir auch wieder was finden.« Auf meinen Einwand, Deutschland verfüge über den größten Niedriglohnsektor in ganz Europa, reagieren beide nur mit einem Schulterzucken. Vor allem Jenny wirkt desillusioniert: »Vor den Bundestagswahlen beschäftige ich mich immer mit Politik, aber alle Parteien sind irgendwie gleich, ich fühl mich zu keiner hingezogen.«

Johns dazwischengerufene Einschränkung lässt mich aufhorchen: »Außer die AfD! Die treten denen jetzt mal so richtig in den Arsch!« Jenny stimmt zu und gesteht ein, bei der Landtagswahl die AfD gewählt zu haben. Eine erstaunliche Sicht für zwei Menschen, die noch ganz am Beginn ihres Lebens stehen. Dass sie als politische Alternative ernsthaft die Rechten in Betracht ziehen, deren Parteiprogrammentwurf die lohnabhängige Bevölkerung noch mehr zugunsten der Reichen schröpfen will, als es CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP jemals auch nur angestrebt haben<sup>191</sup>, spricht Bände. Denn John und Jenny sind keine Einzelfälle: Die AfD hat bei den Landtagswahlen seit 2013 bei Arbeitern überproportional gut abgeschnitten, während die Linkspartei kaum Zuwächse verzeichnen konnte. Warum erreichen linke Kräfte, deren inhaltliches Angebot solch jungen Leuten am Rande des Existenzminimums viel mehr zusagen müsste, ihre ureigene Klientel nicht?

Am Ende unseres Streifzugs durch die Geschichte meines sozialen Aufstiegs, durch meine Kritik an der steigenden sozialen Ungleichheit und durch meine Analyse der linken Selbstgefälligkeit lautet die Antwort: Die Linken sind zum Opfer jenes Erfolgs geworden, den sie sich haben einreden lassen. Bewegungs- und Parteilinke haben nach 1989 ernsthaft geglaubt, dass es keine sozialen Klassen mehr gebe. Also konzentrierten sie sich auf identitätspolitische Themen wie die Gleichstellung der Geschlechter oder die Akzeptanz von Homo- und Transsexualität. Sie begannen, Vorurteile zu bekämpfen, und vergaßen dabei, gegen das vorzugehen, was sie hervorbringt.

Während ich bereits an diesem Schlusspunkt schreibe, erreicht mich die erste wissenschaftliche Bestätigung meiner These. Der Politologe Wolfgang Merkel kommt in einer

Studie zu dem Ergebnis: »Junge Linke haben den Bezug zur Unterschicht verloren.«<sup>192</sup> In einem Interview mit *Zeit Campus* sieht der Professor von der Humboldt-Universität zu Berlin gerade bei linken Studenten ein Desinteresse an verteilungspolitischen Fragen. Laut Merkel gibt es unter Linken »Zonen diskursiver Immunität«, die man erst betreten dürfe, »wenn man vorher drei Minuten ein Bekenntnis abgelegt hat, dass man kein Rechter, nicht xenophob und auch für offene Grenzen ist.« Gerade das Ende der Religionskritik sei bei Linken augenfällig: »Beim Islam sieht man deutlich, dass ein freier Diskurs kaum zugelassen wird, sondern entsprechende Positionen sofort mit Vorwürfen überzogen werden.«

Statt konkreter sozial- und lohnpolitischer Konflikte, so Merkel, bezögen sich Linke heute überwiegend auf abstrakte globale »Subalterne«. Ob es nun bei Grünen um die Fixierung auf Bio-Produkte, bei Postmodernen um gegenderte Sprache oder bei Marxisten um die Verherrlichung der angeblich von Natur aus linken Arbeiterschaft ginge: Im Schatten der identitätspolitischen Sensibilität der deutschen Linken sei nicht nur weit entfernt, sondern auch im eigenen Lande eine neue Klassengesellschaft entstanden. Und diese Klassengesellschaft, kritisiert Merkel treffend, »ist nicht Thema des jungen intellektuellen Diskurses«.

Das ist einer der wichtigsten Gründe, warum die Arbeiter kampfunfähig geworden sind: Ihnen sind ihre wichtigsten politischen Verbündeten abhandengekommen. Die verlorenen Kämpfe haben die Arbeiterschaft zerstückelt in eine noch halbwegs abgesicherte Fraktion der sich verzweifelt vor dem sozialen Absturz retten Wollenden und wild nach unten Tretenden einerseits und einer abgehängten Unterschicht andererseits, die sich als Horde von Dumpfbacken bis zur Entmenschlichung verspotten lassen muss – und längst resigniert hat. Der Aufstieg der Rechten ist auch ein Symptom der linken Krise. Sie haben den Arbeitern bereits zu lange keine politische Stimme mehr verliehen. So weiträumig sind sie von politisch handelnden Subjekten zum Abschaum der Gesellschaft deklassiert worden, dass es verwundert, wie wenige von ihnen sich bislang der AfD oder sogar noch weiter rechts stehenden Gruppierungen angeschlossen haben.

Die Rechten sind mittlerweile derart salonfähig geworden, dass sie nicht einmal mehr als »rechts« wahrgenommen werden. Als ich auf Johns AfD-Sympathie reagiere, indem ich ihm einige rassistische Positionen der Partei aus dem Gedächtnis aufzähle, reagiert er ungehalten: »Ey, willst du mich jetzt als Nazi darstellen? Ich hab nix gegen Ausländer oder Flüchtlinge. Mir geht's doch nur darum, dass die da oben sich nicht mehr jeden Scheiß erlauben dürfen.« Als ich ihm wirtschaftspolitische Standpunkte der AfD erkläre, winkt er nur ab: »Du brauchst gar nicht ins Detail zu gehen. Mir ist das eh alles zu kompliziert. Ich bin aber nicht dumm und weiß, dass die Bonzen uns belügen. Dagegen unternimmt meiner Meinung nach nur die AfD was.«

Je länger ich mit John und Jenny diskutiere und merke, dass wir uns an diesem Abend nicht

mehr einigen werden, umso stärker festigt sich mein Eindruck, dass die Hartz-IV-Jugend keinen Begriff von links und rechts hat, weil die Linken sie seit langer Zeit ignorieren und die Neue Rechte sich mit dem Gestus der volksnahen Pragmatiker erfolgreich an Teile dieser Jugend heranschmeißen konnte. Gerade weil Rechts als tabuisierte Kategorie verschwunden ist, fällt es den Linken so schwer, die nicht-akademisch gebildeten Lohnarbeiter zu erreichen. Denn real erfahrbar sind für die Leute vor allem jene Kämpfe um die Verteilung von Knappheiten, in denen sie schon lange eine Niederlage nach der anderen einstecken müssen. Weil die Linken keine Begriffe gegen die Unübersichtlichkeit der Welt anbieten, haben sich die Arbeiter in einem heimatlosen Antikapitalismus verfangen, der gefährlich vereinfachenden Antworten und Schuldzuweisungen alle Türen öffnet, wie sie nur Rechte parat haben können: Leicht sichtbar zu machende Gruppen wie Migranten und Flüchtlinge stehen am Pranger, weil sie das verheißungsvoll plumpe Konzept der homogenen Nation gefährden.

Linke stinken dagegen zwangsläufig ab, weil abstrakte politökonomische Strukturen schwer greifbar zu machen sind – erst recht in dieser zeitgeschichtlichen Phase, in der sie selbst den Klassenkampf aufgegeben haben. Bislang machen sie kaum Anstalten, das zu ändern. Ganz zart jedoch kündigt sich eine Wiederaufnahme des Klassenkampfes von links an: Die Gewerkschaften erneuern sich, die Linkspartei entdeckt im Angesicht der AfD-Erfolge allmählich die soziale Frage neu, und die außerparlamentarische Linke gebärt hoffnungsvolle Bewegungen wie DIEM 25 oder Blockupy. Damit sie sich nicht wieder verflüchtigen wie eine durch Wellenkämme angeschwemmte Schaumkrone am Meeresstrand, müssen die Linken ihre kontrollierte Defensive aufgeben und voll auf Offensive umstellen: Sie müssen den Populismus für sich entdecken. Das wird kein leichtes Spiel, und es ist auch ein gefährliches Unterfangen, aber populistische Botschaften sind die einzige Waffe, mit der die Rechten wieder zurückzudrängen sind.

Die Behauptung, es sei alles in Ordnung, wird natürlich immer leichter verstanden als ein Einwand gegen das Gewohnte. Das ist der Grund, warum linke Reden, Bücher und Texte so oft verquast, verworren und verkopft daherkommen. Es ist ein Dilemma: Wollen sie gehört werden, müssen die Inhalte eingängig sein. Andererseits sollen sie nichts verkürzen, weshalb linke Analysen selten komplett ohne komplexe Gedankengänge auskommen. Beides zu verbinden, muss die große Aufgabe der kommenden Jahre sein. Hilfreich könnte für Linke da die Lektüre des Staatsrechtlers Carl Schmitt sein. Er plädierte für die grundlegende politische Unterscheidung zwischen Freund und Feind.<sup>193</sup> Ihm ging es nicht, wie häufig angedichtet, um Vernichtung, sondern um das Ende der Illusion, alle Menschen könnten auf ewig friedlich leben. Da offenbart sich eine Gemeinsamkeit mit Marx und Engels, die behaupteten, alle Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen. Ein Jenseits hegemonialer Ordnungen wird es niemals geben, so die Erkenntnis, und darum sollten die



Linken der neoliberalen Herrschaft und dem rechten Aufwind ihre eigene, konfliktorientierte Hegemonie entgegensetzen.

Die Politologin Chantal Mouffe bezieht sich explizit auf Schmitts Unterscheidung von Freund und Feind, wenn sie den linken Parteien eine Kapitulation vor der neoliberalen Hegemonie bescheinigt, die den Weg bereitet habe für das Schreckgespenst des sogenannten Rechtspopulismus. Mouffe meint, »dass wir in den kommenden Jahren eine tiefe Veränderung der in Europa einst vorherrschenden politischen Grenzen erleben werden und dass die entscheidende Konfrontation zwischen dem linken Populismus und dem rechten Populismus stattfinden wird«<sup>194</sup>. Dabei käme es darauf an, »eine klare Grenze zwischen den Eliten des Establishments und dem ›Volk‹ zu ziehen«.

Das wäre eine Perspektive, mit der auch John und Jenny etwas anfangen könnten. Ein linker Populismus betont, dass die Unterscheidung zwischen »Kriegsflüchtlingsen« und »Wirtschaftsflüchtlingsen« nicht mit der Universalität der Menschenrechte vereinbar ist. Er verschweigt aber auch nicht, dass die erforderliche Aufnahme von Flüchtlingen ohne jede Obergrenze massive Probleme mit sich bringen wird. Und diese Probleme ließen sich durch einen sehr hohen Spitzensteuersatz lösen sowie durch Vermögens- und Erbschaftssteuern, die diesen Namen verdienen. So wäre offengelegt, wie reich Deutschland wirklich ist, und damit ebenso dem im ersten Kapitel aufgezeigten Hass auf die Unterschicht die Grundlage entzogen. Auch die Enteignung zockender Großbanken darf dann kein Tabu mehr sein. Linke müssten sich von ihrem Bücherstudium abwenden und Arbeiter gezielt in ihre politische Arbeit einbinden, um die Entfremdung zu überwinden, die ich im zweiten Kapitel beschrieben habe.

Damit die bereits »Einheimischen« und die hoffentlich schnell heimisch werdenden Flüchtlinge alle eine erfüllende Arbeit finden können, müsste ein linker Populismus den durch das Gewaltssystem Hartz IV eingeführten Erwerbsarbeitszwang abschaffen und für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich eintreten sowie Debatten über ein Bedingungsloses Grundeinkommen zulassen, wofür ich im dritten Kapitel plädiert habe. Linke Populisten müssten klare, aber nicht zu platte Botschaften finden und nach einer im vierten Kapitel vertretenen Prämisse handeln, die der britische Publizist Owen Jones so ausdrückt: »Wer die Ausländerfeindlichkeit beenden will, muss die Themen ansprechen, die Arbeiter aller Hautfarben betreffen.«<sup>195</sup> Dazu gehört auch, dass die Grün-Alternativen (fünftes Kapitel) den »einfachen Leuten« mit mehr Respekt begegnen und die postmodernen Moralisten (sechstes Kapitel) ihren wichtigen Kampf um eine progressive Identitätspolitik nicht mehr hinter einer akademisch-aktivistisch verklausulierten Geheimsprache verstecken.

Linke Populisten müssten versuchen, eine Gegenöffentlichkeit zur herrschenden Medienhetze gegen Unterprivilegierte (siebtes Kapitel) zu finden und in ihrer hochkulturellen Radikalität nicht etwa die Zugangsbarrieren senken, sondern sich thematisch für die neue soziale Frage öffnen, wie ich es im achten Kapitel skizziert habe. All diese konkreten

populistischen Positionen sind nicht leicht zu realisieren. Darum müsste die Erfahrung aus Venezuela, Griechenland, Portugal und anderen Ländern mit ihren starken linkspopulistischen Projekten sein, im Zweifel nicht in eine Regierung einzutreten, wenn sich zu wenige Wahlversprechen einlösen lassen. Linke Populisten könnten für eine Aufwertung des urdemokratischen Prinzips der Opposition kämpfen. Dann wüssten auch die Arbeiter wieder, dass die Linken sich für die Schwächsten einsetzen und soziale Ungleichheit ein Resultat menschengemachter und darum auch durch Menschen veränderbarer Strukturen ist. Linkspopulisten könnten in Kommunen große Wahlerfolge erzielen und durch eine veränderte Wohnungspolitik dafür sorgen, dass Flüchtlinge und Deutsche mehr Kontakt zueinander finden. Denn, das beweist nicht zuletzt die Episode am Asternweg, auf keine Weise lassen sich schneller die bestehenden Vorbehalte von beiden Seiten abbauen.

Ein entscheidender Vorbehalt deutscher Linker gegen Populismus besteht darin, dass Populisten sich, wie Mouffe schreibt, per definitionem auf ein »Volk« beziehen müssen (lat. *populus*: das Volk). Und dieser Begriff hat in Südamerika und Südeuropa aus nachvollziehbaren historischen Gründen einen anderen Sound, bisweilen gar einen anderen Inhalt als in Deutschland. Es ist ein Risiko, das einzugehen unumgänglich sein wird, denn derzeit schicken sich die Rechten an, den Begriff des Volkes in einer Unterscheidung von Freund und absolut zu vernichtendem Feind zu instrumentalisieren, wie es Carl Schmitt niemals beabsichtigt hat. John und Jenny tragen sie bereits in sich, die Glut des reaktiven Nationalismus, die sich durch fehlgeleitete politische Wut dereinst noch handfest gegen die falsche Seite richten könnte.

An der Bushaltestelle in Kaiserslautern habe ich mittlerweile stundenlang mit den beiden über Politik diskutiert, als uns ein kleiner, hinkender Mann entgegenkommt. Es ist Heinz, der den weiten Heimweg zu Fuß zurücklegt. Die Begrüßung fällt herzlich aus, denn Heinz ist gut gelaunt. Den Grund trägt er in einem dicken Rucksack, den er uns stolz und mit seinem charakteristischen Vergnügtheitsquieken präsentiert. Bei einem Freund habe er Spielsachen von dessen längst erwachsenen Kindern abgeholt. Die werde er morgen Faizah schenken, dem Flüchtlingsmädchen, mit dem er häufig im Hof des Asternwegs spielt. »Die hat morje Geburtstach«, weiß Heinz zu berichten, und hebt auch gleich den Arm zum Abschiedsgruß. »Ich muss noch alles in Zeitungspapier wickele un mich ufs Ohr haue, damit ich zur Party fit bin.« Während er von dannen zieht, summt er eine Melodie, die ich auf Anhieb erkenne. Sie entstammt dem Lied »Take The Long Way Home« von Supertramp. Nimm den langen Weg nach Haus. Heinz hat mir damit schon wieder eine frohe Botschaft vermittelt, aber auch eine gedanklich zu knackende Nuss hinterlassen. Während er den Songtitel in die Tat umsetzt, bleiben John, Jenny und ich im schwach beleuchteten Wartehäuschen zurück, weiter wild im politischen Sturm debattierend wie Insassen ein und desselben Boots, das dem sicheren Abgrund entgegensteuert, falls nicht bald die rechten Wellen verschwinden und stattdessen

linke Wogen einen langen, aber menschenfreundlichen Weg zur gerechten Gesellschaft weisen.

- 191 Pascal Beucker: Grundsatzprogramm der AfD: Auf dem Weg nach vorgestern. Was für ein Deutschland stellt sich die AfD vor? Laut Programmentwurf rabiaten Wirtschaftsliberalismus – weg von einer offenen Gesellschaft. In: taz Online vom 29.03.2016
- 192 Robert Pausch: »Junge Linke haben den Bezug zur Unterschicht verloren.« Ein Interview mit dem Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel. In: Zeit Campus Online 22.06.2016
- 193 Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin 1979
- 194 Chantal Mouffe: Für einen linken Populismus. In: IPG-Journal Online vom 30.03.2015
- 195 Owen Jones: Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse. Mainz 2012

# Dank

Zu behaupten, das hier sei mein Lebensbuch, dafür bin ich hoffentlich noch lange nicht im richtigen Alter. So nackt ich mich hier aber biografisch gemacht habe, so ersichtlich dürfte sein, dass ich an dieser Stelle unmöglich allen Menschen persönlich danken kann, die zum Entstehen dieser kleinen Streitschrift beigetragen haben. Wen auch immer ich hervorhebe, gegenüber den nicht Genannten erscheint es ungerecht. Zumal am Ende eines Werkes, das Erkenntnisse und Erfahrungen aus einer dreißigjährigen Sozialisation, Ausbildung und Politisierung enthält.

Einigen schulde ich gleichwohl besonderen Dank. Da ist zuallererst Britta, ohne die keine Zeile zustande gekommen wäre. Danke für Deine Liebe, Deine Geduld und die Zeit, die ich mit Dir verbringen darf! Viel Zeit und Nerven hat auch meine Familie mit mir gezeigt: meine Lieblingstante, mein Opa, mein Bruder mit seiner wundervollen Familie, meine Schwestern und meine Nichten. Bleibt, wie Ihr seid, und lasst Euch bloß nicht unterkriegen! Mein bester Freund Oliver Dikowinkin ist mit mir durch manche schwere und durch viele berauschende Zeiten gegangen – er tut es bis heute. Danke, Junge! Dem unermüdlichen Einsatz meiner Grundschullehrerinnen Helga Jung, Ingrid App und Ursula Rubel verdanke ich, dass ich meinen Weg bis zum Abitur gehen konnte. Meine wichtigsten späteren Mentoren verhalfen mir durch ihre kritisch-solidarische Zuneigung zu mehr Selbstvertrauen, das es braucht, um ein solch kontroverses Buch zu schreiben: In der Schule war es Wolfgang Stepp, in der Wissenschaft ist es Uli Brinkmann, und im Journalismus bleiben es Marcus Stölb, Christian Jöricke und Martin Hatzius. Meinen Lektorinnen Simona Uhlemann und Jana König danke ich für ihre kompetente Betreuung.

Last but not least danke ich natürlich all meinen Gesprächspartnern von ganzem Herzen.

# Der Desinformant

Kopp, Horst

9783360501387

256 Seiten

»Die Abteilung X war ein Instrument des Psychokrieges. Und deshalb noch geheimer als geheim.«

Horst Kopp war Offizier in der für Aktive Maßnahmen und Desinformation zuständigen Abteilung X der Hauptverwaltung Aufklärung. Seine Mitarbeiter sorgten unter anderem dafür, dass bestimmte Meldungen in westdeutsche Zeitungen und Zeitschriften lanciert wurden. Sie kooperierten mit Journalisten, und manche der Angeworbenen glaubten, für die CIA zu arbeiten. Kopp wirft einen erhellenden Blick auf ein von Legenden und Geheimnissen umranktes Kapitel nachrichtendienstlicher Tätigkeit in der Zeit des Kalten Krieges. Und Kopp verrät, wer Bundeskanzler Willy Brandt 1972 die Mehrheit sicherte und im Amt hielt, als die CDU/CSU ihn stürzen und durch ein konstruktives Misstrauensvotum ihren Fraktionschef Barzel an die Macht bringen wollte. Horst Kopp schildert hier erstmals die Details.

# DAS

Maik Baumgärtner  
Marcus Böttcher

# ZWICKAUER

# TERRO- RISTEN



# TRIO

Ereignisse  
Szene  
Hintergründe

Das Neue Berlin

# Das Zwickauer Terror-Trio

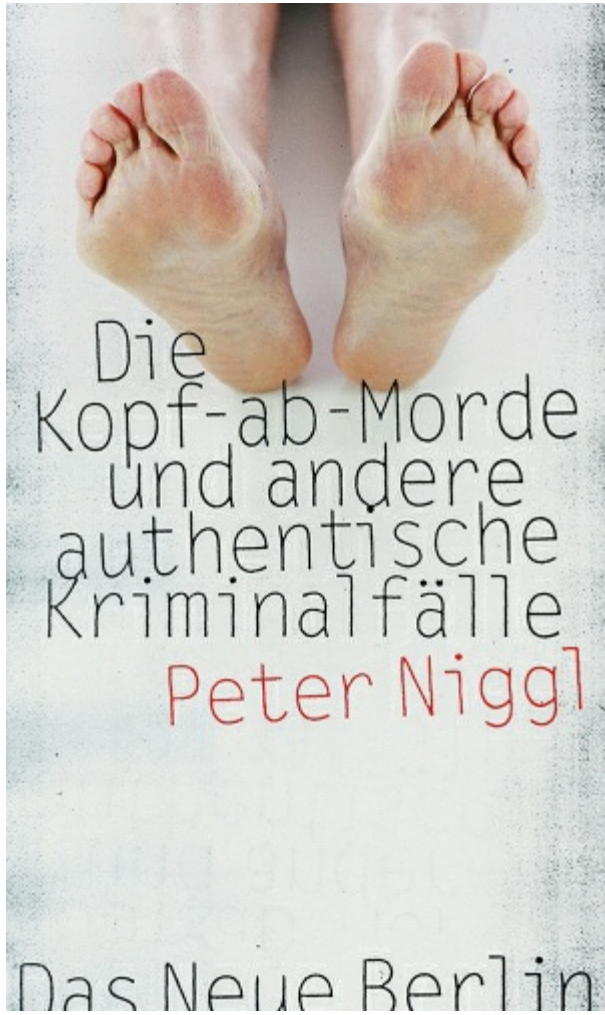
Baumgärtner, Maik

9783360500182

370 Seiten

Waffen, Morde, Banküberfälle und ein geheimnisvolles Leben im Untergrund - Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt terrorisierten über zehn Jahre das Land. Wie konnten sie sich zu eiskalten Mördern entwickeln? Wie schafften sie es, ein Leben im Verborgenen zu führen? Welche Rolle spielten dabei ihre Unterstützer, welche die Sicherheitsbehörden? Chronologisch beschreiben die Autoren anhand von streng vertraulichen Akten, Interviews mit Sicherheitsexperten, Angehörigen der Opfer sowie Aussteigern - "alten Bekannten" des Trios - die Aktionen der rechtsextremen Zelle.





# Die Kopf-ab-Morde

Niggel, Peter

9783360500250

320 Seiten

Wenn der Germanengott Odin Menschenopfer fordert, müssen Köpfe rollen. Nicht in finsternen Vorzeiten spielt dieses Szenarium, sondern 1990, inmitten Berlins. Ein Mann köpft eine Prostituierte und erklärt seine Tat mit Odins Auftrag. Von gänzlich anderen Motiven war der "Klingelmörder" getrieben, er hielt Ausschau nach älteren Damen, die "nach Geld aussahen", und ermordet drei Rentnerinnen. Der Frage, wie es zu diesen und weiteren Taten kam, geht Peter Niggel in genau recherchierten und spannend erzählten Geschichten nach.

Günter Mittag  
UM **JEDEN** PREIS  
Im Spannungsfeld  
zweier Systeme



Das Neue Berlin

# Um jeden Preis

Mittag, Günter

9783360500816

380 Seiten

Ohne die Einheit Deutschlands wäre es in der DDR zu einer wirtschaftlichen Katastrophe mit unübersehbaren sozialen Folgen gekommen. - Diese Bankrotterklärung, abgegeben von einem der mächtigsten Männer der DDR, steht am Ende seiner Betrachtung über vierzig Jahre praktizierte sozialistische Planwirtschaft: Günter Mittag, Ökonom, Politbüromitglied, analysiert als Beteiligter die Strukturen der Macht und die Ambitionen der Mächtigen, sucht nach den Ursachen für den verhängnisvollen Zustand der DDR-Wirtschaft und findet sie unter anderem in den enormen Aufwendungen für innere Sicherheit und Rüstung, im Missverhältnis von Subventionen, Konsumtion und produktiver Akkumulation, im Vereiteln längst fälliger Reformen. Systembedingte Abhängigkeiten und subjektives Versagen werden dem Urteil der Geschichte preisgegeben.

Jegor Ligatschow

**WER  
VERRIET DIE  
SOWJET-  
UNION?**



Das Neue Berlin

# Wer verriet die Sowjetunion?

Ligatschow, Jegor

9783360500236

400 Seiten

Der Untergang der Sowjetunion wird mit der "Nichtreformierbarkeit des Systems" erklärt. Ligatschows differenzierte Betrachtung der achtziger Jahre in der Sowjetunion, die mit dem Staatsstreich 1991 ihre Weltmachtstellung einbüßte, führt an die Schaltstellen der Reformpolitik und ihrer Folgen. Er zieht einen Trennstrich zwischen der Zeit der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung bis 1988 und der unter dem Druck nationaler und separatistischer Kräfte kollabierenden Perestroika-Politik, ohne deren Auswirkungen die heutige politische und wirtschaftliche Lage Russlands nicht zu verstehen ist.